

Verein
für
Kommunalwissenschaften e.V.



Aktuelle Beiträge
zur Kinder- und Jugendhilfe 24

**Mitwirkung und
Beteiligung von
Kindern und
Jugendlichen -
Hindernisse,
Probleme, Erfolge**

**Dokumentation des Seminars des
Deutschen Instituts für Urbanistik in Kooperation
mit dem Verein für Kommunalwissenschaften e.V.
vom 20. bis 22. März 2000
im Ernst-Reuter-Haus in Berlin**

Verein für Kommunalwissenschaften e.V.
Straße des 17. Juni 112 · D-10623 Berlin · Telefon 030 39001-0 · Telefax 030 39001-100
Fachtagungen Jugendhilfe
Telefon 030 39001-136 · Telefax 030 39001-146 · e-mail: agfj@vfk.de · Internet: www.vfk.de/agfj

Impressum:

Herausgeber:

Verein für Kommunalwissenschaften e.V.

Ernst-Reuter-Haus • Straße des 17. Juni 112 • 10623 Berlin

Postfach 12 03 21 • 10593 Berlin

Redaktion, Satz und Layout:

Dörte Jessen

Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe

Verein für Kommunalwissenschaften e.V.

Herstellung:

Verein für Kommunalwissenschaften e.V.

Berlin 2000

ISBN 3-931418-28-6

Hinweise zur Download-Ausgabe:

Der vorliegende Tagungsband wird vom Verein für Kommunalwissenschaften e.V. nicht mehr als Druckfassung aufgelegt. Seit Mai 2006 besteht die Möglichkeit, die Fachbeiträge und Diskussionen aus dem Internet herunter zu laden. Die Texte sind schreibgeschützt.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	5
HASSO BRÜHL, <i>Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin,</i> KERSTIN LANDUA, <i>Verein für Kommunalwissenschaften e.V., Berlin</i>	
Konzepte zur Partizipation und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aus landesplanerischer Sicht	7
CLAUS WERGIN, <i>Referatsleiter im Ministerium für Arbeit und Bau des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin</i>	
Möglichkeiten der Beteiligung von Jugendlichen aus der Sicht von Verwaltungsreform und Stadtentwicklung	25
RÜDIGER VORMANN, <i>Dezernent für Jugend, Soziales und Kultur, Hagen</i>	
Unterschiedliche Projektformen für die Beteiligung der Jugendlichen an der Gestaltung ihrer Umwelt	43
HILDEGUNDE RECH, <i>Leiterin der Abteilung Jugendarbeit im Amt für soziale Arbeit, Wiesbaden</i>	
Arbeitsgruppen	
Arbeitsgruppe 1	
Offene/parlamentarische/projektorientierte Partizipationsmodelle: Wo liegen Möglichkeiten und Grenzen unterschiedlicher Formen der Beteiligung?	62
Einführung:	RICHARD SCHRÖDER, <i>Leiter ProKids-Büro, Herten</i>
Arbeitsgruppenbericht:	PAUL VON KODOLITSCH, <i>Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin</i>
Arbeitsgruppe 2	
Jugendamt/Kinderamt/Jugendhilfeausschuss/freie Träger: Welche (Aus)Wirkungen haben unterschiedliche Institutionen und Organisationsstrukturen auf Mitwirkung und Partizipation?	67
Einführung:	HEINZ KLAUDER, <i>Geschäftsführer des Forums für Sozialarbeit e.V. und Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses des Landes Schleswig-Holstein, Kappeln</i>
Arbeitsgruppenbericht:	HASSO BRÜHL, <i>Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin</i>

Arbeitsgruppe 3	
Mitwirkungsmöglichkeiten im Rahmen lokaler Planungen: nur schöne Worte?	73
Einführung:	PETER BÖHME, <i>Jugendhilfeplaner, Jugendamt Potsdam</i>
Arbeitsgruppenbericht:	KERSTIN LANDUA, <i>Verein für Kommunalwissenschaften e.V., Berlin</i>
Standortbestimmung, Strukturen und Perspektiven von Kinderbeteiligung in Berlin	78
Das Berliner Büro für Kinder- und Jugendinteressen	
Einführung:	JULIA WITT, <i>Drehscheibe Kinderpolitik, Berlin</i>
Partizipation in der Bürgergesellschaft - die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als Einübung in Verantwortungsübernahme und Wahrnehmung von Rechten	89
PROF. DR. RICHARD MÜNCHMEIER, <i>Freie Universität Berlin</i>	
Freie Träger und Partizipation - vom Träger zum Anbieter und Organisator von Dienstleistungen (von Kinder- und Jugendinteressen)?	111
DÖRTHE VAN DER VOORT, <i>Leiterin des Fachbereichs Kinder, Familie und Frauen, Paritätischer Wohlfahrtsverband Nordrhein-Westfalen, Wuppertal</i>	
Literaturhinweise	121

Vorwort

Die vorliegende Veröffentlichung dokumentiert die Referate und Arbeitsgruppenergebnisse eines vom Deutschen Institut für Urbanistik vom 20. bis 22. März 2000 in Berlin veranstalteten Seminars zum Thema „Mitwirkung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen - Hindernisse, Erfolge, Probleme“. Vorbereitung und Durchführung des Seminars erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Verein für Kommunalwissenschaften e.V., der seit dem Bestehen der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe 1995 eine hauseigene Schriftenreihe „Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe“ herausgibt.

Das Seminar wandte sich an leitende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Jugend- und Sozialdezernat sowie an Mitglieder von Jugendhilfeausschüssen bundesdeutscher Städte ab 50.000 Einwohner. Die Teilnehmerzahl an diesem Seminar wurde bewusst auf 43 Personen eingeschränkt, so dass ein intensiver, dreitägiger Erfahrungsaustausch und Diskussionsprozess möglich war.

Unter dem Begriff „Bürgergesellschaft“ oder auch „Zivilgesellschaft“ findet derzeit eine verstärkte Auseinandersetzung zu neuen Formen gesellschaftlichen Engagements, der Teilhabe und der Verantwortung des Einzelnen bei sich verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen statt. Kinder und Jugendliche müssen auf diese Entwicklungen vorbereitet sein. Dabei haben sie ebenso wie die volljährigen Bürger einen Anspruch darauf, ihre Lebenswelten aktiv mitzugestalten. Seit Mitte der 90er Jahre sind Mitsprache und Mitwirkung daher zunehmend zu einem eigenständigen Handlungsfeld der Kinder- und Jugendarbeit geworden, da sie insbesondere auch Kindern und Jugendlichen helfen, selbstverantwortetes Handeln einzuüben und demokratische Beteiligungsformen zu erlernen.

Für die Kommunen ist hierbei die Frage nach den organisatorischen Konsequenzen von zentraler Bedeutung. Die bisherige Diskussion, vor allem im Bereich der Umstrukturierung des Jugendamtes im Rahmen von Verwaltungsreform, hat indes nicht nur Klarheit, sondern auch manche Unsicherheit und neue Probleme mit sich gebracht. Die Leitvorstellung von der Dienstleistungs- und Kundenorientierung ist dabei in den Zusammenhang mit der Betroffenenbeteiligung in der Jugendhilfe zu stellen.

Folgende Fragen und Probleme bildeten die thematischen Schwerpunkte der Referate und Erörterungen:

- In der gesellschaftspolitischen Diskussion wird die Eigenverantwortung des Bürgers immer stärker betont. Welche Folgerungen sind daraus für die (kommunale) Jugendpolitik zu ziehen?
- Welche Handlungsfelder eignen sich besonders für Kinder und Jugendliche, Mitsprache, die auch Übernahme von Verantwortung bedeutet, zu initiieren? Welche Beispiele einer gelungenen Einbindung und Mitwirkung gibt es?
- Wie können Partizipationsungeübte zu aktiver Beteiligung motiviert werden?
- Welche Verwaltungs- und Organisationsstrukturen haben sich unter dem Gesichtspunkt der Mitwirkung und Beteiligung bewährt bzw. sind neu zu schaffen?

- Wie können die Interessen von Kindern und Jugendlichen in kommunalen Fachplanungen (z.B. in der Quartiersplanung) angemessen berücksichtigt bzw. diese beteiligt werden?
- Was bedeutet der Wandel der Wohlfahrtsverbände zum Anbieter und Organisator von Dienstleistungen hinsichtlich der Interessen von Kindern und Jugendlichen?
- Wie kann die Zusammenarbeit zwischen Kommune und Dritten (z.B. Wohlfahrtsverbänden) optimiert werden?

Die Gliederung der Dokumentation folgt dem Ablauf der Tagung, die anderen Notwendigkeiten unterliegt, als es üblicherweise bei Veröffentlichungen - nach thematischen Schwerpunkten unterteilt - vorgesehen wird. So steht denn auch jeder Beitrag zunächst für sich selbst, obwohl die Bezüge untereinander evident sind. Wegen des Charakters einer Einführung in die Thematik sei jedoch auf das Referat von Richard Münchmeier zur „Partizipation in der Bürgergesellschaft“ gesondert hingewiesen.

An dieser Stelle möchten wir den Referentinnen und Referenten für Ihre Beiträge und das Einlassen auf eine fachliche Diskussion und natürlich allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für Ihre Fragen und das Einbringen vieler Praxiserfahrungen und -berichten, die den Erfahrungsaustausch zum Thema unserer Veranstaltung sehr bereichert haben, danken.

Dies wird sicher nicht die letzte Veranstaltung zu diesem Themenfeld sein und wir hoffen, an geeigneter Stelle mit Ihnen den Erfahrungsaustausch über neue entstandene Projekte und Handlungsstrategien zu „Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen“ fortsetzen zu können.

Hasso Brühl
Deutsches Institut für Urbanistik

Kerstin Landua
Verein für Kommunalwissenschaften e.V.

Konzepte zur Partizipation und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aus landesplanerischer Perspektive

CLAUS WERGIN, *Referatsleiter, Ministerium für Arbeit und Bau des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin*

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bedeutet Wagnis und Weiterentwicklung unserer Demokratie. So definieren wir es gerne als Erwachsene und haben eine Idealvorstellung von der Teilhabe junger Menschen an unserem gesellschaftlichen Leben. Das Interesse junger Menschen an der Politik jedoch scheint sehr gering zu sein. Kann sich dieses in den kommenden Jahren ändern? Werden unsere initiierten Beteiligungsverfahren in den Kommunen die - um es mit der Shell-Studie zu sagen - Jugend- bzw. Politikerverdrossenheit auflösen können? Werden die vielen Methoden zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden kommunalen Belangen auch Wirkung zeigen? Werden junge Menschen zukünftig mehr und intensiver kommunale Politik gestalten?

Viele Gesetze und andere rechtliche Bestimmungen stehen uns schon jetzt für die Mitbestimmung zur Verfügung. Unterschiedliche Methoden der Beteiligung haben sich in den vergangenen Jahren bereits bewährt. Ich werde in dieser Einführung versuchen, anhand von politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen Ziele und Wege der Beteiligung zu beschreiben. Gestatten Sie mir, dass ich hierzu manchmal auf die besondere Situation des Landes Mecklenburg-Vorpommern eingehe und Ihnen auf dem Hintergrund der Koalitionserklärung zwischen SPD und der PDS Beispiele für Beteiligungs- und Fördermöglichkeiten aufzeige bzw. auf einige beispielhafte Aktionen von Kommunen und Verbänden auch in Schleswig-Holstein verweise.

1. Grundsätzliches

Deutsche und regionale Jugendstudien verdeutlichen, dass die Distanz junger Menschen gegenüber Parteien, Gewerkschaften und Verbänden erheblich zugenommen hat. Man kann in diesem Zusammenhang von einer massiven Vertrauenskrise gegenüber diesen Organisationen aus der Sicht unserer Jugend sprechen. Das Ergebnis einer repräsentativen Befragung der 14- bis 18-Jährigen in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 1998 öffnet uns die Augen: Nur 7,7 % der befragten Altersgruppe sind sehr stark oder stark an der Politik interessiert; jedoch über 65 % aller Befragten äußerten deutliches Desinteresse an der Politik. Insbesondere den großen Parteien scheint die nachfolgende Generation weder nahe zu stehen noch trauen sie ihnen zu, die Probleme der Gesellschaft zu lösen. 62 % aller befragten jungen Leute in Mecklenburg-Vorpommern gehen davon aus, dass sich keine der Parteien ihrer Probleme und Wünsche annimmt. Ebenso sieht es auch die 1997 veröffentlichte Shell-Studie. Sie kommt zu dem Schluss, dass deutschlandweit die Mehrzahl aller jungen Menschen kein Vertrauen in die politischen Gremien, Gewerkschaften oder in die Kirchen haben. Vielmehr trauen sie Bürgerinitiativen, Menschenrechtsgruppen aber auch der Polizei zu, in der Gesellschaft etwas zu bewegen.

Machen wir uns nichts vor: Wir haben es offensichtlich mit einem Rückzug der jungen Generation aus dem politischen und sozialen Leben in Ost und West zu tun. Weder in Parteien noch in Jugendverbänden oder anderen Organisationen - der Sport scheint hier

wohl ausgenommen zu sein - engagieren sich junge Menschen langfristig auf Dauer und als festes Mitglied.

In der erwähnten Schülerstudie Mecklenburg-Vorpommern (1997/98) steht: „Grundsätzlich wird von den Jugendlichen soziales Engagement hoch eingeschätzt, woraus allerdings nicht der Schluss gezogen werden kann, dass diese Wertschätzung zugleich dazu führen würde, sich selbst zu engagieren.“

85,4 % der Befragten finden es gut und richtig, dass es Leute mit Engagement gibt. Von allen Befragten finden 78 %, dass es zu wenige Menschen gibt, die sich über ihre Probleme hinaus für andere einsetzen. „Es gibt nach Ansicht der Jugendlichen drei - eher unterschiedliche - Möglichkeiten, die dazu beitragen können, gesellschaftliche Probleme zu verändern. Zum einen favorisieren sie einen Weg, der zunächst in dem eigenen engeren Kontext nach Veränderungspotenzialen sucht. Zum anderen verweisen sie die Probleme an ihrer Meinung nach Zuständige, in dem sie entsprechende Stellen zum Engagement auffordern wollen. Damit lokalisieren sie ihr eigenes Engagement im unmittelbaren Umfeld und entwickeln außerdem eine Art von ‚Delegationsprinzip‘ ... Zum Dritten finden nahezu ein Viertel der Jugendlichen es wichtig, aktiv in Vereinen und Verbänden mitzumachen.“

Das bedeutet, dass hier offensichtlich Chancen verborgen liegen; den Verbänden und Vereinen wird eine größere Wertschätzung entgegengebracht als anderen. Ebenso macht dieses Votum der Jugendlichen deutlich, dass sie einen organisatorischen Rahmen benötigen, den sie nicht ohne weiteres aus sich selbst heraus herstellen können. Ich warne also davor, Jugendliche als unpolitisch oder als unsozial zu bezeichnen. Sie sind vielleicht nur müde, sich in den bestehenden Strukturen zu engagieren, denn immerhin antworten 90 % der Jugendlichen in einer Studie aus dem Jahre 1994, dass „Demokratie“ für sie etwas Wertvolles ist. Wie kann dieses demokratische Potenzial nutzbar gemacht werden?

Noch einmal ein Blick in die Shell-Studie '97. Ihre Ergebnisse überraschen, denn die Engagementbereitschaft ist hoch, doch an Bedingungen geknüpft. Nach den Motiven zum Mittun befragt, landet

auf Platz 1: „Engagement muss Spaß machen“,

auf Platz 2: „Ich muss jederzeit wieder aussteigen können“,

auf Platz 3: „Ich muss mitbestimmen können, was ich genau tue“,

auf Platz 4: „Ich will meine besonderen Fähigkeiten einbringen können“

und auf den letzten beiden Plätzen landen: „Ich möchte dabei Geld verdienen“ und „ich möchte für die geopfert Zeit durch Freistellung entschädigt werden.“

„Jugendliche wollen also etwas tun, was Sinn hat und Spaß macht und wobei sie mitbestimmen können. Gefragt sind vor allem mehr Freiräume für eigene Ideen und eigenes Gestalten sowie mehr Gemeinschafts- und Erfolgserlebnisse. Jugendliche sind durchaus bereit, in ihrer Freizeit etwas freiwillig zu tun, lassen sich aber nur ungern von anderen unter Zeitdruck setzen. Da zudem das Freizeitverhalten im Zeitalter von Handy und Computer immer schnelllebiger und spontaner wird, können auch Tätigkeiten in der Freizeit nicht von Ewigkeit zu Ewigkeit angelegt sein; Engagement von jungen Menschen ist Engagement auf Zeit. Wer hingegen Lebenszeitbindungen erwartet oder fordert, muss mit Ausstieg und innerer Kündigung rechnen. Soziales Engagement in der Freizeit steht bei Jugendlichen immer mehr unter dem Vorbehalt jederzeitiger Kündbarkeit. Mitarbeit und Mitgliedschaft müssen neu definiert werden von Organisationen und Vereinen, die eine Zukunft haben wollen.“ (sinngemäß nach Dr. Dieter Tiemann aus „Jugend und Demokratie“, Aufsatz, Landesregierung Schleswig-Holstein)

Beteiligungsverfahren sind einerseits eine Chance für Kinder und Jugendliche, durch soziales, ökologisches oder politisches Engagement an der Veränderung ihrer Lebenswelt mitzuwirken; andererseits ist es die Chance der Erwachsenen, die Interessen des Gemeinwohls der Jugend nahe zu bringen. Das Wagnis der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Problemen und kommunalen Belangen besteht vor allem in dem Vertrauen in diese Generation. Wenn wir als Erwachsene und politisch Verantwortliche unseren Kinder nicht zutrauen, Mitverantwortung zu übernehmen, unterliegen wir dem Irrtum, dass Demokratie und Engagement von alleine gelernt werden. Hier gilt auch die simple Volksweisheit: „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“. Wer frühzeitig auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen setzt und in seine Planungen einbezieht, kann davon ausgehen, dass diese Generation gelernt hat, Verantwortung zu übernehmen.

2. Gesetzliche Grundlagen

Betrachten wir im Folgenden kurz die bereits **bestehenden Gesetze** und rechtlichen Regelungen, die uns schon jetzt die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ermöglichen.

In der **Agenda 21** heißt es in Kapitel 25 unter der Überschrift „**Kinder und Jugendliche und nachhaltige Entwicklung**“, dass die Einbeziehung der heutigen Jugend in umwelt- und entwicklungspolitische Entscheidungsprozesse und ihre Beteiligung mitentscheidend für den langfristigen Erfolg der Agenda 21 ist:

„Es ist zwingend erforderlich, dass Jugendliche aus allen Teilen der Welt auf allen für sie relevanten Ebenen aktiv an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden, weil dies ihr heutiges Leben beeinflusst und Auswirkungen auf ihre Zukunft hat. Zusätzlich zu ihrem intellektuellen Beitrag und ihrer Fähigkeit, unterstützende Kräfte zu mobilisieren, **bringen sie einzigartige Ansichten ein, die in Betracht gezogen werden müssen.**“ (Nr. 25.2)

Jedes Land, so heißt es in der Agenda weiter, soll in Absprache mit seiner Jugend und deren Organisationen einen Prozess in Gang bringen, der den Dialog zwischen der Jugend und der Regierung auf allen Ebenen fördert sowie Kindern und Jugendlichen Gelegenheit gibt, ihre Ansichten zu Regierungsentscheidungen darzulegen.

Was ist nun die einzigartige Ansicht, die die Kinder haben könnten und die nach der Agenda 21 unbedingt in Betracht gezogen werden muss?

Mit den Augen unserer Kinder unsere Städte betrachtend, würden wir uns wohl grauen vor soviel Gefahren, Reizen und Verboten. Kinder sind nämlich wie unsere Vorfahren: Sie sind Jäger und Sammler, bauen Flitzebogen, stauen Wasser und schaffen sich Baumhütten. Aus ihrer Sicht betrachtet gleichen unsere Gärten und manchmal auch unsere Parkanlagen eher Friedhöfen. Sie sind nicht zur fröhlichen Nutzung bestimmt; man darf die Wege nicht verlassen, keinen Sand aufnehmen und verstreuen und auf keinen Fall Blumen pflücken - „... das alles gehört sich nicht“ - sagen zumindest die Erwachsenen.

Es gibt Beispiele dafür, dass Kinder im moderierten Gespräch mit Städteplanern ihre Gefahrenpunkte in der Stadt benannt haben oder mit Planern durch die Straßen ihrer Stadt gegangen sind und auf Unzulänglichkeiten aufmerksam gemacht haben. Kinder haben anders als wir Erwachsene einen Blick für die fehlende Ampel, für die große Tür,

die nicht alleine aufgeht, für den schmutzigen Sand im Buddelkasten, für die Scherben auf dem Fußballfeld, für Unebenheiten im Gehwegpflaster. Die Agenda sagt, weil dieses ihr heutiges Leben beeinflusst und Auswirkungen auf ihre Zukunft hat, sollen wir sie rechtzeitig beteiligen und nicht darauf warten, dass sie aus unserer Sicht alt genug dafür sind. Wenn wir zu lange warten, könnte die nachfolgende Generation mit destruktiven Mitteln reagieren oder durch Graffiti an unseren Wänden Hilfeschreie aussenden.

In **Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention** heißt es unter der Überschrift „Berücksichtigung des Kindeswillens“:

„Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife. Zu diesem Zweck wird dem Kind insbesondere Gelegenheit gegeben, in allen das Kind berührenden Gerichts- oder Verwaltungsverfahren entweder unmittelbar oder durch einen Vertreter oder eine geeignete Stelle im Einklang mit den innerstaatlichen Verfahrensvorschriften gehört zu werden.“

Wir wissen heute, dass bereits Schulkinder ein sehr genaues Bild von ihrer Gemeinde haben und durchaus fähig sind, an Beteiligungsprozessen teilzunehmen. Sicher werden sich Kinder und Jugendliche nicht schriftlich an einem formalisierten Anhörungsverfahren beteiligen, aber innerhalb eines durch geschulte Pädagogen moderierten Gespräches ist dies ohne weiteres möglich. In der UN-Kinderrechtskonvention ist bewusst auf Verwaltungsverfahren hingewiesen worden. Hiermit hat der Gesetzgeber die Beeinflussung von kommunalen Planungsprozessen im Blick.

In **§ 8 des SGB VIII (KJHG)** heißt es:

„Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen“.

Und an anderer Stelle des KJHG (§1, 3) wird die Jugendhilfe aufgefordert, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.

Jugend(hilfe)politik kommt also gar nicht umhin, Kinder und Jugendlichen Mitbestimmungsrechte einzuräumen. Der Grundgedanke ist (so der ehemalige Referatsleiter aus dem Jugendministerium Schleswig-Holsteins, Dr. Dieter Tiemann): „Ohne den Ausbau von Mitbestimmung und Mitverantwortung in einer neuen Bürgergesellschaft läuft in Zukunft gar nichts. Wenn ein breiter Rückzug junger Menschen aus dem sozialen Leben zu verzeichnen ist, müssen Interventionsstrategien der Kinder- und Jugendpolitik einschließlich der Schulpolitik ebenfalls breit angelegt sein. Möglichst verschiedene Beteiligungsangebote müssen allen Kindern und Jugendlichen dort gemacht werden, wo sie sich für die Gestaltung ihrer Lebenswelt interessieren.“

3. Grundsätze der Beteiligung

Ich will im Folgenden einige Grundsätze beschreiben, die als Beteiligungsatmosphäre - „Partizipationskultur“ - beschrieben werden können. Diese entsteht durch:

- die selbstverständliche Einbindung von Kindern und Jugendlichen jeden Alters in politische Entscheidungen,

- das Setzen von Signalen durch die eindeutige Orientierung auf Kinder und Jugendliche in allen politischen und verwaltungstechnischen Verfahren,
- die Bedeutung, die kinder- und jugendpolitischen Argumenten in der politischen Diskussion zugestanden wird.

Dieses gilt im besonderem Maße für alle politischen Entscheidungen, die Kinder und Jugendliche berühren. Sind in unseren Einrichtungen, Organisationen und Verbänden Mitgestaltungsrechte von Kindern und Jugendlichen häufig noch nicht vorgesehen, so gilt dies in der Politik noch viel mehr. Da eine aktive Politikbeteiligung bisher erst mit 18 Jahren begonnen hat, sind diejenigen, die jünger sind, im politischen Raum in der Regel nicht präsent. Diese Altersgrenze ist ja erfreulicherweise in Mecklenburg-Vorpommern und auch in anderen Bundesländern für die Kommunalwahlen auf 16 Jahre herabgesetzt worden und leistet damit einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur verbesserten Politikfähigkeit von Jugendlichen.

Dem Mangel an Kinder- und Jugendbeteiligung wollen Beteiligungsmodelle begegnen, die u.a. in den letzten Jahren vor allem im Zusammenhang mit der Verabschiedung des neuen Kinder- und Jugendhilfegesetzes entstanden sind. Erinnert sei dabei an die Initiativen „Mecklenburg-Vorpommern - ein Land für Kinder“, „Schleswig-Holstein - ein Land für Kinder“ und an die Arbeiten des Professors Stange von der FH Lüneburg.

Partizipation von Jugendlichen macht nur dann Sinn, wenn Jugendliche auch wirklichen Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können. Ein Jugendbeirat bzw. Jugendparlament - so weit es sich am parlamentarischen Muster orientiert - erfüllt nach Auffassung unseres Landesjugendringes in Mecklenburg-Vorpommern diese Bedingungen noch nicht. Vielmehr präsentieren sich diese Jugendparlamente meist nur als „Spielwiese“ mit parlamentarischen Methoden und Gepflogenheiten, die von der Mehrzahl der Jugendlichen als ungeeignete Beteiligungsform erlebt wird. Will man Jugendliche besser beteiligen, muss man an ihren Einstellungen und Lebensrealitäten ansetzen. Die Lebenswelt - also das, was Kinder und Jugendliche in unseren Städten und Dörfern erleben - muss ernst genommen werden, um dieses danach in konkrete, nachvollziehbare Politik umzusetzen. Vor diesem Hintergrund sind verschiedene Beteiligungsmodelle denkbar, die unter Berücksichtigung der vielfältigen Strukturen zu entwickeln sind. Die Beteiligungsformen werden dabei z.B. in kleinen Gemeinden anders aussehen müssen als in der Großstadt. In jedem Fall sind aber einige grundlegende Überlegungen voranzustellen und entsprechende Bedingungen zu berücksichtigen:

- **Jugendliche reagieren tendenziell ablehnend auf die typischen Politikmuster der Erwachsenenwelt.** Diese gelten als eingefahren, wenig effizient, langatmig etc. Das heißt aber keineswegs, dass sie an Politik nicht interessiert sind. Im Gegenteil sind Jugendliche an der Gestaltung der sie betreffenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dann massiv interessiert, wenn ihre Bedürfnisse nach Form und Inhalt ernst genommen werden und sie echte Mitwirkungsmöglichkeiten erleben. Im Blick auf die Methode ist z.B. ein starkes Interesse und Engagement bei projektorientierter Arbeit festzustellen. Dies muss bei der Suche und Organisation von geeigneten Beteiligungsmodellen berücksichtigt werden, d.h. dass bekannte Formen nicht einfach auf Jugendliche übertragen werden können, sondern eigenständige Modelle in Kooperation mit Jugendlichen entstehen müssen.
- **Das Verhältnis neuer Beteiligungsmodelle zu bestehenden jugendpolitischen Strukturen muss geklärt werden.** Es muss gewährleistet sein, dass es zu keinen schädlichen Konkurrenzen kommt. Das vorhandene Engagement und die Kompetenz von Jugendringen, Jugendverbänden, dem Jugendhilfeausschuss, gemeindlichen Ju-

gendausschüssen, der Jugendpflege usw. muss genutzt und erweitert werden. Hier müssen insbesondere auch die nicht organisierten Jugendlichen einbezogen werden.

- **Rechte, Kompetenzen, finanzielle Mittel und insbesondere die Rolle von Erwachsenen müssen klar umrissen sein**, so dass für Jugendliche abschätzbar ist, welche Umsetzungschancen für ihre Positionen, Forderungen etc. bestehen.
- **Neue Beteiligungsmodelle müssen perspektivisch institutionell abgesichert werden, um ihnen Bestand zu verleihen**. Sie dürfen nicht wechselnden politischen Mehrheiten, dem Engagement einzelner oder gar modischen Strömungen ausgesetzt werden.
- **Beteiligung gehört auch in die Schule! Dort muss im Unterricht über Beteiligungsrechte informiert und Beteiligung geübt werden** (selbstverwaltete Projekte durchführen, Schülervertretung, Schülermedien usw.). Die Fähigkeit zu Rhetorik und Organisationsmanagement kann an der Schule vermittelt und geübt werden.

„Gute“ Beteiligungsformen sind dadurch gekennzeichnet, dass Kinder und Jugendliche freiwillig, unter Begleitung von Erwachsenen, an einem gemeinsam formulierten und transparenten Ziel mit hoher Verbindlichkeit in überschaubaren Prozessen arbeiten. Kinder sind nicht gleich Kinder. Nicht nur die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen müssen unterschieden werden, auch Kleinkinder, Grundschulkinder und Teenager haben unterschiedliche Wünsche an ihre soziale und sachliche Umwelt. Die unterschiedlichen Altersgruppen unterscheiden sich in ihren Kompetenzen, sich zu beteiligen. Vor diesem Hintergrund ist es unumgänglich, verschiedene Beteiligungsformen zu unterscheiden. Kinderbeteiligung muss beispielsweise Spaß machen, sonst verliert sie schnell ihre Anziehungskraft für Kinder und Erwachsene. Aus diesem Grunde wird Kinderbeteiligung immer eine Gratwanderung zwischen Arbeit (Ernst) und Freizeit (Spaß) sein müssen. Wichtig ist ferner, dass Erfolge jeweils vor Ort greifbar werden (Projekte zum Anfassen). Das frühzeitige Eingebundensein von Kindern und Jugendlichen in Projekte (z. B. in der Schule) führt, wie zahlreiche Erfahrungen zeigen, durch das persönliche Engagement zur Verantwortlichkeit für die Erhaltung und den Schutz der gemeinsam gestalteten Projekte und Räume. Durch ihre eigene Beteiligung entwickeln Kinder die Fähigkeit zu kritischer Reflektion und zum Perspektivenvergleich, was grundlegend für die Selbstbestimmung politischer Meinung ist. Partizipation von Kindern ist nicht nur ein Ansatz, um mehr soziale Verantwortlichkeit und Kooperationsfähigkeit zu entwickeln, es ist der Weg zur Entwicklung einer psychisch gesunden Person.

4. Methoden

Welche geeigneten **Methoden der Beteiligung** haben sich in den letzten Jahren in der Praxis bewährt? Im Folgenden soll ein kleiner Methodenkatalog vorgestellt werden (aus Methodensammlung Prof. W. Stange, Lüneburg, im Buch „mitreden - mitplanen - mitmachen“ des Deutschen Kinderhilfswerkes):

- a. Befragungsaktionen mit ausgewählten Gruppen:
Ausgewählte Gruppen (Schulklassen, Kita-Gruppen, Platzgruppen) werden mit unterschiedlichen Methoden zu einem Thema befragt. Der Aufwand ist in der Regel sehr hoch und ein gut überlegter Interviewleitfaden muss erarbeitet werden, der die Fragen enthält, die die Kinder oder Jugendlichen beantworten sollen.

- b. Dialog- und Kommunikationswände:
Es kann z.B. parallel zu einer Veranstaltung oder Befragungsaktion an den Orten, über die entschieden werden soll, große Papierwände zur allgemeinen Meinungsäußerung aufgestellt werden. Dies ist auch im Freien möglich. So beteiligen sich auch jugendliche Anwohner oder Passanten, die vielleicht nicht zur öffentlichen Anhörung gekommen sind oder nicht die Chance einer gezielten Befragung hatten. Regelmäßig müssen diese Meinungswände ausgewechselt und möglichst mit Kindern und Jugendlichen ausgewertet werden.
- c. Fotostreifzüge:
Kinder und Jugendliche fotografieren die Gemeinde aus ihrer Sicht. Im Anschluss werden die Ergebnisse den Planern oder Verantwortlichen gezeigt und gemeinsam ausgewertet. Das Motto bzw. Thema des Fotoauftrages muss klar beschrieben sein; z.B. „fotografiert blöde Orte in eurem Stadtteil“.
- d. Jugendeinwohnerversammlung:
Alle Kinder und Jugendlichen werden von der Gemeinde zu einer Jugendversammlung eingeladen, um aktuelle Themen, kommunale Probleme oder Planungen zu besprechen. Dies ist zwar ein schnelles Verfahren, aber die Mobilisierung der Beteiligten kann zum Problem werden. Hier ist man auf qualifizierte Fachkräfte (Brückenpersonen) angewiesen.
- e. Jugend-TÜV:
Durch das Kleben eines Punktes bewerten Jugendliche ihre Situation, ihren Stadtteil, ihre Freizeitmöglichkeiten o.ä. Dies kann beispielsweise an einem großen Stadtplan geschehen oder als Einstieg für eine Jugendeinwohnerversammlung verwandt werden.
- f. Kinder- und Jugendsprechstunde:
Im Blick sind regelmäßige Sprechstunden, bei denen Kinder und Jugendliche gegenüber Gemeindeverantwortlichen ihre Fragen, Wünsche, Kritiken oder Vorschläge vorbringen können. „Jugend berät den Bürgermeister“ - unter diesem Titel gab es hier in Berlin vor einigen Jahren eine ähnliche Initiative.

In dem erwähnten Buch von Prof. W. Stange sind viele weitere Methoden benannt, wie Kinder und Jugendliche zur Mitbestimmung verlockt werden können. Der Platz würde hier nicht ausreichen, diese Methoden hier alle vorzustellen.

Allen diesen Methoden ist jedoch gemeinsam, dass Mitbestimmung und Mitverantwortung die Schlüsselbegriffe sind. Partizipation und Engagement dürfen keine exotische Ausnahme im Leben von Kindern und Jugendlichen sein, sondern müssen zum selbstverständlichen Alltag werden.

In der Bundesrepublik hat die Gemeindeordnung des Landes Schleswig-Holstein bisher einen deutlichen Vorbildcharakter. Jede Gemeinde in Schleswig-Holstein soll bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. Hierzu soll die Gemeinde geeignete Verfahren entwickeln. Der Gesetzgeber in Schleswig-Holstein hat bewusst darauf verzichtet, den Gemeinden vorzuschreiben, wie diese Beteiligung sichergestellt wird. Die dortige Landesregierung hat in der Vorbereitung der Gemeindeordnung wiederholt deutlich gemacht, dass jede Gemeinde selbst entscheiden soll, welches Mitbestimmungsmodell für die jeweiligen lokalen Umstände angemessen ist.

5. Beispiel Mecklenburg-Vorpommern

In der **Koalitionsvereinbarung** in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern wird an mehreren Stellen auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen hingewiesen. Unter den Ziffern „Jugendpolitik“ (Nr. 113) heißt es, dass

„Projekte zur Schaffung von Kinder- und Jugendparlamenten als Möglichkeit der frühzeitigen Einbindung in politische Entscheidungsprozesse auf kommunaler Ebene ...“ aus dem Landesjugendplan gefördert werden sollen.

Unter der Ziffer 182 der Koalitionsvereinbarung steht:

„Die Mitwirkungsrechte von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Bürgerinitiativen sollen ausgebaut werden. ... Kindern und Jugendlichen ist ein Anspruch auf Mitwirkung in denjenigen kommunalen Angelegenheiten zu eröffnen, die sie selbst betreffen.“

Die Koalitionäre haben also zum einen ein Förderinstrument zur Mitbeteiligung von Kindern und Jugendlichen vorgesehen und zum anderen - so interpretiere ich die Ziffer 182 - eine Änderung der Kommunalverfassung im Blick. Somit sind, zumindest politisch betrachtet, die Weichen zur Kinder- und Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene gestellt worden. Bislang konnten Projekte, die die Beteiligung von jungen Menschen vorsahen, aus der Gemeinschaftsaktion „Mecklenburg-Vorpommern - Land für Kinder“ unterstützt werden. Diese Gemeinschaftsaktion zwischen dem Deutschen Kinderhilfswerk und dem Land Mecklenburg-Vorpommern wurde 1995 gegründet und verfügte bislang über einen kleinen Fonds.

Ein weiteres deutliches politisches Zeichen in unserem Land ist die Herabsetzung des Wahlalters bei Kommunalwahlen von 18 auf 16 Jahre. Auch hier sind offensichtlich politische Zeichen gesetzt, junge Menschen mehr für das Gemeinwohl zu interessieren. Dieser Prozess wird jedoch nur gelingen, wenn er zugleich mit breit angelegter politischer Bildungsarbeit einhergeht. Wenn nämlich junge Erwachsene deutlich Wahlabstinnenz üben, ist dieses auch ein Zeichen dafür, dass auf der anderen Seite Lernorte für Demokratie und Solidarität nicht allgemein, selbstverständlich und in großer Vielfalt zur Verfügung stehen.

Im Hinblick auf eine Kommunalwahl bedeutet es: Beteiligung an den Wahlen setzt Interesse am Gemeinwohl voraus und Interesse am Gemeinwohl gelingt nur durch ernsthafte Beteiligungsprozesse. Zwar reden wir viel über politische Jugendbildung und sie steht wohl auch in jeder Jugendverbandssatzung, doch für junge Leute gelingt politische Bildung nur durch glaubwürdige Prozesse und Projekte, an denen sie selbst mitwirken können.

Hier können wir von unseren skandinavischen Nachbarn die Idee der Balance von Mitbestimmung und Mitverantwortung übernehmen. Wer beim Umbau des Schulhofes Hand anlegt und der Kommune damit Kosten sparen hilft, hat ein Recht darauf, über die Gestaltung dieses Schulhofes mitzubestimmen. Wer weitgehend bei der Einrichtung eines Bürgerparks beteiligt wird, übernimmt damit auch ein Stück Verantwortung für diese Anlage. Das Zusammenspiel von Mitbestimmung und Mitverantwortung hat sich in der Praxis vielfach bewährt. Was Lehrerinnen und Lehrer immer wieder berichtet haben, ist inzwischen durch eine schwedische Studie belegt: Mitbestimmung und Mitverantwortung in der Schule reduzieren Gewalt und Vandalismus. Ich bin fest davon überzeugt, dass eine Gemeinde, die auf eine vielfältige Beteiligungskultur setzt, damit auch für sozialen Frieden sorgt.

Ich zitiere aus einem Papier unseres Landesjugendringes „Konzept Beteiligungskampagne 2000-2004“:

„Beteiligung findet nicht nur durch politische Instanzen statt, sondern in der Jugendarbeit gehört Partizipation zum Alltag. Jugendverbände sind freiwillige Zusammenschlüsse von Kindern und Jugendlichen, mit dem Ziel, individuelle, soziale und politische Orientierung durch Erziehung und Bildung zu vermitteln und so persönliche Identität und Wertorientierung herauszubilden. Ihre wichtigsten Aufgaben sind Freizeitgestaltung und Interessenvertretung und insbesondere die Verknüpfung beider Bereiche. Grundlegende Charakteristika ihrer Tätigkeit sind Freiwilligkeit, Wertgebundenheit, Selbstorganisation und Ehrenamtlichkeit. ... Im Zentrum der Aufgabenstellung liegt die Interessenvertretung durch Kinder und Jugendliche selbst sowie durch von ihnen gewählte Vertreterinnen und Vertreter. Sie verstehen sich als Anwälte von Kindern und Jugendlichen und vertreten ihre Interessen in allen sie betreffenden Lebensbereichen. So beteiligen sie sich ausgehend von ihrem Grundverständnis, dass Politik mit und für Kinder und Jugendliche Querschnittspolitik ist, an der Ausgestaltung verschiedenster Bereiche der Gesellschaftspolitik, wie z.B. der Jugend-, Bildungs-, Umwelt-, Friedens- oder Frauenpolitik.“

„Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Angelegenheiten...“ - nochmals Dieter Tiemann, S.-H. - „... ist eine Schlüsselentscheidung der Gesellschaft. Hier entscheidet sich, ob so früh wie möglich die Auseinandersetzung mit eigenen und anderen Interessen, individuellen Ansprüchen und übergreifenden Gemeinschafts- und Gesellschaftsinteressen praktiziert und geübt werden kann. Hier entscheidet sich auch, ob eine demokratische Gesellschaft wirklich an der Weiterentwicklung der Demokratie interessiert ist. Mitbestimmung darf dabei nicht eine mehr oder weniger exotische Ausnahme im Leben von Kindern und Jugendlichen sein, sondern muss zum **Regelfall** werden.“ Wir brauchen so betrachtet überall eine breit angelegte und vielfältige Mitbestimmungskultur, die das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen entscheidend prägt.

Diskussion:

Hasso Brühl, *Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin*: Vielen Dank, Herr Wergin. Ich denke, wir sollten hier auch das Verhältnis zwischen Landespolitik und Kommunalpolitik noch einmal aufgreifen und vertiefen. Ihre Ausführungen haben ja einen stark appellativen Charakter gehabt und finden sicherlich viel Zustimmung, dennoch wäre hier das Forum, wo man das Verhältnis von Landes- und Kommunalpolitik als Unterstützungspolitik der kommunalen Seite noch einmal thematisieren könnte.

Aber vielleicht liegen Ihre Interessen woanders; ich bitte um Ihre Wortmeldungen.

Hans-Peter Friedrichs, *Amt für Kinder, Jugend und Familie, Bonn*: Ich habe eine Verständnisfrage: Sie haben an einer Stelle Ihres Referates gesagt, Kinder und Jugendliche haben ein sehr genaues Bild von der Gemeinde. Wie haben Sie das gemeint? Ich erfahre im Umgang mit Jugendlichen sehr häufig, dass sie gar nicht wissen, wer für die Politik vor Ort, in ihrem Stadtteil zuständig ist, sie haben keine Ahnung, wer im Jugendhilfeausschuss ihre Interessen vertritt. Sie kennen zwar die Oberbürgermeisterin oder den Oberbürgermeister, aber dann hört es sehr schnell auf. Sie kennen viel eher das politische Geschehen aus der „Tagesschau“. Deswegen verstehe ich nicht ganz, wie Sie das gemeint haben.

Claus Wergin: Mit dem Bild von der Gemeinde ist nicht das Bild der Repräsentanten von der Gemeinde gemeint. Ich meine das wirklich im Sinne der Optik. Kinder haben einen anderen Blick auf die Sache. Wenn Sie nämlich nur einen Meter, einen Meter 20 oder einen Meter 50 groß sind, haben Sie zwangsläufig einen anderen Blick auf die Dinge in Ihrer Gemeinde. Das wissen wir ja nicht nur von Kindern, sondern das wissen wir auch von Rollstuhlfahrern. Wer mal eine Zeit lang im Rollstuhl gesessen hat, weiß, wenn man durch die Straßen rollt, hat man auch einen anderen Blick auf die Straße. Man sieht die Menschen aus einer ganz anderen Perspektive. Und diese Perspektive, diese Wahrnehmung von unserer Gemeinde oder von unserer Stadt aus der Höhe, aus dem Blickwinkel von Kindern und Jugendlichen meinte ich damit. Und offensichtlich haben sie einen sehr genauen Blick. Sie sehen nämlich etwas, was wir als Erwachsene schon lange nicht mehr sehen, weil sie ganz anders auf die Dinge schauen. Dabei ist es für sie völlig uninteressant, ob diese oder jene Partei nun regiert, der oder jener Stadtrat ist. Hier spreche ich wirklich von dem Blick auf die Sache.

Hasso Brühl: Das lernt man eigentlich, wenn man Mutter oder Vater ist, selber recht schnell. Man geht in die Knie, um sich mit seinem Kind zu unterhalten, und spricht nicht von oben herab. Insofern ist das, glaube ich, eine Einübung in solche Verhältnisse.

Rüdiger Voßmann, *Dezernent für Jugend, Soziales und Kultur, Hagen*: Ich fand diesen Vortrag sehr spannend. Wenn ich das auf unser Land Nordrhein-Westfalen übertrage, dann fehlt mir eine Dimension. Ich habe soviel von Ermöglichung von der Landesseite gehört und auch von Erkenntnissen und Forderungen. Ich hätte als alter Kommunalpolitiker eine ganze Menge Forderungen - nicht nur an unser Land; ich denke, das gilt auch darüber hinaus. Ich habe als zuständiger Dezernent sieben Ministerien in meinem Lande zu koordinieren, wenn es um Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf geht, weil die das selber nicht tun. Ist das in Mecklenburg-Vorpommern überhaupt kein Problem?

Claus Wergin: Zwei der gedemütigsten Begriffe der letzten Jahre sind „Vernetzung“ und „Synergieeffekte“. Es ist natürlich auch in Mecklenburg-Vorpommern nicht ein-

fach. Da gibt es auch einen gewissen Ressortegoismus, es gibt das „Eingegrenztheit“ nach Haushaltsgesichtspunkten auf bestimmte Budgets und Haushaltsverfahren; das ist nicht anders in unserem Land als bei Ihnen. Natürlich ist es so, dass auf die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen viele Ministerien Einfluss haben, vom Innen- bis zum Bauministerium, vom Sozial- bis zum Bildungsministerium. Ich kann nur Beispiele nennen, für die ich auch meine Hand ins Feuer legen kann: Diese Landesinitiative Jugend- und Schulsozialarbeit, für die ich in meinem Referat zuständig bin, haben wir in einem interministeriellen Zusammenhang erarbeitet: im Bildungsministerium, Jugend- und Sozialministerium, Finanzministerium, Ministerium für Arbeit und Bau und Staatskanzlei. Wir haben nicht nur ein gemeinsames Förderprogramm, das aus verschiedenen Töpfen gespeist wird, sondern wir haben es sogar soweit gebracht, dass wir gemeinsam Grundsätze und inhaltliche Empfehlungen erarbeitet haben. Ich bin jetzt fast zehn Jahre im Bereich der Landesregierung tätig; es war das erste Mal, dass es eine solche interministerielle Projektgruppe bis zu einem Landesprogramm, zu einem gemeinsamen Budget und auch zu einem gemeinsamen inhaltlichen Papier geschafft hat. Das setzt auch voraus, dass die Leitungsstäbe, die Staatssekretäre und die Minister bereit sind, ihr Budget möglicherweise auch mit anderen zu teilen, denn ein Minister bzw. ein Ministerium wird nach wie vor daran gemessen, wie viel es verteilt und nicht, wie viel kluge Worte aus einem Haus kommen.

Hasso Brühl: Ich könnte mir vorstellen, dass es sehr unterschiedliche Erfahrungen internationaler Art gibt. Ich hatte vorhin schon einmal das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ angesprochen, da waren in einer ersten Tagung im Mai oder April letzten Jahres auch Holländer, Engländer und Schweden eingeladen und haben ihre Erfahrungen dargelegt. Dabei hat Deutschland im Verhältnis zu diesen Ländern, was die ressortübergreifende Kooperation anbetrifft, relativ schlecht abgeschnitten.

Ich möchte jedoch gern auf dieses Thema zurückkommen: Wie funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Kommune und Ihrem jeweiligen Land? Gibt es da nicht Defizite, die wir benennen können?

Rüdiger Voßmann: Wir können Kindern schon schwer genug erklären, wie Beteiligung in dieser gestuften Weise bis zu echter Mitbestimmung funktioniert. Wir müssten ihnen dann auch noch erklären, dass Förderprojekte jenseits aller Richtlinien, zwischen allen Stühlen, zwischen bis zu sieben Ministerien liegen und dass wir die Ministerien koordinieren, weil es eine interministerielle Arbeitsgruppe zwar versucht, aber nicht schafft, weil sie nichts verändert. Sie reden darüber, aber sie kriegen das nicht hin. Das ist sehr schwer, aber diesen Vorwurf muss man ihr machen. Man müsste über Beteiligung eben auf dieser sehr ganzheitlich-grundsätzlichen Ebene und nicht so sehr auf der sektoralen Ebene sprechen. Über kommunale Beteiligung kann man wunderschön jugendhilfe-theoretisch schreiben. Doch die Realität sieht in der Förderstruktur völlig anders aus, weil unsere Stadt genauso pleite ist wie wahrscheinlich die meisten Städte, aus denen Sie kommen. So bleibt es Theorie. Das ist der eigentliche Kernpunkt, glaube ich.

Jutta Küppers, Jugendamt Fürth: Manches in diesem an sich hervorragenden Vortrag kam mir doch wie Ideologie vor, wenn ich das auf meine eigene Praxis als kommunale Jugendpflegerin in Fürth - einer sehr armen Kommune in Bayern mit hunderttausend Einwohnern - rückbeziehe. Diese Beteiligungsformen, die wir Kindern und Jugendlichen unbestritten anbieten möchten, sind ja Beteiligungsformen, sind Kooperationsformen, die in unserer eigenen Verwaltung nicht greifen und nicht funktionieren. Wir können von daher einen ganz wesentlichen pädagogischen Aspekt - bezogen auf Kinder und

Jugendarbeit - gar nicht anbieten: nämlich ein gutes Vorbild zu sein. Ich denke - so habe ich auch den Herrn Dezernenten aus Hagen verstanden -, dass sich diese Problematik durchzieht. Wir können nicht einen ganzheitlichen Lösungsansatz oder ganzheitlichen Beteiligungsansatz von der Basis her aufbauen und es scheitert schon in der ersten Instanz, wo eben nicht mehr ganzheitlich gearbeitet wird. Daher habe ich nach meiner Erfahrung grundsätzlich Probleme mit all diesen hehren Zielen, die wirklich sehr schnell zur Ideologie verkommen können und da auch sehr viel Resignation beinhaltet sein kann.

Claudia Wilke, Ratsfrau, Hannover: Mitwirkung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sollte eigentlich demokratischer Grundsatz jeden pädagogischen Handelns und aller Lebenszusammenhänge sein, sei es im Elternhaus, in Kindergärten, in Schulen usw. Und ich denke, ein bisschen Spaß stünde auch den Schulen ganz gut zu Gesicht. Wenn ich aber Ihre ersten Ausführungen, Herr Wergin, bis in die letzte Konsequenz verfolge, dann müssten wir uns den Kindern, die eigentlich immer in Bewegung sind und immer etwas verändern wollen, wesentlich stärker anpassen. Wir müssten eigentlich bestrebt sein - gerade in großen Gemeinden - Freiflächen zu schaffen, die sich immer wieder verändern können. Tatsache ist jedoch, dass wir sehr starr in unseren lokalen Planungen und Denkstrukturen sind. Wir planen Kinderspielplätze, da beteiligen wir einmal Kinder oder auch Jugendliche, und dann bleibt das erst mal zehn Jahre so. Wie ist Beteiligung in einer Form von Fließen und der ständigen Veränderung in Stadtplanung zu realisieren?

Claus Wergin: Ich würde gern erst einmal auf Herrn Voßmann zurückkommen. Ich komme aus einem Land, das ein eigenes Jugendförderungsgesetz hat. Dieses Jugendförderungsgesetz ist eigentlich eine Ergänzung des kommunalen Ausgleichsgesetzes. Wir haben nämlich ganz bewusst umgesteuert und schufen ein Jugendförderungsgesetz, das die Höhe der Jugendförderung mit einer Geldsumme bestimmt und nicht den Anteil von Hundert, so wie das hier in Berlin versucht worden ist. Das Jugendförderungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern schreibt vor, dass eine konkrete Summe pro Kopf der 10- bis 26-jährigen Bevölkerungsgruppe für die Jugendförderung landesseitig eingestellt wird. Das schreibt der Landesgesetzgeber so vor. Gleichzeitig gibt der Landesgesetzgeber in dem Gesetz einen bestimmten Betrag an die kommunale Ebene ab, ganz bewusst zur Ausgestaltung eigener Aufgaben und Ziele der Jugendförderung und Jugendbeteiligung. Von daher, Herr Voßmann, ist es in Mecklenburg-Vorpommern schon eine andere Situation, weil wir erkannt haben, dass ohne die Zusammenarbeit mit den Kommunen nichts läuft. Und gerade Kinder- und Jugendpolitik macht man nicht in Schwerin, auch nicht in Bonn oder in Berlin und schon gar nicht in Brüssel. Sondern Kinder- und Jugendpolitik macht man dort, wo die Kinder zu Hause sind, wo ihr Bett steht, wo sie spielen und ihr Buddelkasten ist. Und das haben wir vielleicht angesichts unserer besonderen Struktur in Mecklenburg-Vorpommern begriffen. Auch diese Landesinitiative Jugend- und Schulsozialarbeit ist im Grunde genommen nichts anderes als die Umschichtung von finanziellen Mitteln des Landes auf die kommunale Ebene. Wir geben auch da wieder Geld nach unten, damit man vor Ort feste Stellen einrichten kann.

Ich würde gern noch einmal auf das Thema „freie Flächen oder feste Häuser“ zurückkommen. Sicher haben sich auch bei uns Jugendhäuser nun Stück für Stück etabliert, vielleicht nicht so sehr wie in Nordrhein-Westfalen oder an anderen Stellen. Aber diese großen Jugendhäuser sind mitunter auch eine Last. Da hat eine Generation in den 70er oder 80er Jahren oder - wie bei uns - Anfang der 90er Jahre mit Mühe und Not so ein

großes Jugendhaus erkämpft, und drei Jahre später steht es leer. Und mühselig müssen jetzt Sozialpädagogen wieder „Leben in die Bude“ bringen. Manchmal denke ich, wir sollten aufhören mit diesen großen Jugendhäusern oder sie zumindest sehr beschränken, um tatsächlich mehr freie Fläche zu haben, um mit Jugendlichen irgendwelche Übergangslösungen zu wagen: zum Beispiel Wagenburgen und Abenteuerspielplätze mit viel Holz und viel Eigenbau, manchmal abenteuerlich in der Ausgestaltung. Aber irgendwann, wenn die Generation, die sich das alles erkämpft hat (den Platz, diese Holzburg, diese Barackenstadt oder diese Bauwagen) nicht mehr da ist, dann kann alles beseitigt werden und es geht mit der nächsten Gruppe wieder neu los. Doch die Fläche, den Freiraum, den müssen wir schaffen. Die Jugendhäuser sind wichtig und sie haben auch ihren Platz innerhalb unserer Kommunen, aber sie sind nicht das allein selig machende und sie benötigen eine ganze Menge Geld.

In der kleinen Gemeinde, aus der ich komme - ich komme aus einem Dorf mit unter 1.000 Einwohnern, ich bin selber in der Kommunalpolitik in einem Ausschuss tätig als ehrenamtlicher stellvertretender Bürgermeister - wurde ganz bewusst verzichtet, den Jugendraum richtig auszugestalten, sondern wir haben mit Jugendlichen eine kleine Containeranlage aufgebaut. Wenn das nicht mehr gebraucht wird, der Spielplatz wichtiger wird oder die Badeanstalt, dann wird der Container mit dem Kran weggeräumt und es geht mit anderen Sachen weiter.

Ursula Redecker, Bereich Jugendarbeit, Lübeck: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist ein Prozess, an dem sehr viele beteiligt sind, einmal auf Landesebene die Ministerien, aber auch auf kommunaler Ebene die Behörden, die Erwachsenen, die Eltern, die Lehrer, alle, die etwas mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben. Diesen Aspekt vergessen wir manchmal; wir denken immer an irgendwelche Projekte, an Methoden, wie man Kinder und Jugendliche beteiligt, aber dass der hemmende Faktor in diesem Prozess oft die Erwachsenen sind, das müssen wir, glaube ich, mehr in den Vordergrund stellen. Erwachsene haben sich genauso verabschiedet von der Politik wie eben auch Kinder und Jugendliche. Wir müssen Eltern bestätigen, dass sie wieder Vorbilder für ihre Kinder werden, ebenso Lehrer, Sozialarbeiter und Jugendhausarbeiter. Meiner Meinung nach haben sie eine andere Funktion als die, die Claus Wergin eben beschrieben hat. Sie sind auch Stadtteilarbeiter und sie sind die Keimzelle von Beteiligung, sind diejenigen, die die Kultur mit aufbauen. Ich meine, es müssen alle mehr beteiligt werden.

Ich selbst komme aus Lübeck. Wir haben ein Projekt „Kinderfreundliche Stadt“ - also einen Baustein im Rahmen der Beteiligung. Dieses Projekt war von der Politik gewollt, doch eigentlich wollte man etwas ganz anderes damit: Wackelenten aufstellen und Wickelecken in den Kaufhäusern und Spielecken für Kinder in den Cafés einrichten, damit sich die Touristenkinder in der Stadt wohler fühlen, oder auch die eigenen Kinder, wenn man einkauft. Wir haben aber dieses Projekt auf verschiedenen Ebenen genutzt. Wir machen Beteiligungsprojekte mit Kindern und den Kolleginnen und Kollegen, aber wir machen auch in unserer eigenen Verwaltung einen Prozess durch. Ich glaube, wir können schon auf gute prozesshafte kleine Pflanzen, die anfangen zu sprießen, verweisen. Wir haben festgestellt, dass ein großes Interesse daran besteht, Kinder und Jugendliche zu beteiligen, aber auf der gleichen Ebene bei den Erwachsenen Beteiligungskultur zurückzuholen. Eine Chance bieten die Runden Tische, die es überall gibt. Für mich ist dieses neue Vorhaben „Soziale Stadt“ ein Zeichen, dass es wirklich ernst wird mit der Beteiligung. Dafür kämpfe ich auch, wir sind ebenfalls an dem Programm beteiligt. Da wird die Wahrheit zutage treten, wie ernsthaft tatsächlich Beteiligung und Ressourcen-

bündelung und Synergieeffekte und Ähnliches gewollt sind. Darauf bin ich gespannt und da werde ich mich einsetzen.

Jutta Küppers: Vielleicht komme ich jetzt in den Part, eher Negatives zu berichten. Möglicherweise liegt es auch daran, dass ich die einzige Vertreterin aus Bayern bin. Ich gehe nämlich davon aus, dass „Mitwirkung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ nicht das Hauptthema in Bayern ist. Das kann ich in der Tat bestätigen.

Ich möchte noch einmal diesen Freiraum-Gedanken aufgreifen, weil wir damit auch sehr gute Erfahrungen gemacht haben, auch mit Bauwagen-Projekten, die für eine bestimmte Generation einfach auch ein Stück Abenteuer und etwas Lebendiges in die Stadt zurück bringen. Das kann ich nur unterstützen. Gleichzeitig haben wir aber anhand von solchen Projekten feststellen müssen, dass Grund und Boden ein sehr knappes Gut sind, gerade in Ballungs- und Entwicklungsgebieten, wo wir in den letzten Jahren viel Neubautätigkeiten hatten und wo es die entsprechende Versorgung mit Einrichtungen der Jugendarbeit gar nicht gegeben hat bzw. diese nicht eingeplant wurden. Wir haben festgestellt, dass diese Ökonomisierung der Politik, insbesondere im Bereich der Freiflächen, sich sehr negativ auf die Schaffung solcher Flächen auswirkt. Bei Grundstückspreisen, die sich in astronomischen Höhen bewegen, weil möglicherweise Baumärkte oder Ähnliche dort bauen wollen, kann das Jugendamt bzw. die Kommune einfach nicht mehr mithalten. Oft werden kommunale Flächen auch zum Zwecke der Haushaltssanierung verkauft, anstatt sie für Kinder und Jugendliche zur Verfügung zu stellen.

Ganz kurz noch zum Thema „Soziale Stadt“. Die Stadt Fürth ist die größte Kommune in Bayern, die nun erstmalig - nachdem es dieses Programm in Bayern erst seit 1999 gibt - beteiligt ist. Wir haben bislang erhebliche Anlaufschwierigkeiten, gerade in der Kooperation zwischen Stadtplanung, Baureferat und Sozialreferat. Die federführende Ansiedlung im Baureferat halte ich für sehr problematisch, weil da Denkweisen aufeinander stoßen, die erst einmal wenig miteinander zu tun haben. Hier wäre es Landesaufgabe, Instrumente und Foren zu schaffen, die einen Dialog im Interesse von Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ermöglichen, um die gegenseitigen Auffassungen kennen zu lernen und um so tatsächlich Ansätze einer gemeinsamen Arbeit aufzubauen.

Hasso Brühl: Die Initiative zu diesem Bund-Länder-Programm ist von den Ländern ergriffen worden, von der Arbeitsgemeinschaft der Bauminister (ARGEBAU). Das zeigt, dass dieser Zug aus einer bestimmten Richtung gekommen ist und nun versucht wird, alle mitzunehmen.

Herr Wergin, ich habe noch einmal eine praktische Frage. Sie hatten vorhin das Beispiel erwähnt, Kinder und Jugendliche sollten doch mal problematische Stellen in ihrer Stadt fotografieren. Was ist denn daraus geworden?

Claus Wergin: Wir haben diese Aktion bei uns im Dorf durchgeführt. Ich kenne es auch aus anderen Orten, kann jetzt jedoch nur authentisch darüber berichten, was ich selbst mit begleitet habe. Da war beispielsweise der Fußgängerüberweg an der Bushaltestelle, der nicht richtig funktioniert hat. Wir Erwachsenen haben nicht wahrgenommen, dass diese Ampel in bestimmten Taktfrequenzen so langsam ist, dass Kinder immer wieder verführt worden sind, einfach über die Straße zu sausen, weil sie nicht so lange warten wollten, bis die Autos an der Kreisstraße zum Bremsen gekommen sind. Das konnte im Zusammenwirken mit dem Straßenbauamt und durch das Einbauen einer Geschwindigkeitsschleife - Raser wurden damit vor der Ampel bereits abgebremst -

erledigt werden. Dann haben Kinder sehr genau Defizite in unserer Badeanstalt fotografiert: abgebrochene Bretter, ein Sprungbrett, das nicht mehr ordentlich federt, Nägel, rostige Stellen im Geländer. Sie haben darauf hingewiesen, dass die Bordsteine im Übergang für Fahrräder und Luftroller zu scharf waren, so dass permanent Reifen beschädigt wurden. An einer Stelle, wo die Kinder Ball spielen, lagen viele zerschlagene Flaschen zwischen den Steinen... Ich kann mich jetzt nicht an alle Beispiele erinnern, es waren auf jeden Fall viele praktische Dinge.

Iris Bothe, *Geschäftsbereich Jugend der Stadt Wolfsburg*: Wie lange hat es gedauert, bis die Missstände, die die Kinder entdeckt hatten, behoben worden sind?

Claus Wergin: Mitunter war das in einer Woche erledigt. Tatsächlich, die Kinder sind am Wochenende losgezogen und in der Woche danach wurde der Gemeindearbeiter losgeschickt. Diesem war es peinlich, was da entdeckt wurde. Das ist ein fleißiger, guter Mensch, der auch gut mit den Kindern klar kommt. Und der war wirklich peinlich berührt, als es hieß, in der Badeanstalt ragen die Nägel aus dem Holz.

Iris Bothe: Wenn Sie sagen, dass ihm das peinlich war, dann hat er sicherlich auch einen direkten Bezug dazu. Das ist jedoch die Problematik, die man in größeren Städten hat. Dort ist es bestimmten Leuten nicht peinlich, sie kennen die Ecke gar nicht. Und sie kennen auch denjenigen nicht, der damit zu tun hat, dem es also peinlich sein müsste.

Waltraud Hostettler, *Ratsfrau, Aachen*: Man fragt Kinder ab, was ist eurer Meinung nach nicht in Ordnung in dieser Stadt oder dieser Gemeinde. Am Ende bekommen sie das Misserfolgserlebnis, dass dieser Schaden nicht behoben wird. Das macht Beteiligungsformen so schwierig, weil wir die Kinder und Jugendlichen enttäuschen.

Vor den Wahlen hatten wir die sogenannte „Blue Box“ bei uns in Aachen. Es wurden Kinder und Jugendliche aus dem ganzen Stadtbereich nach Hinweisen und Anregungen zur Verbesserung ihres Umfeldes befragt - initiiert von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen. Fazit war, dass es nicht nachgearbeitet worden ist, auch nicht von der Landesregierung. Die Kinder und Jugendlichen sind so vor Ort hängen geblieben. Sie haben gar nicht gewusst, was aus diesem Projekt wird. Meine Erfahrung ist, gerade mit unserem städtischen Jugendamt, dass man Kinder und Jugendliche dort beteiligen muss, wo sie direkt die Umsetzung ihrer Beteiligung erfahren und erleben. Das heißt, bei der Spielplatzorganisation oder Einrichtung von Räumen muss man genau wissen, welche finanziellen Mitteln zur Verfügung stehen. Dann wird die Kinderbeteiligung in Gang gebracht und beispielsweise in einem halben Jahr umgesetzt. Das ist für mich Kinderbeteiligung und das macht auch Lust, sich weiter zu beteiligen.

Wo es bei uns immer noch ein bisschen schwierig ist, ist die Verkehrspolitik. Da tut man sich unheimlich schwer, aber gerade da sollte man Kinder und Jugendliche beteiligen, bei Fahrradwegen, Schulwegen usw.

Was auch noch nicht funktioniert, ist städtebauliche Beteiligung. Da haben wir noch gar keinen Zugriff. Ich würde gern etwas dazu hören, wie man das umsetzen kann. Denn das genau ist ja der Lebensraum, da wird es spannend.

Ebenfalls sehr dringend ist die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe, damit die Beteiligungsformen genau in den Schulen stattfinden. Manche Kinder kennen überhaupt keine Beteiligungsformen von zu Hause und in den Schulen sowieso nicht, weil die Schülervertretungen auch nicht funktionieren. Das ist so ein Gremium, das neben her läuft und das nicht wichtig ist. Und das, denke ich, wäre der Ansatz.

Hasso Brühl: Vielen Dank, Frau Hostettler. Sie haben uns nun praktisch noch einmal zwei Themen aufgetragen: Schule und Jugendhilfe, Städtebau und Verkehrsplanung.

Rüdiger Voßmann: Ich würde gern etwas Provozierendes sagen: Wir hatten Sinn und Spaß - aus der Shell-Studie - als Eckpunkt in diesem Bermuda-Dreieck genannt sowie Sensibilität und Zuständigkeit für wichtige Kleinigkeiten. Ich frage mich jedoch: Müssen wir Kinder zuständig machen für unsere Verkehrssicherheitsprobleme? Liegt dem nicht ein ganz anderes Problem zu Grunde? Sind diese Kleinigkeiten nicht genau die Spielwiese, wo Kinder den Sinn nicht erkennen und schnell den Spaß verlieren? Das ist für mich ein Bermuda-Dreieck, in dem der Sinn ganz kurzfristig zu verschwinden droht. Die Gefahr ist ungeheuer groß, dass wir unsere ungelösten kommunalen Probleme in die Zuständigkeit der Kids verlagern wollen. Das muss man ganz kritisch und selbstkritisch aussprechen, auf kommunaler und auf Landesebene.

Hubert Meyer-Wiedemann, Senat für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Bremen: Die Frage ist ja wirklich: Wie ernst meint man es denn mit der Beteiligung? Ist es sozusagen als Frühwarnsystem für die öffentliche Verwaltung gedacht, um Defizite aufzufangen? Ist es die Wahl wie in Aachen? Es wird eine Blue Box aufgestellt, es wird etwas eingesammelt und das war es dann? Welchen Effekt hat es denn? Man muss die Verantwortlichen fragen: Wollen wir die Beteiligung wirklich? Wie wichtig ist uns das? Ist das der Anspruch, den wir haben? Wir alle kennen Verwaltung. Bestimmte Mechanismen laufen ab, einmal „verdunstet“ dort Verantwortung - zumindest in den Ebenen. Das Zweite ist das Beharrungsvermögen von Mitarbeitern. Es könnten dort bestimmte Veränderungen und Einsichten vermittelt werden, die notwendig sind. Das wäre ein spannender Moment zu sehen, wie man auch langfristig Beteiligung ernst meint und entsprechend versucht, diese auch umzusetzen.

Hasso Brühl: Bei dem Thema Schule und Jugendhilfe geht es nicht unbedingt nur um die Delegation von Problemen. Es gibt ein eindrucksvolles Beispiel aus Dänemark. Die Kommune als Schulträger hat die Finanzierung der Bestandserhaltung der jeweiligen Schule an die Schule abgegeben und die Kinder, Eltern und die Lehrerschaft halten die Schule selbst und eigenverantwortlich in Ordnung. Daraufhin haben die Kinder - weil sie an dem äußeren Zustand der Schule beteiligt gewesen sind - sich sehr dafür engagiert. Ein positiver Nebeneffekt war die Einsparung von Kosten. Außerdem hat es den Kindern tatsächlich Spaß gemacht, ihre Schule in Ordnung zu halten. Das ist doch ein Hinweis darauf, dass Delegation nicht nur negativ sein muss, sie kann durchaus positive Wirkung haben.

Kerstin Landua, Verein für Kommunalwissenschaften e.V., Berlin: Im Rhein-Main-Kreis wurde es ebenso gehandhabt. Die Schule wurde ein sozio-kulturelles Zentrum. Es war eine Schule mit vielen kriminellen Kindern und Jugendlichen und einem großen Ausländeranteil. Sie sollte geschlossen werden. Der Schulleiter hat sich gemeinsam mit den Schülern und Lehrern Gedanken darüber gemacht, wie das verhindert werden kann. Beschlossen wurde von allen Beteiligten, die Schule als Unternehmen zu führen. Es wurde in der Aula der Schule ein Kino für die Gemeinde gebaut, eine Sparkasse im Schulgebäude eröffnet, die die Kinder und Jugendlichen selbst betrieben haben, ein Second-Hand-Shop wurde eingerichtet... - verschiedene kleine Unternehmen. Sie sind im Moment auf dem Weg, Schule als Unternehmen anerkennen zu lassen. Diese Schule hat

nun innerhalb des Kreises wieder sehr großen Zulauf von Kindern und Jugendlichen und auch die Eltern stehen hinter der Idee.

Ein weiterer positiver Aspekt ist, dass die Kinder und Jugendlichen nichts mehr kaputt machen, denn es ist wirklich ihre Schule, sie passen auf, was da passiert. Sie kommen auch selbst mit neuen Ideen. Ich finde, das ist eine Frage von Bildungspolitik oder Bildungsreform insgesamt. Wie es auch Herr Wergin vorhin ansprach: Bringen wir den Kindern Rhetorik, Didaktik, Organisationsmanagement und andere Dinge bei oder belassen wir es beim Frontalunterricht? Oder fragen wir, was bewegt die Kinder wirklich? Ich denke, wir brauchen einen Perspektivenwechsel auch in der Schulpolitik oder in der Bildungspolitik, die das produktive Lernen mehr in den Vordergrund stellt - wie „Schule als Unternehmen“. Es gibt sicher auch andere Beispiele.

Claus Wergin: Beteiligung muss niederschwellig gemacht werden, besonders wenn es um bestimmte Methoden geht. Für eine ganze Stadt kann ich mir das nicht vorstellen. Beteiligung kann man nur in Stadtteilen oder wirklich niederschwellig bewerkstelligen. Man muss, bevor man etwas beginnt, eine sehr genaue Vorstellung davon haben, wann es zu Ende ist und wie es umgesetzt wird. Nur eine Beteiligung um der Beteiligung willen, - wir wollen mal sehen, was die zu sagen haben und dann wollen wir sehen, was wir damit machen - das geht nicht. Man muss zuvor sehr genau wissen, was man „am Tag danach“ mit den Ergebnissen macht und wie man in der Lage ist, das umzusetzen.

Ich möchte zum Thema Jugendhilfe und Schule noch einmal auf das Regierungsprogramm und auf die Empfehlungen zur Ausgestaltung der Schulsozialarbeit aus Mecklenburg-Vorpommern hinweisen, die auch per Internet einzusehen sind:

„<http://www.mv-regierung.de/lajusa>“.

In Mecklenburg-Vorpommern wurde es so gehandhabt, dass wir die Vergabe von Förderungen schulseitig als auch jugendhilfeseitig an die Frage gebunden haben, ob die jeweilige Schule ein Programm hat. Wir haben im Schulgesetz von Mecklenburg-Vorpommern einen Paragraphen (§39), der besagt, eine Schule sollte möglichst ein Programm haben. Sie muss also mehr tun, als nur Inhalte und Lehrpläne abzuarbeiten. Eine Schule lebt davon, dass sie eingebunden ist in eine Kommunalität, dass sie ein Programm hat und das Lehrerengagement vorhanden ist, damit die Sozialarbeiter an der Schule nicht die Ausfallbürgen des Lehrers werden. Da wo Schule ein solches Programm hat, wo Schule mehr ist als die Vermittlungsagentur von Wissen, Fähigkeiten und Kenntnissen, dort konzentrieren wir zur Zeit auch Förderung im Bereich der Schulsozialarbeit. Das ist gerade für ein Land wie Mecklenburg-Vorpommern strukturell gesehen sehr wichtig, denn vor allem im ländlichen Raum ist manchmal die Schule der letzte Ort, der für Kinder und Jugendliche öffentlich zur Verfügung steht. Wir sind ein sehr dünn besiedeltes Land mit 77 Einwohnern pro km², Sie können sich vorstellen, wie die infrastrukturellen Voraussetzungen aussehen.

Hans-Peter Friedrichs: Herr Wergin, ich habe Ihnen gern zugehört, weil ich es auch gut und richtig finde, dass man Projekte umsetzen soll oder beginnen sollte, wenn auch die entsprechenden Möglichkeiten der Realisierung vorhanden sind.

Ich bemühe mich seit Jahren, seitdem ich Kinder- und Jugendbeteiligung in Bonn koordineiere, dass mal eine Haushaltsstelle, z.B. mit 100.000 DM, eingerichtet wird für die Anregungen und Ideen aus einem Kinder- oder Jugendforum - einfach „blanko“ im Haushaltsplan. Dagegen sprechen haushaltsrechtliche Bestimmungen. Ich habe mich zum Beispiel dafür stark gemacht, dass Flächen, die im städtischen Besitz, aber vorübergehend frei sind, für Kinder und Jugendliche genutzt werden können. Das kennen

viele aus ihren Kommunen auch: Flächen, die zwanzig Jahre brach liegen und nicht bebaut werden, die aber Kindern und Jugendlichen nicht zur Verfügung gestellt werden. Meine Kollegen und ich haben erreicht, dass der Stadtrat einen Beschluss gefasst hat, diese Flächen zur vorübergehenden Nutzung durch Kinder und Jugendliche unter vorheriger Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zur Verfügung zu stellen. Die Grundbedingungen waren: vorübergehende Nutzung, ergänzendes Angebot, mit einfachen Mitteln. Bei einer freien Fläche habe ich ein Beteiligungsprojekt realisiert. Die Ideen der Kinder und Jugendlichen waren super. Nur: Allein, die Fläche von Gras, kleinen Bäumen u.a. freizumachen und einzuebnen kostet 100.000 DM, nach den Berechnungen des Grünflächenamtes. Da war die Grenze. Das bedeutet, ich versuche nun, diese Kosten und zusätzlich Geld für die danach entstehenden Arbeiten zu erhalten, aber die Haushaltsberatungen sind gelaufen.

Wenn ich Kinder- und Jugendbeteiligung ganzjährig in einzelnen Stadtbezirken oder Ortsteilen durchführe, müsste eine Summe zur Verfügung stehen, mit der ich mich an verschiedene Ämter wie Stadtbauamt oder Grünflächenamt mit den kleineren Anliegen (z.B. Reparaturen, Ergänzungen) der Kinder und Jugendlichen wenden könnte. Nach der Haushaltslage und dem Haushaltsrecht ist es zumindest in Bonn nicht möglich, eine Summe so einzubringen. Ich würde mir sehr wünschen, wenn das Land Nordrhein-Westfalen eine Vorbildfunktion einnehmen würde, beispielhaft solche Dinge auf Landesebene einzurichten. Mich würde es interessieren, wie Sie das haushaltsrechtlich in Ihrem Land geregelt haben.

Hasso Brühl: Das möchte ich als Schlussfrage weitergeben: Könnten nicht die Eltern den Rasen selbst umgraben? Muss man das mit 100.000 Mark bewältigen?

Claus Wergin: Ich muss Ihnen sagen, Herr Friedrichs, wir hätten es regierungsseitig auch nicht hingekriegt. An der Stelle hilft es natürlich, wenn die Verwaltungen von Kommunen bzw. auch von Bezirksregierungen oder Landesregierungen mit sogenannten dritten Geldgebern, in der Regel mit Stiftungen, zusammenarbeiten. Es ist für Mecklenburg-Vorpommern sehr wichtig gewesen, dass das Deutsche Kinderhilfswerk gesagt hat, wir bringen die gleiche Summe ein, die das Land gibt, zum Beispiel: 100.000 DM das Land und 100.000 DM die Stiftung. Sonst wäre das nicht gegangen. Sonst wäre die Beteiligungskampagne im Finanzministerium gescheitert.

Das erlebe ich an vielen anderen Stellen: Wenn eine Initiative nur aus der Verwaltung kommt oder nur von den Kindern und Jugendlichen ausgeht, ist sie schwer durchsetzbar, besonders dann, wenn die politischen Entscheidungsträger über eine bestimmte Altersgrenze hinaus sind und sie sich schwerlich noch an ihre eigene Kinder- und Jugendzeit erinnern. Da hilft es mitunter, wenn man mit Persönlichkeiten von Stiftungen oder aus der Wirtschaft oder anderen Bereichen zusammenarbeitet. Wir haben damit gute Erfahrungen gemacht.

Ebenso ist es möglich, ein Förderprogramm auch aus der Hand zu geben und nicht in der Regierung zu behalten. Jede Landes-Haushaltsordnung hat einen Paragraphen (§44 b) „Wahrnehmung von Aufgaben außerhalb der staatlichen Verwaltung ...“ - Beleihung. Solche Paragraphen gibt es meines Erachtens auch in der kommunalen Haushaltsordnung. Eine Beleihung kann möglicherweise ein Erfolgskonzept sein.

Möglichkeiten der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aus der Sicht von Verwaltungsreform und Stadtentwicklung

RÜDIGER VOßMANN, *Dezernent für Jugend, Soziales und Kultur, Hagen*

Vorbemerkung

Hagen ist eine Stadt im Ruhrgebiet mit 215.000 Einwohnern, rund 15 % der Einwohner sind ausländische Bürger oder deutsche Bürger ausländischer Herkunft. Die Stadt weist eine Arbeitslosenquote von 13,6 % auf.

Thesen und Forderungen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

1. Bürgerbeteiligung im Allgemeinen und bei Kindern und Jugendlichen im Besonderen muss mehr sein und wollen als ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.

Wenn die „Zuständigen“ gescheitert sind, entsteht die tiefe Sehnsucht nach Beteiligung. Es wird häufig die These formuliert: Wenn man Bürger beteiligt, wird es erst mal billiger. Die Erfahrungen sind - Gott sei dank - unterschiedlich. Jedenfalls ist das als politischer Einstieg in Beteiligung, ganz besonders von Kindern und Jugendlichen, ein völlig ungeeignetes Instrument. Das muss sowohl den Politikern als auch den Verwaltungskollegen klar sein.

2. Die verschiedenen Intensitätsebenen der Beteiligung von Bürgern, insbesondere der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, müssen zwischen allen Beteiligten geklärt sein:

- Information von Bürgern,
- Orientierung an den Bürgern,
- Verfahrensbeteiligung,
- aktive Projektbeteiligung.

Meist beginnt man inhaltlich dominiert, ohne sich über diese Rahmenbedingungen klar werden zu wollen oder zu können. Sie müssen jedoch vorher abgesteckt werden, und zwar kinder-, jugend- oder bürgergemäß.

3. Die verschiedenen Beteiligungsebenen.

- Persönliche Interessenwahrnehmung als Bürger und/oder Jugendlicher,
- Gestaltung für andere Betroffene,
- bezirkliche oder örtliche Gestaltungsfragen

erfordern jeweils spezifische Beteiligungsformen. Diese Beteiligungsformen muss man jeweils erfinden. Das ist sowohl spannend als auch kompliziert.

4. Dabei muss - abhängig von der zu vereinbarenden Zielsetzung - Klarheit über institutionalisierte oder projektbezogene Beteiligungsformen hergestellt werden.

Das ist scheinbar eine förmliche oder formalistische Betrachtungsweise. Kinder und Jugendliche haben jedoch ein völlig verwaltungssperriges Zeitverhältnis. Sie haben eine völlig andere zeitliche Wahrnehmung als Verwaltungsmitarbeiter oder Politiker. Das ist

tatsächlich ein ganz ernstes Problem. Als Eltern von Kleinkindern merken Sie das meistens leidvoll. Ist die Kleinkindphase vorüber, haben Sie das wieder vergessen. Dann gibt es noch einmal eine Chance in der Enkel-Phase. Aber die Chance in der kommunalen Kinder- und Jugendphase, die haben wir alle nicht bekommen. Die müssen wir uns selbst erarbeiten, auch ohne dass uns irgend jemand dazu zwingt. Bei eigenen Kindern werden wir gezwungen. Bei Enkeln können wir uns fast schon entscheiden, auch nein zu sagen. In der Kommune ist es noch offener. Wenn wir es nicht sind, die sich behelligen lassen, funktioniert das überhaupt nicht.

Institutionalisierte Beteiligungsformen

Bei **institutionalisierten Formen der Beteiligung**, das heißt bei grundsätzlichen, länger laufenden, komplexeren, komplizierteren Beteiligungsformen, ist ein besonderes Problem das der **altersgemäßen und erfahrungsbezogenen Gestaltung**. Das hängt nicht nur mit dem Zeit- und Erlebensbegriff zusammen. Das hängt natürlich mit der Augenhöhe von Kindern und Jugendlichen zusammen, denn Probleme wahrzunehmen, heißt ja in erster Linie sie mit den Augen wahrzunehmen. Und Kinder nehmen mit den Augen unendlich viel mehr und anders wahr als die Erwachsenen.

Institutionalisierte Formen brauchen ausgehandelte Rechte. Hier ist besonders die Politik gefragt. Nicht nur Verwaltung, sondern ebenso Politik muss Beteiligung als ein Recht definieren. Damit ist nicht die Ebene KJHG oder Baugesetzgebung gemeint. Kinder und Jugendliche brauchen eine überschaubare Region, das hängt mit deren Blickhöhe und Blickwinkel zusammen.

Institutionalisierte Formen der Beteiligung dürfen nicht von Dritten (Politik, Schulen etc.) instrumentalisiert werden. Sie brauchen **sichtbare Erfolge**. Es muss sich in irgendeiner erlebten Form lohnen. Das wurde in der Shell-Studie mit den Begriffen „Sinn“ und „Spaß“ belegt.

Projektbezogene Beteiligungsformen

Bei den **projektbezogenen Formen der Beteiligung** ist eine **zielgruppenorientierte Arbeit** erforderlich. Mit dem Begriff Zielgruppenorientierung sind mehr als nur allgemeine jugendpolitische Inhalte verbunden.

Sie müssen die **Einflussmöglichkeiten vorher aushandeln**. Der Rahmen muss gesteckt sein. Wenn die Regeln und die Einflussmöglichkeiten nicht vertraglich abgestimmt und vereinbart sind, dann gibt es Probleme verschiedenster Art. Es ist für uns alle, besonders aber für Kinder und Jugendliche, frustrierend, nach eigenem Ermessen frei zu handeln und danach in die Schranken gewiesen zu werden mit dem Hinweis, dass man das nicht hätte tun dürfen.

Dazu gehört natürlich auch der **zeitlich begrenzte (Umsetzungs-) Rahmen**. Man muss sich auch aus Verwaltungssicht klar machen, dass **Beteiligte sowohl Betroffene als auch Nutzer der Ergebnisse** sind - mit allen Vor- und Nachteilen, die das mit sich bringen kann. Ein Nachteil entsteht dann, wenn nach Beendigung eines Projektes ein Leerraum entsteht. Wenn ein Haus gebaut ist, dann steht es da. Wir müssen soviel Freiraum haben, um das Gleiche noch mal oder anders zu machen, und das klappt oft nicht.

Projektbezogene Beteiligungsformen meinen offene, nicht repräsentative Gruppen. Es wird nicht abgestimmt und nicht gewählt. Es wird im Rahmen der Vereinbarungen hart gerungen und diskutiert.

5. Einer ernst (zu) nehmenden Beteiligung von Kindern und Jugendlichen muss eine zielgruppenorientierte Aufbau- und Ablauforganisation der Jugend- und Sozialverwaltung entsprechen.

Im Wesentlichen laufen wir immer noch einer aufgabenorientierten Aufbau- und Ablauforganisation nach. Bürger empfinden sich aber nicht als Gegenstand von Aufgaben, sondern sie verfolgen Partikular- oder Zielgruppeninteressen. Wenn wir diesen Interessen in unseren Organisationsstrukturen nicht entsprechen wollen und können, dann haben wir ein grundsätzliches Problem. Ich meine, es ist optimal nur lösbar in der o.g. Weise.

6. Bei dieser Beteiligung müssen Planungs-, Bau-, Ordnungs-, Gesundheits-, Kultur-, Schul-, Jugend- und Sozialverwaltung engere, d.h. völlig neue Formen der Zusammenarbeit entwickeln. (In einigen Städten kommt die Wohnungsverwaltung dazu, sofern sie nicht in einem Bereich integriert ist.)

Das gilt in einer (noch) aufgabenorientierten Aufbau- und Ablauforganisation und in einer zielgruppenorientierten Struktur. Wenn alles zum Zentrum strömt, entsteht ein schwarzes Loch und da ist bekanntlich viel Energie, aber wir haben nichts davon. Die physikalische Folge ist zudem, man kommt nicht heraus.

Partizipation und Verwaltungsreform:

- Beteiligung von Kindern und Jugendlichen findet in den §§ 1, 8 und 80 KJHG ihre Grundlage.
- **Neue Steuerungsmodelle und „Kundenorientierung“ ermöglichen ein neues Beteiligungsverständnis.** (Wir arbeiten jedoch nicht mit dem Begriff „Kundenorientierung“ oder „Bürgerorientierung“, sondern wir arbeiten - im vollen Bewusstsein - mit dem Begriff „Zielgruppenorientierung“).
- **Die Öffnung der Verwaltung ermöglicht eine Stärkung zielgruppenorientierter und sozialräumlicher Betrachtung und Beteiligung.**
- Beteiligung muss als **Unterstützung und Qualifizierung und nicht als Konkurrenz der Ratsgremien verstanden werden.** Dieser Grundsatz kennzeichnet den möglicherweise bestehenden Zwiespalt zwischen Politik und Verwaltung. Für die Gremien, die Ausschüsse, den Rat ist das strukturell ein sehr wichtiges Problem. Das ist tatsächlich objektiv schwierig und muss offen angesprochen werden.
- **Ernsthafte und erfolgreiche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen muss ganzheitlich angelegt sein.**
- **Die aufgabenorientierte Verwaltungsorganisation braucht eine projektorientierte Bündelung der Kompetenzen.**
- Glaubhafte und wirksame Beteiligungsprozesse bedürfen der **Planungs- und Budgetsicherheit.** Der **Handlungs- und Entscheidungsrahmen muss verbindlich sein.** Das sagt sich leicht und tut sich sehr schwer, weil Politik, Verwaltung und Beteiligte unterschiedliche Vorstellungen haben. Es ist daher ein prozesshafter Vorgang.
- **Die öffentliche Verwaltung erhält eine Doppelrolle als Initiator und Moderator von Projekten und Prozessen.** Wir müssen etwas initiieren, was wir dann trotz oft unvorhergesehener Entwicklung aushalten müssen. Wir müssen Moderation von

Projekten und Prozessen leisten, die sich im Einzelfall sehr schmerzhaft - oft mit guten Argumenten - gegen unsere Gewohnheiten richten.

Nachhaltige Stadtentwicklung:

Ganz besonders in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf muss die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen weit über die formalisierten Maßgaben des BauGB hinaus gemeinsam entwickelt werden.

Sie alle kennen die sogenannte Lokale Agenda 21. In unserer Stadt ist das ein völlig ungelöstes Problem, obwohl die Idee viele Möglichkeiten bietet. Es ist das schwächste Beteiligungsprojekt, sowohl politisch gesehen als auch von der Verwaltungsseite als auch von der öffentlichen Wahrnehmung. Nachhaltige Stadtentwicklung bezieht sich bei uns in Nordrhein-Westfalen, ganz besonders in Hagen, auf Stadtteile mit **besonderem Erneuerungsbedarf**. Das ist der in Nordrhein-Westfalen geprägte Begriff, auf Bundesebene und beim Difu spricht man von besonderem Entwicklungsbedarf.

Bei einem Gespräch vor vielen Jahren mit dem Bau- und Planungsdezernenten hieß es: „BauGB, das machen wir aus dem FF: Auslegung, öffentliche Anhörung, Anhörung von Trägern öffentlicher Belange.“ Das ist heute nicht mehr so. Das war damals die übliche Planungsoptik und -philosophie. Das ist nur ein Bruchteil von dem, was wir heute als Beteiligung verstehen. Leute, die Städteplanung studiert haben, haben vielleicht viel von Beteiligung gehört, aber nie etwas in der Praxis davon realisiert.

Partizipation und Stadtentwicklung

- **Die formalisierte Beteiligung nach BauGB ist keine Gestaltungsbeteiligung**, sie bietet **keine Identifikation**. Identifikation soll in zielgruppenorientierten Prozessen ein zweiseitiger Prozess sein, sowohl von den Stadtplanern in Richtung Kinder und Jugendliche als auch umgekehrt.
- **Viele Stadtteilentwicklungen (z.B. Wohnumfeldverbesserungen) haben die gewünschte positive Wirkung verfehlt**. Manche illegalen Graffitis halten länger, sind also nachhaltiger als viele sogenannte Wohnumfeldverbesserungen oder Rückbaupoller, die es in meiner Stadt und wahrscheinlich auch in anderen Städten gibt, und ich sage bewusst „illegale“. Die Nachdenklichkeit bei der Nachhaltigkeit ist eine ganz schwierige und wichtige Sache.
- **Wirksame Planungsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen muss Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen und verschiedene Zielgruppen bei der Verantwortungsübernahme im Stadtteil berücksichtigen**. Es wurde heute schon einmal angesprochen, dass Problemlösungen übertragen werden können. Das wird nicht gelingen, wenn man nicht Problemlösungsverantwortung einfordert und die Verantwortung überträgt - im gesetzlich zu vereinbarenden Rahmen. Es wird dann kurzfristig zerbröseln und zerbrechen, weil die Punkte, die streitig ausgehandelt werden müssten, nicht fix und nicht erkennbar sind.
- **Ziel von Stadtentwicklungspolitik muss die kinder-, jugend- und familienfreundliche Gestaltung der Stadtteile sein.**
- **Kinder und Jugendliche sind bei der Veränderung des Stadtteils Experten in eigener Sache**. Damit meine ich etwas mehr als nur die Wahrnehmung von Dingen,

die nicht in Ordnung sind, wie bei dem vorhin genannten Beispiel „Fotografiert blöde Stellen in eurem Ort“. Das war sicher auch als der Einstieg für Weiteres zu verstehen. Kinder nehmen mit ihrer unterschiedlichen Wahrnehmung auch komplizierte und komplexe Dinge ganz anders wahr als wir in unserer Denkstruktur. Weil wir Dinge schlecht behalten können, müssen wir uns immer alles in Systeme bringen, damit wir sie nicht vergessen. Kinder brauchen das nicht.

- **Zunehmende Konflikte zwischen Generationen und Nationalitäten erfordern die moderierte Auseinandersetzung.** Vor den Problemen der Umsetzung stellen sich dazu wesentliche Fragen: Wer soll moderieren? Wo sind die Moderatoren? Wer bildet diese aus? Womit?
- **Kinder und Jugendliche müssen als künftige Verantwortliche im Mittelpunkt dieser Prozesse stehen.** Es muss überlegt werden, wie die Verantwortungsübernahme graduell bei Kindern und Jugendlichen wachsen kann.

8. Wohlfahrtsverbände und andere freie Träger der Jugendhilfe müssen Partizipation als Forderung an sich selbst und nicht nur an andere (z.B. Verwaltung) begreifen.

Freie Träger sehen sich traditionell in der Rolle des Interessenvertreters. Sie vertreten ihre eigenen Interessen dabei gleich mit; das ist natürlich legitim. In Hagen läuft das üblicherweise so: Der freie Träger X hat eine Idee und noch eine ABM-Stelle und auch Jugendliche. Alle gemeinsam schreiben eine Forderung an die Stadt: „Löst ihr uns gefälligst unsere Probleme oder gebt uns die Möglichkeiten dazu.“ Das ist nicht falsch. Es fehlt nur etwas. Es fehlt, dass die Wohlfahrtsverbände und die freien Träger selber Partizipation auch der Kinder und Jugendlichen in der kommunalen, in der bezirklichen, in der Stadtteilstruktur ernst nehmen. Ob das überall und immer so ist im Alltag, das müssen Sie sich für Ihre Stadt selbst beantworten. Bei uns ist das ein hochkritisches Potenzial und ein Streitiges, aber konstruktiv Streitiges Thema. Wir haben die freien Träger in unsere Arbeit, in unsere zielgruppenorientierten Aufbau- und Ablaufstruktur mit eingebunden.

Die Entwicklung der öffentlichen Verwaltungen zu Dienstleistungsunternehmen findet bei freien Trägern erst zeitverzögert statt. In Nordrhein-Westfalen ist diese Entwicklung bei den öffentlichen Verwaltungen zum Teil sehr weit fortgeschritten. Wir sind dort wirklich professioneller geworden, nicht mehr nur als Innendienstleister zu verstehen. Bei den freien Trägern erkennt man diesbezüglich bei uns eine sehr unterschiedliche Ausprägung, zum Teil sehr professionell, sehr wirtschaftlich orientiert bis zum Teil nicht vorhanden. Fazit ist, **Beteiligungsnotwendigkeiten und interne Strukturen stehen häufig im Widerspruch.** Dieser Widerspruch wird häufig nicht bemerkt, sondern als ganz normal und selbstverständlich erachtet.

Jugendhilfe und vor allem auch die freien Träger begreifen häufig Partizipation als Forderung an andere, eigene Dienstleistungen bestimmen Fachlichkeit oder das Diktat der Kostenträger. Dieser Kostenträger ist die Stadt selbst oder das Land oder das Ministerium oder Ähnliches. Das ist eine komplizierte Sache. Man hört sehr oft: „Wir können gar nicht anders, das steht so in den Bewilligungsbescheiden.“

Verbände werden häufig dort zu Beteiligten und Akteuren der Beteiligung, wo sie in Prozesse der Stadt(teil)entwicklung eingebunden sind. Da, wo wegen örtlicher

Präsenz in Bezirken die AWO, die Diakonie, der Paritätische oder wer auch immer sozusagen ein Haus haben, da läuft das in der Regel anders als eben erläutert, weil dort die Interessenstruktur sehr viel handfester nachvollziehbar ist, wenn vor Ort beispielsweise etwas umgebaut werden soll.

Die Entwicklung der Wohlfahrtsverbände zum sozialen Dienstleistungsunternehmen kann nur erfolgreich sein, wenn betriebswirtschaftliche Aspekte und zielgruppenorientierte Beteiligung gleichgewichtig verankert sind.

Der Anspruch „Interessenvertretung“ bedarf neuer, zielgruppenorientierter und/oder sozialräumlicher Legitimation.

9. Hagerer Beispiele

Institutionalisierte Beteiligungen

In den fünf **Stadtbezirken** gibt es **Jugendräte**. Das sind keine Jugendparlamente, das sind regelmäßig drei- bis viermal im Jahr tagende und zwischendurch sich auch projektbezogen artikulierende Gruppierungen. Durch unser Kinder- und Jugendbüro, dessen Aufgaben inzwischen an die Jugendpfleger im Bezirk übergeben wurden, wurde 1995 oder 1994 ausgelöst, dass die Jugendräte ein **eigenes Budget und Antragsrecht in den Bezirksvertretungen** haben. Dazu muss man wissen, dass die Bezirksvertretungen einen eigenen vom Rat gestellten Mini-Haushalt zur Verfügung haben, der liegt jetzt bei 120.000 DM im Jahr pro Bezirk und soll aufgestockt werden. Die Bezirke haben diesen Betrag für besondere Schwerpunkte und er wird sehr intensiv auch für Kinder- und Jugendprojekte, z.B. im Sportbereich, eingesetzt.

Die Jugendräte beteiligen sich an verschiedenen Planungen:

- **Spielraumplanung** geht über Spielplatzplanung hinaus. Weil versucht wird, Freiräume mit einzubeziehen, läuft das seit Jahren mit sehr unterschiedlichen Erfolgen. Die Unterschiedlichkeit hängt in der Regel an den Personen, die das machen. Es scheitert oft wirklich an personalen Beziehungen auf beiden Seiten.
- **Schulhofgestaltung** wird eigentlich systematisch stadtbezirksbezogen versucht zu bearbeiten, das ist eine sehr teure Sache, das geht nicht ohne Landesförderung.
- **Neugestaltung Freibad**. Wir haben mit einer sehr breiten Kinder- und Jugendbeteiligung ein marodes Freibad zu einem Spaßbad umgeplant. Zum Erschrecken der Stadtwerke, die bei uns die Bäder betreiben, ist diese Planungsbeteiligung dann massiv von der Jugendverwaltung ins Werk gesetzt worden.

Diese Modelle sind nicht übertragbar, weil sie lokal entwickelt worden sind und auch so entwickelt werden müssen. Sie sollen hier nur als Beispiele dienen.

Projektbezogene Beteiligungen

- **Spielplatzplanung** wird ausschließlich mit breiter Kinder- und Jugendbeteiligung durchgeführt.
- **Entwicklung und Gestaltung eines Jugendtreffs** in Altenhagen. Altenhagen ist ein Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf. Zunächst wurde eine Umfrage gestartet zu dem Thema: „Brauchen wir einen Jugendtreff? Wenn ja, wie soll der aussehen und wie soll der funktionieren?“
- **Kinderstadtplan**. Es gibt dazu einen Bericht „Einmischen lohnt sich“, ein Beteiligungsprojekt von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen im Stadtteil Altenhagen.

- **Einbeziehung der Schulen** ist das schwierigste Unterfangen. Wir haben allerdings die Regionale Arbeitsstelle für ausländische Kinder und Jugendliche in den Fachbereich Jugend und Soziales geholt, weg von der Schulverwaltung, das erleichtert vieles.

Verwaltungsreform

Wir haben **Jugendamt und Sozialamt aufgelöst**. Wir haben zuvor eine eigene Beratungsfirma gegründet mit achteinhalb Profistellen aus eigenen Reihen. Die haben ein- einhalb Jahre beide Ämter analysiert und dann eine **zielgruppenorientierte, sozial- räumliche Organisation - Regionale Soziale Dienste** - in den fünf Bezirken vorge- schlagen. Dieser Vorschlag wird seit dem 1. Mai letzten Jahres Schritt für Schritt umge- setzt. Die Verbände sind ebenso beteiligt worden wie die Politiker. Es gab einen Rats- beschluss, die Organisationsverfügung kam vom Oberbürgermeister. Dieser Prozess betrifft 600 Mitarbeiter. Im rechtlichen Sinne gibt es natürlich ein Jugendamt innerhalb des **Fachbereichs Jugend und Soziales**.

Es ist leider nicht gelungen, die Ausschusskoordination zu optimieren, d.h. nur einen Fachausschuss zu bilden. Wir haben drei der fünf Regionalen Sozialen Dienste inzwi- schen eingerichtet, es fehlt - in der letzten Wahlperiode in der Abstimmung im Rat ge- scheitert - der Neubau eines Sozialen Rathauses für etwa 350 Mitarbeiter, das das Ge- sundheitsamt einschließen soll. Wir müssen einen neuen Anlauf wagen. Auch dies war ein Beteiligungsprojekt, allerdings ohne Kinder und Jugendliche, das wäre system- sprengend gewesen.

Stadtteilentwicklungen

Wir haben zwei **Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf**, einer ist Vorhalle. Dort begann 1989 ein Beteiligungsprojekt als **frauenorientierte Stadtteilplanung**. Später hat das Planungsamt das übernommen und irgendwann hat die Sozialverwaltung die Planungsverwaltung „unterlaufen“. So stellte sich dieser Prozess dar, nicht als Sozial- und Jugendplanung. **Von der frauenorientierten Stadtteilplanung zu einem ge- meinsamen Veränderungsprozess** ist ein langer Weg, der zunächst im Jahr 2001 mit der Realisierung eines Stadtteilhauses auslaufen soll. Eine Informations-, Qualifizie- rungs- und Weiterbildungsstelle mit zweieinhalb Mitarbeiterstellen ist dabei für die Weiterbildung im Stadtteil verantwortlich. Das ist so ein Projekt, das von sieben Mi- nisterien gefördert wird. Wir haben vier Jahre gebraucht, diese Landesförderung zu ko- ordinieren: Weiterbildung, Schule, Arbeitsministerium, Sozial-, Jugend-, Frauen-, Jus- tizministerium. Am 1. Juni ist der Baubeginn des Stadtteilhauses, eines Stadtteilhauses für jedermann.

Wir bauen an einem neuen Stadtteil - Altenhagen -, der liegt in der Nähe der Stadtmitte im Bahnhofsbereich. Dort ist das Zentrum von rechtsradikalen Aktivitäten, wo Auslän- der und ältere Bürger mit ihren Problemen und Verkehrsprobleme aufeinander prallen. Wir befinden uns in einer Vorphase, Multiplikatoren aus den genannten Gruppierungen in einem Stadtteilforum haben sich zusammengesetzt.

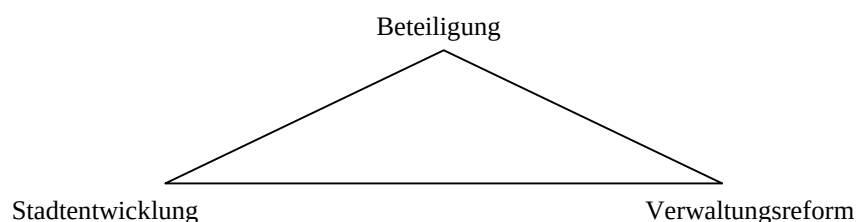
Ein Analysebericht für diesen Stadtteil bildete die Grundlage für eine Förderung von einer Million DM vom Ministerium für die nächsten fünf Jahre. Das Sensationelle dabei war: Die Jugend- und Sozialverwaltung hat diese sozialräumliche Planungsstruktur entwickelt und in unsere Arbeitsgruppe eingebracht. Die Stadtplaner fanden es zunächst empörend, dass jemand sich mit räumlicher Planung beschäftigt, und wollten die Ar- beitsgruppe verlassen. Inzwischen sind die Konflikte beseitigt und die Koordination

wieder hergestellt. Die Beteiligungsplanung hat aus den Erfahrungen des Stadtteiles Vorhalle sehr viel gelernt. Dieses Handlungskonzept mit dem Schwerpunkt Kinder und Jugendliche bildet eine zweite Qualitätsstufe.

Unser Konzept beinhaltet **Beteiligung, Vernetzung durch die Stadtteilkonferenzen**, die wir in allen Stadtteilen haben, und **elf Kinder- und Jugendparlamente**. Deren Rolle ist sehr viel schwerer einzuschätzen. Sie laufen immer dann aus, wenn sie nicht von den Jugendpflegern aktiv „bearbeitet“ werden. Das ist keine Initiative von unten nach oben, es ist ein Anregungs- und Motivationsprozess. Zur Nachhaltigkeit und Lokalen Agenda hatte ich mich bereits geäußert, in einem anderen Stadtteil sind wir dabei, das steckt noch sehr in den Kinderschuhen und stößt auf große Vorurteile bei den verschiedenen Ziel- und Bevölkerungsgruppen.

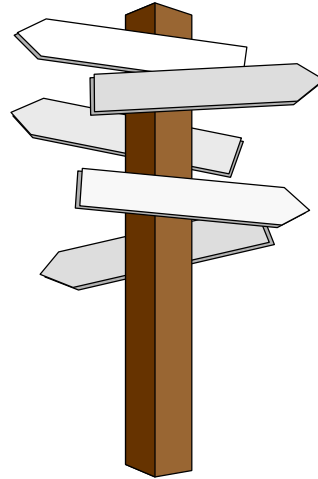
Fazit

- **Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist gerade in den sozial benachteiligten Stadtteilen erforderlich.** Sie ist kein Luxus, es geht einfach nicht ohne Beteiligung der Betroffenen. Sie ist eindeutig erforderlich, nicht nur, weil die Kinder und Jugendlichen das Hauptproblem sind. Die Politik möchte gern die Kinder als Probleme lösen. Die Kinder lassen sich jedoch gar nicht auflösen und die Stadtteil-Probleme nicht so schnell.
- **Eine positive Entwicklung, nämlich die Aktivierung von Bevölkerungsgruppen und eine Identifikation mit dem Stadtteil ist nur durch eine kontinuierliche Beteiligung, die Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet, zu erreichen.** Das ist vielleicht ein Gemeinplatz, aber bei uns er ist durch einen Erfahrungs- und Leidensweg gegangen.
- **Die Akzeptanz, Beeinflussbarkeit und Veränderbarkeit der Stadt(teil)entwicklungsmaßnahmen ist die entscheidende Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung, die die Lebens(um)welt positiv gestaltet.** Schwierig ist es allerdings - ohne zu wissen, worum es inhaltlich geht -, sich selbst und den Politikern abzutrotzeln, dass ein Rahmen vereinbart wird.
- **Nachhaltigkeit bedeutet Zukunftsgestaltung.** Die Beteiligung junger Menschen (der künftig Verantwortlichen) ist wesentlich für eine nachhaltige Stadtentwicklung.
- **Für die zielgruppenorientierte Beteiligung und nachhaltige Stadtentwicklung gibt es kein Modell.**
- **Beteiligung ist ein jeweils neues Projekt mit wechselnden Beteiligten.**



- **Beteiligung und Nachhaltigkeit sind ein Prozess.** Dieses Fazit möchte ich mit der Ergänzung versehen: Prozesse vor Gericht kann man verlieren, Lernprozesse kann man niemals verlieren.
- **Der Weg ist (noch) nicht das Ziel: Aber ohne Ausprobieren von Wegen gelangt man nicht zum Ziel.**

Und das ist die Wegbeschreibung:



Diskussion

Kerstin Landua, *Verein für Kommunalwissenschaften e.V.*: Ich danke Herrn Voßmann für seinen Vortrag, in dem er einen hohen theoretischen Anspruch im Sinne eines Kriterienkatalogs zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen formuliert und zum anderen praktische Beispiele aus seiner Stadt Hagen vorgestellt hat.

Ich habe nun folgende Fragen:

1. Welche Anträge haben die Jugendräte konkret eingebracht?
2. Wie war die Resonanz der Bürger auf die Auflösung des Jugendamtes?

Der Verein für Kommunalwissenschaften hat im November letzten Jahres den 2. Berliner Diskurs zur Jugendhilfe durchgeführt, dort kreiste die Diskussion auch sehr darum, ob man nicht das Jugendamt als identifizierbaren Ort für Kinder und Jugendliche erhalten sollte.

Hildegunde Rech, *Amt für Soziale Arbeit, Wiesbaden*: Ich bin eher an der praktischen Umsetzung interessiert und beteiligt. Ich glaube, ich wäre sonst lange nicht zu einem konkreten Projekt gekommen. Das sind Sie aber. Inwieweit haben Sie das pragmatisch gelöst?

Ihre Beschreibung der Komplexität der Sachverhalte teile ich inhaltlich. Die von Ihnen beschriebenen Konsequenzen in Bezug auf die Voraussetzungen, die erfüllt werden müssen, bevor konkrete Projekte gestartet werden können, halte ich im ersten Schritt nicht für umsetzbar.

Klaus-Dieter Gebauer, *Fachbereich Kinder, Jugend und Familie der Stadt Lünen*: Ich hätte gerne nähere Informationen zu den Jugendräten in den fünf Stadtbezirken, und zwar: Wer ist da drin? Wie sind sie da rein gekommen? Welche Aufgaben haben sie und wie ist die Beteiligung?

Ich stelle diese Fragen vor folgendem Hintergrund: Ich komme aus Lünen, einer Stadt in der Nähe von Dortmund. Wir haben viele Gemeinsamkeiten mit Hagen, wir haben etwa die gleiche Einwohnerzahl und die gleichen hohen Schulden. Wir haben seit sieben Jahren in Lünen ein Jugendparlament, eines der Ersten in Nordrhein-Westfalen, und wir befinden uns heute wirklich im sogenannten verflixten siebten Jahr. Wenn ich Ihre letzte Folie mit den vielen Wegweisern in die verschiedenen Richtungen sehe, dann stehen wir heute genau da, dass wir nicht mehr so recht wissen, in welche Richtung wir uns bewegen. Wir erkannten als unser größtes Problem das Halten von Engagement und Kontinuität, gerade bei den Jugendlichen im Parlament. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass viele Jugendliche - in dem Jugendparlament sind Kinder und Jugendliche der Sekundarstufe 1 und 2, also vom 10. bis 18. Lebensjahr - euphorisch beginnen, aber dann sehr schnell das Interesse nachlässt und auch durch den Wechsel der Schulformen eine ständige Fluktuation in einem solchen Parlament eintritt. Wie stellen Sie sicher, dass diese Euphorie anhält und dass auch eine gewisse Kontinuität in dieser Arbeit erhalten bleibt? Das ist die Frage, die ich an Ihre Jugendräte stelle.

Rüdiger Voßmann: Es mag sich in der zusammengefassten Berichtsstruktur so ausnehmen, dass die Anforderungen vor Beginn eines Projektes zu hoch erscheinen. Ich dachte, ich hätte auch deutlich gemacht, dass wir - mit begleitender theoretischer Analytik - auch mit ganz konkretem Ausprobieren angefangen haben. Das hat sich bausteinartig zu dem entwickelt, was ich versucht habe darzustellen. Das hat auch tatsächlich

nichts mit Modellen zu tun, das wäre ein verfehelter Anspruch, sondern: Ausprobieren muss erlaubt sein. Man braucht allerdings Analytik und Hintergrund für die Beteiligung, aber man muss nicht ein Gesamtkonzept haben, so wie man in den sechziger Jahren Planung verstand: Wenn wir nicht ganz fertig und wirklich mit allem durch sind, dann ist das nicht richtig. Die Lebenswirklichkeit hat das lange überholt und die Sozialräumlichkeit in ihrer Eigendynamik auch. Konkrete Projekte können laufen. Sie müssen jedoch immer Grund zu tieferer Analyse und zu theoretischer Begleitung sein, auf allen Ebenen: in der Politik, in der Verwaltung, bei den Betroffenen, natürlich in unterschiedlichen Ausprägungen. Wir wollen ja nicht Kinder zu Planern machen, das wäre völlig verfehlt. Die eben genannte Mischung ist also gemeint und insofern hätten wir auch kein Problem miteinander. Ich bin auch kein solcher Planungsexperte. Ich bin der Koordinator, wenn Schwierigkeiten an den Schnittstellen auftreten. Dann ist das mein Job. Ansonsten machen das die relativ Verantwortlichen, die dieser Philosophie allerdings anhängen. Durch unseren Prozess der Verwaltungsreform ist diese Form von Beteiligung, nachdem wir diese Zielgruppenorientierung als Zielsetzung erst mal im Kopfe durchgeboxt hatten - im eigenen preußischen Verwaltungskopf - tatsächlich bereits in der Umsetzung.

In unseren Jugendräten in den fünf Bezirken gibt es kein Delegationsprinzip bei den Jugendlichen. Es wird keiner weggeschickt, auch wenn er kein Mandat hat, also nicht von einem Jugendzentrum oder von einem Verband oder einer Skateboarder-Truppe oder sonst wem geschickt wurde. Ein formalisiertes Jugendparlament haben wir nicht, weil wir sehr früh erkannt haben: Das ist die Spielwiese, die wir nicht wollen. Das hat es einmal gegeben, Versammlungen, der Oberbürgermeister hat eingeladen zum Tag des Kindes... das ist schlichtweg Unsinn, d.h. wie es bei uns geworden wäre, wäre es Unsinn. Ich kann natürlich überhaupt nichts zu Lünen sagen. Wir haben in elf Stadtteilen Stadtteilkonferenzen. Dort werden die Probleme der Kinder und Jugendlichen zugleich mit denen der Erwachsenen in der sozialräumlichen Themenstruktur erörtert. Das wurde vielleicht in der Kürze der Zeit nicht deutlich genug. Das ist jedoch der entscheidende Punkt: dass Kinder und Jugendliche nicht nur für sich, sondern in der sozialräumlichen Lebenswirklichkeit vorkommen. Sie sind ja oft die „Störer“, sie sind die „Problemträger“. Dann müssen sie sich auch als Problemlöser angesichts derer erleben können, die ihre Eltern sein könnten.

Immacolata Caravatta Glosemeyer, Ratsfrau, Wolfsburg: Wie sieht die Konstruktion der Stadtteilkonferenzen aus? Mit welcher Regelmäßigkeit finden diese statt, welchen Rückfluss der Informationen gibt es zu den Verwaltungen? Wir haben mal Stadtteilkonferenzen durchgeführt, leider nicht kontinuierlich. Es war sehr kompliziert und es ist auch nicht gelungen, die Bandbreite der Ergebnisse zurückzukoppeln in die Verwaltung und auch wieder die Ergebnisse an die Beteiligten.

Rüdiger Voßmann: Das ist ganz einfach. Es gibt keine Rückkopplungsnotwendigkeiten. Die Verwaltung ist da, die Politik ist da, die gehören mit dazu. Da sitzen nicht Bürger, die sich beraten und einen Brief an die Verwaltung schreiben. Man sitzt an einem Tisch. Gegenüber meinen Kollegen muss ich die Teilnahme nicht anordnen. Das wird koordiniert. Der damalige Kinder- und Jugendbeauftragte unserer Stadt und Leiter des Kinder- und Jugendbüros ist jetzt Abteilungsleiter für Jugendhilfe im Fachbereich Jugend und Soziales und nimmt an diesen Beratungen selbst teil. Und mindestens der Jugendpfleger von Altenhagen ist beteiligt, nicht nur zum Abhaken eines Termins, sondern er ist der Motor, Moderator, Initiator des Prozesses und er hat natürlich die Rückkopplung. Auch die Planungskollegen sind dabei und die Politiker - zurzeit vielleicht

nicht mehr so viele, weil die Kommunalwahlen im September vorbei waren, davor war das Engagement sichtbarer.

Jutta Küppers, Jugendamt Fürth: Wie haben Sie es geschafft, diese Philosophie der Zielgruppenorientierung, die ja eine Leitlinie für das ganze Projekt ist, tatsächlich in die Köpfe und in die Handlungsweisen aller Beteiligten zu transportieren? Was war dafür förderlich, was war hinderlich, vor allem auch im Hinblick auf die Politik? Welche flankierenden Maßnahmen im Bereich der Personalentwicklung oder Personalqualifizierung haben Sie veranlasst, um tatsächlich dieses Konzept mit Leben und human resources zu füllen?

Peter Ottenberg, Jugendhilfeausschuss-Vorsitzender der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Wilmersdorf: Zunächst eine Bemerkung: Sie haben beklagt, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen von manchen Politikern als Konkurrenz empfunden wird und haben dazu auch einen Appell formuliert. Meine These ist, dass dieser Appell in dieser Runde ins Leere geht, da die Politiker, die das tatsächlich so empfinden, nicht an solchen Fachtagungen wie dieser teilnehmen.

Meine Frage bezieht sich auf die Vernetzung der Stadtteilkonferenzarbeit und der Tätigkeit im Rahmen der Jugendhilfeplanung, sprich der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII. Was gibt es da für eine Verbindung? Wie ist der Jugendhilfeausschuss in der Stadt Hagen in dieses ganze Konzept eingebunden? Jugendhilfeplanung ist ja eine der wesentlichen Aufgaben des Jugendhilfeausschusses.

Hubert Meyer-Wiedemann, Senat für Arbeit, Frauen und Gesundheit, Jugend und Soziales, Bremen: Ihren Optimismus finde ich gut, Herr Voßmann. Die Situation in Bremen ist folgende: Wir haben Anfang der achtziger Jahre schon das Jugendamt aufgelöst, Zielgruppenprinzip eingeführt, aber zumindest die Beteiligungsprozesse in der Dynamik und der Qualität nicht erreicht.

In Bremen gibt es Jugendfreizeitheime mit Beteiligungsprozessen als hohes Ziel. Mitarbeiter meinen, es genüge, wenn die Jugendlichen die Getränkekasse allein führen. Ich denke, es soll ein bisschen mehr sein. Wie sind Ihre Erfahrungen? Wer stellt die Moderatoren? Wer setzt das in Gang? Es gibt derzeit noch Konflikte zwischen unseren Zielen und den Ansichten der Mitarbeiter, die an ihre konkrete Situation und ihren Arbeitsplatz denken. Wir gehen nun daran, über Fortbildung langfristig so etwas wie Moderatoren auf Stadtteilebene auszubilden und zu institutionalisieren als Planungsbeauftragte für Prozesse der Kinder und Jugendbeteiligung. Das haben wir als Möglichkeit zur Konfliktbewältigung gesehen, denn sonst treten wir nur auf der Stelle. Dieses Modell existiert bereits in Niedersachsen.

Karl-Martin Emmermacher, Abteilungsleiter Jugendpflege der Stadt Rüsselsheim: Ich möchte noch einmal auf die Stadtteilkonferenzen kommen. In Rüsselsheim haben wir auch ganz gute Erfahrungen damit gesammelt. Wir haben insgesamt fünf Konferenzen in verschiedenen Stadtteilen, sehr unterschiedlich zusammengesetzt, zum Teil mit Politik, zum Teil ohne Politik. An manchen Stellen ist die Politik wenig hilfreich, wenn sie sich nicht überparteilich verhält und gegeneinander antritt, statt sich an den Sachproblemen zu orientieren. Sie ist nur hilfreich, wenn sie sehr sachlich orientiert ist und die Probleme auf den Weg bringt.

Wie sieht das bei Ihnen mit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aus? Ich gehe davon aus, dass an diesen Konferenzen keine Kinder und Jugendlichen teilneh-

men, sondern dass das Profis sind oder Leute im Stadtteil, die mit den Fragen von Kindern und Jugendlichen befasst sind, also eine Form von indirekter Beteiligung. Oder sind tatsächlich Jugendliche dabei?

Waltraud Hostettler, Ratsfrau, Aachen: Ich wollte auf die Sozialraumteams eingehen. Aachen wagt gerade den großen Schritt, wir haben unsere Jugendamtsbereiche in Sozialräume aufgeteilt. Bei uns ist es also ein bisschen anders strukturiert. Es wird eine Steuerungsgruppe geben, die von Jugendamt und Jugendhilfeausschuss die letzte Entscheidung haben sollte. Wir denken, dadurch näher dran zu sein. Ich bin selbst ganz gespannt, wie das gehen wird. Es hat zwei Jahre bis zur Konstituierung und Information und zur Akzeptanz aller gedauert. Ich denke aber, die Zeit braucht man. In Hagen war es sicher ähnlich, Herr Voßmann. Mich interessieren außerdem die Beteiligungsformen in dem Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf. Wie haben Sie da Kinder eingebunden? Wir haben ebenfalls gerade mit so einem Projekt begonnen.

Rüdiger Voßmann: Das Konzept der Zielgruppenorientierung wurde zunächst mit dem damaligen Oberbürgermeister abgestimmt. Nach einem Prozess der Begriffs- und Zielklärung schufen wir letztendlich diese Beratungsgesellschaft mit achteinhalb Stellen, besetzt mit den besten Profis, die die Stadtverwaltung hatte. Leiter war der Chef der Personalverwaltung als ausgebildeter Moderator und Organisator, jetzt Leiter des Fachbereichs Jugend/Soziales. Unsere Profiorganisatoren, die Profi-Jugend- und Sozialexperten, haben wir eineinhalb Jahre freigestellt, um diese Bereiche zu analysieren. Dieser ganze Umbau ist ein Millionenprojekt. Es gibt auch Konsolidierungseffekte in einer Größenordnung von vier Millionen. Allerdings wurde mit dem Oberbürgermeister ausgehandelt, dass mehr als die Hälfte im Fachbereich Jugend/Soziales verbleibt und der Rest an den Kämmerer geht. Das waren die Geschäftsbedingungen und das setzen wir jetzt so um. Wir haben lange überlegt. Wir brauchten dreieinhalb Millionen DM für externe Beratung und haben schätzungsweise eineinhalb Millionen aufgewandt mit eigenen Profis. Das kostet natürlich viel Geld. Aber das ist angesichts von 225 Jahren preußischer Verwaltungskultur ein Klacks. Es ist ein heißer Kampf. Ich kann Ihnen nicht sagen, wie das in jeder Stadt funktioniert. Bei uns ging das so. Das war ein breiter Mitarbeiter-Beteiligungsprozess. Viele Mitarbeiter protestierten nach dem Motto „Wir wollen ja Veränderung, aber es soll alles so bleiben, wie es ist.“ Wir haben jeden Einwand verwaltungs-öffentlich ausdiskutiert. Diese Diskussionen haben sehr lange gedauert, bis dann letztendlich die Umstrukturierung entschieden wurde. Die Profigruppe von achteinhalb Stellen ist jetzt der Umsetzer dessen, was sie analysiert hat.

Die Qualifizierung von Verwaltungspersonal kostet ebenfalls viel Geld. Wir haben mehr Mittel für Fortbildung, auch für neue Steuerungsmodelle bekommen. Wir haben vom Verwaltungstopf der gesamten Stadtverwaltung für neue Steuerungsmodelle - es waren 100.000 DM - einen großen Anteil für den Fachbereich erstritten. Das wird von ihm selbst verwaltet, das ist sein Budget. Auch die Politik wird von uns in dieser Hinsicht fortgebildet, wenn sie es denn wünscht. Wir haben nach der Kommunalwahl mit dem Landesjugendamt und mit dem Jugendhilfeausschuss eine Tagung durchgeführt - die sind ja genau so schlau oder genau so dumm wie wir Verwaltungsleute auch.

Die Jugendhilfeplanung nach § 78 SGB VIII war bei uns ein riesiges Problem, das hängt auch an den Personen. Wir haben das eigentlich umgangen und jetzt erst wieder aufgefangen. Jetzt werden die Arbeitsgemeinschaften intensiv integriert. Wir haben unser Personal im Bereich Jugendhilfeplanung verdoppelt. Das war nötig. Die Einbindung des Jugendhilfeausschusses in diesen Prozess ist relativ eng, nicht nur die förmliche nach dem KJHG, da ist es ja sowieso weitgehend geregelt, sondern auch immer

inhaltlich. Die Sozialausschussvorsitzende und die Kinder- und Jugendausschussvorsitzende waren im Projektbeirat, außerdem Vertreter der Jugendverbände und der Wohlfahrtsverbände. Das ist also schon eine breite Beteiligung in der Stadt gewesen. Das beantwortet auch die Frage, warum niemand das Jugendamt vermisst. Im rechtlichen Sinne gibt es das ja noch. Die Aufgaben des Jugendamtes werden auch weiterhin erfüllt.

Zur Frage nach den Häusern der Jugend und deren Moderatoren. Bei uns gibt es eine Sonderentwicklung, deshalb kein Modell für andere. Leider existieren nur zwei verbandlich getragene Jugendzentren und Jugendhäuser. Den Rest betreibt die Stadt, das ist Hagerer Geschichte, die habe ich geerbt. Wir haben aber auch Räume und Plätze, um zu moderieren, zu multiplizieren, zu fragen. Unsere Jugendpfleger befinden sich in einer Dialogstruktur, ob sie wollen oder nicht. Doch wir haben das noch nicht formalisiert. Weitergehend ist da sicherlich noch viel zu tun, das hängt mit dem gesamten Umbau zusammen.

Es ist in der Tat so, dass in den beiden Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf die Stadtteilforen die Interessen der Kinder- und Jugendlichen in die Stadtteilkonferenzen eingebaut haben. Wenn die Skater oder andere Gruppen kommen, in dem künftigen, vom Land geförderten Stadtteil Altenhagen, dann artikulieren sie dort ihre Probleme, denn sie waren oft auch das Problem. Z.B. traten Beschädigungen auf dem Friedhof auf, weil ausländische Jugendliche dort nachts gefetet haben, älteren Damen wurde die Tasche gestohlen usw. Es gibt in diesem Teil der Stadt viele vor langer Zeit gebaute Angsträume, die man nicht übersehen darf. Der Stadtteil ist durchschnitten von Verkehrsschneisen für Autos und von breiten Bundesbahnlinien, der Bahnhof liegt um die Ecke. Die Jugendlichen forderten von uns schlichtweg einen Jugendtreff. Die Stadtteilkonferenz beschloss, so einen Jugendtreff zu errichten, und zwar genau an der Ecke von diesem Friedhof, der für etliche ältere Bürger ein Angstraum war. Das ist dort knallharte soziale Realität. Dazu kommt, dass am Bahnhof neben einer evangelischen alten Stadtkirche zurzeit die erste große Moschee in Hagen gebaut wird, im nächsten Jahr ist sie fertig. Das stellt weniger ein formales, sondern ein symbolisches Problem dar. Sie können sich vorstellen, dass das ein hochexplosives Thema wird, zu allen sozialen Problemen, die bereits vorhanden sind. Wir haben nicht einfach Lust an Verwaltungsreform, sondern da ist Musik drin, wie man so schön sagt. Wir müssen unbedingt partizipatorisch arbeiten. Wir haben in den Asyl- und Aussiedlerzeiten ausgerechnet in diesen Stadtteilen auch noch Unterbringung organisiert, weil es dort die maroden Hütten gab, die wir für wenig Geld anmieten konnten. Wir haben also zur Verschärfung der sozialen Probleme beigetragen. Wir konnten nicht anders, aber man muss das nun auch selbstkritisch sagen. Jetzt sind wir dabei, das mit Brachialgewalt aufzulösen und zurückzunehmen.

Kerstin Landua: Ich habe Ihren Schilderungen entnommen, dass Hagen in Bezug auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen schon einen sehr langen Weg gegangen ist, den vielleicht noch nicht alle hier Anwesenden in ihrem Ort zurückgelegt haben. Dieser Prozess bedarf eines moderierten Dialogs und natürlich auch der Fortbildung. Ich war erstaunt zu hören, dass Ihnen dafür genügend Mittel zur Verfügung stehen, diese Fortbildung auch durchzuführen. Ich glaube, viele Städte oder Jugendämter hätten gern auch ein größeres Budget, um solche moderierten Prozesse in Gang zu setzen.

Rüdiger Voßmann: Der Fachbereich Jugend und Soziales hat ein jährliches Fortbildungsbudget von etwas über 50.000 DM. Ich weiß nicht, ob das viel ist. Ich finde es

viel zu wenig. Wir erhalten noch einmal die gleiche Summe mit der Begründung „Neue Steuerungsmodelle“. Das sind dann rund 100.000 DM.

Kerstin Landua: Das ist vergleichsweise sehr viel. In den neuen Bundesländern gibt es Jugendämter, bei denen die Fortbildungsmittel im Jahr gegen Null gehen. Dagegen haben Sie wirklich gute Möglichkeiten, solche Prozesse in Gang zu setzen.

Jutta Küppers: Eine finanztechnische Frage: Sie haben vorhin begründet, dass das Ganze Ressourcen eingespart hat. Sie haben erst investiert und dann haben Sie finanziell was rausgeholt. Vielleicht können Sie das noch konkretisieren, was unter dem Strich im Verhältnis zur Qualitätsverbesserung der Dienstleistungen eingespart wurde, falls man das rechnen kann.

Rüdiger Voßmann: Wir haben nicht so sehr viel investiert, denn wir haben eigene Leute eingesetzt, jedoch haben die in dieser Zeit nichts Anderes gemacht und wir haben, glaube ich, zwei oder drei kompensieren müssen. Es war ein harter Deal mit dem Personalrat, einen Kompromiss zu finden. Etwa vier Millionen werden wir nach drei Jahren, nachdem wir das schrittweise erreicht haben, freisetzen. Es bleibt abzuwarten, ob wir das so wie geplant umsetzen, dass die Hälfte im Fachbereich verbleibt. Wir haben inzwischen einen neuen Oberbürgermeister und einen neuen Kämmerer. Ich denke, es wird gelingen. Die Finanztechnik ist nicht der entscheidende Punkt. Man muss nur genau analysieren, das hätte jeder Unternehmensberater genauso gemacht, wir hatten auch Schwachstellen ohne Ende. Es gab unkoordinierte Schnittstellen, zum Beispiel zwischen Sozialverwaltung und Wohnungsverwaltung, da stecken einige verschwendete Gelder. Das war die heißeste Kontroverse. Inzwischen machen wir wirklich mehr mit weniger Geld. Das kann man jetzt schon sagen.

Claudia Wilke, Ratsfrau, Hannover: Ich möchte zunächst noch einmal auf die Frage von Frau Rech nach den hoch gesteckten Voraussetzungen für den Beginn von Kinder- und Jugendbeteiligung zurückkommen. Ihre Antwort war ja so lapidar, man könne so ungefähr auch bei Null anfangen. Ich bin jedoch schon der Meinung, bevor man nicht in die Diskussion der Verwaltungsreform - und nicht nur der Konsolidierung des Haushaltes, sondern der inhaltlichen Reform - eingetreten ist, sind auch Beteiligungsprojekte nicht unbedingt aus dem Boden zu stampfen. Man muss also schon in der Kommune - in der Politik und der Verwaltung - bereit sein, bestimmte Selbstverständnisse oder Ressourcendenken bzw. versäulte Strukturen aufzugeben und bereit sein darüber nachzudenken, wie Bürgerbeteiligung generell zum Bestandteil einer modernen Verwaltung werden könnte.

Eine andere Frage: Haben Sie in Hagen das Kinder- und Jugendbüro wieder aufgelöst und sind die Aufgaben des Kinder- und Jugendbüros bei der Verwaltungsreform in irgendeiner Form aufgenommen worden?

Elisabeth Kößmeier, Jugendamt Bottrop: Meine Frage zielt mehr in den Umsetzungsbereich. Dort wo ich in meiner Stadt Bottrop Kinder beteilige, im Rahmen von integrierten Handlungskonzepten oder Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf, sind die Chancen, dass die Interessen der Kinder auch Gewicht haben, relativ gut. In Stadtteilen, wo eigentlich keine Gelder reinfließen, wo aber auch Kinder ihre Ansprüche haben, ist es kritisch. Wie gehen Sie zum Beispiel damit um? Sie haben fünf Kinderbeiräte, die in unterschiedlichen Stadtteilen arbeiten. Gibt es irgendwelche Verfahrensstan-

dards für außerplanmäßige Vorhaben, dass die Interessen der Kinder dann auch berücksichtigt werden?

Iris Bothe, *Geschäftsbereich Jugend, Stadt Wolfsburg*: Wenn ich mir vorstelle, dass die Fachbereiche Jugend und Soziales innerhalb dieses Prozesses für sich erkannt haben, was Beteiligung an der Stelle eigentlich heißt, dass sie das also nicht nur von anderen abfordern sollen, dann würde mich schon interessieren, wie Sie das in der Zusammenarbeit gerade bei den Stadtteilkonferenzen bewerkstelligen. Daran nehmen eine Reihe von anderen Fachbereichen teil, die ja diesen Prozess nicht durchlaufen haben. Wie sind die denn an der Stelle in das Boot mit reinzuholen oder wie ist ein Verständnis dafür zu entwickeln, dass sie mit an einen Tisch gehören? Wird das von Ihren Dezernenten-Kollegen mit getragen oder vom Oberbürgermeister oder vom Rat? Wie wird das gemacht, dass die beiden Bereiche mit ihrem Jugendhilfeausschuss auch handlungsfähig sind in vielen Bereichen, die Sie ja nicht so direkt betreffen?

Claus Wergin, *Referatsleiter, Ministerium für Arbeit und Bau des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin*: Sie haben mehrmals angedeutet, dass sich die Wahl auswirken wird. Ist damit das Konzept der Kinder- und Jugendbeteiligung gefährdet? Ist es doch sehr an politischen Ausrichtungen gebunden und lebt sehr von Menschen? Was passiert, wenn Herr Voßmann mal in den Ruhestand geht?

Rüdiger Voßmann: Es gibt natürlich noch vieles, worüber ich nicht berichtet habe. Wir haben unter anderem intensiv mehrere Schulen beteiligt; ich bin vor längerer Zeit auch mal Schuldezernent gewesen. Das nennt sich „Öffnung von Schulen“ und wird mit Lehrerstellen vom Land gefördert, darum haben wir uns projektweise intensiv besonders, aber nicht ausschließlich, im Bereich der drei Gesamtschulen beteiligt. Auch da hat es immer stadtteilbezogene Problemstellungen und -lösungen gegeben. Kinder kommen immer nur einmal vor, egal in welcher „Verkleidung“: als Schüler, als Jugendzentrumsbesucher oder als Skater oder anderer. Sie verkleiden sich genauso wie wir. Da gab es schon Netzwerke, aber die kannten nicht einmal alle Profis bei uns. Auch die Jugendpfleger konnten konkrete, zugespitzte Fragestellungen oft nicht beantworten, wenn die bei mir am Tisch saßen, weil sie nicht alle Netzwerke in ihrem Bezirk kannten. (Bezirk heißt bei uns 215.000 geteilt durch 5, das ist schon relativ groß.) Das hat mich immer geärgert, es gab eben keine bewusste Netzwerkstruktur, wo man einhaken konnte. Die gibt es aber inzwischen. Auch die Kinder und Jugendlichen haben jetzt mehr Adressaten, die sie kennen. Das müssen nicht, können aber die Kommunalpolitiker sein, können die Kollegen von der Verwaltung sein oder von den Verbänden - oder auch nur andere Jugendliche, die lauter reden können und die Strukturen schon besser kennen.

Es gab bisher z.B. jahrelang einen Runden Tisch zum Kindeswohl, da geht es um Babytötungen und Ähnliches, auch um Folgephasen und Behinderungen und so weiter. Man sieht sich in sehr unterschiedlicher „Verkleidung“ zu unterschiedlichen Themenkreisen und man erkennt sich dann immer wieder. Es wird zum Beispiel gerade das Thema Spielplätze in einem Stadtteil besprochen und plötzlich erkennt man jemanden, mit dem man vorher beispielsweise über einen Babymord gesprochen hat. Der wohnt in diesem Stadtteil und hat ein Problem mit dem Spielplatz vor seinem Haus. So ist das eben im Leben.

Das Kinder- und Jugendbüro ist nicht aufgelöst worden, der Leiter ist einer meiner Koordinatoren und Multiplikatoren für das Dezernat in dem Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf und jetzt Abteilungsleiter geworden; das Büro wird in der Leitung ge-

rade wieder besetzt. Die Auflösung wäre auch nicht gut. Das Büro hat eine spezielle Funktion zwischen „Ombudsman“ und praktischer Einwirkungsmöglichkeit. Deshalb ist es nicht dem Fachbereich allein, sondern auch dem Dezernat zugeordnet. Es sitzt genau zwischen den Stühlen, damit es eine gewisse Unabhängigkeit hat. Die Dynamik und Motorik hängt aber auch von Personen ab.

Zum Thema Kinder- und Jugendräte: Wie werden die Ansprüche im Stadtteil formuliert und wie werden sie transportiert? Das kann ich selber schlecht sagen, weil das in den einzelnen Bezirken sehr unterschiedlich läuft. Ich habe gesagt, das findet in fünf Bezirken statt. Ich müsste korrigieren, es findet in viereinhalb Bezirken statt, denn in einem Bezirk, der kein richtiger geographischer Bezirk ist, ist es ganz schwer. Es findet statt, aber man würde das nicht so positiv einschätzen. In den anderen Bereichen hat es immer an Themen und Interessen auch von Kindern und - überwiegend - Jugendlichen bisher nicht gemangelt. Wir müssen allerdings zugeben, dass wir unsere bezirklich organisierten Kollegen Jugendpfleger durchaus auffordern müssen und auch vom Berichtswesen gefordert wird genau zu beschreiben, was vorgeschlagen, organisiert und durchgeführt wurde. Da wird nicht alles dem Zufall überlassen. Auch Motivation muss gelegentlich motiviert werden.

Wie kommen die ganzen Zuständigkeiten zusammen? Mein Kollege Bau- und Planungsdezernent und ich, wir hatten das Problem, dass er sich irgendwann von uns unterlaufen und aufgefressen fühlte. Das hatte ich vorhin geschildert. Wir haben uns dann zusammengesetzt und haben das Problem besprochen. Im Ergebnis dieser Gespräche haben wir eine paritätische, dezernatsübergreifende Projektgruppe gebildet, zu der nicht nur unsere beiden Dezernate beitragen, sondern auch Schule, Umwelt usw. In dieser Gruppe ist eigentlich alles vertreten, was sozialräumlich ganzheitlich dazu gehört. Es wird paritätisch moderiert, entweder von uns beiden Dezernenten oder von anderen, wenn wir in den Arbeitsphasen nicht dabei sind. Wenn es um Entscheidungen geht, kommen wir dazu. Die Grundlage für den Bewilligungsbescheid in Millionenhöhe ist z.B. innerhalb von eineinhalb bis zwei Jahren aufbereitet worden. Wir haben das für fünf Stadtteile gemacht und haben dann vom Land einen Stadtteil als zweiten Stadtteil mit Sonderförderung genehmigt bekommen. Die Kollegen wechseln sich in der Moderation dieser interdezernentalen Arbeitsgruppe ab. Früher war das Planungsdezernat federführend, jetzt ist es das Sozialdezernat. Das haben wir gewechselt, weil jetzt die Inhalte im Vordergrund sind und nicht in erster Linie die Planung.

1989 haben ein paar Frauen verlangt, in unserer Stadt eine frauenorientierte Stadtteilplanung in Gang zu setzen. Sie hatten sich vorher mit einem Fachbüro in Dortmund in Verbindung gesetzt und dann ihre Vorstellungen in der Planung zur Diskussion gestellt. Damals fand ich das nur ganz witzig, ich dachte gar nicht, dass mich das irgend etwas angeht. Auch mein Kollege Planungsdezernent hat das so wiedergegeben, dass ich annahm, den geht das vielleicht auch nichts an. Am Ende war die Situation so: Er war überzeugt, ich noch nicht, denn ich kannte noch nicht viel davon. Die Bezirksvertretung und der Rat haben sich völlig überfahren gefühlt. Sie wurden plötzlich mit einer Stadtteilplanung konfrontiert, von der die Politik nichts wusste. „Hinter unserem Rücken!“, der Vorwurf ist tatsächlich wörtlich gefallen. Ich konnte nur zustimmen: „Ja, hinter meinem auch.“ Meine ganzen Ämter waren dabei, auch die Volkshochschule. Ich wusste es zwar, aber nur so nebenbei. Das hatte damals nichts mit zielorientierter Planung zu tun gehabt, das war einfach das richtige Leben. Wir haben das später allerdings analysiert, auch gedrängt von der Politik.

Zum letzten Punkt: Auswirkung der Wahl auf das Konzept der Kinder- und Jugendbeteiligung. Ich weiß nicht genau, wie sie sich auswirken wird. Das müssten Sie unseren neuen Oberbürgermeister fragen. Der ist ein sehr honoriger und netter Mensch, ich kenne ihn sehr lange, wir arbeiten gut zusammen. Die ganze Stadtverwaltung ist seit dem September durcheinander gewürfelt worden. Wir haben völlig neue Dezernatsverteilungen. Er tröstet mich immer damit, dass das Dezernat 5 so geblieben ist, wie es war. Wie sich die Zusammenarbeit nun gestaltet, bleibt abzuwarten. Mein späterer Ruhestand wird nicht das Problem sein. Es gibt viele Unruheständler unter meinen Kollegen, das muss allerdings auch gesagt werden. Das hat auch mit Kommunalwahl zu tun, aber auch schon mit dem Übergang zur neuen Struktur. Wir hatten vorher noch was anderes in Nordrhein-Westfalen: Wir sind von der zweigliedrigen Verwaltungsspitze (Oberstadtdirektor und Oberbürgermeister) in eine eingliedrige Monostruktur gegangen (Oberbürgermeister). Wir hatten dann dreieinhalb Jahre einen noch vom Rat gewählten Oberbürgermeister auch als Verwaltungschef. Auch vorher hatten wir viele qualifizierte Leute, der damals neue Oberbürgermeister wollte sich jedoch nicht mit den aus seiner Sicht „alten Oberstadtdirektorsleuten“ umgeben. Ich aber wusste, das sind die Besten. Sie haben unter anderem dieses Projekt und einiges andere im Dezernat gemanagt. Das war wirklich ein Glücksfall, dass die Fachprofis sich als Profis der Beteiligung erwiesen, sie waren in der Vergangenheit - zusammen mit anderen - die Motoren der Verwaltungsreform. Einer war persönlicher Referent des Oberstadtdirektors, ein anderer war Personalamtschef usw. Man braucht gute Leute dafür. Das kann man nicht auf der Abteilungsleiterebene oder darunter, auf der Sachgruppenleiterebene entwickeln lassen, das geht nicht. In Hagen war das jedenfalls so. Auf andere Städte ist das nicht unbedingt übertragbar.

Kerstin Landua: Herzlichen Dank, Herr Voßmann. Aus dieser Runde kann man mitnehmen, dass es besonders wichtig ist, sich eine Lobby zu schaffen, bevor man Projektformen entwickelt. In Hagen ist das anscheinend sehr gut gelungen.

Unterschiedliche Projektformen für die Beteiligung der Jugendlichen an der Gestaltung ihrer Umwelt: Beispiele aus Wiesbaden

HILDEGUNDE RECH, *Leiterin der Abteilung Jugendarbeit im Amt für Soziale Arbeit, Landeshauptstadt Wiesbaden*

Einführung

Die Abteilung Jugendarbeit beim Amt für Soziale Arbeit in Wiesbaden betreibt sieben Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Sie macht stadtteilübergreifende Angebote im Bereich der Kinder- und Jugendkultur. Wir machen die Förderungen der Maßnahmen der freien Träger und haben ein kleines kommunales Jugendbildungswerk.

Wir haben seit 12 Jahren Erfahrungen mit Projekten im Bereich der Partizipation von Kindern und Jugendlichen gesammelt, wo wir das ein bisschen strukturierter angegangen sind. Ich beobachte seit dieser Zeit die Diskussion zu diesem Thema in der Republik. Man kann rückblickend sagen, das hat sich gewaltig verändert und weiterentwickelt. Ich war hier vor fünf oder sechs Jahren auf einem Seminar, da ging es um die Frage, ob wir Partizipation überhaupt verwirklichen, sogar bis zur offenen Negierung des Auftrages aus dem KJHJG. Heute stellt sich das so dar, dass man sich zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen bekennt, aber noch unsicher über den Weg und die richtigen Konzepte ist und sich deshalb über bereits gewonnene Erfahrungen beraten möchte und darüber, wie man mit den Ergebnissen kind- und jugendgerecht umgeht. Das ist schon ein gewaltiger Fortschritt, denn fünf oder auch sechs Jahre sind kein so langer Zeitraum für ein neues Thema in der Bundesrepublik.

1. Ziele / Leitlinien

Im Rückblick möchte ich einmal kurz darlegen, wovon wir uns haben leiten lassen, als wir mit der Kinder- und Jugendbeteiligung anfangen. Wir haben das damals „Ziele“ genannt. Das würde ich heute nicht mehr so sagen, sondern eher **Handlungsrichtlinien**:

- **Gestaltung der Umwelt von Kindern und Jugendlichen sowie die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist nicht Aufgabe der Sozialverwaltung, sondern muss Querschnittsaufgabe sein.** Das soll innerhalb der Verwaltungen und der Politik klar sein. Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft und das soll nicht der Sozialpolitik allein überlassen bleiben, es sollen möglichst alle dazu beitragen.
- **Entwicklung einer lebensweltorientierten Lobby für die Interessen von Kindern und Jugendlichen in dem Stadtteil, in dem sie leben.** Das ist nicht die Verwaltung, sondern Erwachsene, Institutionen u.ä. Es muss in der Lebenswelt leben, wenn es die Verwaltung immer wieder beseelen muss, ist es vor Ort nicht integriert.
- **Entwicklung eines Verständnisses für die Tatsache, dass Kinder und Jugendliche ExpertInnen in eigener Sache sind,** dass sie sehr wohl wissen, was für sie gut ist, dass wir die Pflicht haben zuzuhören, wenn sie reden und das ernst zu nehmen. Alle Erfahrung sagt, dass das stimmt, es gibt einen schönen Beitrag darüber, was die

theoretische Grundlage ist, im Reader von Bartscher „Beteiligung in der Kommunalpolitik“¹. Dort wird das wunderbar auf wenigen Seiten beschrieben, warum das so ist, aus der Entwicklungspsychologie hergeleitet.

- **Impulse dafür zu setzen, dass Partizipation von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung ihrer Umwelt Strukturprinzip in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen wird.** Die Kolleginnen und Kollegen vor Ort in der Kindertagesstätte, in der Schule, im Jugendhaus, im Kinderzentrum müssen es verstehen, dass Partizipation Strukturprinzip der Arbeit ist, nur so werden wir flächendeckend Beteiligung realisieren können. Das muss Alltagsarbeit werden. Die Gemeinschaftsaktion „Schleswig-Holstein - Land für Kinder“ hat dazu viel und kreativ gearbeitet, „Demokratie im Alltag“ haben sie das genannt.
- **Erlernen der Kulturtechnik Partizipation von allen Beteiligten zur Weiterentwicklung der Demokratie.** Wir wissen nicht, wie sich die parlamentarische Demokratie entwickelt, aber sie wird weniger Bedeutung erhalten und muss durch direkte Beteiligungsformen ersetzt werden. Das müssen wir lernen wie Schreiben und Rechnen. Das ist ein wichtiger Grund, diese Partizipationsprojekte und -modelle durchzuführen, um die Weiterentwicklung der Demokratie außerhalb der parlamentarischen Form zu lernen.
- **Entwicklung einer Vertrauenskultur in die Kenntnisse der Beteiligten.** Eine wichtige Voraussetzung ist, dass es eine Kultur des Vertrauens innerhalb der Verwaltung und Politik gibt, dass die Beteiligten Kenntnisse haben und diese auch ernst zu nehmen. Das ist zwar ein „weicher“ Faktor und nicht so gut messbar wie Geld, aber das birgt Potenziale. Diese Haltung bringt man mit in ein Projekt: die Akzeptanz derer, die mitwirken sollen und eingeladen sind. Das ist sehr wichtig und das soll man nicht vernachlässigen. Darüber sollte man auch stets reden, ehe man so etwas beginnt.
- **Partizipation setzt bei Politik und Verwaltung Freude am Experiment voraus, dieses Verständnis gilt es zu entwickeln.** Dies ist ebenso ein „weicher“ Faktor. Wir müssen auch scheitern dürfen. Das muss man vorher schon einkalkulieren. Wir müssen wirklich sagen: „Lasst uns mal etwas ausprobieren.“ Wir arbeiten mit Kindern und Jugendlichen und Kindheit und Jugend ist ja auch geprägt von „Sich Ausprobieren“. Das kennen Eltern: Da liegt schon das dritte Musikinstrument im Keller, weil eilig gewollt und dann war es doch nichts gewesen. Dieses Element sollte sich in den Projekten wiederfinden.

2. Projekte

Kinderstadt

Begonnen haben wir mit „Kinderstadt-Projekten“. Diese Aktion war ziemlich langfristig angelegt. Wir haben jedes Projekt evaluiert, die Erfahrungen aufgenommen, die Praxis verändert und viel gelernt. Heute nennen wir das „Aktion Kinderstadt“. Von den damaligen Voraussetzungen ist eine übrig geblieben: Die Projekte sind stadtteilorientiert. Wir gehen nur in Stadtteile, in die wir eingeladen werden. Was Einladung bedeu-

¹ Bartscher, Thomas: Partizipation von Kindern in der Kommunalpolitik. – Freiburg i.Br.: Lambertus, 1998.

tet, auch das haben wir festgelegt: Es muss einen Beschluss des sogenannten Ortsbeirates, also der politischen Vertretung in diesem Stadtteil geben.

Früher haben die Projekte über ein Jahr lang gedauert, bis sie begleitet abgeschlossen waren. Das haben wir jetzt verkürzt auf drei Monate. Eine weitere entscheidende Veränderung ist: Früher haben wir eher Institutionen eingeladen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, damit diese Projekte machen mit den Kindern. Jetzt gehen wir auf Kinder und Jugendliche direkt zu, natürlich an den Orten, wo sie sich aufhalten: Kindertagesstätten und Schulen. Als Erstes werden Kinder und Jugendliche angesprochen. Das hat dazu geführt, dass weniger Kinder sich im Stadtteil beteiligen, sie aber motivierter sind, das Angebot anzunehmen. Deswegen machen wir das weiter.

Die Aktion ist zur Zeit in **fünf Phasen** aufgeteilt:

Überzeugen - Werben - Motivieren:

In dieser Phase werden alle Einrichtungen des Stadtteils, die mit Kindern und Jugendlichen zusammenarbeiten (Schulen, Kindergärten, Kindertagesstätten, Kirchen, Vereine, Verbände) informiert. Das kann über Besuche in den Einrichtungen oder über Infoabende geschehen. Außerdem gibt es für alle interessierten Erwachsenen im Stadtteil eine Infoveranstaltung. In erster Linie werden hier die Erwachsenen angesprochen!

Bei den Projektvorstellungen müssen folgende Fragen geklärt werden:

- Wer sind wir?
- Warum machen wir das?
- Wen wollen wir erreichen?
- Was bringt das den Kindern / dem Stadtteil?
- Wie sieht das Projekt aus?
- Wann findet das Projekt statt?

Im zweiten Schritt müssen wir unser Projekt (kindgerecht) bewerben. Kinder und Jugendliche müssen auf die Aktion aufmerksam gemacht werden und Lust bekommen mitzumachen.

Forscher- und Phantasiephase:

Zu Beginn werden wir mit den Kindern und Jugendlichen eine „Einstimmungsrunde“ machen. Dabei sollen Fragen geklärt werden wie:

- Wer sind wir?
- Was wollen wir?
- Warum machen wir das?
- Was bringt das Ganze?

Nach dem Kennen-lernen gehen die Kinder in den Stadtteil und erkunden diesen. Die Kinder können uns zum Beispiel zeigen:

- Wo spiele ich gerne? Wo spiele ich nicht?
- Was ist gut bei uns? Was ist gefährlich?

- Wie sehen unsere Spielplätze aus? - Die Spielplatzdetektive unterwegs!
- Was meinen wir zum Thema „Verkehr“?
- Wo sind unsere „Spielräume“?

Die Ergebnisse der Stadtteilerkundungen werden gesammelt, dokumentiert und zu einer Ausstellung verarbeitet, die am Ende der Woche den Erwachsenen präsentiert wird. Nach der Auswertung wird mit der Methode Zukunftswerkstatt versucht, die Beteiligten in eine Phantasiephase zu bringen. Sie sollen ihrer Phantasie keine Grenzen setzen und sich ausdenken, wie sie zum Beispiel ihren Spielplatz gerne hätten. Auch in dieser Phase werden die Ergebnisse festgehalten.

Nach der Utopiaphase holen wir die Gruppen zurück in die Realität. Wir überlegen gemeinsam, welche Ideen umgesetzt werden können. Den Kindern und Jugendlichen wird dabei von Anfang an gesagt, wie viel Geld für das Projekt zur Verfügung steht. Am Ende stimmen wir mit allen Kindern und Jugendlichen über ein Projekt ab. (Sollte die Altersspanne zwischen den Beteiligten sehr groß sein, müssen Kinder und Jugendliche getrennt abstimmen. Das kann zur Folge haben, dass wir zwei Baumaßnahmen haben werden!). Alle Ergebnisse werden am Ende der Woche den Erwachsenen vorgestellt.

Bauvorbereitung:

Eine Woche vor Baubeginn bereiten wir den Bau vor, das heißt: organisatorische / verwaltungstechnische Probleme klären, Baumaterial besorgen, Sponsoren suchen, HandwerkerInnen suchen usw.

Realisierung- und Bauphase:

Die Kinder und Jugendlichen bauen das Objekt, für das sie sich mehrheitlich entschieden haben. In dieser Phase können auch interessierte Erwachsene / Eltern einbezogen werden. Eventuell müssen von unserer Seite aus Fachleute besorgt werden. Am Ende der Bauwoche gibt es ein Fest, zu dem alle Eltern, die Mitglieder des Ortsbeirates und die Presse eingeladen werden.

Sicherungsphase:

Während des gesamten Projektes soll versucht werden, vor Ort eine Lobby für Kinder und Jugendliche aufzubauen und interessierte Erwachsene zu finden, die nach Beendigung des Projektes die Ideen der Gruppe „im Auge behalten“. Dazu zählt auch, dass man versucht, die Mitglieder des Ortsbeirates für das Thema „Kinder und Jugendliche“ sensibel zu machen. Man kann versuchen, eine/n Kinderbeauftragte/n wählen zu lassen, der/die sich für diesen Bereich besonders einsetzt und der/die von den Kindern und Jugendlichen bei Fragen oder Problemen angesprochen werden kann.

Diese Phasen werden innerhalb von drei Monaten absolviert, mit Kindern und Jugendlichen und Politik zusammen. Wir haben immer einen festen Etat. Er ist in aller Regel nicht größer als 10.000 DM und die Kinder bestimmen, was damit gemacht wird. Die Ergebnisse sind hervorragend.

Seit zwei Jahren arbeiten die auszubildenden ErzieherInnen der Fachhochschule für Sozialpädagogik im Rahmen eines Praktikums mit in diesem Projekt. Damit wird erreicht, dass das Thema Partizipation und auch praktische Erfahrungen in diesem Ar-

beitsfeld in die Ausbildung integriert werden. Die jungen Frauen und Männer sind mit Begeisterung dabei.

Recht hast Du

Dieses Projekt stellt die Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte des Kindes dar. Irgendwann ist auch bei uns angekommen, dass es diese UN-Konvention gibt, und wir haben überlegt, wie wir damit umgehen. Im letzten Jahr haben wir uns dafür entschieden, den Artikel 42 umzusetzen, in dem sich alle Beitrittsländer verpflichten, die Konvention allen Kindern und Jugendlichen bekannt zu machen. Die Wiesbadener Politik soll auf die Konvention in ihrer Gesamtheit öffentlich verpflichtet werden. Wir haben uns mit dem Kinderschutzbund zusammengesetzt, haben eine trägerübergreifende Projektgruppe gebildet, haben Vertreter aus allen Schulformen, Kindertagesstätten, einem Jugendhaus und einem freien Träger an einen Tisch geholt und nachgefragt, ob Interesse an dem Thema besteht. Wir haben angeregt, in diesen unterschiedlichen Bereichen mit Kindern dazu zu arbeiten. Die Ergebnisse der Pilotphase waren positiv. Die Kinder waren interessiert.

Nach diesen Erfahrungen haben wir dann eine breitere Kampagne gestartet, haben die Schulen informiert mit dem Ziel, dass sie mit Kindern und Jugendlichen zu diesem Thema arbeiten. Die Ergebnisse sollen kommuniziert und ausgestellt werden. Wir werden dazu die im Mai stattfindenden Kulturtage für Kinder unter das Motto stellen „Recht hast Du“. Alle Einrichtungen und Institutionen, die zum Thema gearbeitet haben, können eine Woche lang ihre Ergebnisse ausstellen. Der Stadtverordnetenvorsteher und der Oberbürgermeister werden sich verpflichten, sich für die Umsetzung der UN-Konvention in Wiesbaden einzusetzen. Die feierliche Unterzeichnung der Konvention wird am 1. Juni 2000 im Rahmen eines großen Festes für Familien erfolgen. Es wird mit den Kindern ein Kinderrechte-Denkmal gebaut, das wir im Anschluss an unserem Verwaltungsgebäude aufstellen werden. Es wird eine Fachtagung mit dem Titel „Demokratie - wie geht das? - Partizipation auf dem Prüfstand“ geben.

Alles lief erst etwas zäh an, es hat ja auch erst mal den Charakter einer Kampagne. Aber man kann schon sagen, wenn wir an unserem Ziel sind, fangen andere erst an. Wir sprechen nun in der Projektgruppe darüber, was nach dem 1. Juni, nach der Unterzeichnung sein wird.

Mobile Jugendarbeit als integraler Bestandteil der Offenen Jugendarbeit

Integral heißt, die MitarbeiterInnen in den Jugendhäusern arbeiten stadtteilorientiert, sie sind zuständig für die Jugendlichen im Stadtteil, unabhängig davon, ob sie das Jugendhaus besuchen oder nicht. Sie arbeiten nicht nur im Haus, sie arbeiten auch im Stadtteil, dort, wo Kinder und Jugendliche sich aufhalten. Ihr Arbeitsbereich ist also nicht das Jugendhaus, sondern der Stadtteil, in dem das Jugendhaus steht. Das war die Vorgabe. Es wäre kontraproduktiv gewesen, zusätzliches Personal einzustellen, denn dann hätten wir eine zweite Struktur aufgebaut und nichts integriert. Das haben wir durchgehalten und so ist die Umsetzung auch gelungen.

Ziele:

- **Entwicklung eines Angebotes, das auf die veränderte Lebenslage der Jugendlichen reagiert und ihrem Lebensgefühl Rechnung trägt.** Mit dieser Form der Ju-

Jugendarbeit wurde auf das Phänomen der Individualisierung der Lebenslagen und Pluralisierung der Lebensstile, auf die Ausdifferenzierung der Zielgruppe reagiert. Die Jugendhäuser waren nicht leer, sie waren von einzelnen Zielgruppen besetzt. Sie haben dennoch eine wichtige Funktion. Unsere Einrichtungen haben alle Einwanderergenerationen und von denen die Schwächsten durchlaufen. Das ist eine wichtige Arbeit. Mit der Arbeitsmethode der Mobilen Jugendarbeit erhöhen wir unsere Erreichbarkeit für die Zielgruppe.

Mobile Jugendarbeit ist kein Synonym für Streetwork. Man muss kein abweichendes Verhalten zeigen, es genügt Jugendlichen zu sein und jugendliche Fragestellungen zu haben. Alter und Wohnort prägen also die Zielgruppe bei unserer Konzeption, nicht Delinquenz.

- **Jugendliche zu befähigen, sich selbst für Ihre Interessen einzusetzen.**
Jugendliche haben vielfältige Interessen, sie möchten einen Streetballkorb, eine Skatefläche, einen Jugendraum etc. Wir sehen es nicht als unsere Aufgabe an, uns für die Interessen der Jugendlichen einzusetzen, sondern sie bei der Durchsetzung ihrer Interessen zu unterstützen. Sie lernen dabei, wie Kommunalpolitik funktioniert.
- **Die örtlichen Angebote für Jugendliche durch Vernetzung zu erweitern.**
Das ist ein zäher Prozess, aber man wundert sich, auf wie viele Dinge man stößt, wenn man aus dem Haus rausgeht. Und wie viele Dinge zu verbessern sind, wenn auf allen Seiten guter Wille vorhanden ist.
- **So lebendig und beweglich zu sein, wie die Jugend selbst.**
Das ist noch ein Traum, ich weiß nicht, ob wir das je erreichen. Wenn die Jugendarbeit dieses Ziel erreicht, ist sie wirklich bei der Zielgruppe angekommen.

Selbstverwaltete Jugendräume

Jugendliche brauchen eigene Räume, sie brauchen sie in der Regel schnell. Dazu muss es bei Politik und Jugendarbeit den Willen zu unkonventionellen, pragmatischen Lösungen geben. Die Jugendlichen haben keine Zeit zu warten. Bei ihnen passiert zwischen 15 und 18 soviel wie bei uns zwischen 30 und 50 und ein halbes Jahr ist für Jugendliche unglaublich lang. Wir werden die perfekten Lösungen nicht kriegen und Kinder und Jugendlichen können mit unperfekten Lösungen gut leben, auch wenn aus Politik- und Lobbyverbänden die Kritik kommt, dass die Jugend mit solchen Dingen wie Container oder Bauwagen abgespeist wird. Die Jugendlichen sehen das nicht so. Wir richten diese Möglichkeiten auch in solchen Stadtteilen ein, in denen wir Jugendeinrichtungen haben. Die Jugendlichen nehmen das dankbar an. Man braucht dazu wirklich Gelassenheit, denn es passiert dort immer irgend etwas, es ist immer schmutzig, die Musik ist laut, es wird geraucht, Gerüchte gehen um, Mädchen hätten dort übernachtet, es würden Drogen konsumiert..., die ganze Palette der kleinbürgerlichen Bedenken. Aber es ist wirklich lohnend. Jugendliche leben dort ihr jugendkulturelles Leben aus. Sie machen erste Erfahrungen mit Sexualität, dafür braucht es Raum. Es passiert außerdem noch etwas Anderes, etwas sehr Wichtiges, was wir gelernt haben mit diesen Gruppen. Sie beraten aus ihrem Blickwinkel und ihrem Lebensgefühl ihre Zukunft. Es findet sehr viel Lebensberatung unter ihnen statt. Die Jugendlichen selbst haben es so formuliert: Sie brauchen diese Räume zum Abhängen, Knutschen und Quatschen. Die für sie wichtigsten Dinge verbergen sich hinter diesen drei einfachen Worten.

Peergroup Education

Die Peergroup Education als Lernen und Sozialisation in der Gruppe Gleichaltriger ist eine geeignete Methode, die **Beratungsangebote von Jugendlichen für Jugendliche zu qualifizieren und näher an die Zielgruppe zu bringen**. Außerdem **fördert** sie das **ehrenamtliche Engagement der Jugendlichen**. Ein weiterer Vorteil gegenüber anderen Beratungsstellen ist die ständige Zugänglichkeit.

Begonnen haben wir mit einem Thema, das Jugendliche wohl am meisten interessiert: Liebe, Freundschaft, Sexualität. In Kooperation mit einer Schule, wo es das Gedanken-gut schon gibt, haben wir Jugendliche zu kompetenten AnsprechpartnerInnen in der Sexualpädagogik ausgebildet. Nach der halbjährigen Ausbildung haben diese Jugendlichen ohne Lehrer den gesamten Sexualkundeunterricht in den 9. Klassen übernommen. Sie sind - wie bei einem kleinen Referendariat - tatsächlich in der Lage, eineinhalb Stunden Sexualkundeunterricht durchzuführen. Sie werden dadurch bekannt und werden AnsprechpartnerInnen in der Schule und sie werden auch angerufen. Sie haben eine Initiative gegründet, die die Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt macht und Veranstaltungen außerhalb der Schule organisiert. Inzwischen treten sie als ReferentInnen auf Tagungen vor Fachpublikum, z.B. vor Lehrern auf, unter anderem mit Vorträgen zum Umgang mit Verhütungsmitteln. Diese Aufgabe lösen diese Jugendlichen mit einer erfrischenden Selbstverständlichkeit.

Unser Partner ist eine Gesamtschule, die keine Oberstufe hat, was dazu führte, dass sich die Jugendlichen aus den Augen verloren. Daraufhin haben sie ein Netz gegründet, in dem sie sich regelmäßig treffen und überlegen, wie sie das Projekt voranbringen können. Sie haben zum Thema Liebe, Freundschaft, Sexualität auf unserem großen dreitägigen Jugendfestival einen Infostand und Aktionen präsentiert, was sehr gut ankam. Sie gehen in Jugendeinrichtungen, um dort Aufklärung durchzuführen. Die Gruppe ist weiterhin sehr aktiv.

Diese Aktion ist also gut gelungen und war mit geringem Aufwand zu machen.

Als weiteres Thema haben wir die Mediation aufgenommen. In Kooperation mit einem Jugendzentrum haben wir in der Förderstufe einer Hauptschule in den 5. und 6. Klassen StreitschlichterInnen ausgebildet. Am Anfang war ich außerordentlich skeptisch, ob Kinder in diesem Alter damit nicht überfordert seien. Die Skepsis war, wie sich herausstellte, unbegründet.

Als nächstes Thema wollen wir Jugend und Gesundheit (gesunde Ernährung, Allergien u.ä.) behandeln. Aus der Shell-Studie (Jugendstudie Band II, 2000) wissen wir, dass Kinder und Jugendliche an diesem Thema interessiert sind. In dieses Feld werden wir uns mit der gleichen Methode begeben. Kinder fühlen sich in solchen Projekten aufgewertet und sind wichtige AnsprechpartnerInnen für Gleichaltrige.

Förderung von Jugendinitiativen

Dieses Vorhaben führen wir seit zwei Jahren durch. Mit diesem Instrument fördern wir Initiativen, die Aktivitäten mit, für und von Kindern und Jugendlichen entwickeln. Damit können wir schnell auf jugendliche Bedürfnisse reagieren. Die Ausgangsidee war: Es gibt kreative Potenziale in der Jugend, die wir als Kooperationspartner brauchen für Veranstaltungen und anderes, wie kommen wir an diese ran? Man kommt an diese ran,

wenn man wichtig für sie ist. Und wichtig ist man, wenn man Geld hat. Das hat die Politik eingesehen. Uns wurden 75.000 DM pro Jahr zur Verfügung gestellt. Diese können wir über das Jahr für jugendliche Initiativen und Projekte verteilen, die von den Jugendlichen kommen. Das sind z.B. Skaterinitiativen, Graffitiaktionen, politische Aktionen, Musikprojekte, Projekte im Bereich „Jugend und neue Medien“. Der erste Durchlauf dieser Förderungen ist bereits dokumentiert.² Die Dokumentation ist noch nicht so optimal, wie ich mir das wünsche. Aber man kann schon erkennen, was sich bewegt und wie es gelingt, die Jugendlichen als Kooperationspartner zu gewinnen und wie wir so als Verwaltung näher an die Zielgruppe kommen. Das entwickeln wir natürlich noch weiter. Die Vergabekriterien sind noch sehr weich, d.h. wir haben viel Spielraum. Das wird sich sicher ändern, wenn wir mehr Erfahrungen haben und wenn das Geld nicht mehr ausreicht. Dann wird man das präziser formulieren müssen.

Es gibt noch keinen Beirat dafür. Wir denken noch darüber nach, dass man ein Gremium bildet, wo Jugendliche mitbestimmen, und zwar außerhalb der Gremien, die schon vorhanden sind (Kinder- und Jugendhilfeausschuss u.ä.).

Unternehmen Partner der Jugend

Dieses Projekt wurde angeregt vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Auslöser waren die massiven Mittelkürzungen im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit Anfang der 90-er Jahre. Dies führte dazu, dass die Projekte und Träger auf Sponsorensuche gingen und bei den Unternehmen massenweise solche Bettelbriefe eintrafen. Das hatte jedoch keine positive Resonanz ausgelöst. Auf der Jugendarbeitsseite gab es dann die Idee, es auf anderem Wege zu versuchen.

Der zweite Gedanke war, dass Kinder- und Jugendarbeit so nah an kreativen Potenzialen ist, wie Unternehmen es nur mit viel Geld erreichen könnten. Dadurch hatten wir auch etwas zu bieten und können uns darum auch Partner nennen, nicht Bettler oder Bittsteller oder Klinkenputzer.

Diese Gedanken haben wir weiterentwickelt und sind damit auch an die Öffentlichkeit gegangen. Dabei geht es nicht nur um Ressourcen- und Know-how-Austausch von einer Seite zur anderen, sondern es geht auch darum, dass Welten sich kennen lernen und etwas miteinander zu tun kriegen. Das kann nur produktiv werden.

Vor ca. einem Jahr haben wir die Projektgruppe „upj - wie geht das in Wiesbaden?“ gebildet. Diese Projektgruppe hat zunächst Zielgruppen ausgewählt und sich für ein Pilotprojekt mit Jugendinitiativen entschieden, da wir diese seit über einem Jahr aus der Arbeit kannten und sie für die Unternehmen die interessanteste Zielgruppe zu sein schien. Die Initiativen wurden eingeladen und über Ziele und Möglichkeiten von upj informiert. Ziel dieser Veranstaltung war neben der Information auch, dass wir von den Betroffenen den Auftrag erhalten, dieses Projekt in Wiesbaden aufzubauen. Diesen Auftrag haben die Jugendinitiativen uns nach einer Debatte auch erteilt.

Zunächst haben wir ein Unternehmen gesucht, das uns beim Aufbau des Projektes unterstützt. Das ist uns mit der ADL, Arthur D. Little, eine weltweit agierende Unterneh-

² „Mal seh'n was geht...“ Initiativenförderung in Wiesbaden, Ideen und Konzepte praktischer Arbeit mit und für Kinder und Jugendliche. Erhältlich bei: Amt für Soziale Arbeit, Kommunales Jugendbildungswerk - Frau Ritter, Dotzheimer Straße 99, 65197 Wiesbaden.

mensberatungsagentur, gelungen. Diese Agentur hat uns eine Unternehmensberaterin zur Verfügung gestellt, die mit uns das Projekt aufbaut.

Mit den Jugendinitiativen haben wir einen Workshop durchgeführt, bei dem diese für sich formulieren sollten, was sie von Unternehmen erwarten und was sie im Gegenzug den Unternehmen bieten können. Diese Veranstaltung verlief sehr intensiv über vier Stunden. Faszinierend war es zu sehen, mit welchem Ernst diese jungen Leute ihre Aufgabe erfüllten. Mit der Unternehmensberaterin haben wir diese Veranstaltung ausgewertet. Sie zeigte sich sehr zufrieden. Als Erfolgsziffer wurde genannt, wir brauchen zwanzig Unternehmen in einem Raum, die wir mit den Initiativen zusammenbringen. ADL ist bereit, Unternehmen anzusprechen und für dieses Projekt zu werben. Der Chairman, Dr. Tom Sommerlatte, wird selbst Unternehmen anrufen und für diese Veranstaltung werben. Das hat natürlich ein anderes Gewicht, als wenn eine Sozialarbeiterin aus einem Jugendhaus X Y sich darum bemüht. Am 27. Mai 2000 wird ein Zusammentreffen beider Gruppen stattfinden. Die Unternehmen sollen über das Projekt insgesamt informiert werden und die Initiativen sollen sich und ihre Erwartungen präsentieren.

Dieses Projekt zeichnet sich durch einen hohen Beteiligungsgrad aus, weil nicht wir als Verwaltung dieses Projekt durchführen, sondern Impulse geben, damit andere etwas machen. Die Jugendlichen werden qualifiziert, sie müssen formulieren, was sie wollen. Es wird ihnen also nichts geschenkt.

Arbeitsgruppe Partizipation beim Kinder- und Jugendhilfeausschuss

Als nach den letzten Kommunalwahlen sich der Kinder- und Jugendhilfeausschuss neu formiert hat, haben wir als Verwaltung gefragt, was wir in den nächsten vier Jahren dort bearbeiten wollen. Was sollen die Themen sein, wie sind die Prioritäten und wie gehen wir damit um? Zu diesen Fragen haben wir mit dem Ausschuss einen Workshop durchgeführt. Das Hauptthema war Partizipation. Ein Mitglied des Jugendhilfeausschusses hat die Bearbeitung dieses Themas übernommen und eine Arbeitsgruppe gebildet.

Die AG Partizipation hat sich zunächst zum Ziel gesetzt, § 4 der Hessischen Gemeindeordnung³ umzusetzen. Dieser Paragraph verpflichtet die Gemeinde, Kinder und Jugendliche an Planungen und Vorhaben zu beteiligen und geeignete Formen zu entwickeln.

Der Ausschuss wirbt im Bereich der Politik, besonders vor Ort bei den Stadtteil- Parlamenten. Zunächst haben sie eine Veranstaltung durchgeführt, zu der sie die Vorsteher der örtlichen Parlamente eingeladen hatten, damit diese berichten, wie sie mit den Interessen von Kindern und Jugendlichen umgehen. Einige konnten schon auf gute Ergebnisse verweisen. Diese Veranstaltung hatte also Impulscharakter, sollte Innovationen und Wettbewerb hervorrufen. Es wurde eine Öffentlichkeit für dieses Thema hergestellt.

Um das weiter zu befördern, hat der Ausschuss eine detaillierte Fragebogenaktion bei den Stadtteilparlamenten durchgeführt. Diese werden ausgewertet und es gibt wieder

³ § 4 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen „Die Gemeinde soll bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. Hierzu soll die Gemeinde über die in diesem Gesetz vorgesehene Beteiligung der Einwohner hinaus geeignete Verfahren entwickeln und durchführen“ in: Hessische Gemeindeordnung / Hessischer Städtetag, i.d. Fassung v. 1.4.93, zuletzt geändert durch Art. 17 des 3. Gesetzes zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung vom 17.12.1998.

Veranstaltungen dazu. Die Erfahrungen sind ganz positiv. Es gibt nach unseren Erfahrungen in den Parlamenten viele gutwillige Leute, die sich vor Ort gern um solche Dinge kümmern und denen das auch etwas wert ist. Die muss man unterstützen. Sie bekommen dann in ihrem Gremium auch einen anderen Stellenwert und können so dafür sorgen, dass in diesen Gremien für Jugendprojekte Geld zur Verfügung gestellt wird. Das können nur sie.

Graffiti-Kunst in Wiesbaden

Dieses Thema ist überall ein heißes Eisen. In Rheinland-Pfalz setzt die Polizei inzwischen 2.000 DM Belohnung für das Ergreifen eines ihnen bekannten Graffiti-Sprayers aus.

In Wiesbaden gibt es relativ wenig Probleme mit illegalen Graffiti. Es ist zu vermuten, dass mit dem zentral gelegenen Gelände am ehemaligen Schlachthof mit 1.600 qm die größte legale zusammenhängende Graffitifläche Europas existiert. Diese wird jedoch im Juni abgerissen, weil das Grundstück anderer Nutzung zugeführt wird. Damit standen wir vor der Frage: Was bedeutet diese Entscheidung für die Ausdrucksmöglichkeit dieser Kunstform und welche Alternativen gibt es?

Wir haben uns mit der Graffitiszene zusammengesetzt, die wir auch bereits über die Initiativenförderung kannten, und haben bei denen ein mögliches Flächenkataster in Auftrag gegeben. Sie sollten uns Flächen nennen, die sie für geeignet ansehen. Dabei waren zwei Kriterien zu berücksichtigen. Es mussten sowohl Flächen an exponierten Orten zur künstlerischen Gestaltung gefunden werden als auch Flächen zum Üben, denn auch in der Graffitikunst ist noch kein Künstler vom Himmel gefallen. Das muss man üben. Die Jugendlichen haben ein Kataster erarbeitet, das haben wir auch bezahlt. In einer ämterübergreifenden Arbeitsgruppe aus Tiefbauamt, Hessischem Amt für Straßen- und Verkehrswesen, Amt für Liegenschaften, Stadtplanungsamt und zwei Vertretern aus der Szene wird jetzt dieses Graffiti-Kataster bearbeitet. Einer der Graffitikünstler steht bereits im Guinnessbuch der Rekorde, da er die größte zusammenhängende Fläche der Welt in Frankfurt/M. allein besprüht hat. So etwas beeindruckt natürlich auch die KollegInnen aus anderen Ämtern. Die Arbeitsgruppe tagt seit September. Wir haben inzwischen so viele - bereits legalisierte - Flächen, dass von April bis September jeden Monat ein spektakuläres Graffiti-Event stattfindet, auf denen exponierte Flächen in der Innenstadt besprüht werden.

In einem zweiten Schritt werden wir einen Flyer erarbeiten, in dem die legalen dezentralen Flächen veröffentlicht werden.

Anlage: Projekte und AnsprechpartnerInnen

Stadtteilgestaltung

Ansprechpartnerin: Frau Heike Münker, Telefon: 0611 31 35 10

Aktion Kinderstadt ist ein Projekt, das auf die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen bei sie betreffenden Belangen im Stadtteil setzt. Das Motto ist dabei „sich aufeinander einlassen, zuhören und voneinander lernen“.

Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte des Kindes

Ansprechpartnerin: Frau Heike Münker, Telefon: 0611 31 35 10

Mit dem Projekt „Recht hast Du“ realisieren wir Artikel 42 der UN-Konvention, in dem sich alle Mitgliedstaaten verpflichten, die Konvention allen Kindern bekannt zu machen.

Mobile Jugendarbeit als integraler Bestandteil der Offenen Jugendarbeit

Mobile Jugendarbeit

Ansprechpartnerin: Hildegunde Rech, Telefon: 0611 31 35 30

Im Bereich der offenen und mobilen Jugendarbeit wurden direkte und kleinräumige Beteiligungsstrategien entwickelt. Kern dieser Beteiligungsprojekte ist ihre dialogische Kommunikationsstruktur, die nicht allein eindimensional Wunschbefragungen vornimmt, sondern die Jugendlichen zur Partizipation und Gestaltung ihrer eigenen Lebensverhältnisse einlädt und aktiviert.

Selbstverwaltete Jugendräume

Ansprechpartnerin: Hildegunde Rech, Telefon: 0611 31 35 30

Jugendliche brauchen eigene Räume, diese sind nicht in ausreichender Anzahl vorhanden und sie haben keine Zeit, auf solche Räume zu warten. Deshalb sind Verwaltung und Politik aufgefordert, nach schnell umsetzbaren pragmatischen Lösungen bzw. Provisionen zu suchen.

peergroup-education

Ansprechpartnerin: Frau Alexandra Waldmann, Telefon: 0611 31 35 98

Peergroups sind wichtige Orte der Selbstsozialisation. An diese Tatsache knüpfen wir an und qualifizieren Jugendliche zu bestimmten Themen: im Projekt „Dr. Make Love“ zum Thema „Liebe, Freundschaft, Sexualität“; im Projekt „Ich werde Konfliktlotse/in“ zum Thema „Streitschlichtung/Mediation“.

Förderung von Jugendinitiativen

Ansprechpartnerin: Frau Alexandra Waldmann, Telefon: 0611 31 35 98

Jugendinitiativen sind mitten in der Zielgruppe angesiedelt, sie sind kreativ und sie zeigen soziales Engagement. Dieses unterstützen wir ideell und materiell.

upj - Unternehmen Partner der Jugend

Ansprechpartnerin: Frau Alexandra Waldmann, Telefon: 0611 31 35 98

Das bundesweite Projekt upj wurde von dem Grundgedanken beseelt, dass zwischen Jugendarbeit im weitestgehenden Sinne und Unternehmen ein partnerschaftliches Verhältnis existiert, von dem beide Seiten profitieren können.

AG Partizipation beim Kinder- und Jugendhilfeausschuss

Ansprechpartner: Herr Rainer Völkel, Telefon: 0611 31 30 75

Die AG Partizipation hat sich zunächst zum Ziel gesetzt, § 4 der Hessischen Gemeindeordnung umzusetzen. § 4 HGO verpflichtet die Gemeinde, Kinder und Jugendliche an Planungen und Vorhaben zu beteiligen und geeignete Formen zu entwickeln.

Projektgruppe graffiti-kunst in Wiesbaden

Ansprechpartner: Herr Dietmar Krah, Telefon: 0611 31 3465

Aufgabe dieses Projektes ist es,

- legale Flächen zur Ausübung dieser jugendkulturellen Kunstform zur Verfügung zu stellen und
- diese Kunstform an exponierte Orte in der Stadt zu bringen.

Öffentlichkeit mit Jugendlichen für Jugendliche herstellen

Ansprechpartnerin: Hildegunde Rech, Telefon: 0611 31 35 30

Mit der Veranstaltungsreihe „Mal sehn was geht - Jugendszene Wiesbaden“ sind in den Jahren 1995/1996 weit über 5.000 junge Menschen in Wiesbaden aktiviert worden, ihre Wünsche, Bedürfnisse und ihre Gestaltungsfähigkeit zu präsentieren.

Diskussion

Kerstin Landua, *Verein für Kommunalwissenschaften e.V., Berlin*: Herzlichen Dank, Frau Rech, für die sehr lebendige Schilderung der Projekte. Beeindruckend ist der Weg, den Sie beschritten haben: Impulse zu geben, sich den Auftrag der Jugend zu holen, also wirklich ihr Einverständnis zu haben und die Projektentwicklung als Moderator zu begleiten.

Gabriele C. Klug, *Bürgermeisterin, Rüsselsheim*: Eine Frage zur Graffiti-Kunst. Entziehen Sie nicht einer wunderbaren Subkultur den Boden, wenn Sie das jetzt zur Ämtersache machen? Wie sind die Reaktionen aus der Graffiti-Szene? Eine andere Frage: Wir suchen in Rüsselsheim immer ganz verzweifelt nach autonomen Jugendgruppen, die gern ihr autonomes Jugendzentrum führen wollen. Ich denke, das wird langsam zum Generationenproblem. Wenn ich mich an die 70er Jahre erinnere, wollten alle autonome Jugendzentren. Im Moment finden wir jedoch keine solche Gruppen. Wie sind Ihre Wiesbadener Erfahrungen? Vielleicht hängt das ja mit der spezifischen Sozialstruktur meiner Stadt zusammen?

Hans-Peter Friedrichs, *Amt für Kinder, Jugend und Familie, Bonn*: Ich bin auf der Suche nach selbstverwalteten Jugendräumen und ich muss feststellen, dass die Vermieter, die Wohnungsbaugesellschaften, die Investoren, alle, die eigentlich Räume zu vergeben haben, keine Räume an Jugendgruppen vergeben, die nicht gleichzeitig Bewohner dieser Bereiche sind. Und wenn sie Jugendlichen solche Räume in Eigenverantwortung übergeben würden, wird es in der Regel zum Problem - und das ist in den letzten Jahren bereits mehrmals geschehen - angefangen bei einem Bürocontainer, den wir schließen mussten, weil dort Alkoholexzesse stattgefunden haben u.ä. Mich würde interessieren, wie Sie es schaffen, dass dieser Bereich konfliktfrei bleibt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Umgebung lange zuschaut, wenn so etwas, wie ich es geschildert habe, passiert. Zumindest in Bonn hat man nicht sehr lange zugeschaut. Die Räume mussten geschlossen werden. Zugegeben, Sie haben es nicht gesagt, dass es konfliktfrei ist. Aber mich würden Ihre Erfahrungen zu selbstverwalteten Räumen interessieren.

Hildegunde Rech: Nehmen wir tatsächlich der Subkultur ihre eigenen, autonomen Räume weg? Ich glaube das nicht. Es wird immer welche geben, die diesen Kick brauchen und sie werden sich das nehmen. Da können wir so viele legale Flächen anbieten, wie wir wollen. Das ist aber nur ein Teil. Den anderen - und das ist die Mehrheit -, die legale Flächen wollen und das als Kunst betrachten und üben wollen, kommen wir entgegen. Das ist Jugendkulturarbeit, nicht Kriminalprävention. Die kriminalpräventive Wirkung ist ein gewünschter Nebeneffekt. Wir schaffen Räume für Jugendkultur. Nichts anderes steckt dahinter. Wir verbreiten auch nicht die Illusion, dass es jetzt keine Signaturen der Künstler mehr an einer Hauswand gibt.

Wenn keine Zielgruppe für ein autonomes Jugendzentrum zu finden ist, gibt es keine Gruppe, die ein solches Jugendzentrum für sich fordert. Es gibt also kein Problem.

Gabriele C. Klug: Das hat vielleicht auch etwas mit dem Selbstverständnis der Jugendlichen zu tun, deshalb habe ich diese Frage hier in dieser Runde gestellt. Es ist vielleicht tatsächlich eine Generations- und Zeitgeistfrage. Deswegen nehme ich diese Frage sehr ernst. Sie sagen ja auch, sie wollen Jugendliche für die ehrenamtliche Arbeit motivieren. Schauen Sie sich doch in den Sportvereinen oder auch außerhalb der Verei-

ne mal an, wie es um die ehrenamtliche Tätigkeit bestellt ist. Was motiviert Jugendliche, ihre Verantwortung für sich selbst in die Hand zu nehmen? Das ist eine sehr wichtige Frage, die wir voranbringen müssen und wo wir auch wieder Verständnis und Vertrauen zu dieser Jugendgeneration schaffen müssen. Da hat sich gesellschaftlich einiges verändert.

Hildegunde Rech: Ich möchte noch einmal auf die selbstverwalteten Jugendräume und Jugendzentren eingehen. Bei selbstverwalteten Jugendräumen gehen wir immer von kleinen Einheiten aus. Das kriegen wir in unseren Zentren auf Grund der dort vorhandenen hochwertigen Räume nur sehr schwer hin. Das alles in Ordnung zu halten, damit sind die Jugendlichen überfordert, sie müssten praktisch die Kontrolleure für ihre Freunde werden. Das ist nur in den Jugendzentren möglich, in denen wir kleinere Einheiten separat schließen können. Neben ein Jugendzentrum haben wir einfach einen Container gestellt. Den können die Jugendlichen selbstverwaltet nutzen. Dieses Projekt ist dokumentiert, es nennt sich „Die Box“⁴. Voraussetzung ist, die Jugendlichen müssen erst mal für sich selbst Regeln erarbeiten, dafür benötigen sie in der Regel ein ganzes Wochenende. Wenn der Regelkatalog aufgestellt ist, gibt es einen Vertrag und dann kriegen drei von ihnen den Schlüssel. Wenn das so weit ist, kommen genau die Phänomene, die Sie beschreiben: Es kommt zu Alkoholexzessen, Mädchen kommen nachts nicht heim, weil sie mit ihrem Freund im Container übernachten, darüber regen sich die Eltern auf. Wir haben diese Projekte in Kooperation und Einvernehmen mit der örtlichen Politik etabliert. Wir haben das aber immer sehr eng mit der Politik gemacht.

Wir haben die Politik in die Interessenvertretung der Jugendlichen mit einbezogen, so dass wir ein gut entwickeltes Frühwarnsystem haben. Bis jetzt ist offiziell noch kein Raum geschlossen worden und wir betreiben fünf oder sechs Projekte immer gleichzeitig. Im umbauten Wohnraum ist das schwieriger, das ist uns bisher nur in Kirchengemeinden u.ä. gelungen, dass sie Jugendlichen außerhalb ihrer Zwecke Räume zur Verfügung gestellt haben. Da muss man sich aber mit den Trägern verständigen, wie das betreut wird. Die Jugendlichen, die sich in solchen Objekten aufhalten, haben alle einen Ansprechpartner, der ab und zu auch hingeht. Die Jugendlichen haben selbst Schlüssel zu diesen Räumen, wir hingegen nicht.

Man braucht natürlich ein dickes Fell. Ich hätte vor dem Aufstellen des Containers Bauanträge stellen müssen, das wusste ich nicht. Hätte ich das gewusst, stünden sie heute noch nicht.

Hans-Peter Friedrichs: Ich halte die Bauanträge für richtig. Ich muss in meiner Funktion als Jugendpfleger dazu beitragen, dass diese Anträge vom freien Träger der Jugendhilfe vorher gestellt werden, wenn nicht, muss ich es danach machen. Wenn in einem Container in einem Wohnviertel Jugendliche nachts lärmern, weil der Container Anziehungspunkt für Jugendliche geworden ist, dann interessiert sich die Öffentlichkeit (z.B. Presse) besonders heftig dafür. Genervte Bürger rufen die Stadtverwaltung und andere Institutionen sehr schnell an. Dann läuft in der Bevölkerung etwas ab, wobei die Stadtverwaltung und auch die aufgeschlossenen Politiker kaum noch eine Chance haben, dem Projekt positiv gegenüber zu stehen. Das ist meine Realität. Deswegen beneide ich Sie, wenn es so ist, wie Sie es schildern. Anderes Beispiel: Sie haben in der Kirchengemeinde einen sehr engagierten Jugendleiter, gleichzeitig aber einen Kirchenvor-

⁴ „Die Box... Ein Raumaneignungsprojekt des Stadtteilzentrums Gräselberg für Jugendliche“. Erhältlich beim Stadtteilzentrum Gräselberg, Wörther-See-Str. 8, 65197 Wiesbaden, Frau Eßlinger, Tel.: 0611 312456.

stand, der nicht unbedingt oft Hunderte von Mark in Reparaturen stecken will, um die Beschädigungen zu beheben, die Jugendliche verursacht haben, dann wird die "Teestube", zumindest vorübergehend, geschlossen, hier entscheidet der Kirchenvorstand. Da kann ich noch so einen Top-Mann für die Jugendarbeit haben, bei diesen Problemen steigt er aus der Jugendarbeit aus mit der Begründung: „Ich will als Ehrenamtler nicht nur Ärger haben, die Jugendarbeit muss mir auch Spaß machen, denn ich mache sie nebenamtlich.“ Deswegen beneide ich Ihr Klima so. Genau das wünsche ich mir.

Hildegunde Rech: Das war auch ein hartes Stück Arbeit.

Kerstin Landua: Frau Rech, Sie haben auch von der Chance des Scheiterns gesprochen. Gibt es denn auch ein Projekt, woran Sie noch arbeiten, was noch nicht auf dem Weg ist, auf das es kommen sollte? Bisher haben wir ja mehr die positiven Beispiele gehört.

Hildegunde Rech: Ich sollte ja auch Mut machen. Zurzeit stellt sich ein Vorhaben noch ganz zäh dar. Wir wollen ein Baulückenprojekt machen und vor allem in der Innenstadt Flächen zur Verfügung stellen, die brach liegen. Über die städtischen Flächen wurde heute schon gesprochen. Wir wissen natürlich genau, warum das so zäh verläuft. Das wird jedoch nicht ausgesprochen. Die Liegenschaftsverwaltung weiß ganz genau, wenn wir da einmal mit Kindern und Jugendlichen die Flächen nutzen, wird es nicht leicht sein, ihnen diese wieder wegzunehmen. Deswegen mauern sie. Es wird nie darüber geredet, worum es wirklich geht. Wir überlegen zurzeit, ob wir das öffentlich machen sollen oder nicht. Es ist uns jedoch gelungen, einen privaten Besitzer eines Grundstücks zu gewinnen, mal für ein Jahr eine Fläche zu öffnen. Das hat sich durch Zufall ergeben. Es könnte sein, dass das doch das andere Projekt ein bisschen voranbringt.

Rüdiger Voßmann, Dezernent für Jugend, Soziales und Kultur, Hagen: Ich finde das mit dem Graffiti so toll, vor allem deshalb, weil es bei uns nicht gelungen ist, den Politikern klar zu machen, dass das Jugendkulturarbeit ist und dass man die andere Kick-Szene damit überhaupt nicht beeinflusst. Das sind völlig getrennte Szenen. Wahrscheinlich ist das in Wiesbaden nicht anders. Und das ist leider bei uns auch so, dass die Politik das in der Jugendzentrumsstruktur so ähnlich sieht. Wir machen jetzt ein neues Jugendzentrum auf, weil an einem Markt in einem Stadtteil Randalie ist. So als ob man dieses Problem damit lösen könnte. Das hat doch mit der Arbeit eines solchen Zentrums, mit Jugendkulturarbeit überhaupt nichts zu tun. Das sind nicht die Jugendpolitiker, das sind andere.

Zwei Fragen habe ich. Eine Sache habe ich vielleicht falsch verstanden, vielleicht auch noch andere. Sie haben gesagt, Zielgruppen müssen raus, weil sie das Jugendzentrum besetzt haben, im Sinne von Platz-Machen. Das habe ich nicht verstanden.

Hildegunde Rech: Die Sozialarbeiter müssen raus, nicht die Gruppen.

Rüdiger Voßmann: An anderer Stelle haben Sie gesagt, diese Dreieck: Abhängen, Quatschen, Knutschen. Meine Frage ist: Reicht das? Bei dieser Peergroup-Education, die haben ganz andere Fragen, weil entweder Schule oder dann Ausbildung, Qualifizierung, Beschäftigung dann zumindest ein Viereck aus dem Dreieck macht. Das läuft so radikal durch und hat sich bei uns, auch weil wir diese Beratungsstelle „Information Qualifizierung und Weiterbildung“ in den sozial benachteiligten Stadtteilen haben, absolut nach vorne gespielt. Unsere kommunale Beschäftigungsgesellschaft ist ganz mas-

siv mit Beschäftigungsprojekten für Jugendliche beschäftigt, zum Teil schon neben Schule. Es gibt Projekte für schulumüde Jugendliche, die gehen nicht mehr in die Penne, sondern die brauchen völlig andere Formen. Und das habe ich bei Ihnen überhaupt nicht gehört. Ich bin sicher, das gibt es, aber wie passt das zusammen?

Hildegunde Rech: Es ging ja jetzt im Schwerpunkt darum, über Beteiligungsprojekte zu berichten. Bei der Beschäftigungsförderung für Jugendliche ist das mit der Beteiligung nicht so weit ausgeprägt. Natürlich beruht dort vieles auf Freiwilligkeit, aber sie gestalten die Praktikumsplätze nicht und so weiter. Da ist viel vorgegeben. Jetzt komme ich noch einmal auf das Dreieck. In dem Punkt „Quatschen“ sind die Themen Schule und Arbeit sicher enthalten. Sie reden viel über Ausbildung und die Zukunft ihres Berufslebens. Wie man das sinnvoll macht unter sich, das wäre sicher auch noch ein Thema, aber für den Einstieg, vom Interesse her für Jugendliche, denke ich, nicht gerade der Renner in der Offenen Jugendarbeit. Wir haben uns erst mal für ein Segment entschieden, das sie sicher am meisten interessiert. Aber als Idee könnte man das sicher aufnehmen.

Es geht darum, die Beratungsprozesse, die in den selbstverwalteten Räumen ohnehin ablaufen, zu qualifizieren. Noch einmal: Wenn die Jugendlichen sagen, sie wollen „abhängen, quatschen, knutschen“, dann ist bei dem Quatschen über das Thema überhaupt noch nichts gesagt. Das bestimmen sie selbst. Wir haben uns gefragt, wie wir die Prozesse, in denen Jugendliche sich selbst beraten, qualifizieren können. So sind wir dann zur Peergroup-Education gekommen. In der historischen Entwicklung war es nacheinander. Aber jetzt, wo wir es wissen, müssen wir das nicht mehr nacheinander sehen, sondern wir können es nebeneinander machen, wir können es an allen Orten anbieten, wo Jugendliche sind.

Rüdiger Voßmann: Bei uns läuft ganz viel Zwangsbeteiligung, auch im Beschäftigungsbereich.

Iris Bothe, Geschäftsbereich Jugend, Wolfsburg: Ich finde das total Klasse, dass bei Ihnen dieses Konzept der Mobilen Jugendarbeit existiert, weil ich diese Idee schon seit längerem hatte und ich nicht wusste, dass es das in einer anderen Stadt schon gibt. Das ist immer von Vorteil, sagen zu können, das gibt es irgendwo schon. Ich habe aber trotzdem die Frage, wie Sie das praktisch mit Ihren Leuten in den Jugendzentren initiiert haben. Meine Erfahrung ist, dass die immer sehr froh sind, die vier Wände um sich herum zu haben, und dass das auch Angst macht, nach draußen zu gehen und diese Schutzräume zu verlassen. Haben Sie das mit den Mitarbeitern gemeinsam entwickelt oder ist das irgendwann als Konzept entwickelt und vorgegeben worden?

Hildegunde Rech: Als ich Anfang der 90er Jahre in dieser Abteilung angefangen habe, habe ich schon gewusst, dass das zwingend notwendig ist. Dann habe ich überlegt: Was mache ich? Entwicklung der Konzeption mit den MitarbeiterInnen oder nicht? Ich habe letztlich entschieden, diese Konzeption als eine Kopfgeburt zu entwickeln und durchzusetzen. Denn wenn ich es mit ihnen entwickle, kriege ich es auf Grund vorhandener Widerstände nicht hin. Wenn ich es allein mache, habe ich wenigstens erst mal die Konzeption, an der man sich abarbeiten kann. Dann hat man natürlich mehrere Möglichkeiten und die habe ich auch genutzt: Fortbildung zu machen, sich anzusehen, wie andere es machen, motivierend einzuwirken. Als dies nicht griff, habe ich einfach brutal durchgegriffen und habe gesagt: „Die Stelle wird erst wieder besetzt, wenn ihr raus-

geht“, bei jedem Personalwechsel. Das muss man als Vorgesetzte manchmal tun. Natürlich gab es zwei Jahre Gebrummel und es hat natürlich die getroffen, die neu kamen, aber das hatte ganz positive Effekte, denn die im Stadtteil waren, wurden dort plötzlich wichtig. Da konnte man nicht mehr so einfach zugucken und meinen, das eine hätte mit dem anderen nichts zu tun. Natürlich habe ich die, die mobil waren, in einen Arbeitskreis zusammengefasst und habe mit denen gearbeitet, die Praxis reflektiert, sie darin unterstützt, dass sie in ihren Teams stark sein konnten und nicht am Rande standen. So haben sie Selbstbewusstsein entwickelt. Sie haben stadtteilübergreifende Veranstaltungen organisiert, die es aus dem Jugendzentrum heraus in den Jugendzentren nicht gab. Sie sind jetzt wer, das ist nicht zu unterschätzen.

Waltraud Hostettler, Ratsfrau, Aachen: Ich wüsste gern, wie Sie das organisiert haben, wenn in den „Offenen Türen“ (OT), wie sie in Nordrhein-Westfalen heißen, 60 bis 100 Jugendliche vor Ort sind, wie die Mitarbeiter dann noch rausgehen können. Haben Sie so einen guten Stellenschlüssel gehabt in Ihren Offenen Türen oder ist das auch so knapp bemessen wie z.B. bei uns in Aachen? Wir waren ja froh, dass wir keine schließen mussten.

Hildegunde Rech: Wir haben im Schnitt pro Einrichtung drei hauptamtliche Vollzeitkräfte und zusätzlich Honorarkräfte.

Hans-Peter Friedrichs: Da muss ich aber die Kräfte in den Jugendhäusern in Schutz nehmen. Wenn ich eine Einrichtung mit nur einer Fachkraft besetzt habe, dann hat dieser Mitarbeiter nur eine Alternative, entweder bietet er eine Außen- oder eine Innenaktivität an - beides gleichzeitig ist nicht möglich.

Hildegunde Rech: Da haben Sie unbestritten Recht. Aber ich wüsste, wie ich mich entscheide.

Kerstin Landua: Wir sind uns sicher einig, dass das, was möglich ist, sehr von der Ausstattung und vom Budget der Ämter und Institutionen abhängt.

An Ihrem Vortrag war unter anderem interessant, dass Sie dem Aspekt der Aufklärung von Kindern und Jugendlichen so dezidiert Raum gegeben haben. Es ist eine der ersten Voraussetzungen, dass Kinder und Jugendliche auch Eigeninitiative entwickeln, wenn sie wissen, was sie dürfen, was ihre Rechte sind. Das ist mir jetzt auch bei der Vorbereitung unserer Fachtagung zur Kindschaftsrechtsreform noch einmal sehr bewusst geworden, besonders bei den Themenbereichen: Was wissen Kinder und Jugendliche überhaupt über das Jugendamt, darüber, was es für Angebote gibt, wo man sich Hilfe holen kann? Was sind Rechte und Pflichten von Kindern? Wer informiert Kinder und Jugendliche, so dass sie sich wirklich angemessen beteiligen können? Das ist wirklich eine wichtige Voraussetzung und ich fand es in diesem Kontext sehr spannend, dass das ein Bestandteil Ihres Vortrages war.

Mich würde außerdem interessieren, wie sich in den einzelnen Kommunen die Trägerschaft der offenen Kinder- und Jugendhäuser darstellt. Ich gehe davon aus, dass nicht alle Jugendhäuser in kommunaler Trägerschaft betrieben werden.

Bruno Niehoff, Jugendförderung des Stadtjugendamtes Braunschweig: Ich kann das für Braunschweig beantworten. Ich möchte auf den Aspekt der Trägerschaft der Jugendzentren hinweisen. Wir haben in Braunschweig fünfzehn Häuser der Stadt und

sechzehn der freien Träger, das ist also gemischt. Es kommt darauf an, wie sich das entwickelt.

Gabriele C. Klug: Rüsselsheim hat 60.000 Einwohner, das nur zum Verständnis der Größenordnung. Wir haben zwei Jugendräume an Schulen und ein Haus in kommunaler Trägerschaft, für das ich vor eineinhalb Jahren versucht habe, einen privaten Träger, egal ob Kirche, AWO oder andere, zu finden. Wir haben diese gezielt angeschrieben. Wir hätten diese nur mit einer Draufgabe als Träger gewinnen können, so dass es für die Stadt sogar billiger war, sich den unmittelbaren Lenkungseinfluss über unsere Leute zu erhalten. Deswegen ist das bei uns gescheitert. Es handelt sich allerdings um ein sehr großes Haus.

Claus Wergin, *Referatsleiter, Ministerium für Arbeit und Bau des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin:* Ich denke, hier muss man doch mal eine kleine „Ost-Sicht“ machen. 85 % unser Jugendmitarbeiter, über die Sie aus Hessen bzw. Nordrhein-Westfalen berichten, sind ABM-Beschäftigte bzw. Mitarbeiter, die über Lohnkostenzuschüsse aus Strukturanpassungsmaßnahmen des SGB III beschäftigt sind. Sie wissen, ABM und Strukturanpassungsmaßnahmen aus dem SGB III können in der Regel nur an freie Träger vergeben werden und nicht so ohne Weiteres an Kommunen. Von daher ist es nicht verwunderlich, dass im Osten natürlich sehr viele freie Träger Häuser betreiben. Sie können nicht kommunal finanziert werden, sondern leider aus Mitteln der Arbeitsverwaltung, mit all den Nachteilen, die das natürlich mit sich bringt: nämlich der ständigen Fluktuation der Mitarbeiterschaft, des permanenten Beziehungsabbruches und häufig auch der mangelnden Professionalität. Das muss man bedenken. Auch das ist ein Stück deutsche Realität, dass wir hier in den neuen Bundesländern leider zum Teil noch ganz andere Voraussetzungen haben und dass sich die Professionalität jetzt erst langsam entwickelt. Kommunen erkennen erst mal, dass das eine Aufgabe ist, für die sie einfach Budgets zur Verfügung stellen müssen.

Ursula Redecker, *Bereichsleiterin Jugendarbeit, Lübeck:* Was Sie vorgetragen haben, Frau Rech, ist auch der Weg in Lübeck. Wir kennen so ähnliche Projekte und auch die Bewegungen in der Jugendzentrumsarbeit. Wir haben einen ähnlichen Ansatz: Schwerpunktthemen pro Jahr, eine Mobile Jugendarbeit und so weiter. Ich beschäftige mich aber noch einmal mit dem Vortrag von Herrn Voßmann. Wir kommen ja auch irgendwann mal an Grenzen, denn Beteiligung hat ja auch einen kleinen Machtfaktor. Da geht es vielleicht auch an die Substanz von Erwachsenen, insbesondere von der Wirtschaft, auch das war ja heute schon Thema im Zusammenhang mit der Lokalen Agenda. Wir haben zum Beispiel zwei Großprojekte in Lübeck: Der Flughafen soll erweitert werden, obwohl ein Naturschutzgebiet angrenzt und neben dem Holstentor soll ein riesiges Einkaufsgebiet entstehen. Wie soll man jetzt Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, Nachhaltigkeit, Agenda durchsetzen? Das sind Themen, wo ich sage, eigentlich müsste ich das initiieren. Wenn ihr ernst genommen werden wollt, dann auch an dieser Stelle. Und da fängt es an, spannend zu werden. Vielleicht finden wir ja noch auf solche Fragestellungen Antworten auf dieser Tagung. Ich meine, Spielraumgestaltung und Spielplätze und Graffiti und all solche Sachen und Ihre Projekte - das ist nicht strittig, vielleicht noch das selbstorganisierte Jugendzentrum. Aber dann gibt es eben diese Bereiche, bei denen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen eine andere Dimension einnimmt.

Rüdiger Voßmann: Da gibt es eine kurze, gnadenlose Antwort: Wenn die Jugend- und Sozialverwaltung nicht projektbezogen über lange Zeit satisfaktionsfähig geworden ist,

hat sie in dem Feld überhaupt keine Chance. Wenn sie das geworden ist, hat sie eine ganz kleine Chance. Und die sollte sie auch gnadenlos nutzen, ohne dass man irgendwelche Erfolgsprognosen abgeben kann. Wir stecken in mehreren solcher Großprojektierungs-, Flächenplanungsdilemmas absolut drin. Das können wir, glaube ich, in dieser Runde überhaupt nicht auflösen. Da gibt es keinen Optimismus. Das sind die dicksten Bretter und wir haben die dünnsten Bohrer. Aber wir haben eine Maschine und wir haben wenigstens dünne Bohrer. Und manchmal hilft er schon, ein ganz kleines Loch gebohrt zu haben.

Hildegunde Rech: ...und wir können aus Wasser Wein machen...

Rüdiger Voßmann: Mit Satisfaktionsfähigkeit meine ich: Wenn man einmal bis ans Ende konkurrierend gedacht hat, dann merkt man ja, dass es sogar - wenn auch selten - Mitarbeiter beim Planungsamt gibt, die neben einem Flughafen wohnen oder neben einem Naturschutzgebiet. Es sind am Ende immer die persönlichen Betroffenheiten, die die Einfallstore ergeben. Und darin sind wir allerdings professionell und Weltmeister. Das können wir analysieren und damit können wir umgehen. Mit Kinder- und Jugendbeteiligung sind wir da ganz unten.

Arbeitsgruppe 1

Offene/parlamentarische/projektorientierte Partizipationsmodelle: Wo liegen Möglichkeiten und Grenzen unterschiedlicher Formen der Beteiligung?

Thesen

DR. RICHARD SCHRÖDER, *Leiter des ProKids-Büros, Herten*

- **Formen der Kinderbeteiligung: Vielfalt statt Einfalt!**

Parlamente, Beobachtungen, Foren, Versammlungen, Kinderbüros, Zeitungen, Sprechstunden, Fragebögen, Interviewstreifzüge, Videostreifzüge, Zeichnungen, Collagen, Pläne, Rollenspiele, Modellbau.

Kinder reden mit! Der Bereich der Politik:

- Kinderparlamente
- Kinderforen
- Kinderversammlungen
- Kindertelefon, Kinderbüro
- Kinderzeitungen
- Sprechstunden

Kinder sind gefragt! Der Bereich der Stadtentwicklung:

- Beobachtungen
- Fragebögen
- Interviewstreifzüge
- Videostreifzüge

Kinder planen und gestalten mit! Der Bereich der Stadtplanung:

- Zeichnungen
- Collagen
- Pläne
- Modellbau

- **Kinder sind bereits im Vorschulalter in der Lage, Entscheidungen zu treffen.**

Ihre Ausdrucksmöglichkeiten unterscheiden sich hierbei jedoch stark von denen der Erwachsenen. Es ist nicht die Frage, ob Kinder bei Fragen der Stadtgestaltung beteiligt werden können, sondern wie Beteiligungsformen für Kinder aussehen müssen, wenn Kindern eine reelle Chance zur Partizipation gegeben werden soll.

- **Themen der Kinderbeteiligung sind die eigenen Lebensbereiche der Kinder,** also Bereiche, in denen Kinder unmittelbar und persönlich betroffen sind, die sie aber auch als ihr direktes Erfahrungsfeld überblicken können (der Verkehr im Wohnbereich, Spielplätze, die Schule, der Schulweg, Freizeiteinrichtungen und -angebote, die Wohnung und das Wohnumfeld).

- **Kinder müssen als Experten in eigener Sache und als kompetente Planungspartner akzeptiert werden.**
- **Rechtliche Voraussetzungen für eine Beteiligung von Kindern müssen geschaffen werden.** Die Beteiligung von Kindern kann in Gemeindeordnungen, in Satzungen und durch Ratsbeschlüsse festgeschrieben werden. So wurde z.B. in Schleswig-Holstein die Gemeindeordnung hinsichtlich einer konkreten Beteiligung von Kindern bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, bereits 1995 entsprechend geändert.
- **Es müssen Strukturen geschaffen werden, die eine ernsthafte Beteiligung von Kindern sicherstellen können (z.B. über Kinderbüros oder Kinderbeauftragte).**
- **Beteiligungsformen für Kinder dürfen nicht primär auf verbalen Methoden basieren.** Sie müssen vielmehr den Fähigkeiten der Kinder angepasst werden.
- **Es sollten Beteiligungsformen zum Einsatz kommen, in denen sich persönliche Betroffenheit widerspiegelt** und die es den Kindern leicht machen, ihre Probleme zu benennen und zu veranschaulichen, und die erwachsenen Planern und Politikern helfen, die Welt aus dem speziellen Blickwinkel der Kinder und Jugendlichen zu betrachten.
- **Kindgerechte Moderation spielt bei allen Beteiligungsformen eine besondere Rolle,** um sprachliche Barrieren zwischen Kindern und Erwachsenen zu überbrücken und eine Verbindlichkeit der getroffenen Entscheidungen zu gewährleisten.
- **Alters- und sozialgruppenspezifische Aspekte der beteiligten Kinder müssen bei der Auswahl der Methoden mit berücksichtigt werden.**
- **Die Beteiligung von Kindern beeinflusst die Arbeitsweise und die Entscheidungen der verantwortlichen Erwachsenen** und trägt dazu bei, Planungsfehler zu vermeiden und eine Identifikation der Kinder mit ihrer Lebensumwelt zu fördern.
- **Durch ihre eigene Beteiligung entwickeln Kinder die Fähigkeit zu kritischer Reflexion und zum Perspektivenvergleich,** was grundlegend für die Selbstbestimmung politischer Meinung ist. Partizipation von Kindern ist nicht nur ein Ansatz, um mehr soziale Verantwortlichkeit und Kooperationsfähigkeit zu entwickeln, sie ist sicher auch der Weg zur Entwicklung einer psychisch gesunden Person.
- **Die Ideen der Kinder müssen zeitnah umgesetzt werden.** Dabei ist es wichtig, für Kinder erkennbare Schritte in überschaubaren Zeiträumen zu realisieren. Kinderfreundlichkeit ist der Weg der vielen kleinen Schritte.
- **Bei allem Ernst der Sache darf der Spaß an der Beteiligung nicht verloren gehen.**

Arbeitsgruppenbericht: Diskussionsergebnisse

PAUL VON KODOLITSCH, *Deutsches Institut für Urbanistik*

Teilnehmer der AG: vertreten waren die Städte Herne, Gotha, Bielefeld, Lübeck, Rheine, Münster, Mainz, Görlitz, Braunschweig, Bad Salzuflen, Tübingen, Lingen, Hildesheim, Hannover.

Nach dem Einführungsreferat sollte zunächst die **Ist-Situation** in den vertretenen Städten dargestellt und systematisiert werden, um dann die sich dabei herauschälenden **Problemzonen** vertieft erörtern zu können. Die Analyse der Ist-Situation nahm dann allerdings so viel Zeit in Anspruch, dass nur eine dieser Zonen, freilich eine zentrale, eingehender diskutiert werden konnte.

IST-SITUATION IN DEN STÄDTEN

a) Generelle Situationsbeschreibung

In den in der Arbeitsgruppe vertretenen Städten stellt sich die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am kommunalen Geschehen im Grundsatz überall ähnlich dar:

- Üblich ist in allen Städten eine mehr oder weniger intensive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an einer mehr oder weniger großen Anzahl von **Einzelprojekten**.
- In der Mehrheit der Städte wird zudem zumindest erwogen, Kindern und Jugendlichen über Einzelprojekte hinaus **auf Dauer angelegte**, potenziell **alle ihre Belange** umfassende **Beteiligungsmöglichkeiten** zu eröffnen.

In einer Reihe von Städten wurde(n) bereits eine oder mehrere solcher Möglichkeiten eingeführt. In einigen Städten bestehen solche Möglichkeiten auch schon seit vielen Jahren (der Jugendhilfeausschuss [JHA] wird, offenbar weil Kinder und Jugendliche dort nicht selbst aktiv sind, nicht zu diesen Einrichtungen gezählt).

b) Beteiligung an Einzelprojekten

An Einzelprojekten, an denen Kinder und Jugendliche beteiligt werden, wurden in der AG folgende erwähnt:

- Gestaltung von Spielplätzen,
- Gestaltung von Schulhöfen,
- Ausgestaltung der Angebote von Freizeitheimen/Jugendtreffs,
- Verlauf des Schulweges,
- Verschmutzung der öffentlichen Räume, in denen sich Kinder aufhalten,
- Bau einer Mountainbike-Übungsstrecke,
- Bau einer Skateboard-Übungsanlage,
- Einrichtung eines Proberaumes für Musikgruppen,
- Umbau einer Schule,
- Lokale Agenda 21 (gescheitert),
- Internet-Projekt,
- Kinderstadt-Projekt,

- projektbezogenes Rederecht im JHA,
- Jugendpreisgericht (bei Errichtung eines Jugendzentrums).

Die Beteiligung erfolgt in diesen Fällen entweder im Rahmen schon öfter angewandter **Routineverfahren** oder wird als eine Art **Modellvorhaben** besonders intensiv vorbereitet und sorgfältig durchgeführt. Häufiger genannt wurde vor allem die Gestaltung von Spielplätzen und Schulhöfen sowie die Ausgestaltung der Angebote von Freizeitheimen und Jugendtreffs.

c) Auf Dauer angelegte, umfassende Beteiligungsmöglichkeiten

An solchen Beteiligungsmöglichkeiten wurden genannt:

- Kinder- und Jugendparlamente,
- Kinderbüros (angesiedelt meist bei der Kommune, im Ausnahmefall aber auch bei einem freien Träger),
- Kinderanwalt/Kinderanwältin (dem JHA zugeordnet),
- Jugendrat (hat sich auf Initiative freier Träger gebildet und besteht außerhalb der Strukturen der Kommunalverwaltung, wird von dieser aber anerkannt und gefördert),
- AG Kinderfreundliche Stadt (zur verwaltungsinternen Koordinierung),
- Jugendforum (stadtteilbezogen),
- AG Kinderbeteiligung beim JHA,
- regelmäßige Fragestunde zu Beginn jeder Sitzung des JHA,
- Stadtteil AG,
- Mitwirkung bei der Verwaltung von Jugendzentren (bis hin zur Selbstverwaltung solcher Einrichtungen),
- Kinder- und Jugendradio.

Organisatorische, finanzielle und kompetenzielle Details dieser Mitwirkungsmöglichkeiten konnten nicht ausführlicher erörtert werden. Mehrfach angesprochen wurde lediglich, wie die Kinder- und Jugendparlamente gebildet werden (meist benennen Schulen die Mitglieder, wobei einzelne Schulen hierzu Wahlen durchführen).

d) Beteiligungsinstrumente

Beteiligung kann - sowohl bei Einzelprojekten wie bei auf Dauer angelegten Beteiligungsstrukturen - auf unterschiedliche Weise verwirklicht werden. In der AG wurde hingewiesen auf

- Befragungen,
- Versammlungen und Veranstaltungen der unterschiedlichsten Art (Stadtteilkonferenzen, Stadtbezirksversammlungen, Zukunftswerkstätten usw.),
- Benennung von Partizipanten durch Vereine, freie Träger, Verbände für die verschiedenen Beteiligungsformen und -anlässe,
- Wahlen,
- Ansprechen von Kindern und Jugendlichen dort, wo sie sich aufhalten (Beispiele: Sozialdezernat vor Ort, Couch [Sozialdezernent setzt sich auf eine Couch an zentralem Ort und steht für Gespräche zur Verfügung]).

PROBLEMZONEN

Aus den Darstellungen der in der AG vertretenen Städte ließen sich insbesondere zwei Problemzonen identifizieren:

a) Eignung und Kombinierung der verschiedenen Partizipationsformen

Konsensfähig schienen in diesem Zusammenhang drei vom Referenten eingebrachte grundsätzliche Antworten zu sein:

- Es gibt keine „allein seligmachende“ Partizipationsform, die sich für jeden Anlass und für jede Zielgruppe gleichermaßen gut eignet. **Für jeden Zweck und für jede Zielgruppe** muss vielmehr eine **eigene Partizipationsform** entwickelt werden.
- Was geeignet ist, hängt von den jeweiligen **örtlichen Verhältnissen** ab und diese können durchaus unterschiedlich sein - von Stadtteil zu Stadtteil und erst recht von Stadt zu Stadt.
- Für die verschiedenen **Zielgruppen** - Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die sich mit den Belangen dieser beiden Gruppen auseinandersetzen (Eltern, Lehrer usw.) - müssen jeweils **eigene Partizipationsformen** gefunden werden.

Einigkeit bestand darin, dass es sinnvoll sei, die **Partizipation bei Einzelvorhaben** durch **feste Partizipationsstrukturen** zu **ergänzen**. Solche Strukturen sind auf Dauer angelegt und umfassen im Grundsatz sämtliche Belange von Kindern und Jugendlichen. Notwendig erscheint dies vor allem unter zwei Gesichtspunkten: Es muss eine „Lobby“ geben, die zur Mitwirkung bei Einzelvorhaben anregt und zum anderen dafür sorgt, dass die Wünsche und Bedürfnisse, die bei solchen Einzelverfahren zu Tage gefördert werden, möglichst auch berücksichtigt werden.

b) Umsetzung der Ergebnisse von Beteiligungsverfahren

Einigkeit bestand darüber, dass die Umsetzung der im Wege von Beteiligung ermittelten Wünsche und Bedürfnisse der Partizipanten von zentraler Bedeutung für jeden Partizipationsprozess ist - nicht zuletzt deswegen, weil davon die Mitwirkungsbereitschaft derjenigen abhängt, um deren Beteiligung es geht. In der AG wurden in diesem Zusammenhang vor allem auf folgende Erfordernisse hingewiesen:

- Verwaltung und Politik können zwar sicherlich nicht von vornherein garantieren, dass jeder Wunsch erfüllt wird. Sie dürfen aber nicht überall nach „Hacken“ suchen, sondern müssen bemüht sein, möglichst viel zu **ermöglichen** - und dies so **zeitnah** wie machbar.
- Eine solche Haltung schließt ein, dass **innerhalb der Verwaltung koordiniert** gehandelt und die **Politik** konsequent **einbezogen** wird, um die hier regelmäßig auftretenden Umsetzungsfriktionen konsequent auszuschließen.
- Damit Ergebnisse umgesetzt werden können, müssen entsprechende **Finanzmittel** bereitgestellt werden. Erforderlich ist es, Mitwirkungsprozesse zu finanzieren, Verfügungsmittel für kleinere, eigenständige Vorhaben von Jugendparlamenten und anderen Beteiligungseinrichtungen bereitzustellen und für von diesen geforderte größere Vorhaben Finanzspielräume offen zu halten.

Als weitere Problemzone wurde die **Einschaltung Dritter** - freie Träger, Vereine usw. - identifiziert, aber nicht näher erörtert.

Arbeitsgruppe 2

Welche (Aus-) Wirkungen haben unterschiedliche Institutionen und Organisationsstrukturen auf Mitwirkung und Partizipation ?

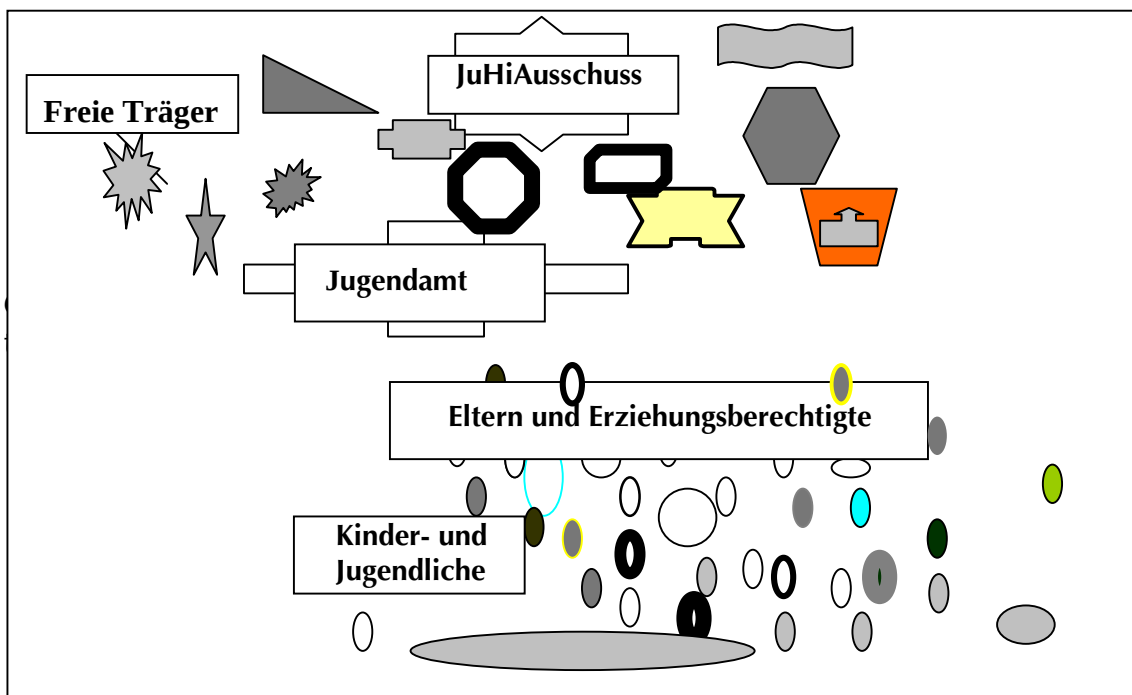
Einführung

HEINZ KLAUDER, Geschäftsführer des Forums für Sozialarbeit e.V. und Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses Schleswig-Holstein, Kappeln

1. Vorbemerkung

Diese Grundsatzüberlegungen beziehen sich auf zwei verschiedene Handlungsebenen, einerseits auf die Ebene der **politischen Mitwirkung** (Beteiligung von Gruppen an Entscheidungsprozessen), andererseits auf die Ebene der **Beteiligung von Jugendhilfe'kunden' an Hilfeplanverfahren**.

2. Statt einer Eingangsthese



3. Problembeschreibung und Lösungsansätze

Gibt es schon grundlegende Hemmnisse in der Mitwirkung aufgrund von strukturellen Unterschieden der Beteiligten?

Kinder- und Jugendliche selbst

anarchisch, augenblicksbezogen, bedürfnisorientiert, vielfältig, spontan, kurzfristig

Erziehungsberechtigte

problemorientiert, inhomogen, sehr differenziert, in Zwischenstellung, formal mächtig, faktisch oft ohnmächtig

Jugendamt und Jugendhilfeausschuss (JHA)

öffentlicher Handlungsauftrag, entscheidungsorientiert, meistens hierarchisch, finanzabhängig, regelnd, im Konfliktfall autoritär

Freie Träger

unklare Rolle, vermittelnd, um eigenes Profil bemüht, vom Jugendamt abhängig, kreativ, weltanschaulich geprägt, heterogen

Wie wichtig sind die strukturellen Unterschiede im Mitwirkungsgeschehen ?

Entscheidungsabläufe müssten den Beteiligten bewusst gemacht werden, aber es existiert oft eine diffuse Gemengelage zwischen Mitwirkungsansprüchen versus Mitwirkungsverweigerungen, Befördern versus Behindern von Partizipation, Aufklärung versus Vernebelung etc. Diese Situation ist den Beteiligten oft nicht bewusst, die strukturellen Unterschiede erschweren aber die Klarheit über das, was durch Mitwirkung erreichbar ist.

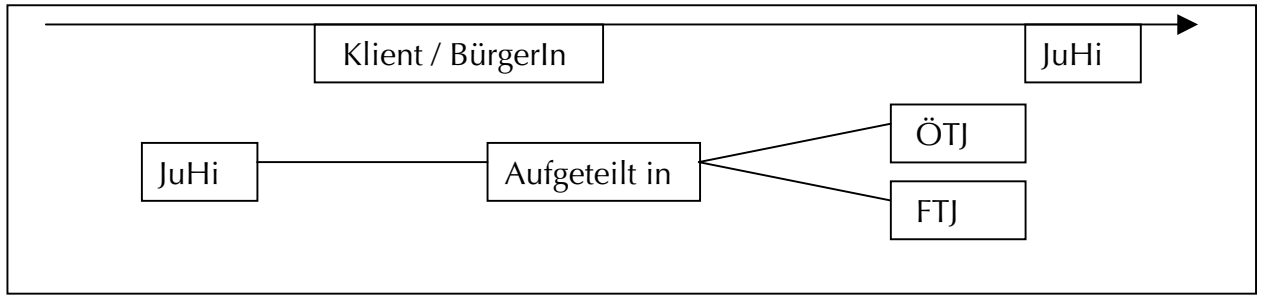
Beispiel A: Enge Zusammenarbeit zwischen freiem Träger und Jugendamt unter einem Dach wäre für die Klienten optimal, würde aber die Entscheidungsabläufe in der Hierarchie des Jugendamtes erschweren, niederschwelligere Angebote sind schwerer zu kontrollieren.

Beispiel B: Jugendliche denken, dass die Ergebnisse einer Zukunftswerkstatt sofort umsetzbar sind, sie wurden nicht über ihre Rolle in einem demokratischen Entscheidungsprozess informiert, als Folge droht statt Engagement Resignation.

Lösungsansatz: Entschlüsseln der Strukturprobleme

Wenn die Grundstrukturen von Handlungsbeteiligten bekannt sind, gibt es sachlogische Lösungen. Dazu gehört es auch, Überlegungen zum Unterschied der **öffentlichen (ÖTJ)** und **freien Träger der Jugendhilfe (FTJ)** bei Partizipationsbemühungen anzustellen, denn eine wichtige Voraussetzung für eine ‚funktionierende Jugendhilfe‘ ist die Zusammenarbeit zwischen ÖTJ und FTJ, die Grundsätze hierzu sind in § 4 KJHG beschrieben und werden in der Fachliteratur ausführlich bewertet.

Im Hinblick auf **Partizipation** ist dieses Verhältnis aber bisher kaum analysiert worden. Erschwert wird Partizipation sowohl im Einzelfall (§ 36, Hilfeplanprozess) als auch bei der Mitwirkung von Gruppen durch strukturelle und kommunikationspsychologische Aspekte, die neben der Verhältnisklärung öffentlicher Jugendhilfe und freier Träger der Jugendhilfe einerseits, andererseits auch noch das Verhältnis zu den Partizipationspartnern berücksichtigen müssen.



4. Untersuchung der Mitwirkungsprobleme im Hilfeplanverfahren

Die grundsätzliche Verfahrensnorm der Jugendhilfegewährung muss im Einzelfall immer konkret ausgestaltet werden und hat Prozesscharakter. So kommt es in der Verfahrensabwicklung zu sehr unterschiedlichen Handhabungen.

An diese Handhabungen sind **Fragen** zu stellen:

- 4.1** Reicht es aus, eine nur knappe Kommunikation über eine mögliche Hilfe zwischen **ÖTJ** und **FTJ** vorzunehmen oder sollte nicht vielmehr ein ausführliches Fachgespräch über die Zielsetzung und Strategie über eine mögliche Hilfe und auch schon zu ahnende Schwierigkeiten stattfinden?

Inwieweit wird dann aber die Gefahr erhöht, dass Klienten sich ohnmächtig fühlen? Stehen inhaltlich sinnvolle Zielabsprachen im Widerspruch zu Mitwirkungsrechten der Klienten, die doch eigentlich ‚Chef des Verfahrens‘ sein müssten‘. Oder setzt sich der ÖTJ nach dem Motto durch, wer bezahlt, bestimmt auch !??

Verfahrensvorschlag

Klient will Hilfe

- ⇒ Jugendamt klärt Bedarf nach einem Gespräch mit dem Klienten
- ⇒ Jugendamt führt intern Teamabsprachen durch
- ⇒ FTJ wird zusätzlich eingeschaltet und mit ihm ein Dialog um Ziel und Verfahren durchgeführt. Dort werden verschiedene Möglichkeiten der Gewährung der Hilfen nach §27 ff. besprochen
- ⇒ Hilfeplangespräch nach §36 unter Mitwirkung des Antragstellers
- ⇒ evtl. Revidierung der Auffassung aus dem Vorgespräch durch Intervention des Klienten.

Damit wäre gewährleistet, dass die Forderungen des KJHG nach § 36 erfüllt werden und trotzdem zusätzlich schon eine Verfahrensabstimmung vorgenommen werden kann zwischen ÖTJ und FTJ.

- 4.2** Wie kann Mitwirkung gewahrt werden, wenn Mitarbeiter des FTJ in der Umsetzung der Hilfe zur Erziehung zu Erkenntnissen kommt, die eine Umsetzung der verabredeten Zielsetzung erschweren, wenn eine weitgehende Erziehungsunfähigkeit⁵ der Personensorgeberechtigten festgestellt wird?

⁵ Verliert der Erziehungsunfähige seine Partizipationsrechte?

Da diese aber die Antragsteller der Hilfe sind, muss das Vertrauen seitens des Klienten/der Familie gewahrt werden. Es sind datenrechtliche und weitere Bestimmungen zu beachten. Andererseits könnte auch der öffentliche Träger zu Ergebnissen kommen, die die Grundannahmen im Hilfeplan als problematisch erscheinen lassen und den ÖTJ in Handlungsdruck bringen, der wiederum die Hilfegewährung beeinflusst.

Hier tauchen eine ganze Reihe von Zielkonflikten auf, die sich nur im Einzelfall genau klären lassen, hier sind juristisch sowohl Verschwiegenheitsverpflichtungen als auch Anzeigepflichten bei Kindeswohlgefährdungen etc. gegeneinander abzuwägen.

Die Möglichkeit, dass ÖTJ und FTJ zu unterschiedlichen Auffassungen kommen, liegt im System, ebenso, dass der Auftraggeber (Klient) seine Mitwirkung einstellt, weil er mit dem Ergebnis der Jugendhilfemaßnahme nicht einverstanden ist, hinzu kommt das besondere Problem, wenn Eltern für ihre Kinder Hilfe beantragen, die aber ganz eigene Vorstellungen entwickeln. Hier sind deswegen besonders sensible Kommunikationsregelungen zu beachten, keine Seite darf der anderen die eigene Handlungsentscheidung ‚aufzwingen‘. Hier wird deutlich, dass das *Wie von Partizipation und Beteiligung* immer im Detail geklärt werden muss.

4.3 Klient spielt öffentliche Träger und freie Träger gegeneinander aus, ggf. auch verschiedene Hilfsanbieter gegeneinander u.ä.

Hier versuchen die Hilfeempfänger, aufgrund von *unehrlichen* Lebensstrategien möglichst optimalen Nutzen aus Zielkonflikten zu gewinnen, er will nicht Partizipation sondern Bestimmung. Sie spüren auch die Macht, das Helfersystem in Verlegenheit zu bringen.

5. Probleme der Partizipation von Gruppen und Teilgruppen

Im Wesentlichen gelten die Aussagen wie unter Punkt 4., hinzu kommen noch folgende Probleme:

5.1 Freie Träger und öffentliche Träger (diese ggf. auch noch untereinander) entwickeln unterschiedliche Einschätzungen über den Partizipationsprozess und agieren gegenüber den Bürgern uneinheitlich und verwirrend.

Für Bürger ist die Vielfalt von Jugendhilfe kaum durchschaubar, sie möchten einfache Lösungen für z.B. die Frage, wie in einem Stadtteil die Jugendarbeit verstärkt werden könnte.

5.2 Der gesetzliche Auftrag an den Jugendhilfeausschuss, der durchaus Mittlerfunktion wahrnehmen könnte, ist in der Realität schwer umzusetzen:

Grundsatzklärungsprobleme und Zielfindungskonflikte zwischen ÖTJ und FTJ ließen sich durch Vorgaben des Jugendhilfeausschusses verringern. Der JHA müsste eigentlich das zentrale Mittlergremium werden können. Dann müsste er aber ein **eigenes Profil** entwickeln und dürfte nicht verlängerter Arm der Jugendamts-Verwaltung sein. Nur im KJHA sind durch die Wählbarkeit, durch Beteiligung der FTJ und durch die Vorlagengestaltung des Jugendamtes alle Mitwirkungsgruppen beteiligt, Der JHA könnte z.B. auch einen Unterausschuss ‚Mitwirkung‘ bilden, der dann Partizipationsprozesse steu-

ert, entscheidend wichtig ist aber, dass dieser nicht nur partiell bzw. scheindemokratisch arbeitet.

5.3 Politische Entscheidungen außerhalb der Zuständigkeit der Jugendhilfefachleute schwächen die Partizipation

Die Bedeutung von demokratischer Teilhabe ist Jugendpolitikern quer zu allen sonstigen politischen Differenzen bewusst, Erfolge scheitern aber oft an der Schwäche der Jugendpolitik gegenüber Finanzwirklichkeit und übergeordneten, politischen Vorhaben. Das wird sich erst dann ändern, wenn die Erfüllung von Normen des KJHG's in einem Gemeinwesen genau so hoch angesehen ist wie eine gute Verkehrsanbindung oder eine niedrige Arbeitslosenrate. Nur wenn Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe akzeptiert wird, kommt Partizipation aus der Spielwiesenfunktion heraus.

Arbeitsgruppenbericht

HASSO BRÜHL, *Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin*

In der Arbeitsgruppe wurde die Fragestellung unter den Gesichtspunkte ‚Hilfeplan‘, ‚Trägerinteressen‘ und ‚Schule‘ diskutiert. Die Diskussionsergebnisse zu ‚Hilfeplan‘ und ‚Trägerinteressen‘ sind in das überarbeitete Einführungsstatement von Herrn Klaunder eingeflossen. Zum Bereich ‚Schule‘ wurden folgende Überlegungen angestellt:

Zunächst wurde festgestellt, dass der Schule als zentraler Bezugs- und Anknüpfungspunkt für Kinder und Jugendliche nahezu in jeder (Problem-)Situation eine bedeutende Rolle zukomme. Es stelle sich daher die Frage, was Schule leisten kann und leisten soll.

Eine Antwort darauf lautete, dass die Schule z.B. als Gemeindezentrum ausgebaut werden könne. Auf dem Weg dahin müsse sich allerdings noch einiges ändern. Problematisch sei vor allem, dass es keine koordinierte und abgestimmte Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendamt sowie Trägern gibt. Zwar ließen sich immer wieder auch positive Beispiele der Zusammenarbeit finden, diese seien jedoch personenabhängig, beruhten also nicht auf strukturellen und organisatorischen Formen der Zusammenarbeit. Schulplan und Jugendhilfeplan seien mithin nicht aufeinander abgestimmt. Dieser Mangel an koordinierter Zusammenarbeit würde auch den notwendigen Abbau von festgefahrenen (Feind-)Bildern behindern, die die jeweilige Institution oder Interessenvertretung über die jeweils andere habe. („Man kennt sich nicht, hat aber ein Bild vom anderen.“)

Es wurde konstatiert, dass im Rat der Schulausschuss und der Jugendwohlfahrtsausschuss „unterschiedliche Sprachen“ sprechen, mithin erheblich Verständigungsschwierigkeiten bestehen würden (Forderung „Mehr Sozialarbeiter in den Rat“). Auf diese Weise würden sich eigentlich ergänzende Professionen als Konkurrenten begegnen, worüber eine gewisse Ratlosigkeit herrschte.

Eine Möglichkeit der Verbesserung der Kooperation wurde in der Offenlegung und Klarlegung der finanziellen Ausstattung und der Zuständigkeiten gesehen. Weiterhin wurde die Öffnung der Schule für andere Themen- und Fachbereiche wie z.B. Wirtschaft und Kultur für wünschenswert gehalten. Dem wurde allerdings entgegen gehalten, dass an die Schule häufig gesellschaftliche Problemlagen als Aufgabenfelder herangetragen würden, was schlicht als Überfrachtung des Schulauftrages zu bewerten sei.

Zu einer weiteren Diskussion von Lösungsansätzen ist es nicht gekommen, so dass Wege über strukturelle und neue Organisationsformen offen bleiben mussten.

Arbeitsgruppe 3

Mitwirkungsmöglichkeiten im Rahmen lokaler Planungen: Nur schöne Worte?

Impulsreferat

PETER BÖHME, *Jugendhilfeplaner, Jugendamt der Stadt Potsdam*

Einführende Bemerkungen:

Das Jugendamt der Stadt Potsdam hat 1999 mit dem Sozialamt und dem Wohnungsamt fusioniert, damit wurden bessere Gestaltungs-/Handlungsspielräume - nicht nur für die Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen - eröffnet. Im Folgenden werde ich in vier Punkten näher darauf eingehen:

1. Legitimationsgrundlagen für Mitwirkung und Beteiligung im Land Brandenburg
2. Gremienarbeit
3. Praktische Beispiele
4. Schlussfolgerungen

1. Legitimationsgrundlagen für Mitwirkung und Beteiligung im Land Brandenburg

Es gibt drei qualitätsorientierte Stufen von Partizipation: Mitsprache, Mitwirkung und Mitbestimmung. In Brandenburg gibt es darüber hinaus gesetzlich legitimierte Einwohnerfragestunden, auch für Kinder und Jugendliche. Ein Einwohnerantrag kann von Jugendlichen ab 16 Jahre gestellt werden, die zuständige Gemeinde ist dann verpflichtet, sich mit diesem Antrag zu befassen.

2. Gremienarbeit

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Potsdam hat verschiedene Planungsgruppen geschaffen, u.a. einen Unterausschuss Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. In diesem Ausschuss arbeiten drei Stadtverordnete sowie zwei Vertreter freier Träger der Jugendhilfe sowie der zuständige Jugendhilfeplaner mit. Auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung in der Stadt Potsdam sollte eine feste Stelle in diesem Unterausschuss geschaffen werden. Dies ist bisher allerdings noch nicht gelungen. Zwischenzeitlich hat es sich als wichtig erwiesen, diese Verantwortlichen in öffentliche Veranstaltungen, wie z.B. Tagungen mitzunehmen, damit diese von den Erfahrungen anderer Städte und Landkreise profitieren können, ermutigt werden und Kontakte mit Gleichgesinnten schließen können. Die Beteiligung kann jedoch noch nicht die gewünschten Erfolge verzeichnen. **Siehe Schaubild** (S. 75): „Das Jugendforum in der Stadt Potsdam“.

3. Praktische Umsetzung an Beispielen in der Stadt Potsdam

Vorab einige statistische Daten zur Stadt Potsdam: Die Stadt hat ca. 127.000 Einwohner, davon sind ca. 21.000 Einwohner zwischen 0 und 18 Jahren alt. Dies entspricht 16,6 % gemessen an der Gesamtbevölkerung. Der jährliche Abwanderverlust beträgt ca. 2.000 Einwohner.

In Potsdam wurden 6 Regionalarbeitskreise, in denen Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 9 und 21 Jahren mitarbeiten, eingerichtet. Diese Regionalarbeitsstellen korrespondieren mit den 6 für Potsdam definierten Sozialräumen, haben keinen eigenen Etat, tagen ca. alle 6 Wochen, haben ein eigenes Leitbild entwickelt und haben in Pilotprojekten Kinder und Jugendliche als Vertreter in den Jugendhilfeausschuss entsendet und begleitet. Der Regionalarbeitskreis „Innenstadt“ hat ein Diskussionspapier für den Jugendhilfeausschuss und die Stadtverordnetenversammlung erarbeitet, um weiterhin Handlungsdruck auf die Politik, hinsichtlich der Anwendung von Beteiligungsprozessen, auszuüben (siehe Schaubild).

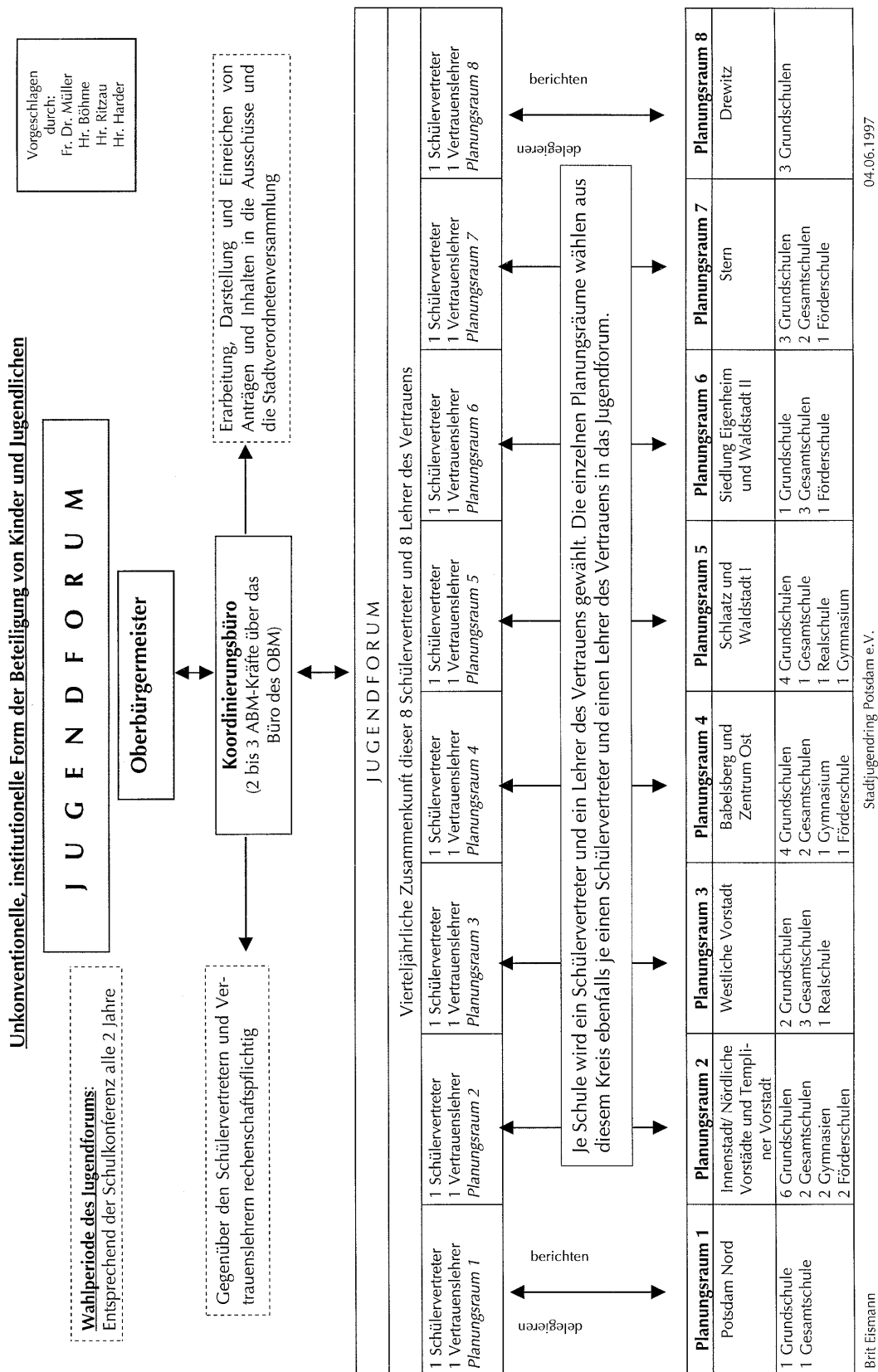
Jeder Sozialraum hat einen Koordinator, dieser kann seiner Profession nach z.B. Erzieher, Jugendclubleiter, Streetworker sein. Das Gelingen der Arbeit dieser Koordinatoren in ihren Sozialräumen ist sehr personenabhängig. Jeder muss seine eigenen Arbeitsformen und Methoden entwickeln, die Menschen in seinem Sozialraum kennen zu lernen, in die Arbeit einzubeziehen und zu aktivieren, um eine familienfreundliche Gemeinde gemeinsam entwickeln zu können. Eine **Überprüfung der Zieldefinition** ist deshalb in bestimmten Zeiträumen sehr wichtig, ebenso wie **Erfahrungsaustausch mit anderen Koordinatoren**.

Ebenso wichtig ist **eine gute interne Verwaltungsvernetzung**, das Jugendamt Potsdam versucht dies u.a. mit folgenden Mitteln zu erreichen:

- Verteilung von Handzetteln (z.B. derart „Patent für kommunale Spielflächen gesucht“), um die Identität mit dem eigenen Wohnumfeld zu erhöhen,
- Herausgabe von Stadtteilzeitungen,
- Durchführung von Stadtteilspielen mit Schülern der 5./6. Klassen, die ihren Stadtteil fotografieren und Noten in Bezug auf die Prüfung von Familienfreundlichkeit vergeben, die anschließend auf Brachflächen aufmalen, was ihrer Meinung nach dort entstehen könnte, und die ihre Ergebnisse dem Jugendhilfeausschuss vorstellen (Projekt Stadtteilspiele),
- Befragungen von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien zu Beteiligungsformen von Wohnumfeldgestaltung,
- Wandgestaltung,
- Durchführung eines Potsdamer Kinder- und Jugendhilfetages, u.a. mit Aktionen wie „Hilfe, das Jugendamt kommt“ in einem Verkaufszentrum der Stadt,
- Organisation von Stadtteilfesten.

4. Schlussfolgerungen

Die Beteiligung von (insbesondere auch ausländischen) Kindern und Jugendlichen muss als Unternehmensphilosophie in der Stadt verankert werden. Die zuständigen Fachbereiche müssen sich eigene Leitbilder geben und eine Zieldefinition formulieren. Die betreffenden Mitarbeiter müssen jedoch unbedingt an der Verwaltungsstrukturreform beteiligt werden, wenn diese Leitbilder erfolgreich umgesetzt werden sollen. Eine transparente Öffentlichkeitsarbeit ist nicht nur im Hinblick auf die Entwicklung einer familienfreundlichen Gemeinde, sondern auch für die Gewinnung von z.B. Planungsämtern wichtig, um diese als kompetente und dauerhafte Partner zu gewinnen und für Probleme und die Umgestaltung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf zu sensibilisieren. Hier sollte auch die Führung des Gesamtprozesses Beteiligung verankert werden.



Arbeitsgruppenbericht:

KERSTIN LANDUA, Verein für Kommunalwissenschaften e.V., Berlin

Die Erwartungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an die Diskussion in unserer Arbeitsgruppe waren vielgestaltig und im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden zwei Stunden nur schwer einzulösen und schlossen folgende Aspekte ein:

- Diskussion über strukturbedingte Probleme, sektorale Aufgabenverteilung und erwartete Lösungen, wie Widerstände in Verwaltungen verringert werden,
- Strategien der Einflussnahme für Kinder und Jugendliche in der „Sozialen Stadt“,
- Etablierung von Beteiligungsstrukturen,
- Vorstellung von in der Praxis bereits realisierten Beispielen (Bauleitplanung, Stadtteilumgestaltung),
- Ergebnissicherung und Erfahrungsaustausch.

Das Einleitungsreferat hielt Peter Böhme, Jugendhilfeplaner im Jugendamt Potsdam, der vorstellte, welche rechtlichen Grundlagen im Land Brandenburg für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vorhanden sind, wie in Potsdam Sozialräume gebildet und welche Indikatoren zugrunde gelegt wurden und auf welche Art und Weise die dezentralen Teams in ihrem Sozialraum, aber auch mit anderen Einrichtungen wie dem Stadtplanungsamt zusammenarbeiten und welche Probleme es dabei zu überwinden galt.

Im Rahmen der sich anschließenden Diskussion wurden besonders häufig auftretende Probleme identifiziert und versucht, ihnen in der Praxis bereits wirksame Lösungsstrategien gegenüberzustellen, die unter Beachtung regionaler Besonderheiten auch übertragbar sind.

Relativ schnell waren **zwei Hauptprobleme** zu erkennen: zum einen wurde intensiv darüber diskutiert, wie schwierig **Kinder und Jugendliche zu motivieren** sind, wenn ihre eigenen Ideen und Vorstellungen nicht ernst genommen, sondern Projekte von „außen“ oder von Erwachsenen angeregt werden. Andererseits wurde thematisiert, wie schwierig es ist, **potenzielle Partner** wie z.B. das Grünflächenamt zu **gewinnen** und in geplante Aktivitäten mit einzubeziehen und sie für die Kinder und Jugendlichen zu verlässlichen Partnern zu machen.

Zur Motivation von Kinder und Jugendlichen:

In diesem Kontext wurde über einzelne gelungene, aber auch misslungene Beispiele der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen berichtet. Dabei wurde sehr deutlich, dass Erfolg oder Misserfolg auch immer stark vom Engagement und der Durchhaltekraft der erwachsenen Betreuer abhängt. Diese Betreuer sind vor allem dann, wenn die Realisierungsphase eines Projektes auf sich warten lässt oder an bürokratischen Hindernissen zu scheitern droht, sehr gefragt, um die Kinder und Jugendlichen zu ermutigen „durchzuhalten“ und ihr Ziel nicht bei den ersten Schwierigkeiten aus den Augen zu verlieren. Es wurde u.a. vorgeschlagen, es mit einem Jugendforum zu versuchen, in welchem Mitarbeiter aus der Verwaltung sowie Politiker „ihre Produkte“ vorstellen, anstatt Kinder und Jugendliche zu fragen, was sie sich denn wünschen. Dies wäre zu defensiv und stünde

der Entwicklung von Eigeninitiative entgegen. Das Jugendamt könnte Eltern und Kinder ihres Einzugsgebietes mit einem Informationsbrief über ihr Leistungsangebot informieren.

Zur Gewinnung potenzieller Partner wurden folgende Strategien vorgeschlagen:

- Kommunalpolitiker parteienübergreifend als Bündnispartner beteiligen und damit für die Belange von Kindern und Jugendlichen eine stärkere Lobby schaffen,
- für die Gewinnung und kontinuierliche Einbeziehung des Stadtplanungsamtes zweimal jährlich ein Treffen mit dem Baudezernat als „Minimallösung“ organisieren,
- es ist erfolgversprechend, viele, kleine Projekte zu initiieren, mit denen sich auch andere Fachbereiche „schmücken“ können, also zunächst kein übergreifendes großes Konzept, sondern einen „Weg der kleinen Schritte“ zu gehen,
- Ansprechpartner in anderen Fachbereichen suchen, die sich mitverantwortlich fühlen,
- Perspektivenwechsel: nicht Defizite anderer Einrichtungen betonen, sondern an deren Stärken anknüpfen,
- auf eine gute Moderation von Zusammenarbeit und Koordination ebenso wie auf verbindliche Kommunikationsregeln achten, neue Methoden, wie z.B. „Open Space“ ausprobieren.

Problematisch blieben folgende offene Fragen:

Was tun, wenn

- es keine klare Zieldefinition für die Beteiligung am Programm „Soziale Stadt“, keine Kooperationsbereitschaft, keine Bürgerbeteiligung gibt und die Zuständigkeit vom Jugendamt zum Kämmerer verlagert wurde und dies als strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber Belangen von Kindern und Jugendlichen aufgefasst wird,
- es zu wenig Finanzen für Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen gibt bzw. Modelle für eine „intelligentere“ Nutzung des vorhandenen kleinen Budgets fehlen,
- es zu wenig gesamtstädtische Strategien gibt und bei Misserfolg von Projekten die Alleinverantwortung bei dem betreffenden Mitarbeiter liegt?

Insgesamt ließ sich das Fazit dieser Arbeitsgruppe verkürzt auf die Formel bringen:

Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen sollte als Frage der Unternehmenskultur oder -philosophie einer Stadt oder eines Landkreises etabliert werden. Dabei kommt es insbesondere darauf an, Ideenbedarf, Ressourcen und Menschen zusammen zu bringen.

Standortbestimmung, Strukturen und Perspektiven von Kinderbeteiligung in Berlin

Das Berliner Büro für Kinder- und Jugendinteressen

Einführung: JULIA WITT, *Leiterin der Drehscheibe Kinderpolitik Berlin*

Kinder & Politik in Berlin

Kinder und deren Familien gehören zu den besonders Belasteten in unserer Gesellschaft. Sie werden auch im Prozess der Entwicklung hin zur Metropole in keiner angemessenen Weise berücksichtigt. Die Gewinner der derzeitigen Stadtentwicklung sind berufstätige Singles - bei allem Positiven und Erreichten geht auch Berlin äußerst rücksichtslos mit Familien und Kindern um. Entsprechende Reaktionen sind: Wegzugsabsichten werden geäußert und auch realisiert, die Wahrnehmung der Familie als besonders benachteiligter Lebensform erzeugt bei den jungen Menschen Abwehr gegen diese Form, sie nehmen die damit verbundene Risiken (noch unsichere Arbeitsplatzperspektive, Statusverlust, geringe Chancen, auf dem Wohnungsmarkt preiswerten Wohnraum zu finden) wahr und fühlen sich darin bestärkt, andere Prioritäten zu setzen. In Verbindung mit einer hedonistischen Lebenseinstellung der Singlekultur führt dies zu einer kinderlosen Gesellschaft. Der Nachteil ist, dass folglich noch weniger getan wird für eine kinderfreundliche Stadt, sind doch Kinder in ihr gar nicht mehr oder kaum noch präsent, sind sie kaum noch sichtbar als Gruppe, die selbstverständlich und selbstbewusst ihre Rechte auf Stadtraum einklagt.

In der Berliner Politik wird zögernd, aber sichtbar versucht, diesen Prozess umzukehren, die Metropole als kinderfreundliche zu entwickeln, Engagement von Familien und vor allem Initiativen der Kinder selbst zu fördern und mit geeigneten Mitteln herauszufordern.

Einen solchen Prozess sollen die Leitlinien für eine kinderfreundliche Stadt anschieben. Sie wurden 1997 bis 1999 in einer interdisziplinären Arbeitsgruppe aller Senatsverwaltungen ressortübergreifend erarbeitet und stellen somit ein Übereinkommen der Verwaltung dar. Sie benennen Ziele, sie beschreiben Arbeitsfelder, sie geben gutwilligen Akteuren Impulse - aber sie sind keine durch ein politisches Votum abgedeckte Handlungsanweisung. Sie bedeuten nicht, dass es finanzielle Zuweisungen für die Berliner Kommunen gibt. In diesem Empfehlungscharakter werden sie von den kommunalen Politikern und den Verwaltungen dann auch ignoriert, es dominieren im Alltag Einsparpolitik und der Prozess der Zusammenführung der Bezirke. Wo sie wahrgenommen werden und wo es den kritischen Dialog gibt, lauten die Hinweise: zu wenig handhabbare Ziele, zu wenig Erfolgskriterien, zu wenig Möglichkeiten für Druck auf die anderen Ressorts. Wer will, der kann nun kinderfreundlich agieren. Aber reicht dies aus? Fakt ist ja gerade, dass die Stadt nicht voller Kinderfreunde ist, dass nicht alles durch bürgerschaftliches Engagement zu lösen ist, dass eine Verkehrs-, Bildungs- Grünflächenpolitik, die die Interessen von Kindern vertritt, nicht selbstverständlich ist.

In den letzten zehn Jahren wurde durch die kinderpolitische Szene Berlins immer wieder versucht, Prozesse anzuschieben, die zu einer solchen Politik und Stadtgestaltung führen können. Immer wieder galt es, eine politische Kultur einzufordern, die die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen als gleichwertige wahrnimmt und umsetzt, die vor allem auch Kinder als Akteure und Vertreter ihrer eigenen Interessen respektiert und

ihnen gemäße Räume, Methoden und Möglichkeiten erkämpft. Vor allem jenen Mitstreitern und Lobbyisten aus dem Berliner Landesarbeitskreis Kinderpolitik war es wichtig, den Diskurs sehr praxis- und ergebnisbezogen zu führen, kiez- also lebensraumbezogen zu agieren und viele haben sich auch großen plakativen Aktionen verweigert. Dass es dennoch einige wichtige Impulse und Ansätze gibt, möchte ich nachfolgend ausführen.

Historischer Exkurs

In den Jahren von 1987 bis 1993 hatte sich in Europa und auch in Deutschland eine Vielzahl kinderpolitischer Initiativen gegründet, die rasch mit dem Titel „Kinderbüro“ oder „Kinderparlament“ versehen wurden und sich in Folge mit den verschiedensten Legitimationen auseinandersetzen mussten. Diese Debatte um die Inhalte und die damit verknüpften Begriffe, um sinnhafte Trägerstrukturen, Einzelbeauftragte oder parlamentarische Demokratie, hat auch in Berlin von 1991 bis 1993 für eine konstruktive, aber auch schmerzhaft Diskussionsprozess gesorgt. Wie bei der Entwicklung vieler Arbeitsfelder und der Vermutung, es werde in Kürze vielleicht eine Palette neuer Jobs entstehen mit entsprechenden Finanzierungskonkurrenzen, hat sich der Prozess wenig an den tatsächlichen Möglichkeiten, den Interessen oder Zielen der InitiatorInnen, der wirklichen Chancen für Kinder und Jugendliche entwickelt.

Heute hat sich ungeachtet der reduzierten Handlungsspielräume für Kinderpolitik eine Vielzahl von Projekten gebildet, die - oft auch leider nur temporär - verschiedene Möglichkeiten und Methoden ausprobieren und mit sehr unterschiedlichen Konzepten dennoch ein Ziel verfolgen: das Kind, den Jugendlichen als Akteur, als Subjekt verantwortungsvoll einzubringen, Partizipationsprojekte zu initiieren, deren Umsetzung zu begleiten und immer wieder eine Erweiterung der Handlungsspielräume einzufordern.

Ebenen und Handlungsfelder sind in den letzten Jahren sichtbar geworden, Praxis und Realitäten sind nicht mehr vom Tisch zu wischen. Kinderpolitik steht vergleichsweise nicht mehr im Rampenlicht, ist nicht mehr „in“, muss sich nicht mehr ständig legitimieren, Anspruch und Grenzen benennen. Dieser Windschatten ist günstig für die qualitative Diskussion, für klare Zielbestimmung, für innovative Projekte.

Die Anlässe für das Engagement, die Methoden und die Zielgruppen ihres Tuns sind auch heute noch bei den bestehenden Projekten sehr unterschiedlich. Gerade der Diskussionsprozess zu berlinweiten Standards für Kinderbeteiligung hat dies in angenehmer Weise verdeutlicht. Er war ebenso ein Anlass, sich dazu intensiver zu verständigen. Die Ergebnisse werden die Erfahrung der vielen engagierten KollegInnen, die sich seit 1993 im Landesarbeitskreis Kinderpolitik in Berlin einbringen mit ihrem Methodenwissen, ihrem politischen Verständnis widerspiegeln. Jeder kann sich vorstellen, dass ein solcher Prozess spannungsreich verläuft, wenn er gerade an den verschiedenen Erfahrungen anknüpft und nicht am Computer generiert wird.

Das Material soll gerade im Fusionsprozess der Bezirke von Berlin und darüber hinaus

- ein handhabbares Arbeitsmaterial sein,
- die Arbeitsfelder sichtbar machen und
- die engagierten Kolleginnen in den verschiedenen Formen kinderpolitischen Engagements bei ihrer Selbstevaluation begleiten.

Wir gehen davon aus, dass es im Herbst 2000 zur Verfügung stehen wird und dann bei Drehscheibe Kinderpolitik / Stiftung-SPI bestellt werden kann.

Netzwerk Kinderbeteiligung in Berlin

Dass sich nun nach neun Jahren ein lebendiges Berliner Netzwerk um den „Landesarbeitskreis Kinderpolitik“ entwickelt hat, welches nicht nur mit Methodenvielfalt von der Stadtteilkonferenz bis zur Kinderzeitung agiert, sondern auch vielfältige Kooperationsbeziehungen zu anderen Bereichen der Bürgerbeteiligung zu politischer Bildung, Stadtteilarbeit und den Akteuren der Lokalen Agenda aufgebaut hat, ist eine sehr erfreuliche Entwicklung. Hervorzuheben ist, dass ein Großteil der engagierten Lobbyisten selbst auch ehrenamtlich tätig ist als Streiter für Kinderpolitik in den Bezirken, in Gremien und Verbänden (Anlage).⁶

Hervorzuheben ist die Position des Landes, dass Kinderbeteiligung im Sinn der alltäglichen Mitbestimmung zu Inhalten und Thematik der Arbeit in Projekten der Kinder- und Jugendarbeit, in Kindertagesstätten und Schulen selbstverständlich vorausgesetzt wird. In den Standards vieler Bezirke und Arbeitsfelder ist dies inzwischen häufig verankert, seltener allerdings in der Realität. Hier versuchen immer wieder Jugendhilfekonferenzen auf die Mitarbeiterinnen und auch auf Lehrer zuzugehen, sie zu ermutigen und Unterstützung anzubieten.

Aufgaben der Koordinationsstellen für Kinder- und Jugendinteressen

Bei der Entwicklung einer kinderpolitischen Landschaft im Sinne von Ansprechstellen für Kinder und Jugendliche sehen wir deutlich eine Teilaufgabe in der Motivierung und Ermutigung von Kindern und Jugendlichen, sich einzumischen. Oftmals ist dies aber gar nicht nötig. Phantasie und Ideen der Kinder lassen sich schnell wecken, wenn sie das Gefühl erhalten, dass mit ihnen ehrlich gearbeitet wird und wirkliches Interesse an der Umsetzung besteht.

Viel wichtiger und oftmals schwieriger ist es, die mutigen Kids zu begleiten, ihnen bei enttäuschenden Erlebnissen zur Seite zu stehen und mit ihnen gemeinsam Alternativen oder auch phantasievolle Maßnahmen zu diskutieren, mit denen man das Ziel nochmals und vielleicht erfolgreicher angehen kann.

Eine weitaus schwierigere Aufgabe ist es, Erwachsene zu ermutigen, sich zu informieren und sich bei ihnen, in der Verwaltung und der Politik, für Strukturen und Mitbestimmungsmöglichkeiten einzusetzen. Unerwartete Widerstände sind zu überwinden. Das Abspeisen mit Begründungen, die von „Arbeitsüberlastung“ bis „Haben-wir-noch-nie-gemacht“ reichen, ist leider auf der Tagesordnung. Oftmals kippt das Ganze auch und der einmal erfolgreich tätige Kinderlobbyist sieht sich in Folge einer Vielzahl von Anfragen gegenüber, zu einem bestimmten Anlass möge er bitte eine Kindergruppe vorbei bringen, damit mögen sich bitte die Kinder beschäftigen und schließlich sind für

⁶ Einen Überblick über den momentanen Stand der Aktivitäten und Strukturen vermittelt sowohl der Katalog der Projekte, die im Netzwerk Kinderinteressenvertretung mitarbeiten oder Informationen einspeisen (Anlage: Tabelle Netzwerk Kinderinteressenvertretung in Berlin) als auch die aktuelle Umfrage des Landesjugendamtes, deren Ergebnisse als Basis für eine demnächst erscheinende Publikation gesammelt werden.

das nächste Treffen des parteilichen Kreisverbandes auch noch zwei Engagierte gewünscht.

Methodenauswahl

Unter Beteiligung verstehen wir also deutlich mehr als eine Methode (wie Kindergutachten - Anhörung - „Planning for real“ - Kinder- und Jugendforum - Runder Tisch - Zukunftswerkstätten - Open Space Conference - Zukunftskonferenz - Malaktionen) in einem bestimmten Projektzusammenhang. Es bedeutet verantwortungsvoll einen Prozess zu führen, der von der Wahrnehmung der Lebenssituation und Interessen der Kinder, über das Gespür und Auswählen für die richtige Methode bis hin zu Begleitung der Umsetzung reicht.

Zielführende Fragen sind:

- Was wollen die Kinder erreichen? Welche Vorschläge haben sie?
- Was ist die beste Methode? Wollen sie diese - trauen sie sich das zu?
- Welche Methode ist geeignet?

(Eine Anhörung oder ein Gespräch mit dem Stadtrat ist eben KEINE Zukunftskonferenz, auch wenn dies für die Medien noch so gut klingt. Ein Forum engagierter Kids, die sich um den Erhalt ihres Kinos kümmern, ist kein Parlament. Eine Stadtteilbegehung, bei der die Kinder selbst ihr Umfeld besser kennen lernen und eine Stadtteilbegehung andererseits, bei der die Kinder ihren Bürgermeister auf Probleme aufmerksam machen, sind zwei verschiedene Sachen.)

Viel Enttäuschung und unberechtigte Medienschelte kann man vermeiden, wenn man

- MIT den Kindern gemeinsam Ziel und Methode berät,
- die weiterführenden Alternativen bezogen auf ihr Thema benennt und
- ihnen sicherstellt, wie anschließend auf jeden Fall, auch bei einem negativen Ausgang dieses direkten Termins verfahren wird.

Beteiligungsprozesse verlangen Kontinuität und vertrauensvolle Begleitung der Prozesse.

Ausblick, Schlussfolgerungen, Perspektiven

Wie und durch welche Aktionen wird der begonnene Prozess weiter vorangetrieben? Durch welche Initiativen können neue Informationswege erschlossen, Handlungsimpulse geschaffen und Einzelaktionen gebündelt werden?

1. Die Leitlinien betreffend muss die **Prozessstruktur** deutlich werden. Ziel ist ein offenes Konzept, in welches sich Akteure einbinden können, in denen Visionen und Themen debattiert werden und durch Vernetzung und Austausch Ressourcen erschlossen werden können.

Qualifizierung der Leitlinien muss heißen:

- Reduktion - ggf. Teilaufgaben für Sozialräume oder Themenfelder herauslösen,
- Einbindung in Zielsysteme und in das Leitbild der Metropole Berlin,
- Schritte hin zu einer klaren Einbindung der Thematik in Verwaltungsreform und Bürgerfreundlichkeit,
- Einbeziehung der Erfahrungen und Kritik der Bezirke,
- Erstellen konsensfähiger Kriterien und Prüflisten,
- Aufbau einer Liste von Indikatoren und Wirkungskontrolle.

Im Oktober 2000 soll mit der Arbeit begonnen werden.

2. **„Kinder testen Berlin“** - Unterstützung von Formen, bei denen Kinder und Jugendliche selbst ihre Stadt und deren Angebote für Kinder und Familien wahrnehmen, Dienstleistungen prüfen und Prüfkriterien diskutieren. Die erfolgreiche Berliner Aktion wird weiter qualifiziert.
3. Einbindung der Thematik in die Arbeit der neuen Enquetekommission **„Zukunftsfähiges Berlin“** - es müssen institutionelle Angebote für Anhörung und Foren zum Thema Kinder und deren Lebenssituation geschaffen werden, die Ergebnisse sollten einfließen in die Arbeit der Kommission (Beginn der Arbeit September 2000).
4. **Stärkung der Aspekte der Familien und deren Stellung** in der Metropole - Ziele: Förderung der Sesshaftigkeit, Gesundheitsfürsorge, Armutsprävention, Gleichstellung, Ermutigung zu gesellschaftlichem Engagement und zu Selbsthilfe; kinderfreundliche Personalorganisation.
5. Erfolgreich wird Kinderpolitik dort sein, wo sie sich zum unverzichtbaren **Bündnispartner der anderen Ressorts** entwickelt, wo andere Formen bürgerschaftlichen Engagements ergänzt werden, wo Vernetzung stattfindet und wo **Rechte für Kinder und Jugendliche als Rechte von BürgerInnen** eingefordert werden.
6. Unstrittig ist, dass Kinder und Jugendliche in Verbänden, Organisationen, engagierten Gruppen von Jugendlichen in Parteien Orientierung, Halt und Unterstützung finden. Viele junge Menschen aber suchen sich andere, **nichtinstitutionalisierte Formen des Engagements**. Ihre Ansprüche sind klar und inzwischen wissenschaftlich erforscht, es macht also Sinn, nicht auf die nächste Shell-Studie zu warten, sondern darauf zu reagieren:
 - Engagement soll ihnen Spaß machen,
 - Halt und Akzeptanz in der Gruppe - Gemeinschaft bieten,
 - Sichtbar, effizient und baldigst Ergebnisse erbringen und
 - die eigene Biographie (auch den möglichen beruflichen Werdegang) mit echtem Fähigkeitsgewinn bereichern.

All das sind realisierbare Bedingungsgefüge. Wenn also Kinderprojekte Rechenschaft ablegen müssen, wie bedarfsgerecht sie arbeiten, sei auch die Frage gestattet, wie bedarfsgerecht an den Bedürfnissen junger Menschen Politik agiert.

7. Es ist erforderlich, über den Jugendbereich hinaus Eltern und Wirtschaft - aber auch die Medien stärker als bisher als Akteure, Multiplikatoren für Öffentlichkeit einzubeziehen.

Abschließend lassen sie mich noch einige Bemerkungen zum Aufgabenspektrum unseres Büros anfügen.

Drehscheibe Kinderpolitik arbeitet im Auftrag der Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport auf Landesebene in Berlin. Ziel ist die Entwicklung, Erweiterung und Qualitätssicherung der Kinder- und Jugendinteressenvertretung und Partizipation nach § 8 KJHG und § 5 Berliner AGKJHG, die Information und Koordination der in Berlin tätigen Initiativen, Institutionen, Kinder und Jugendlichen.

Drehscheibe Kinderpolitik nimmt im Auftrag und in Absprache mit der Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport Aufgaben wahr für Information, Entwicklung und Projektkoordination in den Feldern:

- Kinderrechte (Verwirklichung der UN-Kinderrechtskonvention),
- Kinder- und Familienfreundliche Stadt (Leitlinienprozess),
- Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen.

Drehscheibe Kinderpolitik arbeitet gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport an der Planung und Realisierung der Landesinitiative „Kinderfreundliches Berlin“. Bausteine werden sein:

- Kinder testen Berlin - Anregung zur Wahrnehmung und Reflektion der Lebenssituation durch Kinder, Ermutigung zu Aktionen, sich mit der Sichtweise der Kinder auf ihre Stadt Berlin auseinander zu setzen,
- Leitlinien für die kinder- und familienfreundliche Stadt verbreiten, Erfahrungen publizieren, Austausch von Projektideen anregen.

Drehscheibe Kinderpolitik berät, unterstützt und vernetzt bezirkliche Aktivitäten, kommunale und freie Träger bei ihrer Aufgabenwahrnehmung bezogen auf Partizipation von Kindern und Jugendlichen, sichert den Austausch durch die Koordinierung des Landesarbeitskreises, bündelt die Informationen und sichert den Transfer in Verwaltung und Politik.

Drehscheibe Kinderpolitik arbeitet zusammen mit Partnern in freien und kommunalen Trägern, mit Verwaltung und Politik, mit Partnern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Presse, um für das Ziel der kinder- und familienfreundlichen Metropole weitere Bündnispartner zu gewinnen. Landesweite Gremien, deren Ziel die Sicherung von Spielraum für Kinder ist, werden unterstützt. Hier sind besonders zu nennen: die Kinderzeitung „Kiek mal“, mit der wir die Aktion „Kinder testen Berlin“ durchführen, der Landesverband Abenteuerspielplätze und Kinderbauernhöfe in Berlin, engagierte Kindergruppen und Initiativen. Deutlich wird: Spielraum für Kinder verstehen wir als Einheit von politischem, stadträumlichem und virtuellem Spielraum.

Anlage

Landesarbeitskreis Kinderpolitik in BERLIN ❖
c/o Drehscheibe Kinderpolitik / Stiftung- SPI

Netzwerk Kinder- und Jugend-Beteiligung in Berlin

LAND Bezirk	Projekt/ Institution	Ansprech- Partner	Anschrift	Stellen- zeichen	Fon: Fax:	e-mail: http/www. Internetadresse
Land BERLIN	Drehscheibe Kinderpolitik – Berliner Büro für Kinder- und Jugendinteressen / Stiftung SPI	Julia Witt Gabriele Rötzel	Kremmener Straße 9 10435 BERLIN		FON: 4 42 37 18 FAX: 4 49 01 67	www. stiftung-spi.de Email: drehscheibe- kinderpolitik@stiftung-spi.de
Land BERLIN	Landesarbeitskreis Kinderpolitik	wird koordiniert von Drehscheibe Kinderpolitik	Kremmener Straße 9 10435 BERLIN		FON: 4 42 37 18 FAX: 4 49 01 67	www.kinderpolitik-berlin.de Email: Kinderpolitik - berlin@gmx.de
Land BERLIN	Arbeitskreis „Kinderrechte / Jugendagenda“ der bezirklichen Koordinatoren für eine Lokale Agenda 21 Berlin	wird koordiniert durch Horst Kremers	BA Marzahn Koordinie- rungsstelle Lokale Agenda Helene-Weigel-Platz 8 12671 BERLIN	KoLA21	FON: 54074950 FAX: 54074509	Horst-Kremers@compuserve.com Agenda 21@bamarz.verwalt-berlin.de
Land BERLIN	Senatsverwaltung; Kinderpolitik & Abenteuerspielfläche / Kinder- bauernhöfe	Herbert Schmidt	Beuthstraße 6-8 10117 BERLIN	VIB 18	FON: 90 26 53 29 FAX: 90 26 50 28	www.sensjs.berlin.de Herbert.schmidt@sensjs.verwalt- berlin.de
Land BERLIN	Sen SJS; Jugendhilfeplanung im Bereich Stadtentwicklung Kinderfreundlichkeitsprüfung/ Leitlinien	Günther Poggel	Beuthstraße 6-8 10117 BERLIN		FON: 90 26 55 65 FAX: 50 11	Email: Guenther.poggel@sensjs.verwalt- berlin.de
Land BERLIN	Sen SJS; Jugendhilfeplanung im Bereich Stadtentwicklung Kinderfreundlichkeitsprüfung/ Leitlinien	Herr Janke	Beuthstraße 6-8 10117 BERLIN	V B 43	FON: 90 26 55 64 FAX: 50 11	
Land BERLIN	Sen SJS Kinderrechte	Dr. Christine Kne- bel-Pfuhl	Beuthstraße 6-8 10117 BERLIN	V A 3	Fon: 90 26 55 96	Christine.knebel@sensjs.verwalt- berlin.de

Überbezirkliche Träger/Projekte und Initiativen

SINNFLUT Jugendnachrichtenagentur für ökologische und soziale Kreativität	Judith Henke Viola Prüschenk	Erkelenzdam 47 10999 BERLIN	FON: 61 40 18 50/51 FAX: 61 40 18 52	www.spinnenwerk.de/sinnflut
Kinderrechtsprojekt KRÄTZÄ (Netzwerk Spiel/Kultur Prenzlauer Berg e.V.)	Mike Weimann	Dunkerstraße 11 10437 BERLIN	FON: 4479 722 FAX: 4479720	Kraetzae@kraetzae. Berlinet.de www.kraetzae.de
Kinderring e.V. Kinderzentrum KIBULA	Murat Arslan	Ruppiner Straße 47 10115 BERLIN	FON: 4 40 62 14 4 40 62 73 FAX: 4 40 62 54	
Kinderzeitung Kiek mal c/o Kinder in der Stadt e.V.	Dr. Carmen Kunstmann	Gubener Straße 47 10243 BERLIN	FON: 2 79 37 68 FAX: 2 79 38 33	Kpzkieckmal@t-online.de
Deutsches Kinderhilfswerk Infostelle Kinderpolitik	Marc Köster	Rungestraße 20 10179 BERLIN	FON: 27 56 02 31 FAX: 2 79 56 34	Marc_koester@ Kinderpolitik.de www.kinderpolitik.de
Deutsches Institut für Urbanistik Verein für Kommunalwissenschaften e.V.	Hasso Brühl Kerstin Landua	Straße des 17. Juni 112 10623 BERLIN	FON: 39 00 12 59 FAX: 39 00 12 68	www.difu.de
Büro für Kinder und Jugendbeteiligung des FIPP e.V.	Mary Delhaes Angela Murray	Wolliner Straße 18/19 10435 BERLIN	FON: 4 49 59 89 FAX: 4 48 43 15	

Kinder- und Jugendbeteiligungsprojekte in den Bezirken

Charlottenburg							
Friedrichshain	Kinderbüro DAS HAUS e.V.	Torsten Rohloff	Weidenweg 62 10247 BERLIN		FON& FAX 4 26 77 49		
Friedrichshain	BA Friedrichshain Jugendförderung	Jana Hunold- Labuhn	Frankfurter Allee 35/37 10247 BERLIN		FON: 23 24-0 FAX:		
Hellersdorf	Kinder- und Jugendbüro KAKTUS	Heidi Schmidt Gabi Kneschke	Stendaler Straße 43 12627 BERLIN		FON: 9 95 34 04	Kaktus E-Mail-Adresse(n): infothek-kaktus@t-online.de	
Hohenschön- hausen	Kinder- und Jugendpar- lament	Andre Dauselt Maria Walther Juliane Lange	Große- Leege- Straße 103 13055 Berlin Raum 136		Über Herrn Kerler: FON: 98 20 67 76		
Hohenschön- hausen	Kinder- und Jugend- Umweltbüro	Rut Nordmann Ingeborg Heyde Hannelore Ritschel	Matenzeile 26 13051 Berlin Raum 347/348		Fon: 98 20 75 32 /4		
Köpenick							
Kreuzberg							
Lichtenberg	Kinder- und Jugendpar- lament	Betreut von Sabine Pechardscheck	Möllendorffstraße 6 10367 BERLIN		FON: 5509437		
Marzahn	Kinder- und Jugendbüro e.V.	Ina Herbell Heide Metzner	Glambecker Ring 82 12679 BERLIN		FON & FAX: 9 33 94 66		
Marzahn	Koordinator Lokale Agenda	Horst Kremers	BA Marzahn Koordinierungsstelle Lokale Agenda Helene-Weigel-Platz 8 12671 BERLIN	Ko- LA 21	FON: 54 07 49 50 FAX: 54 07 45 09	Horst- Kremers@compuserve.com Agenda 21 @ba- marz. verwalt-berlin.de	

Mitte	Kinder- und Jugendbüro im BA	Ute Riedel Marcus Lehmann	Reinhardtstraße 31 10117 BERLIN		FON: 28 38 44 10 FAX: 28 38 44 12	101.148151@ germany.net.de
Mitte	„Daheim und zu Besuch in Berlins Mitte“ Kinderstadterkundungs- büro FIPP e.V.	Marina Hertel	Lichtenberger Straße 32- 34 10179 BERLIN (Kita)		FON & FAX: 24 72 66 02	
Neukölln	Kinderbüro Neukölln	Monika Hoffmann-Till Renate Neumann	Mittelweg 30 12053 BERLIN	Jug 6	FON: 68 08 86 09 FAX: 68 08 86 17	Kibue-neukoelln@gmx.de
Pankow						
Prenzlauer berg	Koordinierungsstelle für Kinder- und Jugendpoli- tik im BA	Carmen Steg	Fröbelstrasse 17 10400 BERLIN		FON: 42 40 15 05 FAX: 42 40 16 62	
Prenzlauer Berg	Kinderrechtsprojekt KRÄTZÄ (Netzwerk Spiel/Kultur Prenzlauer Berg e.V.)	Mike Weimann	Dunckerstraße 11 10437 BERLIN		FON: 4 47 97 22 FAX: 4 47 97 20	Kraetzae@kraetzae. Berlinet.de www.kraetzae.de
Reinickendorf	BA Reinickendorf Jugendförderung Amt VI Politische Bildung/ Ju- gendbeteiligung	Frank Göldner Birgit Matthias Brandel	Eichborndamm 215-239 13437 BERLIN		FON: 41 92 60 74 FAX: 41 92 60 69 Büro/FON: 40 71 40 33 FAX: 40 71 40 34	
Schöneberg	KIEZOASE Initiative für ein Kinder- beteiligungsprojekt	Karen Baumgardt Dorothee Ruddat	Karl-Schrader-Str.7 10781 BERLIN		FON: 21 73 02 02	
Spandau	BA Spandau	Herr Strauch	BA Spandau 13578 BERLIN	Jug 1A4	FON: 33 03 38 38 FAX: 33 03 39 52	

Steglitz	Jug Plan Jugendförderung Amt VI	Silvia Kohl Dorothea Danner	Schloßstraße 80 12154 BERLIN	FON: 79 04 45 09	
Tempelhof					
Tiergarten	Kinder- und Jugendbüro Moabiter Ratschlag e. V.	Elke Fenster Sarah Wiedenhöft	Beusselstraße 74 10553 BERLIN	FON. 39 08 12-0 FAX: 39 08 12-29	Moabiter-ratschlag@snafu.de www.moabiter-ratschlag.de
Tiergarten	Kinderagenda	Doris Härms	Bredowstraße 27 10551 BERLIN	FON & FAX: 3 95 70 22	
Treptow					
Wedding					
Weißensee					
Wilmerdorf	BA Wilmerdorf Abt. Jugend, Sport, Ju- gendförderung	Susanne Mier	BA Wilmerdorf Fehrbelliner Platz 4 10707 BERLIN	FON: 86 41 25 46 FAX: 86 41 29 25	
Zehlendorf					

Stand Mai 2000 Alle Änderungen und sonstigen Hinweise auf Projekte, die wir nicht berücksichtigt haben, an GABI RÖTZEL 4 42 37 18

Partizipation in der Bürgergesellschaft - die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als Einübung in Verantwortungsübernahme und Wahrnehmung von Rechten

PROF. DR. RICHARD MÜNCHMEIER, *Freie Universität Berlin*

Das Thema, das Sie mir gestellt haben, ist ein typisches Regenbogenthema: Es schlägt einen weiten Bogen und schließt den ganzen Horizont ein. Sie werden sicherlich nicht von mir erwarten, dass ich diesen Bogen detailgetreu und vollständig ausfüllen kann. Selbst wenn ich es wollte und die Zeit hätte, ich hätte das Vermögen dazu natürlich nicht. Dennoch will ich mich bemühen, was im Tagungskonzept geplant war aufzunehmen, also den Bogen zu skizzieren.

Ich möchte beginnen mit ein paar theoretischen Reminiszenzen. Da Sie alle sehr gut eingearbeitet sind in die Frage, was sich hinter dem Schlagwort „Bürgergesellschaft“ verbirgt, werde ich dies nur knapp rekonstruieren. Ich möchte in einem zweiten Teil einige historische Anmerkungen machen, die man meines Erachtens im Kopf haben sollte, wenn man die Diskussion um Bürgergesellschaft und Beteiligung, wie sie heute geführt wird, wirklich verstehen will. In einem dritten, abschließenden Teil möchte ich Ihnen ein paar Notizen aus unseren Shell-Studien weitergeben, das heißt ich möchte unser Thema aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen beleuchten. Partizipation sollte nicht einfach nur als ein pädagogischer oder sozialpädagogischer Diskurs aufgenommen werden, sondern es ist auch zu fragen: Sind Jugendliche überhaupt daran interessiert?

Bürgergesellschaft

Der Begriff kommt aus dem amerikanischen „Civil Society“. Die Übersetzung „Bürgergesellschaft“ ist nicht ganz korrekt. „Zivilgesellschaft“ wäre eine bessere Übersetzung. Aber das Wort „Zivil“ ist bei uns zu sehr belastet, man assoziiert in der deutschen Tradition sofort die Abgrenzung zum Militärischen. Also bleiben wir bei „Bürgergesellschaft“.

Bürgergesellschaft ist kein stringentes Konzept, schon gar kein Rezept, sondern eine Sichtweise, eine Interpretation. Sie möchte, gegen unsere vor allem durch die Ökonomie gesteuerten, herrschenden Ansichten, was unsere Gesellschaft sei oder was sie sein soll, eine andere Sichtweise ins Spiel bringen. Bürgergesellschaft erhebt jedoch nicht den Anspruch, ein empirisches Konzept in einem wie auch immer gemeinten Sinne zu sein. Auch sie stellt eine normative Sichtweise dar: Sie interpretiert nicht, was ist, sondern sie formuliert, was sein soll - ein normatives Konzept, also nicht zu verwechseln mit einer Gesellschaftsdiagnose. Unsere Gesellschaft ist weit entfernt davon, eine Bürgergesellschaft im gemeinten Sinne zu sein. Von den vielen Autoren, die diesen Begriff ins Spiel gebracht haben, ist der Wichtigste ohne Zweifel der Soziologe Amitai Etzioni⁷. Er geht von zwei Schlüsselbegriffen aus: der eine heißt **Werte**, der andere heißt **Moral**.

⁷ Amitai Etzioni: *The Spirit of Community*, New York 1993.

Werte

Das Argument von Etzioni läuft darauf hinaus, dass eine Gesellschaft ihre Gesellschaftlichkeit, ihre soziale Qualität verliert, wenn sie nur noch zweckrational organisiert wird und ausschließlich der ökonomischen Rationalität folgt. Wirtschaft setzt abstrakte Ziele: An oberster Stelle steht der wachsende Profit, was mit Menschen relativ wenig zu tun hat. Die Gesellschaft verliert ihre Gesellschaftlichkeit, wenn sie nur noch solchen abstrakten, vor allem ökonomisch bestimmten Bewegungsgesetzen folgt, - Globalisierung, das Wegräumen von Mobilitätshindernissen usw., also all das, was tagtäglich in den Zeitungsmeldungen auf uns einstürzt - während Werte in den gesellschaftlichen Entwicklungsoptionen keine Rolle mehr spielen. Dagegen setzt Etzioni mit aller Entschiedenheit das Postulat: Eine Gesellschaft braucht Werte, und zwar Werte, die mit dem Sozialen etwas zu tun haben, mit Sinn, mit Erfüllung, mit privatem Glück. Dennoch will Etzioni keine egoistische Gesellschaft, in der jeder sein privates Glück einfach verfolgt. Er grenzt sich deutlich ab von utilitaristischen Konzepten und betont deswegen als zweiten Leitbegriff Moral.

Moral

Eine Gesellschaft kann auf Dauer nicht funktionieren, wenn sie nicht in der Lage ist, ein Minimum an Moral in ihrem Handeln zu berücksichtigen. Das gilt für die Institutionen auf der einen Seite und für die Bürger auf der anderen. Bürger haben nicht einfach nur Rechte, sondern sind aus moralischen Gründen dazu verpflichtet, sich um die Gemeinschaft zu kümmern. Sie haben ganz strikt moralisch formuliert Gemeinschaftspflichten und schielen nicht danach, wie das häufig im deutschen Diskurs, beispielsweise bei Ulrich Beck auftaucht, dass das Einhalten solcher Gemeinschaftspflichten dann belohnt wird durch irgend etwas, sondern es ist einfach Moral und der sei zu folgen.

Etzioni ist natürlich kein weltfremder Philosoph. Er ist Soziologe und er weiß ganz genau, worüber er spricht. Es ist ihm selbst sehr deutlich, dass die Einlösung eines solchen Konzepts von Bürgergesellschaft schwierig ist. Sie ist insbesondere an zwei **soziologische Bedingungen** gebunden:

- Es müssen **demokratische Gesellschaften** sein. Jede Form von Expertokratie stört die Bürgergesellschaft massiv, aber auch jede Form von unzulässiger und überflüssiger oder problematischer Institutionalisierung, Bürokratisierung und Verrechtlichung. In einer Gesellschaft, in der das Recht schon alles geregelt hat, braucht man das Engagement von Bürgern nicht. Das Engagement von Bürgern wird vielmehr zum Störfall. In einer Gesellschaft, in der die Institutionen eine Art lebensbegleitende Fürsorgelandschaft aufgebaut haben, deren Ziel darin besteht, den Bürger rundum zu versorgen, braucht man keine Bürgergesellschaft. Deswegen diese auf den ersten Blick vielleicht ein bisschen wortspielerisch klingenden Parolen, die man bei Etzioni findet. So formuliert er es nicht als Aufgabe der Institutionen, den Bürger zu versorgen, sondern zu **befähigen**.
- Die **Beteiligung** der Bürger muss gewollt sein. Und weil Etzioni Soziologe ist, fällt sein Urteil über unsere real existierende Gesellschaft relativ kritisch aus. Er spricht von der systematischen Exklusion des Beteiligungsanspruchs der Bürger. Da gibt es Bedingungen, da gibt es Sachzwangslogiken. Da gibt es das Argument: „Das ist zwar sehr lieb gemeint, aber es gibt sowieso kein Geld.“ Der Spielraum, in dem Bürgerbeteiligung erwünscht ist, so seine Diagnose, wird verschoben in die symbolischen Randbereiche des gesellschaftlichen Handelns. Zu diesen Randbereichen gehört im-

mer noch der Umweltschutz - Bürger dürfen in den Wald laufen und den Müll auf-sammeln -, dazu gehört die Kultur - Bürger dürfen schon ein Straßenfest veranstalten usw. -, aber sie sollen sich nicht in die zentralen Bereiche, in denen über das Schick-sal unserer Gesellschaft entschieden wird, einmischen. Für unsere deutsche Gesell-schaft - Etzioni ist Amerikaner - müssten wir hinzudenken, dass die zentralen Schlüsselfelder der gesellschaftlichen Entwicklung verwaltet werden auf der einen Seite durch die ökonomischen Eliten - Wirtschaft gilt bei uns immer noch als privat, obwohl sie Millionen von Menschen inzwischen nicht mehr nur in Deutschland, son-der auf der ganzen Welt betrifft, aber es heißt immer noch Privatwirtschaft, ein ganz merkwürdiges Phänomen. Der Bereich, in dem politisch gesteuert wird, ist in Deutschland durch die Partei-Eliten besetzt.

Historische Rekonstruktionen: Demokratie und Partizipation

Bürgergesellschaft: Gilt das auch für Kinder und Jugendliche?

Der pädagogische Traum, dass man eine Gesellschaft haben sollte, in der Kinder und Jugendliche mitreden können, ist relativ alt, etwa 100 Jahre. Zu erinnern wäre an den „wirklichen, geheimen Admiralitätsrat“ **Dr. Paul Felisch**. Der wirkliche geheime Ad-miralitätsrat Dr. Paul Felisch war Referent im Preußischen Innenministerium und er hat im Jahre 1907 ein Buch veröffentlicht mit dem ergreifend schlichten Titel „Jugendpoli-tik“. Es ist das erste Mal, dass so etwas im deutschen Sprachraum formuliert wird. Sein Grundgedanke sagt: „Jugendpolitik sollte gestrickt werden nach dem Muster der Ar-beitnehmerpolitik. So wie der Arbeitnehmer Rechte erwirbt gegenüber dem Arbeitge-ber, so sollten wir ein System von Jugendpolitik entwickeln, das Jugendliche nicht zum Rechtsobjekt macht (wie muss der Jugendliche behandelt werden), sondern das ihm den Status des Rechtssubjekts verleiht (wie sollen Jugendliche handeln können) - also Rechte der Jugend gegenüber der Gesellschaft.“

Sofort hat sich eine Gegenposition formiert, vor allem auf der **Königsberger Tagung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 1910: „Die Organisati-on der Jugendfürsorge“**. Dort ist dieser weitreichende Anspruch Paul Felischs zurück-gewiesen worden. Dazu seien Kinder und Jugendliche nicht befähigt. Sie seien unmün-dig in einem sehr inhaltlichen Sinn. Sie können nicht für sich selber sprechen und sind unmündig, weil sie noch nicht reif genug sind, weil ihnen die Einsicht fehlt, weil sie gar nicht wissen, was für sie gut ist. Sie brauchen also einen Vormund, der für sie spricht. Sie brauchen am besten ein Amt, das die Rechte von Kindern und Jugendlichen stell-vertretend wahrnimmt. Aus dieser Position ist das Jugendamt als Erziehungsamt her-vorgegangen.

Das **Reichsjugendwohlfahrtsgesetz 1922/24** erinnert nur noch im § 1 an Paul Felisch. Damals hieß es „Jedes deutsche Kind hat Anspruch auf Erziehung zur leiblichen, seeli-schen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit“, was heute immer noch als Reminiszenz der Präambelparagraph im § 1 ist. Übrigens im KJHG, im Absatz 3, Satz 4 gibt es eine zweite Erinnerung an Paul Felisch: „Jugendhilfe soll zur Verwirklichung des Rechts nach Absatz 1 insbesondere... dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.“⁸ Die Juristen nennen dieses Lyrik, damit ist ausgedrückt, es klingt schön, aber hat nichts zu bedeuten. Es ist aber eine Reminiszenz an einen Zu-schnitt von Jugendpolitik, wie Paul Felisch ihn sich vorgestellt hatte, eine Jugendpolitik,

⁸ Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII), 1990.

die Kindern und Jugendlichen Anspruchsrechte gibt. Eine gedeihliche Umwelt ist natürlich ein Nebelbegriff.

Nicht nur die deutsche, auch die europäische und die amerikanische Geschichte zeigen eine ganz deutliche Entwicklung, ein bestimmtes Verständnis, was unter Partizipation zu verstehen sei, das sehr schnell diese subjektiven Anspruchsrechte auf Mitwirkung und Mitgestaltung verlässt und ersetzt durch das pädagogische Konzept „Kinder sollen lernen“.

Ich bin gerade Mitglied einer Jury, die die Vorschläge zu einem Wettbewerb „Jugend übernimmt Verantwortung“ der Gesellschaft „Brandenburger Tor“ auswertet. Ich habe etwa 46 Anträge begutachtet, darunter sehr viele zum Thema „Kinderparlamente“ - diese sprießen ja heute geradezu aus dem Boden. Wenn ich dann weitergelesen habe, was Jugendliche da sollen, dann sollen die gar nicht bestimmen. Da kommen ganz andere Tätigkeitswörter. Da heißt es: „Kinder sollen lernen...“, „Kinder sollen angeleitet werden zu...“, „Kinder sollen qualifizierte Erfahrungen machen können...“ - lauter pädagogische Ansätze. Um das Konzept Partizipation herum ist gewissermaßen ein pädagogisches Netz geworfen, das letztlich davon herkommt, dass man misstrauisch ist, wohin man käme, ließe man Kinder und Jugendliche sagen, was sie wollen. Sie sollen es bitte erst lernen, bis sie mündig sind.

Bis zum Jahre 1919, also bis zur ersten demokratischen Staatsform auf deutschem Boden war Kindern und Jugendlichen - übrigens auch Frauen - die Mitgliedschaft in politischen Vereinen jedweder Art förmlich und bei Strafe verboten. Dies gründete sich aus der beschriebenen Auffassung von der Unmündigkeit der Kinder und Jugendlichen und auch der Frauen. Das war die Rechtslage bis zur Weimarer Verfassung.

Die **Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge** in Berlin - von Frieda Dönzing jahrelang verdienstvoll geleitet - war eine Gesellschaft, in der sich freie und öffentliche Träger zusammengeschlossen haben, um „Jugend vor den Versuchungen der Politik zu bewahren“. „Kampf um die Jugend“ war der Titel des Rechenschaftsberichts nach dem zehnjährigen Bestehen im Jahre 1917. Das will heißen, man muss um die Jugend kämpfen, damit sie nicht ins politische Feld abwandert.

Die **Jugendpflegerlasse** 1911 und 1913 beinhalten u.a. die vom damaligen Preußischen Minister der geistlichen Unterrichts- und Medizinischen Angelegenheiten, von Hentig, getroffene Feststellung, dass „die heutigen Gesellschaftsformationen als Ergebnis der dramatischen wirtschaftlichen Entwicklung enorme Gefahren für die Jugend bergen“⁹. Gemeint sind dabei nicht Arbeitslosigkeit, Armut u.ä., mit den Gefahren ist der Sozialismus gemeint, „dass sie hereinfallen auf die falschen Propheten...“.

1945, Deutschland liegt in Trümmern. In den USA hat sich eine Meinung verbreitet, der Faschismus deutscher Prägung mit seinem grausamen Höhepunkt - eben der Holocaust-Maschinerie - sei zu erklären auf Grund von biologischen Tatsachen. Um es salopp auszudrücken, „den Deutschen liege es in den Genen. Es ist ein rassisches Problem.“ Dagegen erhob sich lautstarker Protest; vor allem: „Was macht man politisch mit einem Volk, dem es in den Genen steckt?“ Da stellt sich gleich wieder die „Auschwitz-Frage“. Das wäre politisch überhaupt nicht handhabbar gewesen. Deswegen hat die Gegenmeinung obsiegt und die hieß: „Es ist eine Frage der Erziehung.“

⁹ Erlaß des preußischen Ministers der geistlichen Unterrichts- und Med.-Angelegenheiten vom 18.1.1911.

Die deutsche Jugend für die Demokratie zu gewinnen, war der Leitsatz für die sogenannten **reeducation programs** in der Nachkriegszeit. Sie führten zur endgültigen Pädagogisierung des Partizipationskonzepts. „Häuser der Offenen Tür“ waren für die Besatzungsmächte das probate Mittel, dort nämlich könne Demokratie im Kleinen praktiziert, erfahren und ausgeübt werden. Sie sollten keinen charismatischen Führer haben wie in der Jugendbewegung - die Jugendverbände waren wegen des bestehenden Verdachts, faschistische Organisationen zu sein, lange Zeit nicht wieder zugelassen worden. Aber die Häuser der Offenen Tür mit dem Heimrat, dem Heimparlament, mit Ausschüssen (Programmausschuss, Festausschuss, Musikausschuss usw.), wo Formen der gemeinsamen Willensbildung praktiziert werden, wo Disziplinverstöße durch ein von allen Jugendlichen gewähltes Gericht - dem Ordnungsausschuss - geahndet werden, das schien das geeignete Mittel zu sein, die autoritäre Tradition der Jugendpädagogik, die ja lange zurückreicht und in der Hitlerjugend ihren Höhepunkt hatte, durch Formen der demokratischen Erziehung abzulösen: Häuser der Offenen Tür als Werkstätten der Demokratie im Kleinen.

So richtig glauben mochte man nicht, dass diese Pädagogik funktioniert. Deswegen hat man sehr viel Geld für **Forschung** ausgegeben, Forschung, die sich nicht für den inneren Reifeprozess, die innere Menschwerdung der Jugendlichen interessierte, sondern Jugendforschung, die fragte: „Ist die Jugend bereit, die Regelungen der Demokratie zu übernehmen?“ Eine Tradition der Jugendforschung, die Sie bis zum heutigen Tage als kräftigen Faden, auch in unseren Shell-Studien, wiederfinden können. Wir fragen nach Politik, wir fragen nach Partizipation. Dieses verdanken wir letztlich den Besatzungsmächten oder den Exil-Deutschen in der „Presidential Commission upon Post-War Germany“. Vorsitzender war Paul Tillich, ein liberaler, sozialistischer deutscher Theologe, der in die USA emigriert war. Es gab also ein Zusammenspiel von einer Jugendpädagogik, die Demokratie einüben wollte, einerseits und einer Jugendforschung, deren Aufgabe es war, so was wie Integrationsbilanzstudien durchzuführen (Wie weit ist die Integration der Jugend in die Demokratie gelungen?) andererseits.

Ich nehme an, dass viele von Ihnen ihren eigenen professionellen Alltag vor Ort darin bereits wiedererkennen. Nicht, dass Sie einfach nur Häuser der Offenen Tür machen sollen oder schon gar nicht Jugendforschung. Aber das sind die zwei Fragen, die Ihnen immer wieder gestellt werden. Was leistet Ihre Arbeit, um Jugendliche zur Demokratie zu befähigen? Und haben Sie Erfolge? Wie dokumentieren die sich?

Ein Schritt in die siebziger Jahre. Jugend selber protestiert gegen dieses Konzept, gegen die Integrationspädagogik: **Schülerbewegungen, Jugendzentrumsbewegungen, Selbstorganisation**, „We don't need no education...“, dieser Song aus „The Wall“ von Pink Floyd, machen als Protest, natürlich grotesk übersteigter Protest gegen die Erziehung die Runde. „Wir verwalten unsere Angelegenheiten selbst.“ Nicht selten ein tiefer Schreck für alt gewordene Sozial- und Jugenddezernenten. Jugendzentren in Selbstorganisation - in manchen Kreisen fast so etwas wie ein Gütesiegel, obwohl man nicht so genau weiß, was Selbstorganisation bedeutet. Zur Vorsicht kriegen sie doch noch zwei Jugendpädagogen an die Seite gestellt und wenn es schief geht, haben die versagt. Dennoch, es kommt ein neuer Ton in das Spiel. Partizipation könnte doch auch etwas damit zu tun haben, dass Jugend ihre Angelegenheiten selber regelt. Der Ton ist natürlich nicht wirklich neu. Er ist wiedergefunden. Es ist der Ton der deutschen Jugendbewegung, „Jugend wird durch Jugend geführt“ war die Parole auf dem Hohen Meißner¹⁰

¹⁰ 10.-12.10.1913 Freideutscher Jugendtag auf dem Hohen Meißner im Hessischen Bergland bei Kassel.

zum Beispiel. Es ist ganz von fern das kleine Glöckchen von Paul Felisch, das hier wieder zu hören ist. Mindestens die Angelegenheiten, die die Jugend betreffen, sollten sie selber organisieren dürfen. Also doch so etwas wie ein autonomes Jugendreich, die große Forderung auf dem Meißner Schwur 1913¹¹? Lassen wir diese Frage offen.

Formen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen

In den verschiedenen Formen, in denen Partizipation von Kindern und Jugendlichen heute bedacht und zu organisieren versucht wird, findet man die Geschichte wieder.

1. **Interessenvertretung (durch Personen oder Institutionen), eine Lobby für Kinder und Jugendliche**, das ist der Jugendpflegeerlass, die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge, das ist stellvertretendes, anwaltschaftliches Handeln für junge Leute. Es steht immer noch in vielen Konzepten von Jugendförderungsabteilungen, „für Unmündige zu sprechen“. Unmündige brauchen eben den Vormund, der für sie spricht. Das ist eine uralte Tradition. Neues vermag ich dort überhaupt nicht zu erkennen, vielleicht ist die Verpackung modern, der Inhalt ist alt - mit allen Problemen, die schon angesprochen wurden.
2. **Bedürfnis- oder Bedarfsermittlung („needs“) von Kindern und Jugendlichen**, z.B. Fragebogenerhebungen, hearings, auch das ist vormundschaftliches Handeln. Die Jugendlichen geben Auskunft, aber da ist einer, der das interpretiert. Das sollte eigentlich Standard sein im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfeplanung. Soweit ich die Landschaft überblicke, ist es nicht Standard in dem Sinne, dass es regelmäßig und völlig selbstverständlich gemacht wird. Es gibt jedoch schon eine ganze Menge dazu. Auch hier sprechen Kinder und Jugendliche nicht für sich selbst. Sie sind sozusagen indirekt präsent.
3. **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Vorfeld von Entscheidungen**. Sie werden **angehört**, es wird **Öffentlichkeit** für sie hergestellt, aber sie entscheiden nicht.
4. **Mitwirkung bei Entscheidungen**, die auch Kinder und Jugendliche betreffen, durch Sitze in Gremien, Jugendparlamente.
5. **Formelle (Mit)Entscheidungsrechte**, durch **aktives Wahlrecht** (z.B. durch Herabsetzung des aktiven Wahlalters) oder / und durch **passives Wahlrecht** (Mandate, Sitze, Stimmen).
6. **Jugend beschließt über ihre Angelegenheiten selbst** (Selbstverwaltung / Selbstorganisation).

Es vermischen sich natürlich verschiedene Aspekte unseres geschichtlichen Erbes in der heutigen Diskussion zu einer Art Potpourri. Es werden die unterschiedlichen Traditionen, die sich eigentlich spinnefeind sind, munter durcheinander gerührt, und am Schluss weiß man gar nicht mehr, was eigentlich gemeint ist. Daher ist es gelegentlich sinnvoll, sich noch einmal an diese Traditionen zu erinnern.

¹¹ „Die Freideutsche Jugend will ihr Leben nach eigener Bestimmung, vor eigener Verantwortung, in innerer Wahrheit selbst gestalten. Für diese innere Freiheit tritt sie unter allen Umständen geschlossen ein.“

Partizipation aus der Sicht von Kindern und Jugendlichen

Die vorliegenden Daten sind aus der 12. Shell-Studie von 1997. Wir haben Jugendliche gefragt mit Hilfe von Einstellungsskalen, was denn gegeben sein muss, damit sie bereit sind, sich zu engagieren, sei es sozial, sei es politisch (**siehe Tabelle 1**).

Tabelle 1

Motive zum Engagement nach ihrer Wichtigkeit (Mittelwerte)					
Motiv	Gesamt	Alter			
		12-14 J.	15-17 J.	18-21 J.	22-24 J.
1. muß es Spaß machen	3,5	3,6	3,5	3,5	3,4
2. muß ich jederzeit wieder aussteigen können	3,3	3,2	3,3	3,3	3,2
3. muß ich mitbestimmen können, was ich genau tue	3,1	3,0	3,2	3,1	3,1
4. will ich meine besonderen Fähigkeiten einbringen können	3,0	3,0	3,0	3,1	3,0
5. muß das Ziel in angemessener Form erreicht werden	3,0	2,9	3,0	3,1	3,0
6. muß es Jugendlichen etwas bringen	2,9	2,9	3,0	2,9	2,8
7. will ich neue Freunde kennenlernen	2,9	3,0	2,9	2,9	2,8
8. will ich dabei für mein weiteres Leben etwas lernen	2,9	2,8	3,0	2,9	2,9
9. müssen Freunde mitmachen	2,8	2,9	2,9	2,8	2,6
10. muß etwas ganz anderes sein, als ich in der Schule/im Betrieb mache	2,6	2,8	2,7	2,6	2,5
11. muß ich davon überzeugt sein, daß es wichtig für die Gesellschaft ist	2,6	2,4	2,6	2,7	2,7
12. darf mir keiner Vorschriften machen	2,6	2,6	2,7	2,6	2,6
13. muß ich schnell sehen, ob dieses Engagement etwas „bringt“	2,6	2,6	2,7	2,7	2,7
14. will ich nur mit anderen Jugendlichen zusammenarbeiten	2,5	2,6	2,6	2,4	2,3
15. müssen dies meine Freunde gut finden	2,3	2,3	2,3	2,2	2,1
16. müssen meine Eltern dafür sein	2,1	2,7	2,2	1,9	1,7
17. möchte ich dabei Geld verdienen	2,1	2,1	2,2	2,2	2,1
18. möchte ich für die geopfert Zeit durch Freistellung von der Arbeit/von der Schule entschädigt werden	2,1	2,0	2,1	2,1	2,0

Quelle: 12. Shell Jugendstudie 1997

Wir haben eine vierstufige Skala, 2,5 ist der theoretische Skalen-Mittelwert. Alles was darüber liegt, ist sehr wichtig, was darunter liegt, ist weniger wichtig. Wenn Sie die Tabelle horizontal lesen, dann sehen Sie, es gibt so gut wie keine Entwicklung, obwohl unterschiedliche Lebensalter angegeben sind. Das Versprechen der Pädagogen ist, dass sie zum Engagement erziehen können. Empirisch können wir nicht zeigen, dass da etwas dran ist, denn der Skalenwert verändert sich kaum mit dem Lebensalter. Wenn wir jetzt vertikal die Motive nach ihrer Wichtigkeit lesen, dann steht ganz oben „Es muss Spaß machen“. Manche Meinungsforscher fühlten sich durch solche - zahlreich vorhandenen - Befunde berechtigt, von einer spaßverliebten, hedonistischen Generation zu sprechen. Im „Focus“ dieser Woche finden Sie unter „Jugend 2000“ dasselbe wieder. Halten wir erst einmal fest: **„Es muss Spaß machen“ ist das allerwichtigste Motiv für Jugendliche** vom 12. Lebensjahr an.

„2. muss ich jeder Zeit wieder aussteigen können“ - das ist ein **Autonomiemotiv**. Ich will nicht mit 15 Jahren eintreten, mit 40 die silberne Ehrennadel, mit 60 die goldene Ehrennadel und am Grab die Rede haben. Mein Engagement bleibt in meiner Hand. Ich will beides: Engagement und Autonomie. Ich gehe nicht Verpflichtungen ein, die meine Autonomie beschädigen. Viele Politiker fühlen sich berechtigt, daraus abzuleiten, Jugend sei nicht mehr engagementbereit. Das ist falsch. Sie sehen nur die eine Seite der Münze. „Ich will jeder Zeit wieder aussteigen können, aber ich bin bereit, mich zu engagieren.“

„3. Ich muss mitbestimmen können, was ich genau tue“ - das ist **Partizipation**.

„4. Ich will meine besonderen Fähigkeiten einbringen können“ - ein **pragmatisches Motiv, ein Nutzen-Gesichtspunkt**.

Bei allen anderen Aspekten werden Sie immer wieder diese vier Motive finden: **Spaß, Autonomie, Partizipation, Pragmatismus**. Pragmatismus meint, es muss einen Nutzen haben, es muss etwas bringen. Diese vier Motive kommen abgewandelt immer wieder. Am Schluss bemerkt man, dass Jugendzentrismus („meine Freunde müssen es gut finden) und Elternzentrismus („meine Eltern müssen dafür sein“) als Motive kaum eine Rolle spielen, sie sind „out“.

„...möchte dabei Geld verdienen“, „...möchte für die geopfert Zeit freigestellt werden“, das sind Dinge, die jugendpolitisch im Moment sehr stark diskutiert werden. Vor allem durch das Engagement der Jugendverbände steht das auf der Tagesordnung. Aus dem Blickwinkel der Jugendlichen bewegen wir uns mit diesem Thema ganz unten. Das heißt nicht, dass es jugendpolitisch sinnlos ist. Aber es motiviert nicht, weil es vollständig unwichtig ist für die Frage, ob ich mich für Engagement entscheide oder nicht.

Ich gehe noch einmal zurück zum Motiv „es muss Spaß machen“. Wer kennt nicht diesen Spruch „Erst die Arbeit, dann das Spiel“. So sind wir erzogen worden, die deutsche Tradition, die ja über etwa 200 Jahre vor allem eine autoritäre Erziehungstradition war, ist voll von dichotomen Weltbildern. Spaß hier und Arbeit dort, das stellt eine Grundstruktur unserer kulturellen Sichtweise dar. Arbeit ist schweißtreibend, langweilig, erfordert sehr viel Pflichtgefühl und ermüdet. Spaß ist aufbauend, ermunternd, fröhlich. So pflegen wir zu denken, so erziehen wir unsere Kinder. Wir denken dichotom, gespalten: entweder - oder. Wir haben es schwer „sowohl - als auch“ zu denken. Für Jugendliche sind Anstrengung und Spaß, Pflicht und Spaß, Leistung und Spaß, etwas Nützliches für andere tun und für sich selber Spaß haben keine Gegensätze, kein entwe-

der - oder, sondern ein sowohl - als auch. Ich denke, ich sage Ihnen nicht sehr viel Neues. Das Problem ist, dass wir immer noch wenig praktische Antworten darauf haben.

Als wir diese Daten hatten, stellten wir uns die Frage, was „Spaß haben“ denn eigentlich heißt. Gerade weil dieser Begriff im Sinne von Hedonismus so schändlich missbraucht wird, haben wir hier in Berlin in einem Hochhaus eine Gruppendiskussion gemacht mit 17-19-jährigen Jugendlichen. Wir kamen nicht voran, es war schon recht spät. Alle Versuche, eine griffige Definition zu finden, was denn Spaß bedeutet, schlugen fehl. Ich war etwas gereizt wegen des Fehlschlages und sprach ziemlich aggressiv einen 18-jährigen Gymnasiasten an, er sollte doch mal in einem Satz sagen, was das heißt „Es soll Spaß machen“. Er antwortete: „Ich glaube, das werden Sie nicht verstehen, Sie sind zu alt.“ Ich wurde noch ein bisschen ärgerlicher und schnauzte zurück: „Das mag ja sein, dass ich zu alt bin. Aber dann überlegen Sie doch bitte mal, wie müsste man das mir sagen, damit ich das verstehe?“ Ein Grinsen geht über sein Gesicht. Und immer noch freundlich, sagte er: „Das ist ganz einfach. Spaß machen heißt, mit anderen gemeinsam etwas Sinnvolles tun.“ Ich fühlte mich unglaublich verstanden und ertappt. Niemals hätte ich es gewagt, so schnulzig, so schmalzig, so kitschig zu formulieren, wie er es getan hat. Aber er hat sehr genau gewusst, auf welcher Seite mein jugendpädagogisches Herz schlägt. Das sind die „Modell-Partizipations-Jünglinge“ par excellence. Denen kann man die goldene Partizipationsnadel ans Revers stecken. Ich saß ihm gegenüber, rot im Gesicht, wusste nicht, ob ich mich weiter ärgern soll oder lachen soll über diesen Einfall. Da hebt er den Zeigefinger und setzt hinzu: „Aber vergessen Sie nicht: Es muss Spaß machen!“

Aus dem Blickwinkel der Jugendlichen heraus sind pädagogische Konzepte zur Entwicklung von Partizipation und Beteiligung häufig spaßfreie Zonen und werden deshalb gemieden. Es ist für sie nicht erkennbar, wieso das Spaß machen soll, und zwar deshalb, weil sie ganz häufig Formen übernehmen und kopieren, die im allgemeinen politischen Geschäft üblich sind, in der Regel parlamentarische Formen der Geschäftsführung. Dieses wird übernommen, um das Signal zu geben, wir sind bereit, euch ganz ernst zu nehmen. So ernst, dass wir mit euch „Parlament“ praktizieren. Bei den Jugendlichen kommt dieses Signal in anderer Bedeutung an. Bei denen heißt es, sie wollen uns ernst nehmen, aber sie wollen uns überziehen mit den ganzen Ritualen, die so todlangweilig sind, dass wir da nicht hin gehen. Dazu kommt aber ein inhaltliches Argument: Wo immer es nach Politik riecht, werden die Jugendlichen nervös und möchten am liebsten davonlaufen. Politik ist so ziemlich das Unbeliebteste, was wir jungen Leuten anbieten können.

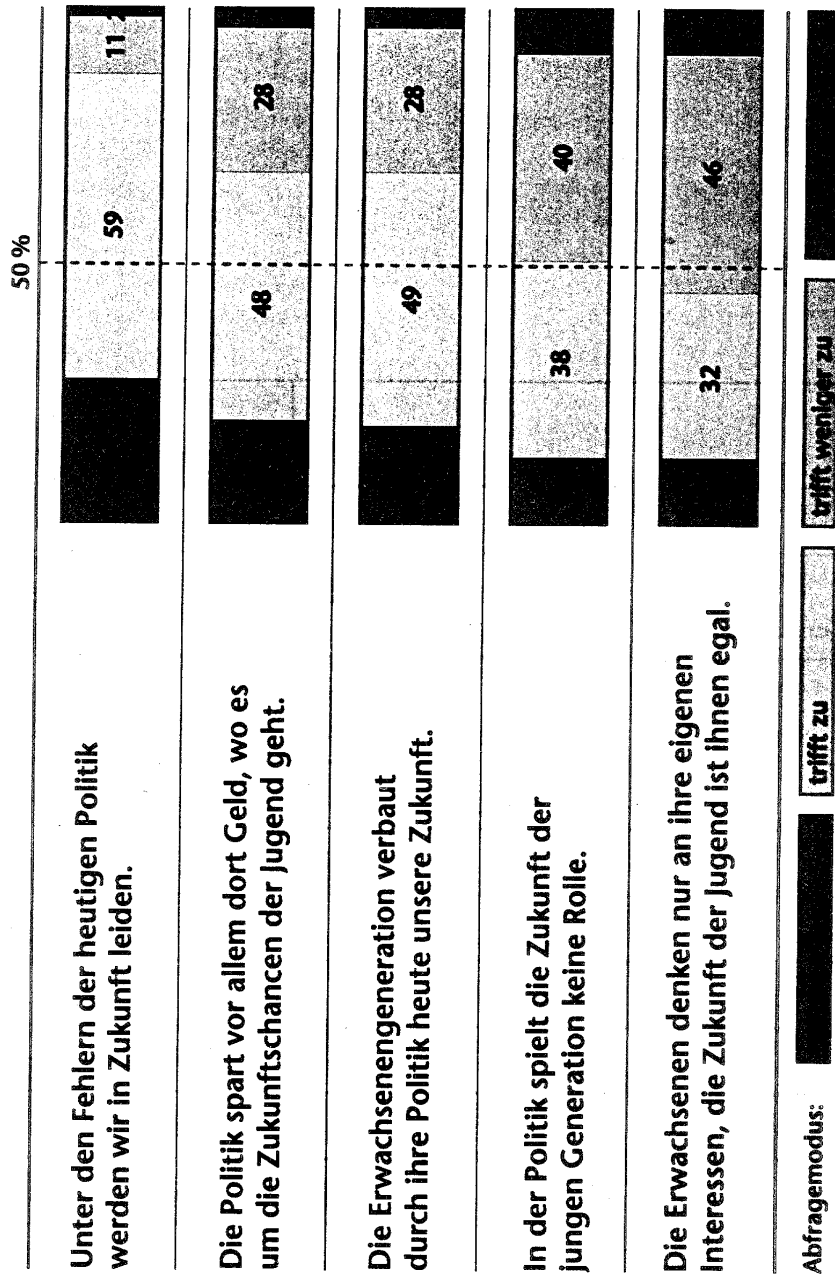
Ich habe Ihnen hier einige Items mitgebracht. Grün bedeutet Zustimmung (in Dunkel- und Hellgrün nuanciert, dunkelgrün heißt verschärfte Zustimmung), die beiden Rottöne bedeuten Zurückweisung der Aussage (**siehe Abbildung 1**)

„Unter den Fehlern der heutigen Politik werden wir in Zukunft leiden.“ - eine riesige grüne Fläche der Zustimmung. Nur wenige Jugendliche glauben an die Politik. Parlamentarisch nachgemachte Formen der Partizipation erreichen die Gruppe dieses schmalen roten Sektors hinter der eben genannten Aussage.

Die letzte Aussage lautet: Die Erwachsenen denken nur an ihre eigenen Interessen, die Zukunft der Jugend ist ihnen egal. Die Mehrheit weist diese Aussage zurück. Ich finde, die Jugendlichen sind wirklich sehr freundlich. Wir sehen einen großen roten Bereich

Abbildung 1

Erlebter Gegensatz der Generationen



Abfragemodus:

trifft zu

trifft weniger zu

Quelle der Items: Qualitative Studie

AF Skalen 11

(Grüntöne: linke Seite, Rottöne: rechte Seite)

und einen immerhin noch großen, aber weniger großen grünen Bereich. Da steckt doch eine ausgestreckte Hand drin. Es stimmt einfach nicht, dass die Jugendlichen von den Erwachsenen nichts wissen wollen, das sind Pauschalierungen. Sie haben große Bedenken gegenüber der Politik. Es wäre natürlich außerordentlich interessant, wenn wir unter uns eine Umfrage veranstalten würden, wer von uns von der Politik die Lösung für die entscheidenden Zukunftsfragen erwartet. Vielleicht sind junge Leute gar nicht so verschieden von uns. Wir haben ja keine Erwachsenenstudie, die ihren Namen verdient. Wenn wir eine hätten, ich bin überzeugt, dass uns die Augen übergehen und dass das eingelöst würde, was wir immer schon gehofft oder befürchtet haben, je nachdem: dass Jugendliche sehr getreue Abbilder unserer Erwachsenenengesellschaft sind. Und weil wir das insgeheim fürchten, satteln wir die pädagogischen Pferde in der Hoffnung, dass die Jugendlichen später bessere Erwachsene werden, als wir sie heute haben und damit eine bessere Gesellschaft zustande bringen.

Zukunftsprobleme und Lösungsperspektiven

Dass der Politik nichts zugetraut wird, sehen Sie auch an der Abbildung „Zukunftsprobleme und Lösungsperspektiven“ (siehe Abbildung 2).

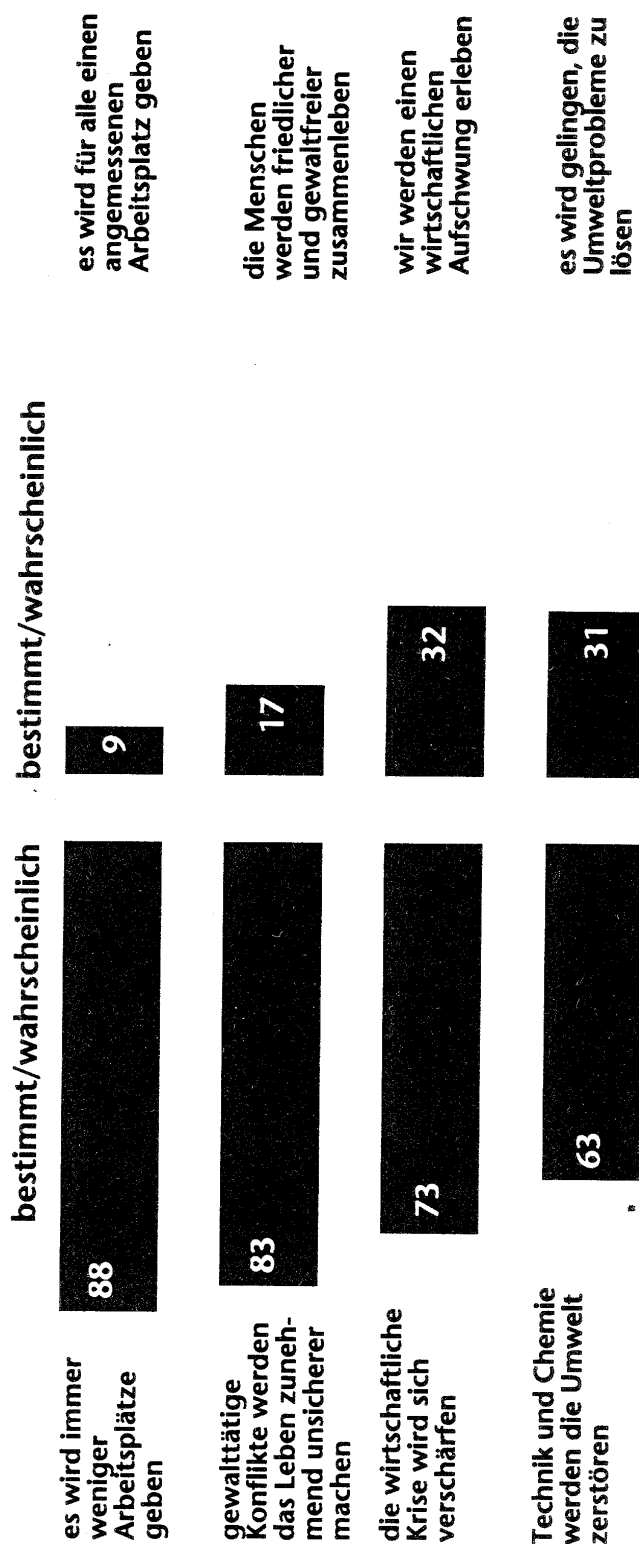
Partizipation und Engagementbereitschaft setzen voraus, dass es einen Pfad in die Zukunft gibt. Es muss etwas bringen, haben wir vorhin bei den Motiven gehabt, eines der großen vier Hauptmotive, es muss etwas bewirken. Partizipation um der Partizipation willen ist „megaout“. Ich muss wissen, ob es eine Chance gibt, dass mein Engagement belohnt wird, und an diesem Punkt sind wir im Moment blockiert. Jugendliche sind ebenso wenig Experten und Expertinnen für die Zukunft wie Sie und ich, sondern sie sind Zeitgenossen. Sie spiegeln das wider, was ihre Zeitgenossenschaft ausmacht. Auch da sind sie sehr getreue Abbilder unserer gegenwärtigen Gesellschaft.

Diese Aussagen wurden einzeln abgefragt und tauchen im Fragebogen an unerwarteten Stellen auf, um zu verhindern, dass die Jugendlichen sich auf die Systematik einstellen. Dann können Sie diese Aussagen nebeneinander legen, aber daher addiert es sich nicht auf 100 % und jede Aussage steht für sich. Sie sind hier nebeneinander gestellt aus Vergleichsgründen. Ich möchte Ihnen zeigen, wie groß der Unterschied zwischen der negativ gefärbten Zukunftserwartung und der positiv-hoffnungsvoll gefärbten Zukunftserwartung ist. Jugendliche erwarten in Bezug auf die zentralen Probleme unserer Gesellschaft relativ wenig von der Zukunft. Solange diese Wahrnehmung so ist, vermutlich eine Wahrnehmung, die auch auf die Mehrheit der Erwachsenen zutrifft, solange läuft Partizipation gewissermaßen leer. Es ist wie ein Hamsterrädchen, so sehr man da auch läuft, man kommt überhaupt nicht von der Stelle. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Jugendliche solche Vorstellungen im Kopf haben. Es gelingt nicht, sie mit Überredungskunst davon zu überzeugen, dass es entgegen dem Augenschein doch sinnvoll ist, etwas in diesem Sinne zu tun.

Im Jahr 1951 hat das Emnid-Institut eine listige Frage gestellt: „**Welches Erziehungsziel ist Ihnen im Umgang mit Ihren Kindern am wichtigsten?**“ Das haben sie als Zeitreihe fortgeführt bis 1983, dann hat emnid das eingestellt. Ich habe diese Fragereihe vor drei Jahren noch einmal aufgenommen und 7.000 Mütter und 7.000 Väter befragt. Die Entwicklung können Sie aus dem vorliegenden Diagramm ablesen (siehe Abbildung 3). Es gibt natürlich noch viele andere Erziehungsziele, die aber an dieser Stelle nicht so von Bedeutung sind. Die Hauptentwicklung ist diese: „**Gehorsam und Unterordnung**“ geht radikal zurück, und noch radikaler wird „**Selbstständigkeit und freier**

Abbildung 2

Zukunftsprobleme und Lösungsperspektiven (in %)



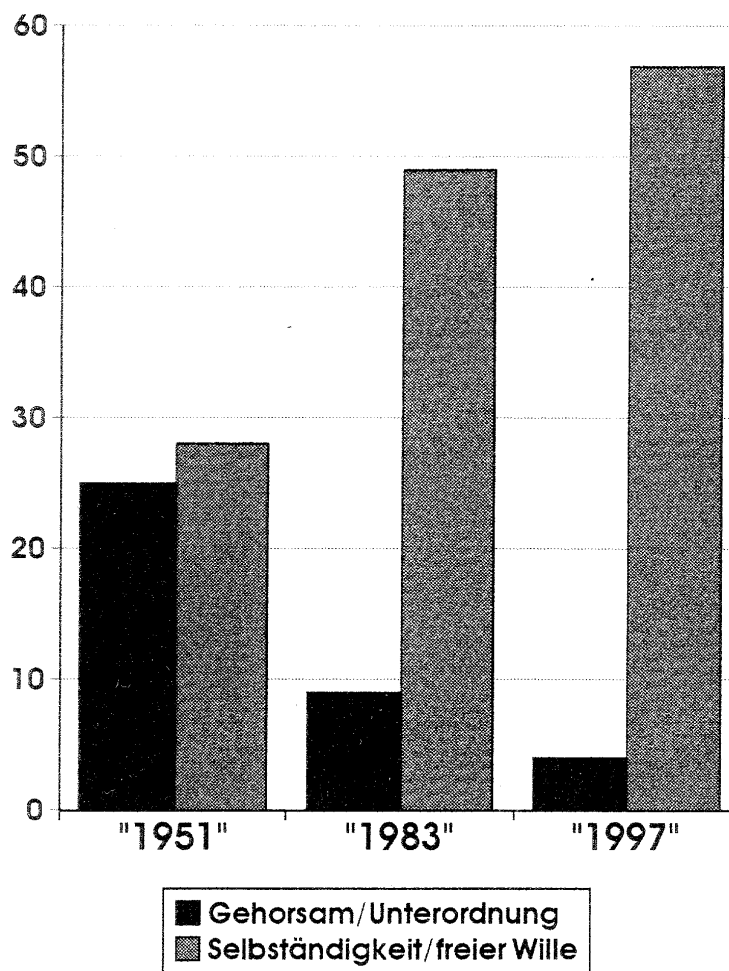
RM A/13



12. Shell Jugendstudie

Abbildung 3

**Welches Erziehungsziel ist Ihnen im
Umgang mit Ihren Kindern am
wichtigsten?**



Angaben in Prozent der Nennungen

Wille“ zu dem favorisierten Erziehungsziel schlechthin. Der Kollege Heiner Meulemann hat das gleiche bei Lehrern gemacht, da beginnt die Zeitreihe allerdings erst in den 80er Jahren. Dort sind die Veränderungen nicht so dramatisch, etwas flacher, aber auch in der Schule gibt es einen solchen Umschwung, zumindest auf diese Frage. Diese Einschränkung gilt natürlich auch für die Eltern: Erziehungsziele sind nicht gleichbedeutend mit Erziehungspraxis. Man muss diese Skala in meinen Augen anders lesen: Sie sagt uns etwas über die Wirklichkeitswahrnehmung der Eltern, nicht unbedingt über das, was sie wirklich machen in der Erziehung. Es sagt uns etwas darüber, wie Eltern die Gesellschaft und ihre Formationen wahrnehmen und was sie daraus ableiten, was ihre Kinder können müssten, um in dieser Gesellschaft zurecht zu kommen.

Die Botschaft ist völlig eindeutig. In unserer Gesellschaft geht der unter, der nur gelernt hat, gehorsam zu sein. Gehorsam und Einordnung sind disfunktionale Tugenden in einer Gesellschaft, die mehr und mehr zu einer Konkurrenzgesellschaft wird, in einer Gesellschaft, die Widersprüche satt beherbergt, in einer Gesellschaft, die Sicherheiten wegnimmt, die den Einzelnen immer mehr in die Pflicht nimmt und verantwortlich macht für Gelingen oder Nicht-Gelingen seiner Biografie. Aber „Selbstständigkeit und freier Wille“ - das scheinen Tugenden, Fertigkeiten, Kompetenzen zu sein, die am ehesten noch das Zurechtkommen unter solchen Bedingungen garantieren. Ich lese diese Entwicklung also so: Es steckt so etwas drin wie eine Zeitdiagnose. Wenn ich richtig liege, muss ich nicht mehr viel dazu sagen, was das bedeutet für den Wandel der Sozialisationsweisen. Einordnung und Unterordnung sind lange Zeit die General-Rahmenvorstellungen für Partizipation gewesen. Die Jugendlichen sollen lernen, Demokratie auszuüben, aber indem sie sich einordnen in die Tradition, die wir haben und nicht etwa außerparlamentarische Opposition spielen. Einordnung und Unterordnung sind über Jahrzehnte der Generalrahmen für Sozialisation geworden. Dieser stimmt heute nicht mehr. Die Kinder erleben schon ihre Eltern, wenn die Befunde stimmen, anders.

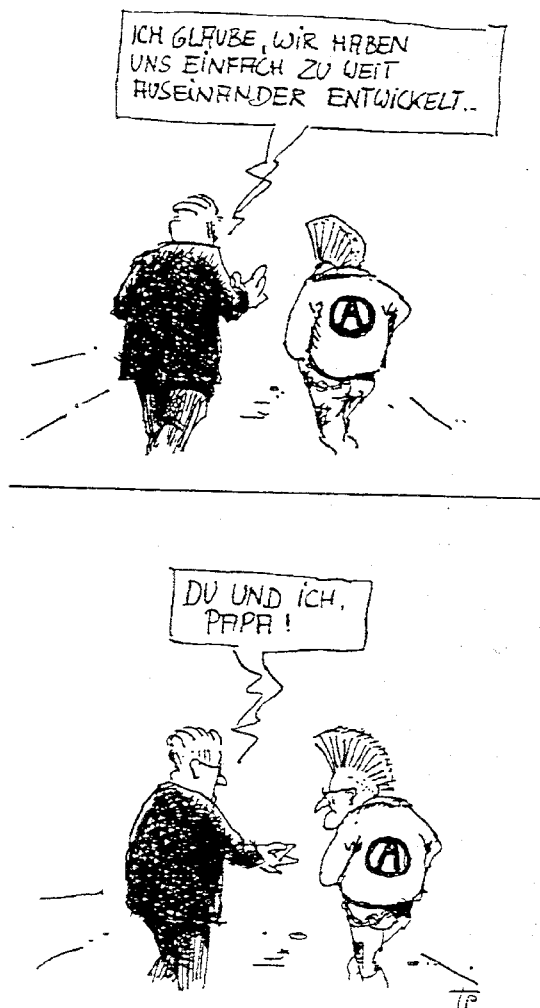
Was heißt Partizipation unter den Bedingungen von Sozialisationsweisen, die auf Selbstständigkeit und freien Willen aufbauen? Hier haben wir den Konflikt, den Amitai Etzioni meint. Welche Werte gelten darin? Wo findet „Selbstständigkeit“ ihre moralischen Grenzen? Ist es überhaupt sinnvoll, als Gegenpart die „Einordnung“ zu setzen?

Partizipation braucht ein Gegenüber. Demokratie ist sinnlos, wenn es nur eine Regierung gibt und keine Opposition, die Alternativen aufwirft. Wir leiden ohnehin in der gegenwärtigen Situation darunter, dass die Alternativen in der Politik schwächer werden, weil zunehmend einer sog. Sachzwanglogik gefolgt wird - und dazu gibt es eben keine Alternativen. Partizipation setzt voraus, dass Standpunkte miteinander ringen können, sonst ist es eine reine Einordnungspädagogik. Partizipation heißt: ich vertrete meinen Standpunkt, du hast das Recht, deinen Standpunkt zu vertreten und wir agieren miteinander, wir fechten es aus. Das ist Demokratie im eigentlichen Sinn. Wenn immer mehr Eltern, immer mehr Lehrer, immer mehr Erwachsene Jugendliche so behandeln, dass sie vor allem deren Selbstständigkeit und freien Willen befördern, dann machen sie die eine Seite sehr stark und die andere Seite sehr blass.

Als wir die Shell-Studie vorbereitet haben, hat ein Jugendlicher in einem dieser unzähligen vorbereitenden Interviews, die wir geführt haben, gesagt: „Wissen Sie, mit Erwachsenen mag ich schon gar nicht mehr reden. Die lassen einen beim Erwachsenwerden nicht zuschauen.“ Ich habe das Bild nicht verstanden und habe nachgefragt, was damit gemeint ist. Er antwortete: „Mit denen kann man überhaupt nicht diskutieren.“

Diskutieren kann ich mit meinen Freunden. Aber die Erwachsenen sagen entweder, davon verstehst du nichts, oder sie nicken nur.“ Jugendliche mahnen geradezu an, dass Erwachsene ihren Standpunkt vertreten. Aber man muss sehr sorgfältig daran gehen. Sie weisen die Forderung zurück, dass sie unseren Standpunkt übernehmen sollen, wenn wir denn einen haben. Sie meinen aber, dass sie ein Recht darauf haben, unseren Standpunkt kennen zu lernen, auch zu dem Zweck, dass sie ihn verwerfen können. Sie fühlen sich von daher als eine Generation ohne Gegenüber. Und wenn es um Umweltschutz und Arbeitslosigkeit geht, dann fragen sie: „Wie stehst du dem gegenüber? Was machst du? Warum machst du nichts?“

Deutlich wird das auch in dieser Karrikatur:



KSE 7/98

Nachfragen

Hasso Brühl, *Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin*: Vielen Dank, Herr Münchmeier, für diesen eindringlichen und sehr erkenntnisfördernden Vortrag, erkenntnisfördernd auch über uns selbst.

Peter Ottenberg, *Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Wilmersdorf*: Herr Professor Münchmeier, Sie haben in Ihrem zweiten Teil einen historischen Abriss gegeben, der sehr interessant gewesen ist, der sich allerdings nur auf die westdeutsche Realität bezogen hat. Ist es Ihnen möglich, ein paar Sätze zur diesbezüglichen Entwicklung in der DDR zu sagen, weil das ja nicht unwesentlich die heutige Situation in der gesamten Bundesrepublik beeinflusst?

Professor Dr. Richard Münchmeier: Sie haben völlig Recht, ich habe nur über Westdeutschland gesprochen. In der ehemaligen DDR lagen die Verhältnisse von Anfang an ganz anders. Partizipation, das war unter den Bedingungen der DDR-Gesellschaft von Anfang an eher eine kollektive Praxis als eine individuelle. Die individualistische Vorstellung einer Demokratie der Bürger ist aus vielen Gründen, deren sozialen und weltanschaulichen Hintergrund ich hier nicht näher erläutern muss, ersetzt worden durch eine Demokratie der gesellschaftlichen Formationen. Die Willensbildung der Bürger sollte in Kollektiven unterschiedlicher Art und unterschiedlicher Größe erfolgen. Partizipation war die Teilhabe an bestimmten Kollektiven, ob das der Betrieb war, die Pioniere, die FDJ oder andere. Zumindest der Idee nach war es eine Partizipation von unten nach oben, der Realität nach aber eine, die von oben nach unten bestimmt wurde. Insofern haben sehr viele Bürger in der DDR diese Kollektive gewissermaßen umgedreht wahrgenommen, nicht als Vehikel, wo man den Willen nach oben transportieren kann, sondern umgekehrt, wo von oben nach unten gelenkt wird. Das hat zur Folge gehabt, dass in der DDR-Gesellschaft die sogenannte Privatheit allen weltanschaulich-politischen Vorgaben zum Trotz eine wesentlich größere Rolle gespielt hat als im Westen. Das ist etwas ganz Erstaunliches, das ist, denke ich, der Kern dessen, wenn heute viele die Zeiten vor und nach der Wende vergleichen und sagen, früher gab es mehr Gemeinschaft. Es war eine Gemeinschaft als private, entpolitierte Formation, eine, die für den Alltag eine sehr große Bedeutung hatte, manchmal eine weitaus größere Bedeutung als die formellen Kollektive.

Die Gefährlichkeit dieses Modells lag darin, dass die offiziellen Partizipationskanäle, die ja wie ein Ritual immer wieder vollzogen worden sind, den Kontakt zu den Bürgern nicht mehr herstellen konnten, also, dass es noch eine formelle Mitgliedschaft gab, aber keine innerliche Begleitung mehr, das System sich also von innen aushöhlt. Wir haben übrigens ähnliche Erscheinungen, wenn auch nicht in dieser Stringenz. Es gibt kaum noch jemanden, der an das Parteiensystem glaubt, und zwar weder Erwachsene noch Jugendliche. Man hält die Parteien für unverzichtbar, aber man misstraut ihnen ganz fundamental, und zwar allen.

Man müsste eigentlich viel mehr sagen über die DDR, aber das würde den zeitlichen Rahmen sprengen. Das Zusammenwirken von staatlicher Lenkung spielt da auch eine große Rolle. Die Vision einer Gesellschaft, die wissenschaftlich planbar ist, ist ein Konkurrenzgedanke zu einer Gesellschaftsauffassung, die auf demokratischer Willensbildung beruht. Der wissenschaftliche Marxismus-Leninismus, dem man zutraute, es gäbe eine wissenschaftliche Möglichkeit, gesellschaftliche Entwicklung zu steuern, braucht

im Prinzip keine Demokratie. Demokratie stört eher nur, denn darüber muss ja wissenschaftlich entschieden werden. Ich will nicht sagen, dass die DDR-Gesellschaft eine solche war. Aber dieser Ton ist sehr deutlich angeschlagen worden. Es gab Partizipationsdiskurse in der DDR in dem Sinn, wie es in der westdeutschen Geschichte war, nicht, jedenfalls ist mir so etwas nicht bekannt. Vielleicht sehen Sie das anders, es würde mich interessieren zu hören.

Klaus-Dieter Gebauer, *Fachbereichsleiter Kinder, Jugend und Familie, Lünen*: Die Begriffe, die Sie vermittelt haben, Herr Münchmeier: Spaß haben und Ihre letzten Hinweise in Bezug auf DDR, veranlassen mich, auf dem Hintergrund meiner eigenen Lebensbiografie folgende Frage zu stellen: Ich bin in der DDR aufgewachsen, war dort Junger Pionier, war anschließend in der Freien Deutschen Jugend, ich war in der Gesellschaft für Sport und Technik. Das alles hat mir riesigen Spaß gemacht, bis ich in ein Alter kam, in dem ich merkte, dass ich manipuliert worden bin. Auch meine Mutter hat dazu beigetragen, mir die Augen zu öffnen. Meine kritische Frage ist: Birgt dieses „Spaß haben“ oder „Spaß vermitteln“ nicht die Gefahr der Manipulation in sich?

Kerstin Landua, *Verein für Kommunalwissenschaften e.V., Berlin*: Ich habe Ihnen sehr interessiert zugehört, Herr Münchmeier. Mir erschien das alles ein wenig schwarz-weiß. Sie haben sich aus meiner Sicht auch sehr auf die Welt der Erwachsenen bezogen. Diese ganzen Mechanismen, die Sie beschrieben haben, die waren wirklich so. Sie haben aber sehr wenig dazu gesagt, was bei den Jugendlichen passiert ist. Da sagen auch viele Jugendstudien des ehemaligen Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ), dass sich gerade die DDR-Jugend schon zu Beginn der 80er Jahre dem Verhalten der westdeutschen Jugend sehr angenähert hat. Es sind durchaus subkulturelle Randszenen entstanden, die wirklich selbst bestimmt haben, was sie machen wollen und die sich dadurch deutlich abgegrenzt haben. Es sind Bürgerbewegungen entstanden, die sehr von der Jugend mitgetragen wurden. Auch diese ganzen kirchlichen Bestrebungen, zur Öffnung der DDR beizutragen, sollte man dabei nicht vergessen. Ich wollte das Bild gern ein bisschen erweitern, weil es mir etwas zu eingegrenzt erschien.

Prof. Dr. Richard Münchmeier: Danke für diese Erweiterung. Gerade die ZIJ-Untersuchungen in den 80er Jahren haben das sehr deutlich gezeigt, übrigens lauter Studien, die nicht veröffentlicht werden durften. Ich war seinerzeit noch Abteilungsleiter im Deutschen Jugendinstitut und war dann plötzlich nach der Wende zuständig für einige Bereiche im ZIJ. Es war ein ganz schwieriges Problem, weil die Politiker nicht wollten, dass das überhaupt überlebt. Man sagte, das wäre eine Stasi-Hochburg gewesen, was so nicht stimmt. Da gab es Studien, die sorgsam in den Panzerschränken gehortet werden mussten, weil sie nicht veröffentlicht werden durften, woraus hervorging, dass die eigentlich sehr genau wussten, was mit der Jugend los ist.

Herr Gebauer, wenn man nur auf Spaß abstellt, besteht die Gefahr der Manipulation genauso stark, als wenn man auf Pflicht abstellt. Das ist überhaupt keine Frage. Die Lage ist viel komplexer. Ich habe darauf hingewiesen, es sind vier Hauptmotive und man darf sie eben nicht in ein entweder - oder sperren. Wir können uns keinen vierdimensionalen Raum vorstellen, das übersteigt unser sinnliches Vorstellungsvermögen. Eigentlich ist es ein vierdimensionaler Raum. Der Computer kann das, er kann einen schiefwinklig rotierenden vierdimensionalen Raum erzeugen. Alle diese Dinge hängen miteinander zusammen. Spaß, Autonomie, Pragmatismus und Partizipation bilden ein Viereck, von diesen vier Ecken aus entsteht ein Binnenraum. Die stehen natürlich in

einem Spannungsverhältnis zueinander, aber sie konstituieren so etwas wie einen virtuellen Raum. Und immer, wenn ich die Beziehungen auf ein Eck konzentriere, wenn ich sage, ich biete nur Partizipation an, aber keinen Spaß, keine Autonomie und ich sage auch nicht, was dabei rauskommen soll, dann liege ich falsch. Alle vier Ecken müssen gleichzeitig bedient werden. Also die Frage: „Was kommt dabei raus?“ ist genauso wichtig wie „Es muss Spaß machen“, „Ich muss dabei mitbestimmen dürfen“ und „Ich will jeder Zeit wieder aussteigen können.“ Das ist pädagogisch extrem schwierig einlösbar. Das gibt es eigentlich nur im wirklichen Leben, aber nicht im pädagogischen Sandkasten. Das ist unser Dilemma: die Lösung für unser Problem, meine ich, kann nur durch die Weiterentwicklung der Gesellschaft selber, aber nicht durch einen Ausbau der pädagogischen Kunststückchen gemacht werden. Schleiermacher hat gesagt: „Wenn es um Demokratie geht, erziehen die Verhältnisse.“ Man kann nicht zur Demokratie erziehen in einer Gesellschaft, die gar nicht demokratisch ist. Man kann nicht zur Mitmenschlichkeit erziehen in einer Gesellschaft, die nicht mitmenschlich ist. Dieser Satz gilt, glaube ich, immer noch. Er ist inzwischen fast zweihundert Jahre alt, aber er gilt. Die Pädagogen haben nicht den Zauberstab, mit dem sie sich über die Verhältnisse hinwegsetzen können. Vielleicht beantwortet das Ihre Frage. Sie haben völlig Recht, wenn man Spaß vereinseitigt, aber es ist genauso sinnlos, Partizipation zu vereinseitigen oder Autonomie.

Claudia Wilke, Ratsfrau, Hannover: Zunächst, Herr Münchmeier, danke ich Ihnen für Ihre Ausführungen. Es hat mich außerdem erleichtert zu erfahren, dass Sie selber keine Antworten auf die Fragen haben, die Sie an den Anfang Ihrer Ausführungen gestellt hatten. Ich habe mich nämlich während Ihres Vortrages des öfteren gefragt: „Wie entleere ich mich all meiner Vorstellungen von demokratischen Verhaltensweisen oder demokratischem Denken, um endlich an die Kinder heranzukommen und ihren Wunsch von Partizipation zu begreifen und dementsprechend zu handeln?“ Sie haben ja eigentlich im Wesentlichen dargestellt, was alles nicht zu einer Bürgergesellschaft gehört und keine Antwort darauf gegeben, was eigentlich eine Bürgergesellschaft ist. Es stand der Begriff des vormundschaftlichen Handelns (Lobby für Kinder) an oberster Stelle, was nicht Bürgergesellschaft bzw. Partizipation ist. Ich stelle mir aber gerade Kinder im Kindergartenalter vor. Wie bringen diese ihre Bedürfnisse oder ihren Wunsch nach Partizipation an die Erwachsenenwelt, in diese Demokratie ein? Sie müssen dafür doch die Erwachsenen als ihre Lobbyisten begreifen bzw. die Erwachsenen müssen sich selbst als Lobbyisten für die Kinder begreifen. Jedenfalls sehe ich da keine andere Möglichkeit.

Jetzt noch einmal zu dieser Dichotomie zwischen Spaß und Arbeit. Ich verstehe nicht, dass seit Jahren dies immer als Gegensatz dargestellt wird und man es als bemerkenswerte Aussage der Jugendlichen ansieht, wenn diese bei allem, was sie machen, Spaß haben wollen. Ich frage mich, ob hier irgend jemand im Raum sitzt, der von sich sagt, ich habe keinen Spaß an meiner Arbeit und deswegen tue ich sie. Ich denke, man ist doch nur erfolgreich und kreativ, wenn man Spaß an der Arbeit hat. Wenn Erwachsene sagen, dass Jugendliche nur Spaß haben wollen, dann meinen sie häufig, dass Jugendliche nicht daran interessiert seien, Hürden zu überwinden und Herausforderungen anzunehmen. Wie kommt es, dass wir hier immer diese Gegensätze sehen, die einander ausschließen?

Hasso Brühl: Vielen Dank, Frau Wilke. Ein kleiner Einwurf. Es gibt ja eine protestantische Tradition der Arbeitsmoral, die besagt, wenn das Leben voller Mühsal gewesen ist, dann ist es ein gutes Leben gewesen. Es gibt genügend Menschen, die denken, wenn

ich Spaß an meiner Arbeit habe, wieso werde ich dafür noch bezahlt? Das ist also nicht so ganz linear und einfach.

Iris Bothe, Geschäftsbereich Jugend der Stadt Wolfsburg: Ich wollte noch einmal auf die Untersuchungsergebnisse der Shell-Studie eingehen. Wir haben bei uns in Wolfsburg eine große Diskussion um das Ehrenamt wie sicherlich in anderen Städten auch, dass nämlich den traditionellen Verbänden und Vereinen die Mitglieder nicht unbedingt weglaufen, aber auch nicht hinströmen. Der Nachwuchs an der Stelle fehlt. Der Ansatz bei uns in der Stadt, getragen von einer Kampagne des Stadtjugendringes, ist die Aufwertung des Ehrenamtes im Hinblick auf Vergünstigungen, wobei damit nicht unbedingt finanzielle Vergünstigungen gemeint waren, sondern auch Freistellungen von Schule etc. Ich hatte während dieser Aktion immer die Frage, ob es das ist, was die Jugendlichen tatsächlich wollen, die Aktion ist ja sehr getragen von Erwachsenen und von Wünschen, die Erwachsene für sich in ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit an der Stelle haben. Die Strukturen der Verbände und Vereine passen überhaupt nicht auf die Entwicklung, die Ihre Skala gezeigt hat von der Erziehung zu Gehorsam und Unterordnung hin zu freiem Willen und Selbstbestimmung. Und an der Stelle sollen die Jugendlichen durch dieses Vergünstigungsprogramm im Grunde genommen motiviert werden, wieder in diese Strukturen integriert zu werden. Ich denke, auch nachdem, was ich heute gehört habe, kann das letztlich nicht funktionieren. Es kann nur funktionieren, wenn sich Gesellschaft auch bewegt und Veränderungen von Strukturen zulässt. Damit kommt man unweigerlich auch wieder zu Partizipation, das heißt zu den Gedanken und Ideen, die Jugendliche haben, die müssen im Dialog verknüpft werden mit dem bereits Vorhandenen. Dieser Versuch wird bei allem Lobbyismusverständnis für Interessen von Jugendlichen nicht gemacht.

Swenna Vennegerts, Ratsfrau, Lingen: Herr Professor Münchmeier, haben Sie nur Jugendliche befragt oder auch die sogenannte Gegenseite, also die Eltern oder Erwachsenen? Ich erlebe in den Diskussionen hier oder vor Ort immer wieder so etwas wie Angst, Partizipation zuzulassen. Warum fehlt den Erwachsenen die Gelassenheit, die Jugendlichen zu lassen?

Prof. Dr. Richard Münchmeier: Ich möchte nicht so verstanden werden, dass ich mich ganz gegen anwaltschaftliches Handeln ausgesprochen habe. Mir liegt an einer Klärung der Traditionen. Was mich nervt, ist, wenn wir alles in einen Topf werfen, einmal umrühren und so ein allgemeiner Brei entsteht. Anwaltschaftliches Handeln ist, wenn ich den weiten Begriff von Beteiligung nehme, eine ganz schwache Form der Beteiligung. Natürlich können nicht Kinder im Kindergartenalter für sich selber sprechen, schon gar nicht über Dinge, die weit außerhalb der Reichweite ihres Alltags liegen, die ein Verständnis für Zusammenhänge voraussetzen. In meinen Augen ist es ganz einfach: Eltern haben eine Verantwortung, die sie auch nicht auf Partizipation wegdelegieren können. Kindergärtnerinnen sind Fachkräfte, haben eine Verantwortung und können sich nicht hinter irgendwelchen Partizipationsfassaden verstecken. Die Verantwortung als Erzieher zu übernehmen ist nicht die Zerstörung von Partizipation. Sie ist allerdings auch nicht identisch mit Partizipation. Mir liegt daran, dass wir uns wegbewegen von undifferenziertem Vermischen unterschiedlicher Dinge. Lobby für Kinder ist in Ordnung, Paul Felisch war ein Lobbyist, er ist bitter unterlegen, aber er wollte etwas bewirken als Lobbyist für Kinder. Und hoffentlich sind wir alle in diesem Sinne Lobbyistinnen und Lobbyisten. Selbstverständlich. Aber das ist nicht dasselbe wie unmittelbares Partizipationsgeschehen.

Frau Bothe, über Ihre Wolfsburger Kampagne zum Ehrenamt kann ich nicht viel sagen, weil ich nicht die Details kenne. Aber ich denke, man muss es sehr genau anschauen. Ehrenamt hat eine andere Konnotation und eine ganz andere Traditionswurzel als Partizipation. Ehrenamt kommt aus dem Feudalismus, also aus der Bürgergesellschaft des 18. Jahrhunderts, es ist das unbezahlt ausgeübte Amt, das übrigens nur Männer einnehmen konnten. Von Ihrer Ausbildung her kennen Sie das Elberfelder System, ehrenamtliche Armenpfleger konnten nur Männer sein, weil die Frauen in der Politik nichts zu suchen hatten. Sie waren per Gesetz ausgeschlossen, sie konnten überhaupt keine Ehrenämter übernehmen. Alice Salomon mit ihrem Berliner Mädchen- und Frauenverein für soziale Hilfsarbeit (1893 gegründet) ist das Gegenmodell dazu. Die arbeiteten nicht ehrenamtlich, sie verrichteten zunächst soziale Hilfstätigkeiten, daraus entstand das, was wir heute den sozialen Beruf nennen. Das Ehrenamt gehört in die Sphäre der - männlichen - Bürgergesellschaft des 18. Jahrhunderts. Der Begriff als solcher und die gesellschaftliche Formation, die dazugehört, haben einen bestimmten Wirkungsgrad. Es ist nicht identisch mit Bürgerengagement. Ehrenamt tut etwas für andere - das ist der Sinn des Ehrenamts -, Bürgerengagement nimmt das eigene Leben in die eigenen Hände.

Heiner Keupp, den Sie wahrscheinlich alle kennen, der viel geschrieben hat zur Bürgergesellschaft, hat ein neues Buch veröffentlicht „Die Gesellschaft der Ichlinge?“¹². Es gibt ein schönes Kapitel in diesem Buch, wo er sich mit diesen Traditionen auseinandersetzt. Und er sagt: „Bürgergesellschaft heißt, diesen Gedanken aufzunehmen, dass die Leute sich engagieren, um Subjekte zu werden.“ Also das, was Paul Felisch wollte. Das eigene Leben mit anderen gemeinsam in die eigenen Hände nehmen und gestalten. Oder, wie Etzioni gesagt hat: „Aufgabe ist nicht, die Bürger zu betreuen, sondern sie zu befähigen.“ Dies nämlich können sie nicht einfach aus dem Stand, dazu brauchen sie Zugänge, Rechte, Ressourcen, Vernetzungen, Beratung, Unterstützung, in vielen Fällen auch Geld. Befähigen ist ein anderer Ausdruck für diesen Prozess der Subjektivierung. Sie sollen Akteure sein in einer Gesellschaft. Also Bürgerengagement geht eher, wenn wir unseren sozialpädagogischen Sprachschatz nehmen, auf die Seite des Klientels. Dort soll aktiviert werden, sie sollen Bürger werden in diesem Sinn. Das Ehrenamt geht mehr auf die Seite der Professionellen, der Ehrenamtliche ist so eine Art Hilfssheriff. In vielen Fällen macht er genau das Gleiche wie der Hauptamtliche, mit dem Unterschied, dass er kein Geld kriegt. Auch da lohnt es sich nachzudenken, ob wir da nicht vieles verheddern. Um das ganz deutlich zu sagen: Ich bin für das Ehrenamt, das hat seinen guten Sinn und seine lange Geschichte. Aber es verwirrt die Geister, wenn ich dieses Hase- und Igelspiel mache und die Jugendverbände sagen: „Bürgergesellschaft? Wir sind schon da.“ Das ist einfach falsch, da sind sie überhaupt nicht. Sie gehören ganz woanders hin. Sie sind wichtig und nützlich und sinnvoll. Aber Jugendverbände haben mit Bürgergesellschaft eo ipso nichts zu tun.

Warum haben die Erwachsenen immer Angst vor diesen partizipativen Ansätzen? Das ist eigentlich eine Frage, die an uns alle gerichtet ist. Das ist schwierig zu beantworten. Ich denke, dahinter steckt auch etwas, was wir alle nicht so gern machen, nämlich uns in Frage stellen zu lassen. Darauf läuft es doch hinaus. Wir tun uns schwer. Wir haben eine Assoziation, dass der Konflikt Zerstörung und Distanzierung bedeutet. Dabei ist es umgekehrt. Harmonie ist Zerstörung und Distanzierung. Stellen Sie sich vor, Sie haben einen Lebenspartner, der Sie betrügt um die Konflikte, die Ihnen zustehen. Schon die Körpersprache drückt das aus. Wenn ich mich „friedlich“ zurücklehne, stelle ich Dis-

¹² Keupp, Heiner: Eine Gesellschaft der Ichlinge?: zum bürgerschaftlichen Engagement von Heranwachsenden. - München: Sozialpädagogisches Institut, 2000, 120 S.

tanz her. Wenn ich einen Konflikt antrage, komme ich vor und verkürze die Distanz, stelle Reibung her. Natürlich ist so ein Konflikt im ersten Moment schmerzlich. Und wir brauchen einige Zeit um zu erkennen, dass der, der mit uns einen Konflikt ausficht, uns einen kostbaren Dienst erweist. Wir erkennen nicht, dass das Freundschaft, dass das Liebe ist. Wir fürchten das. Wir sind die Glätte der oberflächlichen Harmonie gewöhnt. Keiner mischt sich beim anderen ein. Partizipation, ich glaube, da hilft gar nichts, wenn wir es ehrlich meinen mit dem Begriff, wenn wir nicht Schattenboxen oder Etikettenschwindel betreiben, wenn wir es wirklich ehrlich meinen, dann heißt Partizipation, dass wir uns darauf einstellen müssen, dass Unterschiede aufbrechen. Partizipation heißt Heterogenität und nicht Homogenität. Es fällt uns verdammt schwer, Heterogenität auszuhalten. Kinder, die uns widersprechen, lassen uns das erzieherische Adrenalin so zu Kopf steigen, dass wir das Gefühl haben, der Konflikt muss heute noch beendet sein, bevor wir zu Bett gehen. Wir haben es ganz schwer, es auszuhalten, dass wir in einer Spannung mit unseren eigenen Kindern leben, die sich über Wochen hinzieht. Wir setzen alles daran, dass das erledigt wird. Dass das etwas Produktives sein kann, für die Kinder und für uns, das ist schwer zu erkennen. Dann kommt in Bezug auf Kinder und Jugendliche etwas hinzu. Es überwiegen in unserer Gesellschaft problembezogene Jugendbilder. Jugend gilt uns nur in Sonntagsreden als die große Chance, das innovative Kapital, die munter in die Zukunft geht... Jetzt haben wir die Jahrtausendwende hinter uns, da haben wir wieder diese wunderbaren Sprüche gehört, sie bestimmen aber nicht den Alltag. Den Alltag bestimmt die Sorge um die Jugend, die potentiell entgleist. Wir Wissenschaftler denken dabei in der Linie von Dürkheim nicht in der Linie von Samuel Noah Eisenstadt. Dürkheim hat gesagt: „Jugend ist potentielle Devianz.“ Deswegen bräuchte sie Jugendpfleger, Jugendfürsorger, Jugendarbeiter, Jugendschützer, Jugendhelfer, Jugendämter... Sie muss sozusagen umstellt werden von solchen, die verhindern, dass aus der potentiellen Devianz wirkliche Devianz wird. Lesen Sie doch mal die Anträge durch, die jemand schreibt, um Geld von irgend jemandem zu kriegen. Da wird immer mit diesem Jugendbild argumentiert. „Wenn ihr uns das Geld nicht gebt und wir unsere segensreiche Arbeit zum Wohle der Jugend nicht tun dürfen, steigt die Kriminalitätsrate, es werden mehr Drogen genommen usw.“ In diese Richtung würde ich spekulieren.

In der letzten Shell-Studie 1997 haben wir in einem Ostberliner Bezirk eine Initiativegruppe von Jugendlichen gefunden, die hatten unsere Studie gelesen und haben uns einen ganz groben Brief geschrieben, wir würden uns nun auch beteiligen an diesen falschen Diskussionen über Jugendliche und wir hätten nicht scharf genug herausgearbeitet, dass die Gesellschaft engagierte Jugendliche nicht will. Das konnten wir natürlich nicht auf uns sitzen lassen und sind dort hin gefahren und haben uns das angeschaut. Es war eine Jugendinitiative, die wollte Musik machen. Und nirgendwo, in Jugendzentren, Diskos usw., wurde ihre Musik gespielt. In einem abrisssbereiten Fabrikgebäude haben sie einen leerstehenden Keller gefunden und den Eigentümer davon überzeugen können, ihnen diesen Keller zu überlassen. Sie haben Stromanschluss geschaffen, einen Zähler angebracht, alle Wände angemalt - absolut schwarz. Wir haben diesen Keller gesehen. Dort haben sie ihre Musik gemacht und fühlten sich wohl darin. Irgendwann stellte sich die Getränkefrage und dann gab es Bier. Und irgendwann sind die Nachbarn darauf aufmerksam geworden und haben die Polizei eingeschaltet. Die kam und übergab die Sache an das Ordnungsamt. Das Ordnungsamt kam am helllichten Tage und hat folgendes festgestellt: Es fehlt eine Betriebserlaubnis, es fehlt eine Schankerlaubnis, es gibt nur eine Toilette für Jungen und Mädchen gemeinsam, außerdem fehlten in dem Gewölbe, dort, wo die Stahlträger auflagen, acht Zentimeter für die vorgeschriebene Mindesthöhe. Das Ordnungsamt hat nach Recht und Gesetz gehandelt. Sie haben den Ju-

gendlichen eine Betriebsstilllegungsverfügung geschickt, obwohl das kein Betrieb war. Wir hatten ein langes Gespräch mit den Jugendlichen. Sie sahen ja ein, dass das Recht und Gesetz ist, aber für sie ist das ein Beleg, dass die Gesellschaft gar nicht will, dass Jugendliche so etwas machen. Alles andere sind Sonntagsreden. Fragen Sie doch mal Ihre Haftpflichtversicherung, was es für Sie unter Umständen finanziell bedeuten könnte, wenn Sie Ihren Kindern erlauben, im Keller Partys zu feiern und ein Kind kommt dort zu Schaden. Wir leben in einer Gesellschaft, die so hoch verregelt ist, die so durchorganisiert ist, dass es wirklich auch schwer wird, Räume zu benennen für Partizipation außerhalb der pädagogischen Institutionen. Wir und unsere Einrichtungen, wir sind sozusagen das letzte Tummelfeld, die letzte Bühne, auf der so etwas geschehen kann. Oder aber es gibt andere Bühnen: die Schule, die politischen Parteien usw. Aber das, was Bürgergesellschaft ausmachen würde, die Zwischenräume, das ist extrem gefährlich.

Wohlfahrtsverbände und Partizipation - Vom Träger zum Anbieter und Organisator von Dienstleistungen (von Kinder- und Jugendinteressen)

oder

Leistungsentwicklung für und mit Kindern - Erfahrungen des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbandes NRW

DÖRTHE VAN DER VOORT, *Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Familie, Kinder und Frauen des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbandes NRW e.V., Wuppertal*

Einführung

Der Fachbereich Familie, Kinder und Frauen organisiert Vernetzung und Fachaustausch sowie fachpolitische Vertretung für

- 1.108 Tageseinrichtungen für Kinder, davon 893 in Trägerschaft von Elternvereinen,
- 138 Einrichtungen der Erzieherischen Hilfen,
- 107 Beratungsstellen für Kinder und Familien,
- ein Netzwerk Frauen innovativ NRW (der Zusammenschluss von über 100 autonomen Frauenprojekten),
- Fachforum Kinder- und Familienpolitik: Ein Zusammenschluss der landesweit arbeitenden Organisationen zum Thema Familienselbsthilfe (Verband binationaler Familien, Deutsche Kinderschutzbund-Initiativen, Mütterzentren, Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Pro Familia).

Das Fachbereichskonzept orientiert sich an der Zielvereinbarung, soziale Infrastruktur für Kinder und Familien zu verbessern und insbesondere Hilfe und Leistungsstrukturen für Kinder und junge Familien weiterzuentwickeln. Die einzelnen Fachgebiete mit ihrer Träger- und Leistungsvielfalt und ihren Facharbeitskreisen erbringen eine Teilleistung zum Gesamtkonzept.

Der PARITÄTISCHE ist in der Regel nicht Träger von Einrichtungen, sondern hat sich insbesondere in Nordrhein-Westfalen die Aufgabe gestellt, Vereine und Initiativen mit Dienstleistungen zu unterstützen, damit Trägerautonomie, hohe Selbstorganisation und Beteiligung der Menschen in den Einrichtungen als Unternehmensziele der Einrichtungen Bestand haben. So organisiert der PARITÄTISCHE Landesverband z.B. die **PARITÄTISCHE Geldberatung**, die die Projekte bei der Mittelakquirierung unterstützt und ein Netzwerk von Fördervereinen berät, die **PARITÄTISCHEN Dienste** (PARI-DIENST), die betriebswirtschaftliche Leistungen wie Finanzbuchhaltung und Gehalts-service vorhalten, und beteiligt sich neuerdings an dem Zusammenschluss verschiedener Landesverbände an der **Gesellschaft für PARITÄTISCHE Qualitätsprüfung und -entwicklung**. Der Zusammenhalt der durch starke Vielfalt gekennzeichneten Initiativen, Vereine und Träger ist durch verbandliche Grundhaltungen Offenheit, Vielfalt und Toleranz als Qualitätsmerkmale gewährleistet. Der Zusammenhalt dieser vielfältig und unterschiedlich ausgerichteten Träger lässt sich nur durch Grundwerte vermitteln und organisieren, wobei die Werte Vielfalt, Offenheit und Toleranz sich wechselseitig bedingen.

Im Beitrag soll beispielhaft aufgezeigt werden, wie Organisationen, die durch alte und neue soziale Bewegungen (Menschenrechtsbewegung und Friedensbewegung, Kinderrechtsbewegung, Reformpädagogische Bewegungen, Frauenbewegung) entstanden und entstehen, ein Netzwerk von vielfältigen modernen innovativen Dienstleistungsstrukturen aufbauen. Das Thema der Beteiligungsmöglichkeiten der Kinder soll am Beispiel der Qualitätsentwicklung in Kindertageseinrichtungen veranschaulicht werden (Motto: Bei uns hat Beteiligung Qualität).

Der Beitrag will die folgenden zentralen Botschaften vermitteln:

- Die Beteiligung der Kinder muss **das Qualitätsmerkmal** einer sozialen Leistung für Kinder werden.
- Qualitätsentwicklung ist nur möglich durch einen Dialog, den Familien, Mitarbeiter in Einrichtungen und Trägervertreter mit Kindern führen müssen, ein Dialog, der einer öffentlichen Aushandlung bedarf. Aus einer Leistung **für Kinder** wird eine Leistung **mit Kindern**. Erwachsene und Kinder lernen gemeinsam, ergänzen ihre Perspektiven. Es geht um die Demokratisierung von Leistungen.
- Freie Wohlfahrtspflege erlebt zurzeit einen umfassenden Gestaltwandel. Soziale Dienstleistung ist selbstverständlicher Bestandteil des gesellschaftlichen Zusammenlebens geworden. Die Frage nach dem Umfang der Leistung verlagert sich auf die Frage: Wie können soziale Leistungen Wirksamkeit entfalten? Die Antwort lautet: Mit einer möglichst hohen Beteiligungsmöglichkeit der Menschen selbst an den Leistungen.

Von der Fürsorge zur professionellen Humandienstleistung

Soziale Arbeit ist als selbstverständlicher Bestandteil einer modernen Dienstleistungsgesellschaft zu verstehen. Zur Zukunftssicherung braucht soziale Arbeit weitere Professionalisierung, bessere Qualitätssicherung und neues bürgerschaftliches Engagement. Diese Trias bedingt sich wechselseitig und darf nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Soziale Arbeit kann auf eine Erfolgsgeschichte zurückblicken, sie hat sich von mühsam erbrachter ehrenamtlicher Arbeit zu einer Wachstumsbranche entwickelt. Diese Erfolgsgeschichte wird aktuell mit Misstrauen betrachtet, als „Jobmaschine“ ist der 3. Sektor erst teilweise entdeckt, das Qualitäts- und Preisbewusstsein der freien Träger ist in Verhandlungen gefürchtet. Die freie Wohlfahrtspflege hat immer noch genug eigenes Geld in den Leistungen und beginnt, sich ihrer gesellschaftspolitischen Gestaltungsaufgabe zunehmend neu bewusst zu werden.

Dieser Prozess vollzieht sich bei den großen Verbänden zwar zögerlich, aber Verhandlungserfolge in Nordrhein-Westfalen zeigen, dass auch Spitzenverbände von den eigenen Organisationen lernen und Zusammenhalt und gemeinsames Handeln zunehmend besser organisieren und verlorene Gestaltungsräume zurückerobern. Die freien Träger sind keine Subunternehmen der öffentlichen Hand. Sie organisieren gemeinsam Zusammenhalt, Verhandlungsmacht und sind eine gesellschaftspolitische Gestaltungskraft mit eigenen Intentionen.

Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband: Im Mittelpunkt der Mensch mit seiner Suche auf gelungenen Alltag und seinen Rechten auf Selbstbestimmung

Der PARITÄTISCHE spielt im Zusammenspiel der Spitzenverbände eine besondere Rolle. „Die drei wichtigsten Aufgabenfelder des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbandes“, so der Bundesgeschäftsführer in seinem Beitrag zum 75-jährigen Bestehen des PARITÄTISCHEN, „waren und sind die Rahmenbedingungen zu sichern für gemeinnützige soziale Dienstleister, Anwalt zu sein für soziale Randgruppen sowie als Agentur zu fungieren für soziales Bürgerengagement“. Den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen bedeutet, Organisationsziele, Verfahren und Ziele immer wieder zu prüfen. So werden bei uns in Nordrhein-Westfalen für jede Aufnahme eines Mitglieds zwei Gutachten erstellt:

- ein fachliches Gutachten, welches prüft, inwieweit der Satzungszweck genau dies beachtet und die Organisation fachlich ihre Ziele erreichen kann,
- ein zweites Gutachten, welches die Einbindung der Leistung in die Organisationsziele im Zusammenwirken mit den anderen Trägern bewertet (Teilleistung der Gesamtleistung).

Lange bevor von Qualitätssicherung gesprochen worden ist, haben wir im PARITÄTISCHEN NRW in unsere Aufnahmeverfahren qualitätssichernde Verfahren eingeführt und stellen uns heute mit unseren Facharbeitskreisen der Diskussion zur Gründung von Gütegemeinschaften. Ein wichtiges qualitätssicherndes Instrument sind die Grundsatzentschlüsse der landesweiten Mitgliederversammlung, welche selbstverpflichtend das gemeinsame Handeln der Mitglieder ausrichten.

Im Oktober 1999 wurde in der Mitgliederversammlung des Landesverbandes NRW einvernehmlich ein Entschlüsselungsantrag verabschiedet, der die Sicherung der Kinderrechte ins Zentrum der Leistungs- und Qualitätsdiskussion stellt. Auf Grundlage dieser Entschlüsselung wird sich die Arbeit des Fachbereichs in den nächsten Jahren ausrichten.

Weder gleich noch gleichberechtigt

Frauen- und Kinderrechtsbewegung bringen neue Sichtweisen in die soziale Arbeit. Das Jahrhundertprojekt der Gleichberechtigung von Männern und Frauen ist noch nicht abgeschlossen: Die Männer haben noch nicht wirklich Abschied genommen vom Patriarchat. Nur Bewegungen bringen Veränderung.

Die doppelte Ausbeutung: schlecht bezahlte Erwerbsarbeit und unbezahlte Familienarbeit ist für Frauen immer noch Lebensrealität. Familie und Beruf sind unter gegenwärtigen Bedingungen nicht zu vereinbaren. Soziale Einrichtungen erscheinen oft als Frauenbetriebe unter männlicher Leitung. Nur langsam wächst die Erkenntnis, dass Frauenprobleme Männerprobleme nach sich ziehen. Frauenprobleme bedingen die Probleme vieler Kinder mit. Deswegen gehen Projekte der Frauen- und Kinderrechtsbewegung zunehmend Bündnisse ein. Aus dem gewachsenen Selbstbewusstsein der Frauen und Kinder kann soziale Dienstleistung noch viel Veränderung und Innovation erfahren. Frauenprojekte fordern Mädchenrechte ein. Sie engagieren sich für eine mädchenrechte Jugendhilfeplanung und für eine geschlechtsspezifische Erziehung, die Gleichheit und Differenz der Geschlechter öffentlich diskutiert sehen will (Beispiel: Mütterzentrumsbewegung oder Verband allein erziehender Mütter und Väter).

Kinder sind Träger eigener Grundrechte. Dies ist ein juristisches Grundverständnis, das in den vergangenen Jahren immer mehr gewachsen und im Alltag von Kindern spürbar geworden ist. Das Kinder- und Jugendhilferecht, wie auch das neue Kindschaftsrecht, sind geprägt von dieser Rechtsauffassung. Dieses Denken ist durch die „Konvention über die Rechte des Kindes“ gefördert worden, die 1989 von den Vereinten Nationen beschlossen und nach schwierigen Auseinandersetzungen auch von Deutschland ratifiziert wurde. Die Kinderrechtsbewegung fordert den Schutz des Kindes vor Gewalt und Ausbeutung sowie das Recht des Kindes, seine Anliegen selbst zu diskutieren. Vereine und Projekte im PARITÄTISCHEN sind Teil dieser Bewegung. Sie bringen auch den PARITÄTISCHEN in Bewegung.

Dienstleistungen für Kinder und junge Familien oder Qualität ist lebendig

Im Rahmen einer Kampagne gegen das Sparprogramm der Landesregierung Nordrhein-Westfalen forderte der PARITÄTISCHE Zusammenschluss durch Plakate und Handzettel Eltern und Kinder dazu auf, ihre Proteste an ihre Landtagsabgeordneten zu schicken. Die Rückseite dieser Zettel forderte die Kinder auf zu malen, was ihnen an ihrem Kindergarten am wichtigsten und bedeutsamsten ist. „Was ist das Schönste am Kindergarten?“ lautete die Frage, wohl wissend, dass Kinder sich noch in der Einheit von Gefühl und Verstand auszudrücken verstehen. Mit dem originalen Bildmaterial sollte der Blick der Erwachsenen auf die Wahrnehmungsperspektive der Kinder gerichtet werden. Die Bilder, die nicht nur im Landtag zu Tausenden eintrafen, verfügten über eine solche Klarheit und Ausdrucksstärke, dass wir uns entschlossen, 1.000 herauszugreifen und wissenschaftlich für die gleichzeitig einsetzende Qualitätsdebatte auszuwerten. Die Bilder dokumentieren, dass unsere Kindergärten Orte für Kinder geworden sind. Dabei ist das Grundanliegen der Kinder offensichtlich die Begegnung mit den anderen Kindern, das gemeinsame Spielen und Arbeiten drinnen und draußen und offensichtlich besonders bedeutsam das gemeinsame Mittagessen. Der Kindergarten ist eindeutig für Kinder ein Ort der Zugehörigkeit und der Sicherheit. Das Konzept Orte für Kinder ist von den Kindern angenommen worden. Diese Bilder haben den Verband ermutigt, zwischen 1997 und 1999 noch offensiver für die Qualität in unseren Kindertagesstätten zu streiten.

Denk-Anstöße für Kindertageseinrichtungen

Ein Garten der Kinderrechte und der Stadtteil als Lehrplan

Konzepte der Zukunft für Kindertageseinrichtungen sind Konzepte, die neben Kind- und Familienorientierung den Kindern helfen, in die Welt hineinzuwachsen und daher den Stadtteil, die Umgebung mit einbeziehen. In den Stadtteil „hineinzuarbeiten“, bedeutet auch Nichteltern, Bürger, Nachbarn zu beteiligen, sich aktiv mit der Umwelt auseinander zu setzen, sie mit den Kindern zu erforschen, Kontakte mit anderen Diensten, Einrichtungen, Initiativen herzustellen. Ziel der hierfür notwendigen und dabei entstehenden Beratungsprozesse ist, Tageseinrichtungen für Kinder, insbesondere selbstorganisierte Elterninitiativen nicht allein zu lassen mit ihrem Engagement, sondern sie dabei zu unterstützen, im Stadtteil, im Gemeinwesen zu „wurzeln“. Das bedeutet:

- Freiwilliges Engagement zu binden,
- Elternengagement im jeweiligen pädagogischen Konzept zu implementieren,
- Kooperation im Stadtteil zu fördern,
- Qualitätssicherung und -entwicklung abzustützen.

Die Stadt bzw. den sozialen Raum als Lehrplan zu nutzen bedeutet, Kinder als Mitbürger ernst zu nehmen, die Stadt zu ihrer Stadt werden zu lassen, die sich erobern und erforschen lässt. Es bedeutet, dass Kinder nicht länger in Kinderwelten, d.h. Kindergärten zurückgewiesen werden.

Der PARITÄTISCHE hat in seiner Konzeptberatung damit begonnen, Träger zu ermutigen, die Rechte der Kinder mit den Kindern in den Einrichtungen zu verhandeln. Wenn die Rechte der Kinder formuliert werden, müssen auch die Rechte der Erwachsenen sich ändern.

So haben Kinder z. B. das Recht auf Denken gefordert, aber alle verschieden, weil es sonst langweilig ist; ebenso das Recht auf Fehler (aus der Sicht der Kinder formuliert: „Etwas ausprobieren ohne ‘siehste!’“). Durch die Aushandlung der Rechte verändert sich die Sicht der Erwachsenen auf die Kinder. Als Rechtsträger sind wir halt alle bereit mehr zu akzeptieren und sogar von ihnen zu lernen. Mehr dazu ist nachzulesen in: „Denk-Anstöße“ - Zehn Plädoyers für Kinder und Familien“ (siehe unter Quellenhinweise).

Quellenhinweise:

1. „Blätter der Wohlfahrtspflege“ 11 und 12/1999, 146. Jahrgang

mit den Beiträgen:

- a) Wolf Rainer Wendt
„Gemischte Wohlfahrt - Eine Bilanz des Sozialen am Ende des Jahrtausend - Die sozialen Megatrends im 20. Jahrhundert“
- b) Albert Müller
„Von der Fürsorge zur professionellen Humandienstleistung - Die Entwicklung der Sozialarbeit - ein Rückblick am Ende des Jahrtausends“
- c) Thomas Rauschenbach
„Das sozialpädagogische Jahrhundert“
- d) Monika Simmel-Joachim
„Weder gleich noch gleichberechtigt - Der Kampf um die Gleichberechtigung von Mann und Frau war ein Jahrhundertprojekt“
- e) Klaus Dörrie
„Der hilfesuchende Mensch muß im Mittelpunkt unserer Politik stehen.
75 Jahre PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband: Seine Ziele und Aufgaben im Wandel der Zeit“

2. Hedi Colberg-Schrader/Marianne Krug

„Arbeitsfeld Kindergarten“, München 1995

3. PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband NRW

„Denk-Anstöße - Zehn Plädoyers für Kinder und Familien
Beiträge zur Sicherung und Entwicklung von Qualität in Tageseinrichtungen für Kinder zur Diskussion gestellt“,
Oktober 1999

Diskussion

Hans-Peter Friedrichs, *Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Jugendförderung, Bonn*: Mich interessiert besonders dieses Projekt „Kinderrechte in Kindertagesstätten“. Wo reden die Kinder mit? Was wird mit den Kindern gemeinsam gemacht? Wer nimmt daran teil? Dazu hätte ich viele Informationen nötig, denn ich spüre in den Horten etwas Widerstand, wenn ich versuche, so etwas zu etablieren.

Dörthe van der Voort: Wir stehen mit dieser Diskussion noch am Anfang. Diese EntschlieÙung hat im Grunde dazu geführt uns zu verpflichten, diese Perspektive in der Qualitätssicherung einzunehmen. Das Entscheidende war eigentlich diese Kinderbildaktion, die deutlich machte, dass die Kinder eben nicht an erster Stelle Erzieher forderten, sondern diesen Begegnungsraum, diesen Ort, dass sie diesen Ort auch schon als den ihren definierten. Das Konzept des Deutschen Jugendinstitutes „Tageseinrichtungen sind Orte für Kinder“ war damit bereits operationalisiert. Man konnte also nun weiter denken von dem „Ort für Kinder“ - von dem Zaun mit Gelände und Grundstück, von diesem Raumkonzept - zur Organisation der Arbeit in den Stadtteil hinein. Das sind Konzeptberatungen, die auch mit dem Marketing dazu verhelfen sollen, die Überlebensdiskussion für Tageseinrichtungen voranzubringen, nämlich: Wie organisieren wir uns vor Ort ausgerichtet an den Menschen und vor allem an den Kindern? Dadurch ist das ausgelöst worden und dann die Verpflichtung, das wirklich als Orte der Kinder konzeptionell und mit den Kindern weiter zu entwickeln. Dazu gibt es konzeptionelle Organisationsentwicklungsangebote.

Hans-Peter Friedrichs: Ich spüre aber wenig Begeisterung bei den Erziehern im Bonner Bereich. Wie war das bei Ihnen, haben Sie Erzieher vorher fortgebildet, um Kinderrechte und Kinderbeteiligung zu transportieren?

Dörthe van der Voort: Wir haben pädagogische Facharbeitskreise. Dort haben sich die Leiterinnen der selbstorganisierten Projekt- und Elterninitiativen zusammengeschlossen und haben schon vor einigen Jahren die Diskussion geführt, wie der kindorientierte Ansatz weiter zu entwickeln ist. Das heißt, diese Diskussion stößt eigentlich auf einen Diskurs der Erzieherinnen untereinander. Das ist also kein Konzept, das in die Weiterbildung hineingetragen worden ist, sondern das auch ein Stück weit von unten kommt.

Es gibt eine ganze Menge neuer Ansätze projektorientierten Arbeitens, zum Beispiel mit Kindern das Außengelände neu zu gestalten oder mit Kindern die Welt zu entdecken, die in den Einrichtungen selbst entstanden sind. Wir haben eher Schwierigkeiten, das in die klassische Weiterbildungskonzeption hinein zu holen, weil der projektorientierte Ansatz nicht im üblichen Sinne gelehrt werden kann, sondern im Grunde auch ein Einlassen auf Erfahrungen ist. Wir tauschen eher Projektberichte aus und leiten in der Weiterbildung die Dokumentation von Projekten an. Wie dokumentiert man ein Projekt, damit es außenwirksam wird? Die Erfahrungs- und Erkenntnisprozesse des Kindes, z.B. das Erforschen des Waldstückes, das hinter der Kindereinrichtung liegt, werden durch Fotodokumentation, durch Benennen der Probleme des Waldes öffentlich gemacht, auch medial öffentlich gemacht. Das heißt: Was haben die Kinder im Wald entdeckt? Sie haben natürlich auch eine Menge an Unrat entdeckt. Damit haben sich die Kinder auch auseinander gesetzt, ebenso mit der Benutzung von Verkehrsmitteln und anderen Themen. Über alle Themen und Projekte werden dann Dokumentationen erstellt.

Michael Hansmeier, *Stadtjugendamt Ratingen*: Wir haben in unserer Kommune Ratin-

gen die städtischen Kindergärten zum größten Teil konzeptionell umgestaltet, d.h. sie arbeiten nach einem offenen Konzept, bei dem die Kinder sehr viel stärker einbezogen werden, z.B. in die Gestaltung des Tagesablaufes oder in ihre eigene Entscheidung, in welchen Bereichen sie sich engagieren möchten. In einer Einrichtung ist es so organisiert, dass die Kinder einmal täglich zu einem sogenannten Forum zusammengezogen werden und eine Mitarbeiterin jeweils freigestellt ist für vernetzende Arbeit im Stadtteil, d.h. sie geht mit den Kindern sehr viel raus, z.B. zum ansässigen Sportverein. So kommt man allmählich zu neuen Arbeitsfeldern, in die man Kinder mit einbeziehen kann.

Heinz Klauder, *Geschäftsführer Forum Sozialarbeit e.V., Kappeln*: Wesentlich an dem Statement eben war doch die Aussage, dass man aus der Diskussion heraus kommen muss, dass die Arbeit mit Kindern diesen Fürsorgeaspekt beinhaltet. Der Begriff „Soziale Dienstleistung“ - damit wende ich mich an die anwesenden Mitarbeiter von Jugendämtern und auch an die Jugendpolitiker - wirkt doch sehr technisch. Wie wirkt das, wenn ein Träger dieses Vokabular benutzt? Es zeigt doch eine ganz andere Haltung, das haben Sie sehr gut dargestellt. Ich bin davon überzeugt, dass mein Produkt, das ich anbiete, sei es Hilfen zur Erziehung oder sei es ein guter Kindergarten, gut ist. Wenn das in dieser Art dargestellt wird, wirkt es. Das versteckt nicht mehr die Arbeit („Hilfe, ich muss Sozialarbeit machen.“), sondern das sagt sehr offensiv, ich mache gute Sozialarbeit und die muss bezahlt werden. Und hier liegt die positive Wirkung.

Ist es nicht generell so, dass wir erst rauskommen aus der Sackgasse - auch mit Finanzierung -, wenn wir soziale Arbeit stärker sehen als etwas, das zu einem Gemeinwesen genauso dazugehört wie die ausgebaute Straße, dass wir stolz darauf sind, was eine Kommune leistet und dass das ein hohes Qualitätsmerkmal ist? Kommt das an oder ist das so, dass Politiker oft sehr verwundert sind, wenn sich Träger so verhalten, wie Sie das eben dargestellt haben, und meinen, die sollten etwas bescheidener auftreten? Ich selbst erlebe beides.

Hubert Meyer-Wiedemann, *Senat für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales Bremen*: Ich bin in Bremen senatorisch für Fortbildung zuständig, arbeite aber auch in einem Gremium mit, in dem es darum geht, das Amt für Soziale Dienste sozusagen in einem Projektentwurf vom Amt zu einem Unternehmen Soziale Bürgerdienste umzugestalten. Das betrifft etwa 2.000 Mitarbeiter. Die Beteiligten interpretieren als ihr Selbstverständnis ihre Arbeit so: „Wir erbringen eine kommunale Dienstleistung.“ Die Frage aber ist: Wie zeigt sich das und woran merkt der Bürger das? Das ist viel entscheidender als geschmeidige Formulierungen. Denn die Mitarbeiter sind doch immer noch dieselben.

Michael Hansmeier: Eine Ergänzung für Herrn Friedrichs: Viele Erzieherinnen kamen mit dem neuen, offenen Konzept so gar nicht zurecht. Unsere Fachberatung musste sehr viel Kraft, Zeit und auch professionelle Hilfe von außen investieren, um dann diese offenen Konzepte peu a peu in allen Einrichtungen so zu manifestieren, dass sie dort eine Akzeptanz gefunden haben. Das ist natürlich die Basis gewesen. Wenn die Erzieherinnen nicht hinter dem Konzept stehen konnten, hat sie die Einrichtung erst einmal nicht damit belastet und das allmählich mit denen aufgearbeitet. Das war ganz wichtig.

Elisabeth Rathsmann-Kronshage, *Ratsfrau, Bielefeld*: Inwieweit ist der DPWV als Trägervertreter der adäquate Ansprechpartner? Ich hätte mir eigentlich Träger gewünscht, die eigene Einrichtungen betreiben. Ich denke, Sie als Dachverband vertreten - das haben Sie ja auch sehr deutlich gemacht - eine ganz große Palette dessen, was es an

unterschiedlichsten Organisationen gibt. Für mich stellt sich dabei die Frage, wie weit ist der DPWV in seiner Leitbildentwicklung, wie äußert sich das und wie ist in diesem Kontext die Partizipation von Kindern und Jugendlichen angelegt? Ich kenne das natürlich selber aus meiner Kommune, dass es eine ganz unterschiedliche Palette von Trägern gibt, die sich im DPWV als Dachverband organisieren. Daher ist das so eine Art Stellvertreterdiskussion, die wir hier auch führen müssen.

Eben wurde die Frage gestellt, wie das eigentlich bei Politikern ankäme. Ich bin Politikerin im Jugendhilfeausschuss. Die absolut notwendige Linie, die wir eingehen müssen, ist doch die, Qualitätsentwicklung sehr viel extensiver zu betreiben, als das bisher passiert. Und es muss im Sinne von Leistungsbeschreibung festgeschrieben werden, wo passiert tatsächlich Partizipation. Das muss Bestandteil dessen sein, was Träger anbieten, damit Politik entscheiden kann: „Passt mir das so und gebe ich diesem Träger das Geld dafür, um diese Arbeit zu machen oder nicht?“ In dem Bereich müsste es eigentlich schon sehr klar und sehr deutlich formuliert sein, in welcher Form hier Partizipation sowohl von Kindern und Eltern als auch von Beschäftigten stattfindet.

Ursula Redecker, *Bereichsleiterin Bereich Jugendarbeit der Stadt Lübeck*: Ich möchte auf die Frage von Herrn Klauder antworten. Änderungsprozesse finden nicht nur bei den freien Trägern statt. Die Ausführungen von Frau van der Voort sind mir sehr vertraut, gerade in dem Bereich der Jugendarbeit. Wir setzen uns auch mit Qualitätssicherung, Qualitätsmanagement und Erneuerung auseinander, und zwar sehr intensiv. Aber es gibt freie Träger, die diesen Prozess nicht vollziehen, die immer noch auf dem Standpunkt stehen, sie bräuchten die Kommune nur für die finanzielle Ausstattung. Das ist im Moment für mich der größte hemmende Faktor, was auch eine unproduktive Trägerkonkurrenz untereinander ausmacht.

Anne Hakenes, *Ratsfrau, Münster*: Ich hatte mich gemeldet, um noch einmal etwas zur Veränderung in den Kindertagesstätten zu sagen. Seitdem wir in Münster eine über hundertprozentige Versorgung von Kindergartenplätzen für Kinder zwischen drei und sechs Jahren haben und inzwischen auch schon eine ganze Menge für Kinder unter drei und über sechs Jahren getan haben, stellt sich immer mehr eine Konkurrenz unter den Tageseinrichtungen dar. Vor allem ältere Einrichtungen haben jetzt große Sorge, da die Eltern auf einmal auswählen können, was ja früher nicht der Fall war. Von daher geht eine unheimliche Veränderung aus, sowohl in den kirchlichen als auch in den kommunalen Einrichtungen. In den kommunalen Kindertagesstätten haben wir nun angefangen, Qualitätskriterien zu entwickeln. Zuerst war ich sehr skeptisch und dachte, das machen die nicht mit, weil das so sehr nach Kontrolle aussieht. Wir sind aber sehr erstaunt, wie engagiert die MitarbeiterInnen mitmachen. Es gab kürzlich eine Veranstaltung mit einer lebhaften Diskussion zu diesem Thema, daran haben über 200 Kindergärtnerinnen teilgenommen. Es ist natürlich schade, dass das erst unter diesem Druck entsteht, aus der Angst, nicht mehr konkurrenzfähig zu sein. Es hätte den Kindergärten auch schon gut getan, sich vor zehn Jahren damit auseinander zu setzen, ob ihr Konzept nicht besser auf die Bedürfnisse der Kinder abgestimmt werden muss als auf einen geordneten Ablauf und dem Wohl der Erzieher.

Zu den Leistungsverträgen und freien Trägern: Wir gehen in Münster immer mehr dazu über, bei vielen Leistungen mit dem Träger auch richtige Leistungsverträge abzuschließen, über die Qualität und Nachprüfbarkeit von Qualität. Ich denke, da müssen wir noch üben. Das wissen wir vielleicht erst etwas später, ob das schon so nachhaltig zu vergleichen ist. Es werden immer mehr Leistungen ausgeschrieben und Leistungsverträge anschließend geschlossen. Das verändert die Jugendhilfelandchaft noch einmal ganz ge-

waltig.

Hasso Brühl: Die Stadt Hagen beispielsweise hat schon relativ früh angefangen, Leistungsverträge zwischen der Stadt und ihren freien Trägern zu entwickeln, so dass sie inzwischen mit einem gewissen Erfahrungsschatz versehen ist.

Waltraud Hostettler, Ratsfrau, Aachen: Ich sitze hier sozusagen zweigeteilt. Ich bin auf der politischen Seite - seit kurzem erst - und Vorsitzende des Kinderschutzbundes in Aachen, also auf der Seite der freien Träger. Ich kann das also von beiden Seiten beurteilen.

Als freier Verband will man Qualitätssicherung machen, indem man hauptamtliche Mitarbeiter hat. Das muss man aber nachweisen. Die Kommune - die andere Seite - sagt dann, das bieten mir andere auch preiswerter an. Oder es kommen Vorwürfe, dass der Träger einfach nur neue Stellen schaffen will, um damit wichtiger zu werden. Aus dem Dilemma muss man einfach raus, weil Qualitätssicherung und Standards einen ganz hohen Stellenwert haben. Auch bei den Leistungsverträgen wird gegeneinander aufgerechnet, was denn tatsächlich vergleichbar ist. Wenn der eine Anbieter preiswerter ist, bietet er auch die gleiche Qualität? Da muss die Politik viel intensiver nachschauen. Dazu müssen die Politiker auch weitergebildet werden.

Zum PARITÄTISCHEN: Wir haben eine sogenannte Klärungsstelle. Dort werden Kinder zwischen 3 und 18 Jahren aufgenommen, um zu klären, ob sie in ein Heim kommen oder nicht. Das ist ein Delegationsverfahren von der Stadt Aachen. Da nutzen wir einfach den PARITÄTISCHEN, indem er uns Pflegesätze vorgibt, an die wir uns halten können, mit denen wir dann besser mit der Stadt verhandeln können. Das macht die Dachorganisation aus, dass man bestimmte Standards oder Preise einfach bekommt und dann sicherer ist.

Dörthe van der Voort: Herr Voßmann hat die Stadt Hagen vertreten. Er hatte deutlich die Forderung der öffentlichen Träger an die freien Träger herangetragen, dass die sich auch verändern müssten. Ich wollte mit meinem Beitrag deutlich machen, dass sich der PARITÄTISCHE schon immer verstanden hat aus dem bürgerschaftlichen Engagement und der verschiedenen sozialen Bewegungen und dass die ständige Veränderung da ist. Ich denke, auch bei den anderen Trägern ist eine Veränderung zu verzeichnen. Es wird sich zu wenig darüber ausgetauscht und es wird also auch die Beziehung zwischen öffentlichem und freiem Träger durch die neue Diskussion von Dokumentation von Leistung auch in ein großes Missverständnis geführt.

Vorhin habe ich von den Kindern gesprochen, die einfach in einem Kinderbild dokumentiert haben, was der Kindergarten für sie leistet. In einem Kinderbild haben die Kinder im Grunde gezeigt, dass die Leistung des Kindergartens bei ihnen ankommt, dass sie diesen sozialen Ort für sich wirklich als Ort für Kinder identifizieren, so wie das konzeptionell auch vorgesehen ist im Gesetz für Tageseinrichtungen für Kinder in Nordrhein-Westfalen zur Erziehung zur Gemeinschaft. Sie sagen: „Ich bin im Kindergarten wegen der anderen Kinder.“ Dokumentation von Leistungen wird oft zu kompliziert gedacht - bei aller Notwendigkeit von Quantifizierung. Wenn man Leistungen auch aus der Sicht der Kinder dokumentieren lässt, haben diese einfache, klare Antworten. Das ist eine Chance für uns Erwachsene. Ich weiß, dass gerade in der Diskussion um das Sparen in den Kindergärten überall ein Ruck und eine Bewegung durch die freien Träger gegangen sind, weil überall gestritten und diskutiert worden ist. Die Erzieherinnen sind dermaßen aufgewacht, als es auf einmal an ihre Stellen ging. Es gab nicht ei-

nen Kindergartenrat, auf dem das kein Thema war. Dort ist allen deutlich geworden, dass die Leistungen dokumentiert werden müssen und Konzepte benötigt werden, die genau sagen, was getan wird. Das sind die Mitarbeiter überhaupt nicht gewöhnt und sie wissen erst einmal nicht, wie das gemacht wird. Da ist es eine Chance, die Kinder mit ihrer Perspektive in die Dokumentation einzubeziehen. Dafür wollte ich hier werben, weil das eine sehr positive Erfahrung war, dass es auch einfach gehen kann. Die Mitglieder im Landtag haben mit diesen Bildern ihre Zimmer tapeziert. Eine Landtagsabgeordnete sagte, es wäre eine mahnende Erinnerung.

Hasso Brühl: Einen Aspekt haben wir hier noch gar nicht angesprochen: Die Landschaft ändert sich ja auch sehr stark durch die Umsetzung des Europa-Gedankens und die dadurch bedingte Veränderung des rechtlichen Rahmens. Das heißt, die Konkurrenzbedingungen für die bestehenden traditionellen Träger verändern sich ebenfalls massiv. In einem anderen Seminar wurde bereits angesprochen, dass ein für die bundesrepublikanischen Verhältnisse bisher unbekannter Konkurrenzdruck entsteht. Das ist sicherlich ein Thema, das wir noch einmal aufgreifen werden. Wir bemerken in den Seminaren, dass die bundesrepublikanischen Städte doch noch sehr innerhalb unserer Grenzen orientiert sind und die anderen, kleineren Länder - z.B. Dänemark oder Holland - schon sehr viel eher gezwungen sind, über ihre Grenzen hinweg zu schauen und deshalb möglicherweise etwas beweglicher sind. Das gilt für nahezu alle Bereiche, auch für den uns etwas problematisch erscheinenden Bereich der wirtschaftlichen Kontakte der Städte untereinander. Da sind andere Städte offensichtlich auch schon etwas schneller.

Damit möchte ich zum Abschluss unseres Seminars kommen. Eine Zusammenfassung möchte ich nicht geben, nur eine Anmerkung, dass ich denke, dass der Beitrag von Herrn Professor Münchmeier uns gezeigt hat, dass unser Thema kein Partizipationsthema im engeren Sinne ist und dass wir da auch noch nicht allzu viele Antworten haben. Herr Münchmeier hat es aus meiner Sicht hervorragend verstanden, uns ein wenig zu verunsichern und unsere Position in Frage zu stellen. Eine günstige Situation ergab sich für uns und unser Seminar aus der regen Beteiligung von Vertretern der Politik, was nicht selbstverständlich ist. Die Diskussion zwischen Verwaltung und Politik kann und muss noch viel stärker geführt werden.

Ich bedanke mich ganz herzlich für die rege Beteiligung.

LITERATURHINWEISE

Aktion Jugendschutz -ajs-, Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg, Stuttgart (Hrsg.)
Ebbert, Birgit / Lilienfein, Klaus

Jugend macht Gesellschaft. Was ist uns unsere Jugend wert?
Stuttgart (1995); 227 S.; ISBN 3-923970-20-X

Apel, Peter / Pach, Reinhard

Kinder planen mit! Stadtplanung unter Einbeziehung von Kindern.
Unna: LKD Verlag (1997); 159 S.

Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe -AGJ-, Bonn (Hrsg.)

Modelle und Konzepte der Partizipation von Kindern und Jugendlichen.
Dokumentation zweier innovativer Projekte. Deutscher Jugendhilfepreis 1996 -
Hermine-Albers-Preis.
Bonn (1996); 128 S.; ISBN 3-922975-49-6

Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe -AGJ-, Bonn (Hrsg.)

Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Dokumentation einer Fachtagung
der AGJ am 2./3. Dezember 1996 in Köln.
Bonn (1997); 81 S.

Arbeitskreis Kinder- und Jugendforen (Hrsg.)

Kinderpolitik konkret. Das Münchner Kinder- und Jugendforum.
München (1998); 100 S.; ISBN 3-923121-21-0

Arnold, Thomas / Wüstendörfer, Werner

Auf der Seite der Kinder - Kinderbeauftragte in Deutschland.
Frankfurt/Main: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik -ISS- (1994); 203 S.;
ISBN: 3-88493-116-4

Bartscher, Matthias

Partizipation von Kindern in der Kommunalpolitik.
Freiburg i. Br.: Lambertus (1998); 228 S.; ISBN 3-7841-1048-7

Bayerischer Jugendring, München (Hrsg.)

Ziele, Ideen, Zukunft gestalten. Kinder und Jugendliche mischen mit bei der
Agenda 21. Arbeitshilfen
München (1999); 101 S.

Becker, Verena

Interessenvertretung. Mitwirkung von Kindern. Überlegungen zur Beteiligung von
Kindern am gesellschaftlichen Leben.
Köln: Amt für Kinderinteressen (1994); 40 S.

Braunschweig, Dezernat für Jugend, Soziales und Gesundheit (Hrsg.)

Försterra, Beatrice / Vellay, Irina / Ohms, Martina

Mädchen planen mit! Was wollen Mädchen? Mädchen wollen was! Stadtteilerfahrungen unterwegs - mädchengerechter Spielplatz im Heidberg. Ergebnisse eines Projekts.

Braunschweig (1998); 54 S.

Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter -BAGLJÄ-, Köln (Hrsg.)

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Positionspapier der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter, beschlossen auf der 84. Arbeitstagung am 6./7. Mai 1998 in Saarbrücken.

In: Jugendhilfe, Neuwied: Luchterhand; 36 (1998); Nr. 6

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn /

Univ. Hannover, Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH

Borchers, Andreas / Heuwinkel, Dirk / Schaarschmidt, Maike

Familien- und Kinderfreundlichkeits-Prüfung in den Kommunen: Erfahrungen und Konzepte.

Stuttgart: Kohlhammer (1999); 179 S.; ISBN 3-77-015969-0

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn /

Deutsches Jugendinstitut e.V. -DJI-, München (Hrsg.)

Bruner, Claudia Franziska / Winklhofer, Ursula / Zinser, Claudia

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune. Ergebnisse einer bundesweiten Erhebung.

München (1999); 90 S.

Burdewick, Ingrid

Politische Partizipation von Mädchen und Jungen. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung zum Thema Jugendparlament.

In: Neue Praxis, Neuwied: Luchterhand; 30 (2000); Nr. 3

Deutscher Kinderschutzbund e.V., Orts- und Kreisverband Marburg / Biedenkopf e.V. / Marburg, Jugendamt (Hrsg.)

Zielke, Andrea

Prüfverfahren „Kinderfreundliche Stadtgestaltung“. Kriterien und Vorschläge zur Umsetzung.

Marburg (1997)

Deutsches Institut für Urbanistik -Difu-, Berlin (Hrsg.)

Kunert-Schroth, Heidrun (Hrsg.)

Kinderinteressen in der Kommunalpolitik. Tagungsdokumentation des 8. Jahrestreffens der Jugendhilfeplaner im süddeutschen Raum am 2. Mai 1994 in Nürnberg.

Berlin (1995); 141 S.

Deutsches Kinderhilfswerk e.V., Berlin (Hrsg.)

Parlament der Kinder. Eine Arbeits- und Argumentationshilfe zur Schaffung von Kinderparlamenten in Gemeinden und Städten.

Berlin (1993); 48 S.

Deutsches Kinderhilfswerk e.V., Berlin / Schleswig-Holstein, Landesregierung, Aktion „Schleswig-Holstein - ein Land für Kinder“, Kiel (Hrsg.)

Stange, Waldemar

Planen mit Phantasie. Zukunftswerkstatt und Planungszirkel für Kinder und Jugendliche.

Berlin (1996); 146 S.

Engelstädter, Steffi

Das Kinderbüro der Stadt Weimar. Kommunale Lobbyarbeit für Kinder.

Arbeiten zwischen Streetwork und Schreibtisch.

In: Recht der Jugend und des Bildungswesens, Neuwied: Luchterhand; 47 (1999); Nr. 4

Filderstadt, Hauptamt (Hrsg.)

Das „Filderstädter Modell“: Der Jugendgemeinderat. Entstehung, Wahlen, Sitzungen, Meinungen, Erfahrungen, Presse. Informationen zum Filderstädter Jugendgemeinderat.

Filderstadt (1994); 106 S.;

Flensburg, Jugendamt (Hrsg.)

Kinder als Stadtteilmforscher. Ein Projekt des Jugendamtes der Stadt Flensburg.

Flensburg (1995); 80 S.

Frädrich, Jana / Jerger-Bachmann, Ilona

Kinder bestimmen mit. Kinderrechte und Kinderpolitik.

München: Beck (1995); 160 S.; ISBN 3-406-39240-7

FU Berlin (Hrsg.)

Bonk, Michael / Holte, Michaela

Kinder planen mit! Ein Handbuch zur Durchführung eines Beteiligungsverfahrens für Grundschulkinder im Rahmen der kommunalen Stadt- und Landschaftsplanung.

Berlin (1996); 88 S.

Gießen, Jugendbildungswerk (Hrsg.)

Dokumentation über die Bestandsaufnahme zur Entwicklung eines Partizipationsmodells für Jugendliche der Universitätsstadt Gießen. März 1998 - März 1999.

Gießen (1999); 81 S.; ISBN 3-930489-22-8

Hessen, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, Wiesbaden (Hrsg.)

Flade, Antje / Kustor, Beatrice

Mädchen und Jungen in der Stadt.

Wiesbaden (1995); 60 S.; ISBN 3-89205-116-X

Kassel, Jugendamt (Hrsg.)

Für eine beispielbare Stadt. Kasseler Kinder planen mit. Ein Bericht der Kinderbeauftragten.

Kassel (1999); 64 S.

Knauer, Raingard / Brandt, Petra
Kinder können mitentscheiden.
Neuwied: Luchterhand (1998); 204 S.

Köln, Amt für Kinderinteressen (Hrsg.)
Höher-Pfeifer, Christa / Steuer, Bettina / Hoffstadt, Peter
Interessenvertretung Rathausschule. Rat und Verwaltung. Wie arbeitet die Stadt Köln? Handreichung für die Erarbeitung kommunalpolitischer Themen mit Kindern und Jugendlichen.
Köln (1993); 87 S.;

Köln, Amt für Kinderinteressen (Hrsg.)
Ohl, Ulrike
Kinder planen mit. Städtebaulicher Ideenwettbewerb Liebigstraße. Dokumentation eines Beteiligungsprojektes.
Köln (1998); 53 S.;

Kommunalwissenschaftliches Forschungszentrum Würzburg (Hrsg.)
Hermann, Michael C. / Pitschas, Rainer
Jugendliche und Senioren in den Kommunen. Aktivbürgerschaft, Repräsentation, Partizipationsillusion?
Stuttgart: Boorberg (1998); 72 S.; ISBN 3-415-02479-2

Kuhring, Heidi
Kriterien gelingender Partizipation von Kindern und Jugendlichen.
In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, Bonn: Arbeiterwohlfahrt; 50 (1999); Nr. 9

Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Landesjugendamt, Münster (Hrsg.)
Partizipation von Kindern und Jugendlichen.
Münster (1996); 152 S.

Lange, Udo / Stadelmann, Thomas
Spiel-Platz ist überall. Lebendige Erfahrungswelten mit Kindern planen und gestalten.
Freiburg/Br.: Herder (1996); 144 S.

Lau, Silvia / Nerger, Heide / Schreiber, Bärbel
Spielorte für Kinder. Eine Praxisanleitung zur Gestaltung öffentlicher Räume.
Weinheim: Beltz (1997); 172 S.; ISBN 3-407-62349-6

Ludwigshafen, Jugendamt (Hrsg.)
Stadt für Kinder - Kinder in der Stadt. Dokumentation der 1. Kinderkonferenz in Ludwigshafen am Rhein am 11.05.1994.
Ludwigshafen (1994); 73 S.

Meyer, Bernhard
Spielraumrisiko. Stadtentwicklung mit Kindern.
Griesheim: Bassenauer (1999); 180 S.; ISBN 3-9806629-0-X

Möller, Kurt

Komm' in die Kommune. Kommunalpolitische Partizipation Jugendlicher in einer Großstadt. Stuttgarter Jugendräte-Studie schlägt neues Modell vor.

In: Sozialmagazin, Weinheim: Juventa; 25 (2000); Nr. 6

Neels, Manuela / Rabe, Ray / Schmidt, Anja

Kinder und Jugendliche als Experten gefragt.

In: Jugendhilfe, Neuwied: Luchterhand; 36 (1998); Nr. 6

Nehring, Almuth / Metzner, Heidemarie / Herbell, Ina

Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Die Arbeit des Marzahner Kinder- und Jugendbüros.

In: Jugendhilfe, Neuwied: Luchterhand; 33 (1995); Nr.5

Neumann, Ulf

Jugendparlament: Politische Partizipation in der Praxis.

In: Jugendwohl, Freiburg i.Br.: Lambertus; 77 (1996); Nr.12

Neumann, Ulf

Politische Partizipation und Beteiligungsmodelle in Niedersachsen.

In: Jugendwohl, Freiburg i.Br.: Lambertus; 79 (1998); Nr. 6; S. 274-291;

ISSN 0022-5975

Nürnberg, Jugendamt / Nürnberg, Gartenbauamt / Nürnberg, Amt für Wohnen und Stadterneuerung (Hrsg.)

Spielhöfe in Nürnberg.

Nürnberg (1998); 39 S.

Sachverständigenkommission Zehnter Kinder- und Jugendbericht (Hrsg.)

Glinka, Hans- Jürgen / Neuberger, Christa / Schorn, Brigitte / Stange, Waldemar / Tiemann, Dieter

Kulturelle und politische Partizipation von Kindern. Interessenvertretung und Kulturarbeit für und durch Kinder.

München: DJI (2000); 250 S.; ISBN 3-87966-393-9

Schleswig-Holstein, Ministerium für Arbeit, Soziales, Jugend und Gesundheit, Gemeinschaftsaktion Schleswig-Holstein - Land für Kinder, Kiel (Hrsg.)

Demokratie lernen. Alltagsorientierte Kinderpolitik in Schleswig-Holstein.

Kiel (1995); 56 S.

Schleswig-Holstein, Ministerium für Arbeit, Soziales, Jugend und Gesundheit, Gemeinschaftsaktion Schleswig-Holstein - Land für Kinder, Kiel (Hrsg.)

Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen im ländlichen Raum.

Dokumentation einer Veranstaltung der Gemeinschaftsaktion „Schleswig-Holstein - Land für Kinder“ in Verbindung mit dem Jugendamt des Kreises Ostholstein am 10. Juni 1994 in Scharbeutz.

Kiel (1995); 49 S.

Schleswig-Holstein, Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau,
Gemeinschaftsaktion Schleswig-Holstein, Kiel (Hrsg.)
**„Kinderfreundliche Stadtentwicklung“. Dokumentation der Fachtagung am
3.6.1998 in Rendsburg.**
Kiel (1998); 104 S.

Schröder, Richard
Freiräume für Kinder(t)räume! Kinderbeteiligung in der Stadtplanung.
Weinheim: Beltz (1996); 184 S.; ISBN 3-407-34098-2

Schröder, Richard
Kinder reden mit! Beteiligung an Politik, Stadtplanung und Stadtgestaltung.
Weinheim: Beltz (1995); 160 S.; ISBN 3-407-85153-7

Schwerpunkt: Kinder- und Jugendparlamente im Rheinland.
In: Jugendhilfe Report, Köln (1996); Nr.1

Schwerpunkt: Partizipation. Kinder wollen, Kinder sollen beteiligt sein.
In: Jugendhilfe Report, Köln (1999); Nr. 3

Sturzenhecker, Benedikt
Qualitätsanfragen an Jugendpartizipation.
In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 46 (1998); Nr. 5

TU Berlin (Hrsg.)
Bonk, Michael ; Holte, Michaela
**Kinder planen mit! Abschlußbericht des Berlin-Forschungs-Projektes: Die Wahr-
nung kindgerechter Spiel- und Aufenthaltsräume in den ehemaligen Innenstadt-
Randbezirken Berlins. - Erprobung eines Verfahrens für die Beteiligung von
Grundschulkindern an der kommunalen Stadt- und Landschaftsplanung.**
Berlin (1995); 167 S.

Ulm, Sozial- und Jugendamt (Hrsg.)
Kindern gehört die Stadt. Dokumentation. 2. überarb. Aufl.
Ulm (1995); 100 S.;

**Umfassende Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche schaffen.
Beschuß der Jugendministerkonferenz am 25./26. Juni 1998 in Kassel.**
In: Forum Jugendhilfe, Bonn: Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (1998); Nr. 4

Univ. Kassel, Fachbereich Stadtplanung/Landschaftsplanung (Hrsg.)
Homann, Katarina
**Mädchenbeteiligungsprojekte im öffentlichen Raum. Hintergründe,
Projektanalysen, Entwicklungsansätze.**
Kassel (1998); 105 S.; ISBN 3-89117-109-9

Univ. Lüneburg, Institut für Umweltkommunikation (Hrsg.)
Zimmermann, Birgit

Die Beteiligung von Kindern an kommunalen Planungsprozessen. Evaluation der Schülerbeteiligung zur Um- und Neugestaltung des Schulhofes der Walburgisgrundschule in Velen-Ramsdorf unter den Aspekten der Planung, Umsetzung und Nutzung.

Lüneburg (1999); 57 S.

Verein für Kommunalwissenschaften e.V., Berlin (Hrsg.)

Kinder-Leben in der Stadt. Herausforderungen an Jugendhilfe und Stadtplanung. Dokumentation der Fachtagung am 22. und 23. Januar 1997 im Ernst-Reuter-Haus in Berlin.

Berlin (1997); 151 S.; ISBN 3-931418-12-X

Verein für Kommunalwissenschaften e.V., Berlin (Hrsg.)

Lokale Agenda 21. Gestaltungsmöglichkeiten für Jugendhilfe und Schule - eine Herausforderung für die Kommunalpolitik?! Dokumentation der Fachtagung des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Urbanistik am 1. und 2. Oktober 1999 in Berlin.

Berlin (2000); 182 S.; ISBN 3-931418-24-3

***In der Reihe „Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe“
bisher erschienene Titel:***

1. **„Eingliederung seelisch behinderter Kinder und Jugendlicher in die Jugendhilfe“**
(Dokumentation der Fachtagung am 30./31.3.1995)
Berlin 1995, 203 S., DIN A5, ISBN 3-931418-00-6 Preis: 10,- DM
2. **„Jugendhilfeplanung - ein wirksames Steuerungsinstrument der Jugendhilfe“**
(Dokumentation der Fachtagung am 18./19.5.1995)
Berlin 1995, 113 S., DIN A5, ISBN 3-931418-02-2 vergriffen
3. **„Anforderungen der Jugendhilfe an neue Steuerungsmodelle“**
(Dokumentation der Fachtagung am 28./29.8.1995)
Berlin 1996, 160 S., DIN A5, ISBN 3-931418-04-9 Preis: 10,- DM
4. **„Aufgaben, Kompetenzen, Strukturen und Arbeitsweisen von Jugendhilfeausschüssen“**
(Dokumentation der Fachtagung am 24./25.11.1995)
Berlin 1996, 122 S., DIN A5, ISBN 3-931418-05-7 vergriffen
5. **„Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen im Wandel:
Neue Anforderungen an Jugendhilfe und Schule“**
Dokumentation der Fachtagung am 26./27.1.1996
Berlin 1996, 230 S., DIN A5, ISBN 3-931418-06-5 vergriffen
6. **„Jugendhilfe und Familiengericht - Das Selbstverständnis der
Jugendhilfe im gerichtlichen Verfahren“**
(Dokumentation der Fachtagung am 26./27.10.1995)
Berlin 1996, 119 S., DIN A5, ISBN 3-931418-07-3 nicht mehr im Angebot
7. **„Jugendarbeitslosigkeit - was tun?! Jugendhilfe und Sozialamt, Arbeitsverwaltung und Wirtschaft als Partner bei der Sicherung
beruflicher Perspektiven junger Menschen“**
Dokumentation der Fachtagung am 21./22.5.1996)
Berlin 1997, 264 S., DIN A5, ISBN 3-931418-08-1 Preis: 10,- DM
8. **„Verwaltungsmodernisierung - Standpunkte und Entwicklungen
in der Jugendhilfe“**
(Dokumentation der Fachtagung am 25./26.11.1996)
Berlin 1997, 130 S., DIN A4, ISBN 3-931418-11-1 Preis: 15,- DM
9. **„Eingliederung seelisch behinderter Kinder und Jugendlicher
in die Jugendhilfe. Erfahrungen - Probleme – Entwicklungen“**
(Dokumentation des Workshops vom 2.-4.9.1996)
Berlin 1997, 94 S., DIN A4, ISBN 3-931418-10-3 Preis: 10,- DM

10. **„Kinder-Leben in der Stadt: Herausforderung an Jugendhilfe und Stadtplanung“**
(Dokumentation der Fachtagung am 22./23.1.1997)
Berlin 1997, 151 S., DIN A4, ISBN 3-931418-12-X Preis: 10,- DM
11. **„Flexibilisierung und Steuerung im Bereich der Hilfen zur Erziehung“**
(Dokumentation der Fachtagung am 18./19.10.1996)
Berlin 1997, 152 S., DIN A4, ISBN 3-931418-13-8 Preis: 10,- DM
12. **„Aufgaben und Möglichkeiten der Jugendhilfe bei der Auseinandersetzung mit sexueller Gewalt gegen Kinder“**
(Dokumentation der Fachtagung am 6./7.6.1997)
Berlin 1998, 141 S., DIN A4, ISBN 3-931418-14-6 Preis: 15,- DM
13. **„Jugendhilfeausschuss und kommunale Jugendpolitik“**
(Dokumentation der Fachtagung am 28.2./1.3.1997)
Berlin 1998, 105 S., DIN A4, ISBN 3-931418-16-2 Preis: 15,- DM
14. **„Die Reform des Kindschaftsrechts - Auswirkungen auf die Praxis der Kinder- und Jugendhilfe“**
(Beiträge der Fachtagung am 12./13.12.1997)
Berlin 1998, 84 S., DIN A4, ISBN 3-931418-17-0 Preis: 15,- DM
15. **„Netzwerk Kriminalprävention - Was kann Jugendhilfe leisten?“**
(Dokumentation der Fachtagung am 19./20.9.1997)
Berlin 1998, 158 S., DIN A4, ISBN 3-931418-18-9 Preis: 15,- DM
16. **„Die Beratung im Kontext von Scheidungs-, Sorgerechts- und Umgangsrechtsverfahren - Anforderungen an Strukturen und Formen der Kooperation von Familiengericht, Jugendhilfe und Anwaltschaft“**
(Dokumentation der Fachtagung am 24./25.9.1998)
Berlin 1999, 163 S., DIN A4, ISBN 3-931418-19-7 Preis: 28,- DM
17. **„... und schuld ist im Ernstfall das Jugendamt. Probleme und Risiken sozialpädagogischer Entscheidungen bei Kindeswohlgefährdung zwischen fachlicher Notwendigkeit und strafrechtlicher Ahndung“**
(Dokumentation der Fachtagung am 16./17.11.1998)
Berlin 1999, 110 S., DIN A4, ISBN 3-931418-21-9 Preis: 25,- DM
18. **„Partnerschaftliche Kooperation oder marktwirtschaftlicher Wettbewerb? - Zur Zukunft des Zusammenwirkens von öffentlicher und freier Jugendhilfe“**
(Dokumentation des 1. Berliner Diskurses zur Jugendhilfe 11./12.12.1998)
Berlin 1999, 109 S., DIN A4, ISBN 3-931418-20-0 Preis: 25,- DM
19. **„Hilfen von Anfang an. Unterstützung von Familien als interdisziplinäre Aufgabe“**
(Dokumentation der Fachtagung am 23./24.4.1999)
Berlin 1999, 163 S., DIN A4, ISBN 3-931418-22-7 Preis: 28,- DM

20. „Was tun mit den Schwierig(st)en?“

(Dokumentation der Fachtagung am 21./22.6.1999)

Berlin 1999, 205 S., DIN A4, ISBN 3-931418-23-5

Preis: 28,- DM

21. „Lokale Agenda – Gestaltungsmöglichkeiten für Jugendhilfe und Schule – Herausforderung für die Kommunalpolitik?“

(Dokumentation der Fachtagung am 1./2.10.1999)

Berlin 2000, 182 Seiten, DIN A4, ISBN 3-931418-24-3

Preis: 25,- DM

22. „Braucht flexible Jugendpolitik ein neues Jugendamt?“

(Dokumentation des 2.Berliner Diskurses zur Jugendhilfe 15.11.1999)

Berlin 2000, 101 Seiten, DIN A4, ISBN 3-931418-25-1

Preis: 25,- DM

23. „Verantwortung, Aufgaben und Möglichkeiten der Jugendhilfe zur Sicherung der Chancen junger Menschen auf Ausbildung und Arbeit“

(Dokumentation des Workshops am 29./30.11.1999)

Berlin 2000, 168 S., DIN A4, ISBN 3-931418-26-X

Preis: 25,- DM

Weitere Veröffentlichungen des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V.:

„Soziale Arbeit in der Schule (Schulsozialarbeit) - konzeptionelle Grundbedingungen“

(Positionspapier eines Workshops von Leitungskräften aus Jugendhilfe und Kultus sowie Wissenschaftlern am 13./14.12.1996)

Berlin 1997, 18 S., DIN A4

Schutzgebühr: 4,40 DM

„Die Verantwortung der Jugendhilfe für den Schutz der Kinder vor sexueller Gewalt - Was muß Jugendhilfe leisten, wie kann sie helfen? Mit wem soll sie wie kooperieren?“

(Thesen und Leitlinien des Workshops am 15./16.6.1998)

Berlin 1999, 32 S., DIN A4

Schutzgebühr: 4,50 DM

Demnächst werden folgende Titel erscheinen:

„Die Kindschaftsrechtsreform – eine Reform für Kinder?“

(Dokumentation der Fachtagung am 12./13.5.2000)

„Rechtzeitiges Erkennen von Fehlentwicklungen im frühen Kindesalter und das angemessene Reagieren von Jugendhilfe und Medizin unter besonderer Berücksichtigung von Datenschutz und Schweigepflicht“

(Dokumentation des Workshops am 30./31.3.2000)

Bezugsadresse:

Verein für Kommunalwissenschaften e.V.

Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe, Postfach 12 03 21, 10593 Berlin

Telefon: 030-39 00 11 36

Telefax: 030-39 00 11 46

e-mail: agfj@vfk.de

internet: www.vfk.de